



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die Ablehnungsfront gegenüber der EU in Österreich

Verfasser

Philipp Decker

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie

(Mag. phil.)

Wien, im Juni 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ.-Doz. Dr. Hannes Wimmer

Vorwort

Die Idee zu dieser Diplomarbeit zum Thema EU-Ablehnung und Nationalismus bekam ich während meines einjährigen Studienaufenthaltes in Irland an der Universität Limerick. Im Rahmen des ERASMUS Programms der Europäischen Union wurde es mir ermöglicht, neue Perspektiven bezüglich Europa, Österreich und des Konzeptes von Nationalität im Allgemeinen zu erschließen. Ich habe dadurch nicht nur Einsichten für meine wissenschaftliche Arbeit, sondern auch wertvolle Freundschaften gewonnen.

Bedanken möchte ich mich für die intensive Unterstützung meines Betreuers an der Universität Wien, Professor Hannes Wimmer. Des Weiteren bin ich Professor Tom Lodge von der University of Limerick für seine persönlichen Erklärungen im Bereich der Nationalismusforschung zu großem Dank verpflichtet.

Insbesondere danke ich meiner Familie für ihre liebe Unterstützung während meiner Zeit des Schaffens an dieser Diplomarbeit. Meiner Mutter Andrea für ihren unermüdlichen Einsatz beim Korrekturlesen. Meinen Schwestern, meinem Vater und meiner Großmutter für ihr Interesse und ihre Geduld. Weiters sei hier auch der Dr. Alois Mock-Europa-Stiftung gedankt, welche den Druck dieser Arbeit durch ihren Förderpreis finanziert hat.

Abschließen möchte ich mit einem großen Dankeschön an alle, die mich in den letzten Jahren unterstützt, gefördert und gefordert und mich mit ihren Freundschaften unendlich bereichert haben. Danke schön! Thank you very much! Xièxie! Merci beaucoup!

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Einleitung	1
1. Das Projekt „Europa“	3
1.1. Die Europäische Union – Ein europäischer Zweckverband	7
1.2. Erste Schritte der Integration	11
1.3. Die EG wird zur Europäische Union	14
1.4. Bundesstaat, Staatenbund oder Staatenverbund?	19
1.5. Status quo der Europäischen Union	23
1.6. EU – quo vadis?	31
2. Nationalismus und nationale Identität	35
2.1. Konzepte zu Nationalismus, Nation und kollektiver Identität	38
2.1.1. Die sozio-kulturelle Dimension von Nation und Nationalismus	39
2.1.2. Die sozio-ökonomische Dimension von Nation und Nationalismus.....	41
2.1.3. Die politische Dimension von Nation und Nationalismus	41
2.1.4. Die ideologisch-kognitive Dimension von Nation und Nationalismus	42
2.2. Nationalismus im Kontext der Globalisierung	45
2.3. Nationale Identität	51
2.3.1. Ethno-Symbolismus	57
2.3.2. Sozial-Konstruktivismus	62
2.3.3. Sozial-psychologische Ansätze	65
3. Ablehnung gegenüber der EU	75
3.1. Renationalisierungsthese	75
3.2. Mangelnde Legitimation?	79
3.3. Public Opinion und europäische Integration	85
3.3.1. Rationale Faktoren	87
3.3.2. EU-Ablehnung aufgrund von Identität und Einstellungen	89
3.3.3. Unterschiedliche kollektive Identitäten und Verteidigung der In-Group....	90
3.3.4. Der Einfluss von ökonomischer Rationalität und Identität im Vergleich...96	

4. Die österreichische Nation	105
4.1. Österreichische deutsch-nationale Identität	108
4.2. Die 1. Republik - Anfänge einer eigenständigen österreichischen nationalen Identität	117
4.2.1. Die Österreichideologie in der 1.Republik	120
4.3. Die moderne österreichische nationale Identität in der 2. Republik	121
4.4. Nationalistischer Populismus als Triebfeder für EU-Ablehnung	131
4.4.1. Grundlagen des Populismus	132
4.4.2. Österreichischer Nationalstolz als Basis für EU-Gegner	136
5. Resümee	143
Bibliographie	148
Quellen	158
Anhang	159
Zusammenfassung	167
Abstract	169
Curriculum Vitae	170

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Paradigmen in der Nationalismusforschung.....	159
Abbildung 2: Beziehung zwischen Identität, Kultur und Politik	159
Abbildung 3: Österreichisches Nationalbewusstsein, 1964-2000.....	160
Abbildung 4: Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Österreich, 2008.....	160
Abbildung 5: Ländervergleich allgemeiner und spezifischer Nationalstolz, 2003/04...	161
Abbildung 6: Ranking allgemeiner Nationalstolz, 1995/96 - 2003/04.....	162
Abbildung 7: Allgemeiner Nationalstolz nach Land und Alter, 2003/04.....	163
Abbildung 8: Allgemeiner Nationalstolz nach Land und Bildungsniveau, 2003/04.....	163
Abbildung 9: Korrelationen zwischen Nationalstolz und Einstellungen gegenüber anderen Themen (alle Länder), 2003/04.....	164
Abbildung 10: Vertrauen in Institutionen, Herbst 2008.....	165

Einleitung

Diese Arbeit befasst sich mit dem Phänomen der Skepsis und der Ablehnung gegenüber der Europäischen Union in Österreich. War das Ergebnis des Referendums zum EU-Beitritt Österreichs vom 12. Juni 1994 mit beinahe zwei Drittel Zustimmung extrem klar, so änderte sich die Stimmung gegenüber der EU rasch und die ÖsterreicherInnen wurden in der Folge zu den führenden EU-KritikerInnen in Europa.

Zwar haben die damaligen „Helden von Brüssel“, wie zum Beispiel Dr. Alois Mock, kaum etwas ihrer Popularität eingebüßt. Die alten Mythen sind dauerhaft im kollektiven Gedächtnis verankert. Doch die Zeit der Helden von Brüssel scheint sich dem Ende zu neigen und die alten Mythen zu versiegen. Aktuell geht es um die „Zentralisten in Brüssel“, „Fremdbestimmung“, „EU-Verräter“ und „Demokratiedefizit“. Die politischen Folgen einer „Nationalisierung“ der Politik in Österreich sind unübersehbar: Aufschwung von Protest- und nationalen Parteien, des Rechtspopulismus und der Salonfähigkeit von Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus.

Ziel dieser Arbeit ist es zu analysieren warum gerade die Mythen von Nation und Exklusivität so leicht für politische Ziele und insbesondere EU-Kritik zu missbrauchen sind und warum gerade Österreich davon so stark betroffen ist. Einerseits findet eine Radikalisierung und Polarisierung durch populistische Instrumentalisierung von nationaler Identität statt. Andererseits gerät das europäische Integrationsprojekt ins Ziel nationalistischer Populisten, wobei die politischen Eliten der Mitte in scheinbarer Machtlosigkeit zögern, sich diesen Strömungen entgegen zu stellen.

Im ersten Kapitel wird das politische Projekt der europäischen Einigung beleuchtet. Nur wenn man die historischen Grundlagen und Beweggründe hinter diesem Projekt versteht, kann man das Wesen der heutigen Europäischen Union begreifen. Im Zusammenhang damit geht es im zweiten Kapitel um die politischen Einheiten, aus denen die EU besteht: die Nationalstaaten. Sie sind jene Organisationsform, welche mittlerweile weltweit die höchste Legitimität besitzt. Die Vereinten Nationen (UNO) symbolisieren die Dominanz dieser Idee eines Staatensystems, gegliedert in Nationen. Wichtig für die Analyse der nationalen Identität ist das Akzeptieren deren grundlegender Funktion für das Zusammenleben und das Funktionieren moderner Gesellschaften und Staaten.

Im dritten Kapitel wird mit Hilfe der Konzepte von Nation und kollektiver Identität eine Theorie der Ablehnung gegenüber der EU aufgrund von exklusiver

nationaler Identität und Nationalismus entwickelt. Im vierten Kapitel wird die vorher entwickelte Theorie am Beispiel Österreichs zur Anwendung gebracht. Nach ausführlichen historischen Erklärungen für die Entwicklung der österreichischen nationalen Identität wird auf deren Komponenten eingegangen. Dabei wird argumentiert, dass exklusive Elemente der nationalen Identität, das politische System und die politische Kultur wichtige Faktoren für die EU-Skepsis der öffentlichen Meinung in Österreich darstellen.

Im Resümee sollen die gefundenen Antworten nochmals klar dargestellt werden und zentrale Schlüsse aus den empirischen Daten zusammengefasst werden. Die in dieser Arbeit gewonnen Erkenntnisse und deren Bedeutung für die Politik und die Zukunft Österreichs sollen eingeordnet werden.

1. Das Projekt „Europa“

Die Frage, welche im ersten Kapitel im Mittelpunkt steht, ist jene, was Europa eigentlich ist. Dabei geht es hier nicht um eine etymologische Analyse der Wortherkunft, sondern vor allem darum, in die ideengeschichtlichen Anfänge des Konzeptes „Europa“ als politische Ordnungsform einzuführen. Die Präsentation grundlegender Gedanken zum Konzept Europa und eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff ist Voraussetzung für das Verständnis derjenigen Problemstellungen, welche sich im weiteren Verlauf dieser Arbeit entwickeln. Im Anschluss daran wird versucht, die Frage, was die Europäische Union ist, politikwissenschaftlich zu beantworten. Es geht dabei um die Frage nach dem Wesen der Europäischen Union, ihrem völkerrechtlichen sowie realpolitischen Status, sowie der Frage nach der *finalité d'Europe*. Diese Fragen sind zum Teil politische als auch ideologische - so wie fast alle Fragen die sich um Europa als Integrationsprojekt drehen. Trotzdem und vielleicht gerade deshalb sollte man es dennoch wagen sich mit diesen für die Europäische Union essentiellen Fragen politikwissenschaftlich auseinanderzusetzen.

Was ist nun eigentlich das, das man im allgemeinen Sprachgebrauch als Europa bezeichnet? Europa ist einerseits eine Idee. Es handelt sich dabei um eine historische Projektion, welche auf einer langen Geschichte beruht und sich im Laufe dieser auch kulturell konstruiert hat. An dieser Stelle erweist sich eine von Gerard Delanty gebrauchte Metapher von einem Fußballspiel als hilfreich:

„the ball is Europe, the players the identity projects and the pitch the geo-political reality on which the game, in this instance the discourse is played. [...] The European idea is quite simply a political football.“¹

Andererseits ist Europa sehr wohl auch eine Realität, eine geographische Region und auch ein politisches Gebilde. Es ist wichtig sich bewusst zu sein, dass Europa auch auf Exklusion und auf der Konstruktion von Unterschieden beruht.² „The discourse of Europe is ambivalent in that it is not always about unity and inclusion, but it is also about exclusion and the construction of difference based norms of exclusion.“³ Dieses grundlegende Faktum, dass man, um Europa als Gemeinschaft definieren zu können, auch dessen Grenzen identifizieren muss, ist eine Schwierigkeit, auf die es keine einfache

¹ Gerard Delanty, *Inventing Europe: Idea, Identity, Reality* (London, 1995), S. 4.

² Vgl. ebenda, S. 1.

³ Ebenda.

Antwort gibt. Es geht dabei weniger um die räumlichen Grenzen als vielmehr um die gesellschaftlichen, durch welche man ein europäisches BürgerInnenbewusstsein schaffen kann. Natürlich kommt es dabei auch darauf an, was man genau unter Europa und europäisch versteht. Wenn man zum Beispiel Europa als Idee, als Träger einer bestimmten Form von Zivilisation versteht, so geht es weniger um Grenzen und Exklusion als um die Expansion der europäischen Kultur und Werte, wie auch immer man diese definieren will, und die Inklusion des Umfeldes. Dieser Ansatz eines Europas als kulturell dominantes Imperium (*Empire*)⁴ hat in der aktuellen Literatur über die Zukunft Europas zweifellos seinen Platz gefunden.

Häufig wird in der aktuellen politischen Debatte der Begriff „Europa“ mit dem aktuellen Projekt der europäischen Einigung, namentlich der EU, gleichgesetzt. Dabei ist es außerordentlich wichtig, dass man zwischen der EU als politische Institution, die von den Mitgliedstaaten geschaffen wurde und „Europa“ als weiten Begriff, der unterschiedliche Bedeutungen wie geografische, kulturelle, historische etc. hat, unterscheidet.

Bei vielen tagespolitischen Diskussionen geht es eigentlich um die rein politisch-ideologischen Unterschiede den subjektiven Idealtypus der Europäischen Union betreffend. Inhaltliche Kritik an institutionellen sowie politischen Prozessen der EU wird dann oft durch links- beziehungsweise rechts-populistische Rhetorik instrumentalisiert. Dies wirft in der Auseinandersetzung das Problem auf, dass, wenn um eine politische Ausrichtung der EU bei etwaigen Politikfragen debattiert wird, es häufig von Medien und Politikern so dargestellt wird, als ginge es um die Akzeptanz der Idee von „Europa“ im Grundsätzlichen.

Trotz aller unterschiedlichen Beweggründen und Motivationen kann man doch zwei entgegenlaufende Ideen unterscheiden. Zum einen gibt es Verfechter und Unterstützer der Idee eines politisch vereinten Europas, das seine Stärken in der Vertiefung der Integration finden sollte. Zum anderen gibt es vehemente Gegner eines vereinten Europas. In diesem Kapitel wird nach einer allgemeinen historischen Einleitung versucht, die real existierende Europäische Union mit deren Unterstützern sowie Gegnern und deren Motiven überblicksmäßig zu erfassen.

Tatsache ist, dass man sich zur Idee der europäischen Einigung und zu einer gemeinsamen europäischen Identität immer dann besonnen hat, wenn große Teile

⁴ Siehe unter anderem Alan Posener, *Imperium der Zukunft: Warum Europa Weltmacht werden muss* (München, 2007), sowie Ulrich Beck und Edgar Grande, *Das kosmopolitische Europa: Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne* (Frankfurt am Main, 2007).

Europas durch kriegerische Auseinandersetzungen am Boden lagen. Neuere Beispiele dafür sind die Pan-Europa Bestrebungen (u.a. Coudenhove-Kalergi) nach dem 1. Weltkrieg und die Montanunion (u.a. Monet und Schuhmann), dem Vorläufer der Europäischen Union, nach dem 2. Weltkrieg.

Jedoch reicht ihre Geschichte bis in das 14. Jahrhundert zurück. Vor allem Dante Aleghieri (1310), Pierre Dubois (1306), Georg Podiebrad (1464) und der Herzog de Sully (1460) sind hier zu nennen.⁵ Besonders nach den Erfahrungen des Dreißigjährigen Krieges und beeinflusst durch den Geist der Aufklärung entwickelte sich ein gewisser „europäischer Geist“. Viele Intellektuelle begaben sich auf die Suche nach einem gemeinschaftlichen europäischen Modell. Trotz des westfälischen Friedens glaubten viele Intellektuelle dieser Zeit nicht an einen dauerhaften Frieden in einem Europa der souveränen Staaten. Es entwickelte sich ein *“widespread feeling of a common ‘Europeanness’”*.⁶ Dies wurde auch begründet durch die Realität der gemeinsam erlebten Geschichte und der Kriege. Zu jener Zeit kam auch ein erstes kosmopolitisches Gefühl auf und einige Intellektuelle begannen sich als Weltbürger zu fühlen.⁷ Im Anschluss daran entwickelten Persönlichkeiten wie der Abbé de Saint-Pierre⁸ (beeinflusst durch den Spanischen Erbfolgekrieg) und Immanuel Kant⁹ und viele andere, Konzepte für ein vereintes, friedliches Europa.

Natürlich waren schon damals die Unterschiede in den Vorstellungen und Konzepten, wie ein solches vereintes Europa realiter auszusehen hat, beträchtlich. Während viele französische Philosophen ein Gleichgewicht der Mächte mit der Vormachtstellung Frankreichs bevorzugten, vertraten einige Philosophen aus dem deutschen Sprachraum, wie zum Beispiel G. W. Leibnitz¹⁰, die Idee eines vereinigten christlichen Europas unter der Führung eines Kaisers. Gerade die Wiedervereinigung des Christentums wurde als essentiell für die Vereinigung Europas angesehen.¹¹ Auch Saint-Pierre dachte an Religion als Medium der Kohäsion. Jedoch war er stark beeinflusst vom Geist der Aufklärung und sah im Gegensatz zu deutschen Romantikern die rationalen

⁵ Vgl. Johannes Pollak und Peter Slominsky, *Das politische System der EU* (Wien, 2006), S. 17.

⁶ Derek Heater, *The idea of European unity* (Leicester, 1992), S. 65.

⁷ Ebenda, S. 61.

⁸ Die Motivation für sein Projekt der europäischen Einheit holte er nicht nur aus der Philosophie. Viel wichtiger waren seine Ideen die er bei Vorschlägen zur Verbesserung des französischen Straßenwesens gewann. Sein Europäisches Modell das er 1712 publizierte nannte er *Mémoire pour rendre la paix perpétuelle en Europe*.

⁹ Cf. Immanuel Kant, *Zum ewigen Frieden* (1795).

¹⁰ Vgl. W. M. Johnston, *The Austrian mind: an intellectual and social history* (Berkeley: University of California Press, 1972), sowie Patrick Riley, *Leibniz: political writings* (Cambridge; New York: Cambridge University Press, 1992).

¹¹ Vgl. Paul Hazard, *The European Mind, 1680-1715* (Middlesex, 1964), S. 253-274.

Interessen der einzelnen Völker im Mittelpunkt eines gemeinsamen europäischen politischen Konzeptes. Er wollte auf der Basis von rationalen Interessen und Gesetzen ein vereintes Europa entwerfen. Die vorrangigen Ziele aller dieser Denker waren dieselben: das Verhindern von Krieg, die Steigerung und Sicherung von Wohlstand für alle europäischen BürgerInnen sowie eine gesicherte Zukunft für alle europäischen Völker.

Die Beschreibung dieser alten Ideen erscheint gerade heute sehr aktuell. Noch aktueller werden sie dem Leser erscheinen, wenn die Probleme des Konzeptes von Saint-Pierre kurz umrissen werden. Der institutionelle Komplex seines Konzeptes sowie dessen Funktionsweise wird in seinen Arbeiten sehr detailliert beschrieben. In seinem Konzept hielt er ganz genau fest, wie viele Repräsentanten die einzelnen Staaten in den so genannten "*Perpetual Congress*" und den "*Senate of Peace*" senden dürfen.¹² Dies zeigt sehr deutlich die Natur seiner Überlegungen. Es handelt sich dabei nicht nur um eine institutionalisierte Kooperation von einzelnen Staaten. Viel mehr liegt der Schwerpunkt auf einer politischen Föderation mit gemeinsamen supranationalen Institutionen, die politische Entscheidungen treffen können, welche für alle Mitgliedstaaten wirksam sind. Obwohl er in seinen Schriften oft von "Alliierten" (*the allies*) oder der "Konföderation" (*the confederacy*) schreibt, so beschreibt er doch mehr eine politische Union mit all ihren Vorteilen und Konsequenzen.¹³ In der kritischen Auseinandersetzung mit seinem Konzept wird immer wieder auf die grundlegende Widersprüchlichkeit eines solchen Systems hingewiesen.

Genau dieser Punkt ist für diese Arbeit wichtig, um die Brücke zu aktuellen Diskussionen um eine politische EU zu schlagen. Als größtes Problem seines Konzeptes wird die Inkompatibilität eines solchen gemeinschaftlichen politischen Systems mit dem Konzept von souveränen Staaten und deren Eigeninteressen gesehen. Saint-Pierre selbst sah das Grundproblem darin, dass der Appell an die Vernunft und an die Interessen der einzelnen Herrscher nicht genug sei, da einzelnen Herrscher nach Vorteilen gegenüber anderen trachten.¹⁴ Sehr wohl erkannte er trotz seines Idealismus die Notwendigkeit, neben Vorteilen auch Sanktionen gegen einzelne Staaten durchsetzen zu können. Er drückte es aus als „the need of both the carrot of the advantages of peace and the stick of

¹² Vgl. Derek Heater, *The idea of European unity* (Leicester, 1992), S. 74.

¹³ Vgl. F. H. Hinsley, *Power and the Pursuit of Peace* (Cambridge, 1963), S. 43.

¹⁴ Vgl. ebenda.

firm discipline for disturbing their condition”¹⁵. Trotzdem wurde er von Rousseau als naiv, als mit einem unrealistisch viel zu positiven Menschenbild ausgestattet, kritisiert.

In der Analyse und Erklärung der Probleme beim Zusammenspiel zwischen Nationalstaaten und einer politischen Europäischen Union liegt auch der Schwerpunkt dieser politikwissenschaftlichen Arbeit. Jedoch geht es dabei nicht um die Eigeninteressen von Herrschern wie im Zeitalter Saint-Pierres, sondern um die Probleme und Spannungen, die zwischen einer politischen Europäischen Union und modernen demokratisch legitimierten Nationalstaaten auftreten können. Dabei geht es nicht nur um Eigeninteressen der Mitgliedstaaten, es geht auch um Nationalismen, Regionalismen, Identität(en) und um Loyalitäten und soziale Bindungen. Im folgenden Abschnitt wird nun versucht die EU genauer zu definieren.

1.1. Die Europäische Union – Ein europäischer Zweckverband¹⁶

Bevor wir nun im weiteren Verlauf auf die genaue Problematik, die sich durch die Abtretung nationalstaatlicher Souveränität an die EU ergibt, eingehen, wird in diesem Teil geklärt, was „die Europäische Union“ überhaupt genau ist und wie sie sich historisch entwickelt hat. Es wird dabei versucht, das Wesen der EU, wie wir sie heute vorfinden, zu erfassen. Dabei darf man auch die historische Entwicklung, die zu der heutigen institutionellen Konstellation geführt hat, nicht außer Acht lassen.

Da jedoch eine umfassende und detaillierte historische Analyse in diesem Kapitel den Rahmen sprengen würde, wird hier vor allem auf die grundlegenden Schritte, den jeweiligen Entwicklungsstufen der EU, wie sie sich von einer vor allem intergouvernementalen, klassischen internationalen Organisation zu einer supranationalen politischen Union neuer Art, einem System „*sui generis*“¹⁷, hin entwickelt hat.

Grundsätzlich kann man an dieser Stelle schon eines vorwegnehmen: ja, die EU ist heute eine politische Union, deren Kompetenzen jene einer internationalen Organisation weit übertreffen. Nach der Definition von David Easton (1957) erfüllt die EU die Funktion der Politik, nämlich die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen. Durch ihre Gesetzgebung beeinflusst die EU die Gesellschaften in den

¹⁵ Derek Heater, *The idea of European unity* (Leicester, 1992), S. 74.

¹⁶ Vgl. Ipsen 1972, zit. in Johannes Pollak, *Repräsentation ohne Demokratie* (Wien, 2007), S. 15.

¹⁷ Cf. Alberta M. Sbragia (Hrsg.), *Euro-politics: institutions and policymaking in the "new" European Community* (Washington DC, 1992).

Mitgliedstaaten auf dieselbe Art und Weise wie das politische System eines Staates.¹⁸ Man muss mit aller Deutlichkeit festhalten, dass die Rechtsakte der EU Vorrang vor dem nationalen Recht haben. Sie treten auch in Kraft, ohne dass ein nationales Parlament die Akte ratifizieren muss. Um die Auswirkungen auf die nationale Gesetzgebung zu veranschaulichen muss man sich nur vor Augen führen, dass sich seit den Reformen in den 1990er Jahren der Anteil der deutschen Gesetze (ähnliches gilt auch für Österreich), welche auf Rechtsakte der EU zurückgehen, vervierfacht hat. Ihr Anteil wird auf über 60 Prozent geschätzt und ist steigend. Bei der Wirtschaftsgesetzgebung sticht der Einfluss der EU mit ungefähr 80 Prozent der Bestimmungen, die direkt auf EU-Ebene beschlossen werden, noch deutlicher hervor.¹⁹ Dieser Prozess ist kontinuierlich und der Anteil der von der EU abhängigen Gesetze steigend.

Wie kam es überhaupt zur heutigen Europäischen Union? Im folgenden Teil werde ich die wichtigsten Abschnitte der europäischen Integration auf dem Weg zur heutigen EU umreißen. Laut Werner Weidenfeld kann man grundsätzlich von fünf wichtigen Hauptmotiven ausgehen, welche die Integration vorantrieben.²⁰

Dies waren zuerst einmal die Ablehnung der nationalistischen Verirrungen und die Suche nach einem neuen Selbstverständnis nach den Erfahrungen des 2. Weltkrieges. „Ein demokratisch verfasstes Europa als Alternative zur nationalistischen Herrschaft.“²¹ Die Schrecken des Krieges führten zum Wunsch nach Sicherheit und Frieden, welche die Nationalstaaten nicht gewähren konnten. Somit handelte es sich dabei vor allem auch um ein gemeinsames Friedensprojekt. Weiters hoffte man durch Mobilität und erweiterte Freiheiten (freie Bewegung von Personen, Meinungen, Waren und Information) eine bessere Zukunft, mehr individuelle Möglichkeiten sowie auch wirtschaftlichen Wohlstand erreichen zu können.

Als Gegenmodell zum nationalistischen Protektionismus der 1920er Jahre sollte durch einen gemeinsamen Markt eine florierende und stabile Wirtschaft geschaffen werden.

Und letztendlich spielte bei den politischen Führern jener Zeit auch der Gedanke an die Zurückgewinnung von Macht eine Rolle. Nach dem 1. Weltkrieg ging die damalige europäische Vormachtstellung in der Welt verloren. „Die neuen Weltmächte USA und UDSSR zeigten Maßstäbe für neue internationale Machtgrößen, die weit über

¹⁸ Vgl. Wilhelm Knelangen, 'Ist die Europäische Union ein Fall für die Vergleichende Regierungslehre?', in Johannes Varwick und Wilhelm Knelangen (Hrsg.), *Neues Europa - alte EU? Fragen an den europäischen Integrationsprozess* (Opladen, 2004), S. 117.

¹⁹ Vgl. ebenda.

²⁰ Vgl. Werner Weidenfeld, 'Europäische Einigung im historischen Überblick', in Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Europa von A bis Z* (Bonn, 2006), S. 15f.

²¹ Ebenda, S. 15.

die Einheiten der vergleichsweise kleinen europäischen Nationalstaaten hinausgewachsen waren. Die westeuropäischen Staaten hofften, durch die politische Einigung viel von der Macht zurückerlangen zu können, die sie einzeln verloren hatten.“²² Gerade heute in der globalisierten Welt wird in der u.a. wirtschaftlichen Vernetzung weltweit ein Argument für die Sinnhaftigkeit und der Legitimation der EU gesehen. Kleinere Nationalstaaten werden mit Problemen konfrontiert, auf deren Antwort oftmals eine gemeinsame europäische Vorgangsweise als sinnvoll erachtet wird.

Bis in die 1980er Jahre hinein, als sich die Diskussionen um eine politische Union intensivierten, was einen Höhe- beziehungsweise Startpunkt mit der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht (1993) erreichte, wurde sie „von den treibenden Akteuren und den Bürgern als eine Form der intergouvernementalen Zusammenarbeit zur Optimierung ökonomischer Koordination der teilnehmenden Länder gesehen und nicht als Konkurrenz für nationale demokratische Systeme verstanden“²³. Ein Beispiel hierfür ist die Perspektive Charles de Gauls bezüglich der Europäischen Gemeinschaft gewesen. Aus seiner Sicht standen vor allem der Zugang Frankreichs zu Rohstoffen, wie zum Beispiel deutscher Kohle, und die EG insgesamt als Modernisierungshilfe für Frankreich im Wettstreit der Nationalstaaten im Vordergrund, wodurch er sich einen Vorteil für das bis dato im Vergleich zu Deutschland und England wenig industrialisierte Frankreich erhoffte.

Nun zur chronologischen Entwicklungsgeschichte der EU, welche ihr Wesen, wie sie also heute ist, erklärt. Die Gründung der Vorläuferorganisation der EU, der so genannten Montanunion, beruhte auf einer Initiative des französischen Außenministers Robert Schuman (Schuman-Plan, 9.Mai 1950). Die Vertreter der sechs Gründungsstaaten, Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien und Luxemburg unterzeichneten am 18. April 1951 den Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). „Die Grundidee stammte vom französischen Planungskommissar Jean Monnet. [...] Hauptmotive für diesen Vorschlag bildeten die Überlegungen zur Beseitigung der deutsch-französischen Erbfeindschaft und der Wunsch nach Schaffung eines Grundsteins für eine europäische Föderation.“²⁴ Die Pläne des Planungskommissars Monnet folgten der Organisationsform, die er aus der

²² Werner Weidenfeld, 'Europäische Einigung im historischen Überblick', in Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Europa von A bis Z* (Bonn, 2006), S. 16.

²³ Johannes Pollak, *Repräsentation ohne Demokratie* (Wien, 2007), S. 15.

²⁴ Werner Weidenfeld, 'Europäische Einigung im historischen Überblick', in Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Europa von A bis Z* (Bonn, 2006), S. 17.

Kriegswirtschaft gewohnt war. Demokratische Qualität spielte bei diesen Überlegungen klarerweise keine oder zumindest nur eine sehr untergeordnete Rolle. Somit kann man das später noch genauer behandelte Demokratiedefizit unter anderem mit der institutionellen Entwicklungsgeschichte der EU, insbesondere der Methode Jean Monnets, erklären.

Zu Beginn des Einigungsprozesses auf dem Europa-Kongress von Den Haag im Mai 1948, an dem etwa 700 Persönlichkeiten teilnahmen, war der Integrationsansatz, der verfolgt werden würde, noch nicht klar. Es wurde eine politische Resolution verabschiedet, „in der die Einrichtung einer von den nationalen Parlamenten zu beschickenden ‚Europäischen Versammlung‘ gefordert wurde“²⁵. Da schlussendlich vor allem Großbritannien die Übertragung von nationalstaatlicher Souveränität klar ablehnte, wurde kein Schritt Richtung Supranationalität gesetzt. Der schließlich am 5. Mai 1949 gegründete Europarat, dessen Sitz sich in Straßburg befindet, erhielt wegen der Ablehnung Großbritanniens nur geringe Kompetenzen. Doch Politiker wie Robert Schuman, Jean Monnet, Paul-Henri Spaak und Konrad Adenauer gaben nicht auf und diskutierten über zwei verschiedene Organisationsformen: „dem des Staatenbundes und dem des Bundesstaates“²⁶.

Prinzipiell lässt sich feststellen, dass im Laufe der Integrationsgeschichte die Politiken je nach Möglichkeit angepasst und jeweils sehr pragmatisch vorgegangen wurde. Dies setzt sich bis heute fort und macht es dem Beobachter sowie dem interessierten Laien oft schwer, klare Pläne und Ziele der Integrationspolitik zu erkennen.

„Das Ringen um die Einigung Europas ist insofern durch die Jahrzehnte hindurch gekennzeichnet von einem ausgeprägt pragmatischen Grundzug. Integration nicht auf dem Reißbrett, sondern entlang des politisch Notwendigen und Möglichen – dieser Charakter der Integration hat den Nebeneffekt, dass sie dem Laien oftmals als plan- und zielloses Unterfangen erscheint. Die tiefere Logik erschließt sich dabei oftmals nicht, erst das Gesamtbild mag weiterhelfen.“²⁷

Und genau um jenes Gesamtbild der Europäischen Union geht es in diesem Kapitel. Bevor allerdings versucht wird, anhand unterschiedlicher Interpretationen zur bisherigen Integrationsgeschichte ein besseres Verständnis der EU und deren Status quo zu

²⁵ Johannes Pollak und Peter Slominsky, *Das politische System der EU* (Wien, 2006), S. 22.

²⁶ Werner Weidenfeld, 'Europäische Einigung im historischen Überblick', in Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Europa von A bis Z* (Bonn, 2006), S. 16.

²⁷ Werner Weidenfeld, 'Europäische Einigung im historischen Überblick', in Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Europa von A bis Z* (Bonn, 2006), S. 17.

erreichen, wird die Entwicklungsgeschichte mit den wichtigsten Ereignissen überblicksmäßig nachgezeichnet.

1.2. Erste Schritte der Integration

Ab den 50er Jahren begann sich das Projekt Europa zu entwickeln. Es gab zwar einige Richtungsänderungen, aber doch auch eine gewisse Grundentwicklung zu einem politischen Staatenverbund. Laut dem Vertrag zur EGKS sollte eine „Hohe Behörde“ die Exekutivrechte wahrnehmen. Eine gemeinsame Versammlung wurde als Diskussionsgremium eingerichtet, das nur beschränkte Kontrollrechte besaß. Ein so genannter „Besonderer Ministerrat“ besaß die politischen Richtlinien- und Legislativrechte. Der Wächter über die Vertragsauslegung war ein elfköpfiger Gerichtshof. Zusätzlich gab es noch einen beratenden Ausschuss, der aus Vertretern von Interessensgruppen bestand.²⁸ Diese, wenn auch demokratiepolitisch schwache Organisationsform, war historisch. Erstmals wurde eine europäische supranationale Organisation gegründet, die eine bislang nationalstaatliche Kompetenz übernahm.

Der Ansatz der Montanunion war einer der funktionalen Integration. Es sollte sich bei der EGKS um die erste Etappe einer europäischen Föderation handeln. Auszüge aus der Schuman Erklärung über eine Montanunion vom 9. Mai 1950 zeigen diese tieferen Überlegungen deutlich: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, dass der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird.“²⁹

Durch die Intensivierung des Kalten Krieges und die durch die USA vorangetriebene Wiederbewaffnung Deutschlands kam es am 27. Mai 1952 nach zähen Verhandlungen (Frankreich stand von je her einer völligen Wiederbewaffnung Deutschlands misstrauisch gegenüber) zur Unterzeichnung des Vertrages zur Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) unter Einschluss Deutschlands.³⁰

Schließlich führte dieser Schritt zu weiteren Überlegungen, ob nicht dadurch auch eine politische Organisation notwendig werden würde. Man einigte sich daraufhin, die parlamentarische Versammlung der EVG mit dem Entwurf für *die Satzung einer Europäischen Gemeinschaft* zu beauftragen. Diese Europäische Gemeinschaft, „die an

²⁸ Vgl. ebenda.

²⁹ Ebenda, S. 24.

³⁰ Vgl. Johannes Pollak und Peter Slominsky, *Das politische System der EU* (Wien, 2006), S. 28.

die Stelle der vorläufigen Organisation treten wird, soll so beschaffen sein, dass sie den Bestandteil eines späteren bundesstaatlichen oder staatenbündischen Gemeinwesens bilden kann, das auf dem Grundsatz der Gewaltenteilung beruhen und insbesondere über ein Zweikammernparlament verfügen soll“³¹ (Artikel 38 EVG-Vertrag). „Am 10. März 1953 verabschiedete die *Ad-hoc-Versammlung* [die parlamentarische Versammlung der EVG (Anmerkung des Autors)] einen weit reichenden Entwurf für eine Europäische Politische Gemeinschaft (EPG), der ein Zweikammernparlament und eine daran gebundene Exekutive beinhaltet.“³² Das französische Parlament lehnte jedoch die Ratifikation der EVG 1954 ab. Somit war das Projekt einer politischen und militärischen europäischen Union für längere Zeit gescheitert.

Man konzentrierte sich danach zusehends auf die wirtschaftliche Integration. Großbritannien sowie Frankreich hatten zu diesem Zeitpunkt noch immer die Illusion, dass sie immer noch Großmächte wären und somit eine europäische Union für sie nicht Ziel führend, geschweige denn notwendig wäre. Am 11. November 1955 fasste das britische Kabinett den Beschluss, sich nicht an einem gemeinsamen Markt zu beteiligen. Es sollte danach noch sehr lange dauern, bis Großbritannien verstanden hatte, dass das Commonwealth keinen gleichwertigen Ersatz zum gemeinsamen europäischen Markt bieten konnte. Der britische Delegationsleiter erklärte damals:

„The future treaty which you are discussing has no chance of being agreed; [...] You speak of agriculture, which we don't like, of power over customs, which we take exception to and of institutions which frighten us [...] au revoir and bonne chance“³³.

Im Gegensatz zu Großbritannien erkannte Frankreich durch die Suezkanal-Krise 1956 die Schwäche einzelner europäischer Staaten und somit die Notwendigkeit einer europäischen Einigung.

Ein Jahr darauf wurden die so genannten Römischen Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG) von den sechs Gründerstaaten unterzeichnet. Die beiden Verträge traten nach Ratifizierung am 1. Jänner 1958 in Kraft. Der gewählte Begriff der „Gemeinschaft“ und die Artikulierung, die „Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen“, können als Indizien gedeutet werden, dass der Wille,

³¹ Johannes Pollak und Peter Slominsky, *Das politische System der EU* (Wien, 2006), S. 29.

³² Ebenda.

³³ Ebenda, S. 31.

über intergouvernementale Zusammenarbeit hinauszugehen, bereits vorhanden war.³⁴ Als Gemeinschaftssitz wählte man Brüssel.

Die Struktur der EWG blieb trotzdem merklich der der EGKS angeglichen. Jedoch machte man sich schon damals Gedanken hinsichtlich einer Demokratisierung auf europäischer Ebene mit Hilfe eines direkt gewählten Europäischen Parlaments, das die Legitimation stärken sollte. Im Primärrecht wurde das Europäische Parlament, welches heute institutionell eine immer wichtigere Rolle spielt, erst in der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) im Jahre 1987 verankert.³⁵

An dieser Stelle muss man noch einmal den prägenden Charakter der Römischen Verträge verdeutlichen. Man schaffte es trotz divergierender nationaler Interessen ein institutionelles Konstrukt zu schaffen, auf das sich die sechs Gründerstaaten einigen konnten. Faktum ist, dass nationale Interessen bei den Verhandlungen aufeinander prallten. „Frankreichs Interesse an einem Schutzraum um die eigene Wirtschaft und sein Interesse an Kontrolle der Atompolitik, vor allem des östlichen Nachbarn, bei gleichzeitiger Aussparung der militärischen Atomkomponenten aus der europäischen Gemeinschaftsbildung; das deutsche Interesse an ungehinderter Bewegung im großen Gemeinsamen Markt; das englische Interesse, lediglich eine Freihandelszone zu etablieren und möglichst wenig Supranationalität in Europa entstehen zu lassen; das sowjetischen Interesse, die Aufmerksamkeit der europäischen Staaten ganz auf den Bau einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu konzentrieren.“³⁶ Schon damals wurde deutlich sichtbar dass das „deutsch-französische Tandem“ die Triebfeder der Integration war und immer wieder werden sollte.³⁷

Nachdem die so genannten Fouchet-Pläne (intergouvernementale, lose politische Abstimmung im Rahmen der EWG) scheiterten, waren es einmal mehr Deutschland und Frankreich, die mit der Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages durch Adenauer und de Gaul am 22. Jänner 1963 für einen weiteren Schub in der europäischen Integration sorgten. Nach diesem Versuch, eine „politische Verbindung“ zu schaffen, sollten sich Deutschland und Frankreich immer wieder als „Motor der politischen Union Europas“ auszeichnen.³⁸

³⁴ Vgl. Johannes Pollak und Peter Slominsky, *Das politische System der EU* (Wien, 2006), S. 32.

³⁵ Vgl. ebenda.

³⁶ Werner Weidenfeld, 'Europäische Einigung im historischen Überblick', in Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Europa von A bis Z* (Bonn, 2006), S. 20.

³⁷ Vgl. ebenda.

³⁸ Vgl. ebenda, S. 20f.

Mit der Ablehnung der von Charles de Gaul unterbreiteten Fouchet-Pläne begannen dessen Maßnahmen gegen weitere Schritte der europäischen Integration. „Entgegen den Bestimmungen des EWG-Vertrages [...] wollte de Gaulle die Kommission auf die Rolle eines Sekretariats zurückstufen und keinesfalls Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat akzeptieren. Diese Politik des ‚leeren Stuhls‘ [...] konnte erst am 29. Januar 1966 durch den sog. Luxemburger Kompromiss revidiert werden.“³⁹ Diese Stagnation des Integrationsprozesses bezeichnet man auch als „Eurosklерose“⁴⁰. Vor allem Präsident de Gaul, für den die Bedeutung des französischen Nationalstaates im Zentrum aller Überlegungen stand, versuchte eine weitere Vertiefung der Gemeinschaftsbereiche mit allen Mitteln zu verhindern, was zu einem „Rückgriff auf intergouvernementale Strukturen“ führte. Ab Mitte der 70er Jahre kam es dann wieder zu einer vermehrten Kooperation.⁴¹ Einmal mehr kam es durch eine deutsch-französische Initiative zu einem gemeinschaftlichen Vorgehen, was in der Gründung eines Europäischen Währungssystems (EWS) mündete, welches schließlich am 13. März 1979 in Kraft trat.⁴²

1.3. Die EG wird zur Europäische Union

Durch die Einführung der EWS wurde die Zeit der so genannten „Eurosklерose“ endgültig abgelöst von wichtigen Fortschritten und Veränderungen, welche letztendlich zur Umwandlung der EG in die Europäische Union (EU) führen sollten.

Ein Schlüsselfaktor dafür war die durch die Einführung der EWS notwendig gewordene Neuordnung der EG-Finanzierung, was wiederum eine Kompetenzerweiterung des Europäischen Parlaments, insbesondere in der Haushaltspolitik, forderte.⁴³ Es zeigte sich, dass die Mitgliedstaaten bereit waren, die Integration über die Ziele der römischen Verträge hinaus weiterzuführen. Dabei wurde, sowie auch später immer wieder, das Spannungsverhältnis zwischen intergouvernementaler, internationaler Koordination und supranationaler Entscheidungsfindung sichtbar. Gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Krise kann dieses Spannungsverhältnis zu Konflikten führen. In der wirtschaftlichen Krise der 70er Jahre machte sich die institutionelle Schwäche der Gemeinschaft durch mangelnde

³⁹ Johannes Pollak und Peter Slominsky, *Das politische System der EU* (Wien, 2006), S. 34.

⁴⁰ Vgl. ebenda, S. 34f.

⁴¹ Vgl. Werner Weidenfeld, ‚Europäische Einigung im historischen Überblick‘, in Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Europa von A bis Z* (Bonn, 2006), S. 22.f

⁴² Vgl. ebenda, S. 23.

⁴³ Vgl. ebenda.

Handlungsfähigkeit bemerkbar. Auch in der Zeit der neueren Finanzkrise, welche ab Ende des Jahres 2008 mit ihren Auswirkungen Europa erreichte, wurde diese Problematik trotz einiger erfolgten Reformen in der EU immer noch deutlich. Sie zeigt die nach wie vor ungelösten institutionellen Probleme der Europäischen Union.

Anfang der 80er Jahre lassen sich fünf bedeutende „Baustellen“ im Integrationsprozess herausheben, die bis heute trotz weiterer Reformen nicht abgeschlossen sind:⁴⁴ Zunächst wurde klar, dass die Gemeinschaft ihre Identität stärken muss, um ihre gemeinschaftlichen Interessen gegen nationale Egoismen durchsetzen zu können. Weiters war man sich schon damals im Klaren, dass das institutionelle Gefüge reformiert werden müsse, um demokratische Legitimation und Effektivität europäischer Politik zu ermöglichen. Gerade hinsichtlich absehbarer Erweiterungen schien es als unvermeidlich grundlegende Reformen anzugehen und umzusetzen.

Ein weiterer Punkt war die Reform des Agrarmarktes, die Steigerung des Umfangs von Regional- und Sozialpolitik sowie der Ausbau der Kompetenzen des Europäischen Parlaments. Der vierte Punkt betraf die Erhöhung des innergemeinschaftlichen Ressourcentransfers. Man wollte für den gesamten europäischen Wirtschaftsraum eine gemeinsame Strukturpolitik entwickeln. Das letzte Vorhaben betraf die Schaffung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, um für die internationalen Herausforderungen gemeinsam gewappnet zu sein.⁴⁵

Die endgültige vertragliche Festlegung der Europäischen Union sollte jedoch noch dauern. Für das europäische Parlament stand jedoch schon mit der Unterzeichnung der Rechtsakte zur „Einführung allgemeiner, unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten der Versammlung“ im Jahr 1976 eine bedeutsame Aufwertung fest. Diese fand ihre Fortsetzung mit den ersten Wahlen 1979 und der Gründung europäischer Parteifamilien. Erst der 1981 vorgelegte Genscher-Colombo-Plan, der eine politische Union zum Ziel hatte und schließlich in der „Feierlichen Erklärung zu Europäischen Union“ (1983) endete, brachte frischen Schwung in die Reformvorhaben.⁴⁶

Doch es bedurfte einmal mehr des Drucks von ernstem wirtschaftlichen Problemen, um nationale Politiker von der Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Antwort auf die Schwierigkeiten zu überzeugen. Es war also seltener europäischer Idealismus als vielmehr die rationale ökonomische Notwendigkeit, die die nationalen

⁴⁴ Vgl. Werner Weidenfeld, 'Europäische Einigung im historischen Überblick', in Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Europa von A bis Z* (Bonn, 2006), S. 26.

⁴⁵ Vgl. ebenda.

⁴⁶ Vgl. Johannes Pollak und Peter Slominsky, *Das politische System der EU* (Wien, 2006), S. 37.

Regierungschefs zu „Europäern“ werden ließ. Es spielten bei der Reform der römischen Verträge und der Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA), welche im 1987 in Kraft trat, viele Faktoren, wie zum Beispiel Veränderungen im Agrarsektor, die Fragmentierung der westeuropäischen Wirtschaft oder die Süderweiterung, eine große Rolle. Schließlich war entscheidend, dass sich der bis dahin eine „linke“ Wirtschaftspolitik verfolgende französische Präsident Francois Mitterand von seinem damaligen Finanzminister Jacques Delors davon überzeugen ließ, dass eine weitgehende Liberalisierung und die Vollendung des Binnenmarktes einerseits das Ziel der europäischen Politik, sowie auch im Interesse Frankreichs sei.⁴⁷

Neben Deregulierungsmaßnahmen und der Vollendung des Binnenmarktes bis zum Jahr 1992 als Ziel, wurden wichtige institutionelle Veränderungen in der EEA verankert. Es betraf dies vor allem den „Übergang vom Prinzip der Einstimmigkeit zu qualifizierten Mehrheitsbestimmungen im Rat, eine Aufwertung der Rolle des EP durch die Einführung des Kooperationsverfahren, sowie die Ausweitung der EWG-Kompetenzen auf neue Bereiche wie Umwelt, Forschung, Entwicklung, Technologie und Sozialpolitik“⁴⁸. Die rechtliche Basis für eine politische Union wurde damit gelegt.

Durch die politischen Umwälzungen zu Beginn der 90er Jahre mit dem Zusammenbruch der UdSSR und der deutschen Wiedervereinigung erhielt die Integrationsbewegung einen überraschenden und entscheidenden Schub. „Mit dem Ende des Kommunismus schien plötzlich die Vision einer Rückkehr Mittel- und Osteuropas in ein freies, friedliches und prosperierendes Gesamteuropa ebenso möglich wie der Alptraum eines Rückfalls Europas in den Streit der Nationalstaaten, genährt durch soziale und ethnische Spannungen.“⁴⁹ Jedenfalls nutze Europa die sich bietende Chance und rasch wurden weitere Integrationsschritte eingeleitet, deren Erfolg mit der Erweiterung der bisherigen EFTA (Europäische Freihandelszone) um die Länder Österreich, Schweden und Finnland deutlich wurde. Von nun an war es klar, dass sich die Europäische Gemeinschaft zu einer Union mit politischem Charakter wandeln sollte.

So sollte es 1991 nicht nur in Osteuropa zu grundlegenden Entscheidungen für Europa kommen, auch in Westeuropa wurde die Basis für die Europäische Union gelegt. „On the 9th and 10th at Maastricht, the twelve leaders of the European Community met

⁴⁷ Vgl. ebenda, S. 39.

⁴⁸ Vgl. ebenda.

⁴⁹ Werner Weidenfeld, 'Europäische Einigung im historischen Überblick', in Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Europa von A bis Z* (Bonn, 2006), S. 31.

to consider their scheme for comprehensive European Union.”⁵⁰ Dieser Kompromiss über die Gestaltung der zukünftigen Europäischen Union sollte bis heute richtungweisend für die Debatten über die *finalité d’Europe* bleiben. Besonders Großbritannien, welches ein föderales Europa grundsätzlich ablehnte, war sozusagen ein Begründer der institutionellen Schwächen der EU. Großbritannien sah im Prinzip des Föderalismus den ersten Schritt zu einem zentralisierten „Vereinigten Staaten von Europa“. Das lehnte man, wie schon immer deutlich kundgetan, entschieden ab. Die Kompromisse, welche auf Grund Großbritanniens eingegangen wurden, sind bis heute nachhaltig bemerkbar. Der oft kritisierte Mangel an einem “sozialen” Europa, in einem kapitalistischen “Europa der Wirtschaftsbesse”, rührt unter anderem aus dem Einfluss Großbritanniens, wie folgendes Zitat verdeutlicht: „the British Prime Minister inserted a monetary opt-out clause, refused to sign the social chapter, persuaded his partners to reconfirm the role of NATO, and claimed a famous victory“⁵¹.

Trotzdem konnte mit dem *Vertrag über eine Europäische Union* (1991) die Gründung der Europäischen Union, welche mit der Ratifizierung des Vertrages von Maastricht 1993 abgeschlossen wurde, verwirklicht werden. Im Grunde wurden die schon existierende EWG, die EGKS und die EAG einfach in die supranationale erste Säule des Drei-Säulen Modells umgewandelt. Die EWG wurde in EG umbenannt. Die zweite Säule umfasste die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Die dritte Säule, welche wie die zweite im Gegensatz zur ersten auf der intergouvernementalen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten beruhte, umfasste die Zusammenarbeit in der Justiz- und Innenpolitik (ZJIP). Eine grundsätzliche Debatte zur Finalität wurde auch zu diesem Zeitpunkt nicht geführt. „Diese Konstruktion war letztlich eine Konsequenz der unterschiedlichen Auffassungen über die Finalität der EU.“⁵² Trotz wichtiger Integrationsfortschritte, wie zum Beispiel der Festlegung der Unionsbürgerschaft, die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips mit der Gründung des Ausschusses der Regionen (AdR) und des Mitentscheidungsverfahrens, wodurch die Rolle des Europäischen Parlaments (EP) deutlich gestärkt wurde, blieb die Richtung der Integration bis dato umstritten.

Die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und die Errichtung des Europäischen Zentralbankensystems ging vor allem Großbritannien eigentlich zu

⁵⁰ Norman Davies, *Europe: a history* (London, 1997), S. 1126.

⁵¹ Ebenda, S. 1127.

⁵² Werner Weidenfeld, 'Europäische Einigung im historischen Überblick', in Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Europa von A bis Z* (Bonn, 2006), S. 32.

weit. Auch die „Ausweitung der Gemeinschaftspolitik um die Bereiche der beruflichen Bildung, Kulturpolitik, Jugendpolitik, Verbraucherschutz und Transeuropäische Netze (TEN) wurde vereinbart. In der Sozialpolitik und im Bereich Forschung und Entwicklung einigte man sich auf eine Vertiefung der bereits gesetzten Integrationsschritte.“⁵³ Durch die nicht erfolgte Diskussion um die *finalité* war eine einschneidende Reform nicht möglich.

Die darauf folgende Entwicklung war vor allem durch die anstehende Osterweiterung geprägt. Man einigte sich auf die so genannten *Kopenhagener Kriterien*⁵⁴, die für eine Mitgliedschaft in der EU zu erfüllen seien: die Garantie für Demokratie, rechtsstaatliche Ordnung und Menschenrechte; eine funktionierende Marktwirtschaft und die Übernahme des *acquis communautaire*. Durch die anstehenden Erweiterungsrunden und der möglichen Mitgliederzahl von 27 Staaten wurde die Diskussion um die Zukunft der EU und notwendigen Reformen wieder lauter. Man muss beachten, dass die institutionelle Architektur der EU im Wesentlichen seit den Gründungsverträgen beibehalten wurde. Hinzu kam ein schon länger einsetzender Trend, der seit dem Ratifizierungsprozess von Maastricht noch verstärkt wurde: der Europamüdigkeit in der europäischen Bevölkerung.⁵⁵ Damit ist auch jene Situation beschrieben, wie wir sie im Groben auch heute noch vorfinden. Trotz einiger ambitionierter weiterer Versuche der institutionellen Reformen und Vertragsrevisionen konnte kein Durchbruch bei notwendigen Reformen erzielt werden.

Der Vertrag von Maastricht war von Anfang an nur als Zwischenschritt gedacht. „Bereits in Maastricht einigten sich die Zwölf daher darauf, schon 1996 den Vertrag auf Notwendigkeiten zur Revision zu überprüfen.“⁵⁶ Natürlich führte der im 1999 unterzeichnete Vertrag von Amsterdam zu einer weiteren Vertiefung der Integration, wobei die wichtigen Probleme der so genannten „*Maastricht-left-overs*“ (Stimmgewichtung im Rat, Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im Rat, Größe der Kommission, Demokratisierung und bessere Transparenz) zu „*Amsterdam-left-overs*“ wurden und bis heute ungelöst sind.⁵⁷ Seit 1991 wurden die Stimmen für eine „bürgernahe“ und transparentere Union, für eine Lösung des „Demokratiedefizits“ immer lauter, doch Antworten fand man auf diese Probleme bis

⁵³ Johannes Pollak und Peter Slominsky, *Das politische System der EU* (Wien, 2006), S. 41.

⁵⁴ Johannes Pollak und Peter Slominsky, *Das politische System der EU* (Wien, 2006), S. 42.

⁵⁵ Vgl. Werner Weidenfeld, 'Europäische Einigung im historischen Überblick', in Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Europa von A bis Z* (Bonn, 2006), S. 33.

⁵⁶ Ebenda, S. 34.

⁵⁷ Vgl. Johannes Pollak und Peter Slominsky, *Das politische System der EU* (Wien, 2006), S. 44.

heute nicht.⁵⁸ Der Vertrag von Nizza, welcher 2003 in Kraft trat wurde als zu „technokratisch, zu kompliziert, intransparent und undemokratisch“⁵⁹ kritisiert. Die Grundrechtscharta, die so etwas wie gemeinsame europäische Werte und eine Ideelle Basis für ein gemeinsames Europa symbolisieren sollte, fand nie zu bindenden Status. Gerade hier sollte sich wieder einmal Großbritanniens Ablehnung am deutlichsten zeigen.

Der größte Wurf eines Reformvertrages ist der „Vertrag über eine Verfassung für Europa“, der 2005 in Referenden von der französischen sowie niederländischen Bevölkerung abgelehnt wurde. Daraufhin entschieden sich die Staats- und Regierungschefs auf eine weitere Vertragsrevision und einigten sich auf den Vertrag von Lissabon, der 2008 in einem Referendum in Irland abgelehnt wurde und dessen Ratifizierungsprozess seitdem gestoppt ist. In diesem wurde den Kritikern einer supranationalen, föderalen EU nachgegeben und unter anderem auf Elemente, wie den Begriff der Verfassung, einer europäischen Hymne, der europäischen Flagge sowie der Bezeichnung „europäischer Außenminister“, verzichtet. Der Verzicht auf diese Symbole der Staatlichkeit ändert jedoch nichts an dem Faktum, dass die EU eine gewisse Staatlichkeit besitzt. Er veranschaulicht eher die Spannung zwischen nationaler und europäischer Identität.

1.4. Bundesstaat, Staatenbund oder Staatenverbund?

Den Anspruch der EU an sich selbst und der ihr von den Staats- und Regierungschefs gegeben wird, lässt sich am „Vertrag über eine Verfassung von Europa“⁶⁰ und dessen Ziele ableiten. Grundsätzlich war man sich im Verfassungskonvent 2003/2004 trotz mancher Ablehnung der Briten schlussendlich über grundlegende Ziele einig:

„Wichtige Prinzipien des gemeinsamen und arbeitsteiligen Handelns sollten systematisch verankert werden, das Mehrheitsprinzip sollte die Konzertierung europäischer Politik auf die Stufe des Regierens bringen. Das System der konsequenten Mitentscheidung des Parlaments sollte die Demokratie stärken. Durch die Systematisierung der Zuständigkeiten sollte die Arbeitsteilung zwischen europäischer und einzelstaatlicher Ebene gemäß dem Subsidiaritätsprinzip unterfüttert werden.“⁶¹

⁵⁸ Vgl. ebenda.

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ Europäische Union, *Vertrag über eine Verfassung für Europa*. (Luxemburg, 2005).

⁶¹ Werner Weidenfeld, 'Europäische Einigung im historischen Überblick', in Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Europa von A bis Z* (Bonn, 2006), S. 42.

Wenn man sich die Ergebnisse im Detail ansieht fällt auf, dass es sich hier wirklich um beachtliche Fortschritte in der Integration handelt, die der EU einige staatliche Züge geben würden. Grundsätzlich wurde das Primärrecht in vier Teile gegliedert.⁶² Der erste Teil umfasst die grundlegenden Verfassungsbestimmungen zu Institutionen, Kompetenzen, Finanzen, Rechtsinstrumenten, Werten, Zielen, Unionsbürgerschaft, Grundrechten und zur Demokratie. Der zweite Teil beinhaltet die Charta der Grundrechte und der dritte Teil Bestimmungen zu den Arbeitsweisen und Politikbereichen der Union. Der vierte Teil besteht aus den allgemeinen Bestimmungen und Schlussbestimmungen.⁶³

Im folgenden Absatz werden die wichtigsten Neuerungen im Verfassungsvertrag (VVE)⁶⁴, der jedoch nie den Ratifizierungsprozess in allen Mitgliedstaaten durchlaufen hat, beispielhaft aufgezählt.⁶⁵

- Die Einführung einer „doppelten Mehrheit“ (55% der Mitgliedstaaten und 65% der Bevölkerungen) anstelle von qualifizierten Mehrheiten im Ministerrat (Art. I-25 VVE). Dies gilt jedoch nicht für heikle Politikbereiche wie zum Beispiel GASP sowie Innen- und Justizpolitik.
- Eine Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens sowie dessen Status als „ordentliches Gesetzgebungsverfahren“, was zu einer Vereinfachung führt (Art. I-34 und Art. III-396 VVE).
- Die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das EP auf der Grundlage eines Vorschlages, eingebracht durch den Europäischen Rat (Art. I-27 Abs.1 VVE).
- Die Möglichkeit eines europäischen Ratspräsidenten für die Dauer von zweieinhalb Jahren (Art. I-21 VVE). Um für mehr Kontinuität zu sorgen, wird an die Stelle der halbjährlich wechselnden Ratspräsidentschaften ein System von Teampräsidentschaften für die Dauer von 18 Monaten eingeführt (Art. I-24 Abs.7).
- Die Einführung eines Frühwarnmechanismus, der den nationalen Parlamenten das Recht auf begründete Stellungnahmen wegen Verletzung des Subsidiaritätsprinzips gegen Gesetzesinitiativen der Kommission gibt (Protokoll Nr.1 über die Rolle der nationalen Parlamente in der EU).
- Die Möglichkeit ab 2014 die Anzahl der Kommissare auf zwei Drittel der Anzahl der Mitgliedstaaten zu senken (Art. I-26 Abs.6 VVE).

⁶² Vgl. Europäische Union, *Vertrag über eine Verfassung für Europa*. (Luxemburg, 2005), S. 17-198.

⁶³ Vgl. Johannes Pollak und Peter Slominsky, *Das politische System der EU* (Wien, 2006), S. 48f.

⁶⁴ Siehe auch u.a. Europäische Union, *Vertrag über eine Verfassung für Europa*. (Luxemburg, 2005), sowie [<http://europa.eu.int/constitution> (09.03.2009)].

⁶⁵ Vgl. Johannes Pollak und Peter Slominsky, *Das politische System der EU* (Wien, 2006), S. 49f.

- Die Einführung eines „Europäischen Initiativrechtes“, bei dem die Kommission durch eine von mindestens einer Million UnionsbürgerInnen unterschriebenen Petition aufgefordert werden kann, gesetzgeberisch aktiv zu werden (Art. I-47 Abs.4 VVE).
- Die Einführung eines Europäischen Außenministers (Art. I-28 VVE).
- Die Einrichtung einer Europäischen Verteidigungsagentur (Art. I-41 Abs.3 und III-311 VVE).
- Die Verankerung der Charta der Grundrechte als Teil II des Verfassungsvertrages.
- Die Zuerkennung einer einheitlichen Rechtspersönlichkeit für die EU (Art. I-7 VVE).
- Die Fusion der einzelnen Säulen des Maastrichtvertrages und damit eine Vereinfachung und Zusammenfassung der Verträge.
- Hohen symbolischen Wert hat auch die Umbenennung der europäischen Rechtsakte, die nunmehr Europäisches Gesetz (vormals Verordnung), Europäisches Rahmengesetz (vormals Richtlinie), Europäische Verordnung, Europäischer Beschluss, Empfehlung und Stellungnahme heißen (Art. I-33 bis 35 VVE).

Diese Neuerungen sollten vor allem das so genannte Legitimationsdefizit entschärfen. Dabei wurde vor allem das System der „doppelten Mehrheit“ als Basis für mehr Legitimation und Demokratie auf europäischer Ebene gesehen, womit die EU zukunftsfähiger werden sollte. Auf der anderen Seite werden auch die Personalisierungen und die Schaffung einer Art europäischer Verfassung von Vielen als großer Schritt in Richtung mehr Legitimation der EU gesehen. „Politik ist Personenwerk – nicht die Ansammlung seelenloser Apparate. Wer Politik verstehbar gestalten will, muss ihr konkrete Gesichter geben. [...] Europa bekommt damit fassbare Gesichter, auf die sich Vertrauen und Misstrauen, Zustimmung und Ablehnung fixieren lassen.“⁶⁶

Die EU hat sich mit den im Verfassungsvertrag festgeschriebenen Reformen, wie zum Beispiel der mehrfachen Parlamentszustimmung, der Personalisierung und der weiteren Aufwertung des EPs, in eine klare Richtung entwickelt. In der aktuellen Literatur findet man dabei ganz deutliche Befunde. „Das politische System der Europäischen Union entwickelt sich damit weiter in Richtung eines Zwei-Kammer-

⁶⁶ Werner Weidenfeld, 'Europäische Einigung im historischen Überblick', in Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Europa von A bis Z* (Bonn, 2006), S. 43.

Systems, in dem Rat und Europäisches Parlament auch de facto gleichberechtigt agieren. Daraus entsteht ein neues Maß an Vertraulichkeit, weil die Prozedere sehr nah an gewohnte nationale Traditionen rücken. Die Europäische Union lässt sich mit der Verfassung besser in Analogie zu den Nationalstaaten begreifen.“⁶⁷ Diese Beschreibungen des Verfassungsvertrages, der die Zustimmung von den einzelnen Regierungen erhalten hatte, aber an der Ratifizierung gescheitert ist, macht die Frage deutlich, in welche Richtung die europäische Elite die Union hin entwickeln will und was große Teile der Bevölkerungen eigentlich wollen. Hier wird ein einschneidender Konflikt deutlich.

An dieser Stelle fragt man sich auch, weshalb der Verfassungsvertrag in den Referenden in den Niederlanden und Frankreich abgelehnt wurde, wenn er doch eine bessere Vertrautheit, mehr Legitimation und Bürgernähe – also alles, was die Bürger angeblich wollen – schaffen sollte. Die genauen Beweggründe der Ergebnisse der Referenden mögen sehr unterschiedlich sein und es ist nachgewiesen, dass besonders in Frankreich innenpolitische Gründe eine große Rolle für das Ergebnis gespielt haben. Aber genau das ist aber ein zentraler Punkt: europäische Politik und Entscheidungen werden noch immer aus nationaler Perspektive gesehen. Der Nationalstaat ist für die Bürger tatsächlich jene politische Einheit, die scheinbar der Rahmen für ihre politischen Entscheidungen und Einstellungen ist und welche für sie persönlich noch immer eine viel wichtigere Rolle als die EU einnimmt.

Jedoch ist die realpolitische Rolle der EU eine andere: „Sie [gemeint ist die EU, Anmerkung des Autors] ist vielmehr der zentrale Ordnungsrahmen überhaupt geworden, ein Produzent von öffentlichen Gütern, an den harten Lebenserwartungen zu richten sind. Bürger, aber auch politische Entscheidungsträger lernen erst jetzt, mit dieser neuen Realität zu leben und in diesem Rahmen zu agieren.“⁶⁸

Faktum ist, dass es in den letzten Jahren zu einem signifikanten Rückgang der Unterstützung der Bevölkerung und zu einer Stärkung nationaler Egoismen gekommen ist. Darüber sollte auch die aktuelle Rückbesinnung auf europäisches Handeln und gemeinsame Lösungen im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht hinwegtäuschen. Es sollte allen politisch Verantwortlichen klar sein, dass eine Verminderung des Wohlstandes und die Verknappung von Ressourcen langfristig noch nie zu vermehrter Solidarität und Stabilität geführt hat. Gerade nicht in einer relativ

⁶⁷ Ebenda, S. 44.

⁶⁸ Werner Weidenfeld, 'Europäische Einigung im historischen Überblick', in Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Europa von A bis Z* (Bonn, 2006), S. 46.

jungen multinationalen Union, die von einer kleinen Elite gegründet worden ist und die nicht nur eine außerordentlich schwache Unterstützung durch die Bevölkerung erfährt, ja der vielmehr mangelnde Legitimation und Demokratie vorgeworfen wird, sowie mit der sich der Großteil der Bevölkerung nicht wirklich identifizieren kann. Man darf nicht vergessen, dass die EU noch keinesfalls eine Solidargemeinschaft darstellt, mit der sich Menschen identifizieren, wie es beispielsweise die Nationalstaaten sind. Aktuelle Befunde lesen sich recht ernüchternd: „Die alten Quellen europäischer Vitalität scheinen versiegt. [...] Die Erfolge sind konsumiert.“⁶⁹ Im folgenden Teil geht es zuerst um eine Bestimmung des *Status quo* der EU, wo auch Probleme und Grenzen der Integration besprochen werden, bevor im Abschnitt 1.6. der Frage nach der Zukunft und der Finalität der EU nachgegangen wird.

1.5. Status quo der Europäischen Union

Wie im obigen Abschnitt festgestellt, ist man sich aus politikwissenschaftlicher Sicht noch nicht sicher, wie man die Europäische Union in ihrer aktuellen Form einstufen soll. Dabei gehen die Diskussionen primär um drei verschiedene Interpretationen der Klassifizierung. Manche klassifizieren die EU als *Staatenverbund*⁷⁰, wie es das Deutsche Bundesverfassungsgericht befunden hat. Andere sehen die EU als politisches System *suis generis*, welches etwas ganz Neues darstellt. Diese Meinung vertritt auch Habermas, der von einer *post-national entity*⁷¹ spricht, sowie Schmitter, der die EU als *objet politique nonidentifié*⁷² bezeichnet. Die Einordnung als rein völkerrechtliches Konstrukt, wie zum Beispiel die UNO, wird mittlerweile in der Literatur klar abgelehnt. Seit dem Vertrag von Maastricht ist unbestritten, dass die EU eine politische Union ist. Das politische System der EU erfüllt klar die Funktion der Politik, d.h. die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen. Auch Pollak (2007) vertritt diese Meinung, indem er Folgendes schreibt: „Der Charakter der Union hat sich seit Mitte der 80er Jahre von einem ‚Zweckverband‘ [...] ökonomischer Prägung zu einer politischen Gemeinschaft verändert.“⁷³

Interessant für eine Beurteilung des Status quo sind auch ausgewählte Passagen aus dem „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ Teil I, Definitionen und Ziele der Union, der allerdings nicht ratifiziert wurde. Dort heißt es unter anderem im Wortlaut:

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ Vgl. Johannes Pollak, *Repräsentation ohne Demokratie* (Wien, 2007), S. 12.

⁷¹ Vgl. ebenda.

⁷² Vgl. ebenda.

⁷³ Ebenda, S. 15.

„Geleitet von dem Willen der Bürgerinnen und Bürger und der Staaten Europas, ihre Zukunft gemeinsam zu gestalten, begründet diese Verfassung die Europäische Union, der die Mitgliedstaaten Zuständigkeiten zur Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele übertragen. Die Union koordiniert die diesen Zielen dienende Politik der Mitgliedstaaten und übt die ihr von den Mitgliedstaaten übertragenen Zuständigkeiten in gemeinschaftlicher Weise aus.“⁷⁴

Interessant, weil so weit reichend, sind die angegebenen Ziele der Union sowie deren Begründung auf dem Willen der Bürgerinnen und Bürger. Dass die EU den Verfassungsvertrag „von dem Willen der Bürgerinnen und Bürger“ geleitet sehen will, deckt sich mit der historischen realen Funktion von Verfassungen, welche Thomas Paine wie folgt als nicht bloß ideell, sondern als real existierend, beschreibt: „The constitution is not the act of ist government, but of the people constituting a government. [...] A constitution, therefore, is to a government, what laws made afterwards by that government are to a court of judicature.“⁷⁵

Die allgemeinen Ziele, wie die Förderung von Frieden, ihrer Werte, freiem Wettbewerb und das Wohlergehen ihrer Völker, werden durch sehr klare Vorstellungen ergänzt. „Die Union wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin. Sie fördert wissenschaftlichen und technischen Fortschritt.“⁷⁶

Besonders hervorzuheben sind die gesellschaftlichen, sozialen Ziele der Union, die in diesem Entwurf verankert sind: „Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierung und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Sie wahrt den Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas.“⁷⁷

Bezeichnend für den öffentlichen Diskurs über die EU und gerade diesen Vertrag ist, dass all diese festgeschriebenen Ziele noch nie in den Massenmedien aufgetaucht

⁷⁴ Europäische Union, *Vertrag über eine Verfassung für Europa*. (Luxemburg, 2005), S. 17.

⁷⁵ Thomas Paine, *The Rights of Man*, 1791/92, zit. in Hannes Wimmer, *Evolution der Politik: Von der Stammesgesellschaft zur modernen Demokratie* (Wien, 1996).

⁷⁶ Europäische Union, *Vertrag über eine Verfassung für Europa*. (Luxemburg, 2005), S.17.

⁷⁷ Ebenda, S. 17f.

sind. Es stellt sich natürlich die Frage über das Verhältnis von EU und nationaler politischen Öffentlichkeit. Scheinbar kommt es hier häufig zu Kommunikations-Problemen beziehungsweise zur Durchsetzung der betont nationalen Perspektiven in den öffentlichen Diskursen. Das Problem der Nicht-Existenz einer europäischen politischen Öffentlichkeit kann aufgrund des engen Rahmens einer Diplomarbeit nicht näher behandelt werden.

Heute gibt es darüber keinen Zweifel mehr, dass die EU auch eine politische Dimension besitzt. Die Frage, welche es hier zu klären gilt, ist, wie die dritte Klassifizierung einzustufen ist: die Union als Bundesstaat, als *Vereinigte Staaten von Europa* mit einem supranationalen Kern.

Die Meinung Charles de Gaulles, dass die EU niemals mehr als ein Verbund von Nationalstaaten sein könne, weil man eben aus „hartgekochten Eiern – als welche die europäischen Nationen ja fürwahr anzusehen sind – eben kein Omelette machen könne“⁷⁸, weist diese Idee zurück. Hannes Wimmer (2000) geht in seinem Buch der Frage nach, welche Schlüsse daraus zu ziehen seien, wenn die Eigeninteressen der Nationen das eigentliche Haupthindernis für die Bildung der *Vereinigten Staaten von Europa* sind. Das deutsche Bundesverfassungsgericht⁷⁹ begründete mit dem Fehlen eines europäischen *Demos* ihr Erkenntnis, dass die EU ein „Staatenverbund“ und kein „Bundesstaat“ sei beziehungsweise sein könne. Hannes Wimmer stellt diese Interpretation klar dar: „Noch viel eindeutiger fällt das Urteil aus, wenn man die Legitimität des Staates auf das Prinzip der Volkssouveränität gründet, denn mangels eines Staatsvolkes könne es keine ‚verfassungsgebende Gewalt‘ geben, auf welche sich eine – die rechtliche Grundordnung des Staates konstituierende – Verfassung gründen ließe.“⁸⁰ Dies würde in der Folge bedeuten, dass, so lange es „Nationen“ in Europa gibt, auch kein legitimer europäischer Bundesstaat möglich sei. Voraussetzung hierfür wäre nämlich ein europäisches Volk, das seine Souveränität an dessen politische Repräsentanten auf EU-Ebene überträgt.

Manche Juristen, wie zum Beispiel Stefan Griller (1996) vertreten die gegenteilige Meinung. Er meint nämlich, dass durch die freiwillige Souveränitätsabgabe von Nationalstaaten auf die Europäische Union diese sogar schon ausgeprägte Elemente

⁷⁸ Hannes Wimmer, *Die Modernisierung politischer Systeme* (Wien, 2000), S. 56.

⁷⁹ So lautete das Erkenntnis beim so genannten Maastricht-Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts.

⁸⁰ Hannes Wimmer, *Die Modernisierung politischer Systeme* (Wien, 2000), S. 76.

von Staatlichkeit im juristischen Sinne besitzt. Man kann diesen Prozess pointiert auch als Souveränitätsübergabe anstatt als Souveränitätsabgabe bezeichnen. Diese Argumentation setzt beim juristischen Staatsbegriff des deutschen Bundesverfassungsgerichts an, wo das „Staatsvolk“ ein wichtiges Staatselement darstellt. Die klassische deutsche Staatslehre geht davon aus, dass nur ein „relativ homogenes Volk“⁸¹, die Nation, die Grundlage des Verfassungsstaates bilden kann. Interessant ist, dass in dem Maastricht-Urteil der EU klare Grenzen aufgezeigt werden: „Vermitteln die Staatsvölker – wie gegenwärtig – über die nationalen Parlamente demokratische Legitimation, sind mithin der Ausdehnung der Aufgaben und Befugnisse der Europäischen Gemeinschaften vom demokratischen Prinzip her Grenzen gesetzt. [...] Die Staaten bedürfen hinreichend bedeutsamer eigener Aufgabenfelder, auf denen sich das jeweilige Staatsvolk in einem von ihm legitimierten und gesteuerten Prozeß politischer Willensbildung entfalten und artikulieren kann, um so dem, was – *relativ homogen* – geistig, sozial und politisch verbindet..., rechtlichen Ausdruck geben.“⁸²

Als wichtiges Argument gegen den engen Begriff des Staatsvolkes als ein „relativ homogenes Staatsvolk“ wird die Tatsache angeführt, dass Homogenitätsansprüche auf rechtspolitischen Entscheidungen des Gesetzgebers beruhen, wo vor allem das *ius sanguinis* die Rechtsordnung beeinflusst (Deutschland, Österreich). Es gebe genug Beispiele, wo das durch das *ius soli* von vornherein ganz anders ist (zum Beispiel die USA).⁸³ „Man denke nur an die USA, Kanada, Belgien oder die Schweiz [...]. Diesen Gemeinschaften wird wohl kaum jemand ihre Staatlichkeit absprechen wollen, obgleich sie die hier zur Debatte stehenden Homogenitätsanforderungen offensichtlich nicht erfüll(t)en.“⁸⁴ Es wird dabei vom Autor auch darauf hingewiesen, dass „die Auflösungserscheinungen der Staatselemente gerade wegen der zunehmenden internationalen Verflechtungen auch vor dem Staatsvolk nicht Halt machen“⁸⁵. Dabei spielen vor allem die Globalisierung, neue Technologien, Massentransportmittel und die zunehmende Migration eine große Rolle. Es wird vom Autor auch darauf hingewiesen, dass die Formulierungen des BVerfG bezüglich der Definition eines Staatsvolkes sehr bedenklich seien, da sie in der Nähe von historisch belasteten anzusiedeln sind.⁸⁶ Die

⁸¹ Vgl. Stefan Griller, 'Ein Staat ohne Volk? Zur Zukunft der Europäischen Union', in *IEF Working Paper*, Nr. 21 (Wien, Okt. 1996), S. 2.

⁸² Ebenda.

⁸³ Vgl. ebenda, S. 5.

⁸⁴ Ebenda, S. 6.

⁸⁵ Ebenda.

⁸⁶ Stefan Griller, 'Ein Staat ohne Volk? Zur Zukunft der Europäischen Union', in: *IEF Working Paper*, Nr. 21 (Wien, Okt. 1996), S. 8.

Unionsbürgerschaft bildet dem Autor nach automatisch die europäische Bevölkerung, welche völkerrechtlich auch das „Volk“ der EU darstellt. Diese Debatte zeigt ganz deutlich die unterschiedlichen Konzeptionen von Nation und Staat. Auf der einen Seite das Konzept des *ius sanguinis*, das in der Regel zu exklusiven, kulturellen Definitionen von Staatsvolk und Nation führt. Auf der anderen Seite der Ansatz des *ius soli* der in der Regel zu inklusiven, zivilen Konzeptionen von Staatsbürgertum und Nation führt.

Dem Einspruch, dass die Mitgliedstaaten der EU über den Verfassungsvertrag entscheiden sowie Veränderungen maßgeblich bestimmen und die EU somit kein Bundesstaat sei, entgegnet er folgendermaßen: „Historisch betrachtet ist es auch keineswegs unüblich, dass die Gliedstaaten eines Bundesstaats bei Verfassungsänderungen das letzte Wort haben, wenn auch das Erfordernis der Annahme von Änderungen durch *alle* Mitglieder eine besonders rigide Konstruktion ist.“⁸⁷

Das, was der EU schlussendlich zu wirklicher Staatlichkeit fehle, sei die „Kompetenz-Kompetenz“, das heißt, dass sie ihre Verfassung selbstständig abändern kann, einem „dahingehenden Willensakt der Mitgliedstaaten und Unionsorgane, die Gegenstand der Anerkennung durch die Weltrechtsgemeinschaft sein könnten“⁸⁸. Rechtlich jedoch habe sich die EU einem Bundesstaat schon sehr weit angenähert. Die aktuelle Diskussion um die Reformverträge entspräche demnach einer Diskussion um die Beseitigung von Defiziten für das bessere Funktionieren des institutionellen Systems in Richtung eines funktionierenden Bundesstaats.

Rein juristisch betrachtet mögen diese Überlegungen durchaus schlüssig erscheinen. Denn einerseits schaut es juristisch danach aus, dass sich die EU zu einem bundesstaatlichen Gebilde hin entwickelt. Doch andererseits gibt es seit jeher, und diese Tendenzen werden nicht weniger, politische Strömungen, welche klar gegen einen europäischen Bundesstaat, gegen ein *Vereinigtes Staaten von Europa* und für ein *Europa der Vaterländer* mit starken eigenständigen Nationalstaaten als Basis eintreten.

Wichtig ist sich auch bewusst zu werden, dass europäische Staatlichkeit im Unterschied zum klassischen Staat eben bedeutet, dass viele Merkmale des modernen Nationalstaates auf europäischer Ebene weniger scharf ausgeprägt sind. „Dies gilt für nahezu alle Dimensionen, angefangen beim Verhältnis von Exekutive, Legislative und Judikative, über die Öffentlichkeiten und die Medien bis hin zur legitimierten Ausübung

⁸⁷ Ebenda, S. 16.

⁸⁸ Ebenda, S. 25.

des Gewaltmonopols im Innern, der Souveränität und der ‚relationalen‘ Macht im internationalen System einschließlich des militärischen Potentials nach außen.“⁸⁹

An dieser Stelle erscheint eine politikwissenschaftliche Verwendung des Begriffes von „Staatlichkeit“ gegenüber einer juristischen als sinnvoller. Die EU besitzt im politikwissenschaftlichen Sinne bestimmte Elemente der Staatlichkeit, ist jedoch kein supranationaler „Superstaat“, da wichtige Bedingungen für einen modernen Staat fehlen. Es ist jedoch deutlich die Tendenz kontinuierlicher Vertiefung und zunehmender „Staatlichkeit“ der Europäischen Union festzustellen.⁹⁰ Wichtig ist dabei die Tatsache, dass, obwohl es zu einem kontinuierlichen Kompetenzzuwachs der EU auf supranationaler Ebene und zu einem Kompetenzverlust der Mitgliedstaaten auf nationaler Eben gekommen ist, die EU immer noch ein Zwitterwesen zwischen „einer supranationalen Organisation und einer zwischenstaatlichen intergouvernementalen Kooperation“⁹¹ ist. Entscheidend hierbei ist ganz klar der Kompromiss der Mitgliedstaaten ihre nationalen Interessen einerseits zu schützen sowie andererseits gemeinsames Handeln auf supranationaler Ebene zu ermöglichen. Dieses potentielle Spannungsfeld zwischen nationalen Interessen und supranationaler Politik führt in der Folge zu den typischen Merkmalen des politischen Systems der EU.

Idealisiert kann die Beschreibung der EU dann wie folgt lauten: „Dieses föderative Gebilde ermöglicht es Vielfalt mit Einheit zu verbinden.“⁹² Öfers wird dieses System auch als Mehrebenensystem bezeichnet, wo politische Willens- und Entscheidungsfindung auf drei unterschiedlichen Ebenen stattfinden können: regional, national und europäisch. Nach dem Prinzip der Subsidiarität sollen Entscheidungen dort getroffen werden, wo es sinnvoll ist. „Das Verhältnis zwischen den verschiedenen territorialen Einheiten soll nach dem Grundsatz der Subsidiarität geregelt werden.“⁹³ Dies hätte zur Folge, dass man den in der politischen Diskussion so viel gescholtenen „Brüsseler Zentralismus“ verhindert.

Zusammenfassend kann man die Europäische Union als voll entwickeltes politisches System beschreiben, dass jedoch zum jetzigen Zeitpunkt kein voll entwickelter Staat im traditionellen Verständnis ist. „Man kann von einem Quasi-Staat

⁸⁹ Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf, *Konkurrenz für das Empire* (Münster, 2007), S. 86.

⁹⁰ Vgl. die Argumentation von Hannes Wimmer in Hannes Wimmer, *Die Modernisierung politischer Systeme* (Wien, 2000), S. 73-100.

⁹¹ Frank R. Pfetsch, *Das neue Europa* (Wiesbaden, 2007), S. 62.

⁹² Frank R. Pfetsch, *Das neue Europa* (Wiesbaden, 2007), S. 63.

⁹³ Ebenda.

sprechen, der die drei Kriterien Territorialität, Staatsvolk und ausübender politischer Herrschaft zum Teil erfüllt.“⁹⁴

In diesem Abschnitt soll der Begriff der Europäischen Union soweit beleuchtet und geklärt werden, dass im weiteren Verlauf der Arbeit damit gearbeitet werden kann. Wichtig ist es an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass die EU nichts Statisches ist, sondern sich in einem Prozess der Entwicklung befindet und somit auch die Ablehnung gegenüber dieser wissenschaftlich schwierig zu fassen ist. Die vorangegangenen Beschreibungen zielten vor allem auf das politische System der EU und eine Einordnung dessen hin. Bei der EU handelt es sich um ein politisches Projekt, das vor allem von Eliten unterschiedlicher ideologischer Prägung getragen wird.

Bei der Frage nach der „Ablehnung gegenüber der Europäischen Union in Österreich“ spielen in der Analyse jedoch außer der EU als politisches System auch gesellschaftliche und soziale Faktoren in Österreich eine Rolle. Wenn man auf die populistischen EU-kritischen Strömungen in Österreich eingeht so wird man feststellen, dass es primär gar nicht so sehr um eine sachliche Diskussion des europäischen Politiksystems und dessen tatsächlichen Auswirkungen geht. Eine genaue Ausarbeitung der EU-Kritik auf österreichischer Ebene mit Schwerpunkt auf die nationale Identität sowie empirische Daten findet im vierten Kapitel statt. Relativierend muss man auch sagen, dass eine sachliche Diskussion in der breiten Öffentlichkeit auch sehr schwer zu führen ist, nachdem sich die Europäische Union in Mitten des Prozesses ihrer rasanten Entwicklung befindet.

Der „Faktor Zeit“ wird nicht nur in der politischen Diskussion, sondern auch in der wissenschaftliche Debatte nur zu gern außer Acht gelassen. Dies ist eigentlich unverständlich, denn das Ausmaß und die Komplexität eines solch großen Projektes - welches erst nach dem Zweiten Weltkrieg, also vor gar nicht allzu langer Zeit begonnen wurde - sollten nicht unterschätzt werden. Aus der nationalen Perspektive der Tagespolitik wird Vieles oft verkürzt dargestellt und das Einigungsprojekt Europa durch Rechts- sowie Linkspopulisten zur Stimmenmaximierung bei Wahlen instrumentalisiert.

Zwei der häufigsten Kritikpunkte sind das Demokratiedefizit und der Zentralismus. Dem Zentralismus steht jedoch ganz klar das Subsidiaritätsprinzip entgegen. Zum Demokratiedefizit fallen, systemanalytisch betrachtet, ohne jetzt die institutionellen Abläufe im Detail zu diskutieren, folgende Merkmale auf. „Bürger und

⁹⁴ Ebenda, S. 64.

gesellschaftliche Gruppen können Ihre Interessen entweder durch intermediäre Gruppen oder durch Parteien zum Tragen bringen. Die Input Kanäle sind offen und durchlässig nach ‚oben‘.⁹⁵ Gerade weil das System auf kollektiven Entscheidungen beruht erscheint die Willensbildung (z.B. EU-Budget) oft schwerfällig. „Kollektive Entscheidungen bestimmen die Redistribution von ökonomischen Ressourcen und die Zuteilung von sozialen und politischen Werten quer über das gesamte System. [...] Zwischen den Ergebnisleistungen (Output) und den Anforderungen (Input) bestehen Rückkoppelungsprozesse.“⁹⁶ Bei der EU handelt es sich demnach um ein funktionierendes politisches System.

Der Schritt weg von souveränen Nationalstaaten zur freiwilligen Abgabe von Souveränität an eine Supranationale Organisation darf nicht als selbstverständlich angenommen werden. Besonders auffällig und wichtig für die Erklärung dieser Idee erscheint der Ursprung dieser. Es handelt sich dabei nicht um eine weit verbreitete, von den Massen getragene, populäre Idee, sondern hat ganz im Speziellen mit Personen wie Jean Monnet zu tun, die nach den unmittelbaren Erfahrungen des zweiten Weltkrieges, kosmopolitisch und nicht nationalistisch dachten. Wie die spätere Geschichte gezeigt hat, war diese Gruppe von europäischen Idealisten um Jean Monnet herum eher ein elitärer Kreis von Intellektuellen und Kosmopoliten und nicht vergleichbar mit Politikern wie Charles de Gaul, Margaret Thatcher, François Mitterrand und vielen anderen, welche kein Europa mit einem starken zentralen supranationalem politischen Kern, sondern ein Europa der starken Vaterländer wollten.

Dieser Konflikt zwischen den Gründern der EU, denen eine politische Union als Bundesstaat mit föderalem Charakter vorschwebte, und manchen nationalen Politikern, in deren Hauptgedanken von jeher der starke Nationalstaat im Zentrum aller Überlegungen stand - die oft einen begrenzten Staatenverbund mit starken Nationalstaaten bevorzugen - spielt bei allen Diskussionen in welche Richtung sich die EU entwickeln sollte, welche Aufgaben ihr heute und in der Zukunft zukommen sollen, eine maßgebliche Rolle. Die noch immer offene und von der Politik viel gescheute Frage nach der Finalität der sich im Entwicklungsprozess befindlichen EU wird im folgenden Abschnitt nachgegangen.

⁹⁵ Ebenda.

⁹⁶ Frank R. Pfetsch, *Das neue Europa* (Wiesbaden, 2007), S. 64.

1.6. EU – Quo vadis?

Nach den vorangegangenen Ausführungen befasst sich dieser Part mit der Finalität der EU. Das Bewusstsein und die Beschäftigung mit dieser Frage sind für die Zukunft der EU und die Bewältigung vieler aktueller und zukünftiger Probleme für ein gemeinsames Europa von essentieller Bedeutung. Dass dem Faktor Zeit in dieser Diskussion von den Medien, der Politik und der EU selbst so wenig Bedeutung zugemessen wird, erschwert das Unterfangen die Gesamtperspektive für Europa als BeobachterIn im Auge zu behalten.

Gerade heute, wo wirtschaftliche Entwicklungen zu einer Verschärfung sozialer und politischer Konflikte führen können, ist die Frage nach der Antwort auf Probleme, die Europa als Gesamtheit betreffen, für dessen Zukunft essentiell. Natürlich sind bestimmte rasche Maßnahmen bei vielen Problemen auch auf national-staatlicher Ebene nötig. Jedoch ist es ein Faktum, dass durch die immer tiefere ökonomische Integration und Vernetzung der einzelnen Nationalstaaten es keinem europäischen Staat mehr gelingt, sich vor globalen Entwicklungen zu isolieren. Dies ist die Ambivalenz der europäischen Integration sowie im Allgemeinen der Globalisierung. Gerade die ökonomische Integration, die gezielte Liberalisierung und internationale Vernetzung der Wirtschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten nach dem Ende des 2. Weltkrieges zu einem einzigartigen Wachstum der Wirtschaft und des Wohlstandes in Europa geführt.

Entscheidend ist, dass die EU ein Gebilde von freiwillig zusammengeschlossenen Nationalstaaten ist. Die Motivation dafür beruht vor allem auf historischen und ökonomischen Faktoren.

„Diese Freiwilligkeit hat mehrere Wurzeln, von denen die gemeinsame historische Erfahrung, das Eigeninteresse der Mitgliedstaaten, die zeitweilige gemeinsame Bedrohung aus dem Osten und die wirtschaftlichen Herausforderungen etwa durch Japan oder die USA zu den wichtigsten zählen. [97] Auch allgegenwärtige Globalisierungstendenzen zu größeren Märkten, die Verdichtung der Lebensräume durch Technik und Technologie, schnellere Transport- und Kommunikationsmittel etc. sind als Antriebskräfte für den europäischen Einigungsprozess zu sehen.“⁹⁸

Es gibt gute Gründe, die für eine Vertiefung der EU sprechen. Die Zustimmung dafür wird aufgrund von Krisen (z.B. Kriege, Wirtschaftskrisen) im Allgemeinen größer, wie

⁹⁷ Heute sollte man auch China und Russland als wirtschaftliche und geopolitische Konkurrenten für Europa nicht vergessen. Dies zeigt sich vor allem in den Bereichen Energie- und Außenpolitik recht deutlich.

⁹⁸ Frank R. Pfetsch, *Das neue Europa* (Wiesbaden, 2007), S. 63.

man aus der historischen Erfahrung ablesen kann.⁹⁹ Doch eines darf man gerade jetzt nicht vergessen: die EU hat viele Kritiker und muss diese auch ernst nehmen.

Die EU-Verfassungsreferenden in Irland, Frankreich und den Niederlanden sprechen eine deutliche Sprache. Überall fragen sich Menschen, in welche Richtung sich die Politik auf nationaler, aber auch auf europäischer Ebene bewegt. Dabei kommt es bei EU-kritischen Stimmen oft zu Re-nationalisierungstendenzen. „These feelings raise once more all the problems concerning national identity. Jean Monnet’s message – ‘we don’t bring together states, we unite men’ – also seems to be forgotten.”¹⁰⁰ Immer wieder zeigen sich Widersprüche zwischen nationalen Interessen und einer tieferen europäischen Integration. Auch wenn sich so mancher Staatschef international gerne als großer Europäer präsentiert, so sieht die Realität oft ganz anders aus. Bezeichnend hierfür ist dass nicht einmal der gemeinsame Markt vollendet ist. „French President Nicolas Sarkozy’s insistence that there be no reference in the ToL to the inviolability of ‘free and open competition’ was a telling indication of this concern.”¹⁰¹ Das “Treaty of Lissbon”, der Vertrag von Lissabon, wird hier als ToL abgekürzt.

Es scheint so, als ob trotz der realen Schwächung der Nationalstaaten diese nicht an emotionaler Bedeutung für die Menschen verloren haben. Natürlich ist klar, dass die Idee vom National-Staat und der damit verbundenen „Nation“ immer mit einem enorm starken Pathos verbunden ist. Zudem muss man auch beachten, dass jedes Staatsoberhaupt und jedeR EuropaparlamentarierIn realpolitisch immer noch an erster Linie seinem Wahlvolk verpflichtet ist und dieses auch innerhalb der EU zu vertreten hat. Europa-Idealismus hin oder her, jedes Staatsoberhaupt wird von nationalen WählerInnen gewählt und ist deshalb diesen verantwortlich. Hier fällt es einem als außen stehender Beobachter oft schwer zu beurteilen, ob es sich bei einem Anliegen um ein für die Region wichtiges Interesse oder um nationale Egoismen handelt.

Natürlich liegt es aber auch an den WählerInnen selbst. Bringen diese EU-Idealismus und Solidarität mit und verfallen keinem polarisierenden Nationalismus und Populismus, so werden auch die gewählten Politiker in der EU mehr gemeinschaftliche Interessen vertreten. Jedoch ist eine Tendenz zu Nationalismus in Europa feststellbar. Gerade die so Pathos beladene Ideologie des Nationalismus macht es natürlich für

⁹⁹ Vgl. Gerard Delanty, *Inventing Europe: Idea, Identity, Reality* (London, 1995), S. 7.

¹⁰⁰ A. C. D’Appolonia, ‘National and European Identities between Myths and Realities’ in U. Hedetoft (Hrsg.), *Political Symbols, Symbolic Politics: European identities in transformation*, (Aldershot: Ashgate, 1998) S. 65.

¹⁰¹ W. Quaisser und S. Wood, ‘The “New European Union” – Characteristics, Contradictions and Challenges’, in *Kurzanalysen und Informationen des Osteuropa-Instituts Regensburg*, Nr. 30 (Regensburg, Febr. 2008), S. 5.

populistische Politiker reizvoll, sie für den Zweck der Stimmenmaximierung zu benutzen und Kritik an „der EU“ und ihren Eliten zu äußern.

Die Gründe dafür werden in dieser Arbeit am Beispiel Österreichs analysiert. Eine weitere Erklärung für das Widererstarben nationalistischer Strömungen lautet neben dem Populismus zur Stimmenmaximierung wie folgt:

„In fact Europe is a function of the nation-state, which has also fostered the nationalism of the region. [...] the movement towards European unity has possibly led to a strengthening of the nation-state since there has been a transfer of major mechanisms of economic and political integration to the EU onto which the burden of legitimation has been shifted.“¹⁰²

Die Frage wird sein, ob institutionelle Probleme wie das „Demokratiedefizit“ oder die „Legitimationsproblematik“ gelöst und überwunden werden können.¹⁰³ Die folgende berühmte Aussage Jean Monnets scheint zur Frage der Realisierbarkeit eines Vereinten Europas zu werden: „Nous ne coalisons pas des Etats, nous unissons des hommes.“¹⁰⁴ Hätte so mancher Politiker diesen Satz genauer übersetzt, so wäre die Vorstellung der europäischen Elite für die meisten ohnehin klar gewesen. Es geht hier um keine „Koalition von Staaten“, also auch um keinen Staatenbund oder Staatenverbund, es geht ganz klar um die Vereinigung von Staaten und deren Bürger, also um einen viel höheren Grad der Integration von Europa.

Dabei wird wieder jenes Problem deutlich, mit dessen Bearbeitung sich das erste Kapitel beschäftigt hat: Was verstehen die Parteien, die politischen Eliten und die Menschen eigentlich unter Europa? Thomas Risse hat in einer longitudinalen Studie von politischen Diskursen über „Europa“ in den größten Parteien Frankreichs, Deutschlands und Großbritanniens festgestellt, dass „Europa“ überall anders gedeutet wird. Für die deutsche politische Elite bedeutet „Europa“ und die europäische Integration die Überwindung der eigenen nationalistischen und militärischen Vergangenheit (Engelmann-Martin 2002). Im klaren Gegensatz dazu konstruierten die französischen politischen Eliten „Europa“ eingebettet in ihr Verständnis ihrer eigenen nationalen Identität.¹⁰⁵ „The french elites, in contrast, constructed Europe as the externalization of

¹⁰² Gerard Delanty, *Inventing Europe: Idea, Identity, Reality* (London, 1995), S. 157.

¹⁰³ Zum Thema „Demokratiedefizit der EU“ siehe unter anderem Fritz Scharpf, *Regieren in Europa: effektiv und demokratisch?* (1999), sowie Philippe Schmitter et al., *How to democratize the European Union: and why bother?* (2000).

¹⁰⁴ Frank R. Pfetsch, *Das neue Europa* (Wiesbaden, 2007), S. 68.

¹⁰⁵ Vgl. Thomas Risse, 'European Institutions and Identity Change', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 252.

distinct French values of Republicanism, enlightenment, and the *mission civilisatrice*.”¹⁰⁶
Überhaupt im Gegensatz dazu konstruierten die britischen Eliten “Europa” in Kontrast zu
ihrem Verständnis von der englischen Nation.¹⁰⁷ Ein Schlüssel zum Europaverständnis
liegt demnach in den Konstruktionen der unterschiedlichen nationalen Identitäten.

¹⁰⁶ Ebenda.

¹⁰⁷ Vgl. ebenda, S. 253.

2. Nationalismus und nationale Identität

Nachdem die EU als politische Idee näher vorgestellt worden ist, liegt nun der Schwerpunkt auf den theoretischen Grundlagen zur Ablehnung gegenüber der EU. Im ersten Kapitel ist deutlich geworden, dass es sich bei der europäischen Integration um einen typischen „top-down“ Prozess der politischen Eliten Europas handelt. Dass dies historisch betrachtet nichts Ungewöhnliches bei einem politischen Einigungsprozess darstellt, dürfte folgende Aussage von Massimo D’Azeglio, die er 1860 im italienischen Senat tätigte, verdeutlichen: „Having made Italy, we must now make Italiens.“¹⁰⁸

Der Vergleich hinkt jedoch an dem Punkt, an dem es um den einheitlichen politischen Willen geht. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es in Italien eine im Geiste der damaligen Zeit äußerst populäre und massentaugliche Idee von einem vereinigten Nationalstaat Italien, getragen von der damals modernen Ideologie des Nationalismus. Im Europa der 27 Mitgliedstaaten gibt es hingegen viele unterschiedliche nationale Interessen. Der Wunsch nach einem Europa der Europäerinnen und Europäer bleibt auf der politischen Ebene nur allzu oft den Eliten in den europäischen Institutionen selbst vorbehalten. Wie schon zuvor erwähnt, muss man auch hier auf die Zeitdimension hinweisen.

Seit dem Vertrag von Maastricht haben die Bemühungen in diese Richtung, zumindest auf der elitären Ebene, deutlich zugenommen. „Even in 1992, economics, not culture, was principally on the mind of Jacques Delors. In the last decade, the question of a European identity and European citizenship has begun to dominate the discourse of European political and intellectual elites [...]. The ‘old’ Europe of territorially bounded nation-states – the by-products of wars, revolutions, and social conflicts – evolved as a political, economic, and cultural project. A new European identity is arguably an afterthought.“¹⁰⁹ Dieses Vorhaben erscheint vielen Menschen als vernünftig, gerade im Kontext der Globalisierung auch ökonomisch, und in vielerlei Hinsicht für die Mitgliedsstaaten rational sinnvoll. Gerade innerhalb der EU-Institutionen und auch auf nationalstaatlicher Ebene hat sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte eine politische Elite von EuropäerInnen herausgebildet. Doch andererseits erscheint es, als würde die Kluft zwischen überzeugten EuropäerInnen, EU-Gegnern und Nationalisten zunehmen.

Folgende Geschichte macht deutlich, in welchem Ausmaß Nationen als die wichtigsten territorialen Identitäten, die wir heute in Europa haben, künstlich geschaffen

¹⁰⁸ Mabel Berezin und Martin Schain (Hrsg.), *Europe without borders: remapping territory, citizenship, and identity in a transnational age* (Baltimore, 2003), S. 15.

¹⁰⁹ Ebenda, S. 16.

und von Eliten konstruiert wurden. Umso wichtiger ist es sich genau anzusehen, wieso Nationen als soziale Realität so stark im Bewusstsein der Menschen verankert sind und für alle möglichen politischen Ziele instrumentalisiert werden können.

„Ein alter Ungar stirbt und möchte in den Himmel kommen.
Beim Haupteingang stellt ihm ein Erzengel die üblichen Fragen:
Wo bist, du guter Mann, denn geboren?
Der Alte antwortete: in der österreichisch-ungarischen Monarchie.
Wo hast du die Schule besucht? In Ungarn.
Wo hast du zu arbeiten begonnen? In der Slowakei.
Wo hast du geheiratet? In Rumänien.
Wo bist du in Pension gegangen? In der Sowjetunion.
Wo bist du gestorben. In der Ukraine.
Guter Mann, schaut der Erzengel hoch,
du bist aber viel herumgewandert. Ganz und gar nicht,
antwortete der Alte: Ich habe mein Dorf mein Lebtage
nicht verlassen!“¹¹⁰ (István Szabó)

Eine erste Frage muss hier lauten, ob es im Augenblick überhaupt eine europäische Identität gibt? Bei einer diesbezüglichen Studie aus dem Jahr 2004, die im Auftrag der Europäischen Kommission erarbeitet wurde, kam man zur Einsicht, dass es keine kulturelle oder geistige europäische Identität gebe: „Es ist kein Zufall, dass die wirtschaftliche Integration als Triebkraft zur politischen Reformation Europas nicht ausreicht. Wirtschaftliche Integration als solche führt einfach nicht zu einer politischen Integration, da Märkte keine politisch belastbare Solidarität erzeugen können. Solidarität, wahrer Gemeinschaftssinn, ist von grundlegender Bedeutung, da der am Markt herrschende Wettbewerb starke Zentrifugalkräfte mobilisiert. [...] Die ursprüngliche Erwartung, dass die politische Einheit der EU sich als Folge des Europäischen Binnenmarktes einstellen werde, hat sich als illusorisch erwiesen.“¹¹¹

Nun, der Befund ist recht deutlich: es gibt eine europäische Identität innerhalb der Eliten, insbesondere innerhalb der EU-Institutionen. Doch gerade dieser Ansatz durch die Institutionen funktioniert nur für denjenigen elitären Kreis, der auf EU-Ebene durch ständiges Verhandeln und kollektive Zusammenarbeit die EU als soziale Realität

¹¹⁰ István Szabó, zit. nach Erhard Busek, *Eine Seele für Europa: Aufgaben für einen Kontinent* (Wien, 2008), S. 29.

¹¹¹ Krzysztof Michalski, *Die geistige und kulturelle Dimension Europas: Reflexionsgruppe der Europäischen Kommission* (Europäische Kommission, 2004), S. 8f.

wahrnimmt und durch Sozialisation eine europäische Identität ausbildet.¹¹² Dies funktioniert jedoch nicht als Triebfeder für eine breite Sozialisation innerhalb der Bevölkerung, da die breite Masse der BürgerInnen in den Mitgliedstaaten diesen unmittelbaren institutionellen Bezug nicht hat.

Historisch betrachtet ist eine europäische Identität innerhalb von sozialen oder beruflichen Eliten keineswegs neu. Schon früher war es für Gebildete, die eine gemeinsame Hochkultur teilten, üblich, zu der eigenen Landessprache zusätzliche Sprachen wie Englisch, Latein und Französisch zu lernen.¹¹³ Dieser exklusive Kreis von Intellektuellen stand im Gegensatz zu der breiten Masse, deren soziale Welt lokal verankert war. „Exclusive social and professional networks forged one part of the old European identity. Nineteenth-century innovations such as mass schooling and conscription helped to foster bonds of national solidarity among workers and members of the lower middle classes.“¹¹⁴ Die durch die französische Revolution bereitete politische Ideologie des Nationalismus erwies sich in der Folge für die Gestaltung Europas als entscheidend und dauerhaft wirksam.

Faktum ist, dass die EU-Mitgliedschaft ausnahmslos national-staatlich organisiert ist. Die Nation und der damit zusammenhängende Nationalismus ist keine reine Ideologie. Es ist heute vielmehr die universal akzeptierte Norm, dass das internationale Staatensystem von Nationalstaaten gebildet wird. Es ist beachtlich, in welcher Dynamik die europäische Integration nach 1945 stattgefunden hat. „In contrast to old European identity, new European identity is a product of political demand rather than social contingency. The ‘unbundling’ of nation-state sovereignty and the logistical problems that it brings to ordinary citizens are as likely to strengthen existing national identities as they are to generate a feeling of common Europeanness.“¹¹⁵

Die zweite wichtige Frage an dieser Stelle lautet, wie die Herausbildung einer europäischen Identität in den Gesamtgesellschaften der Mitgliedstaaten funktionieren kann und ob es in der Folge zukünftig zu einem europäischen Demos kommen kann?

Durch die vorangegangenen Feststellungen erscheinen zwei wichtige Integrationstheorien, der Neofunktionalismus und der Neoinstitutionalismus, für diese Arbeit als nicht sehr hilfreich. Obwohl diese beiden Theorien ihren wichtigen Teil zur

¹¹² Vgl. Brigid Laffan, 'The European Union and Its Institutions as "Identity Builders"', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 75-96.

¹¹³ Vgl. Mabel Berezin und Martin Schain (Hrsg.), *Europe without borders: remapping territory, citizenship, and identity in a transnational age* (Baltimore, 2003), S. 16.

¹¹⁴ Ebenda.

¹¹⁵ Ebenda, S. 16f.

Erklärung der Integration beitragen, so können sie keine befriedigenden Antworten im Bereich der europäischen Identität und der Ablehnung gegenüber der EU liefern. Besser geeignet für das Vorhaben dieser Arbeit – der Erklärung von EU-Ablehnung – erscheinen sozial-konstruktivistische, sowie nationalismus-theoretische Ansätze.

Der Schlüssel zum Verständnis von Solidargemeinschaften ist, dass man unterschiedliche Dimensionen beachten muss. Zum einen gibt es eine rationale Dimension. Bei dieser Perspektive steht eine rationale Evaluierung von Vor- und Nachteilen im Mittelpunkt. Ein anderer Blickwinkel setzt Identitäten und die soziale Funktion von Gemeinschaft ins Zentrum der Analyse. Die politische Komponente, basierend auf Ideologie und politischer Kommunikation, spielt zudem auch eine große Rolle.

Europäische Integration findet als dynamischer Prozess kontinuierlich statt, ohne dass sich die BürgerInnen zwingend damit aktiv auseinander setzen müssen. Faktum ist jedoch auch, dass sowohl der Nationalstaat als auch die EU eine Realität für die Bürger darstellen, wobei beide nichts Statisches oder Endgültiges sind. „The Union does not [...] represent a one-dimensional frame of meaning or an uncontested normative framework for European states or their citizens. It offers multiple frames and many Europes – market Europe, social Europe, human rights Europe, racist Europe, wealthy Europe, poorer Europe – east and west, north and south. [...] Western Europe during the past half-century has shown itself to have an extraordinary capacity to remodel relationships between Europe’s states and their peoples.”¹¹⁶ Die öffentlichen politischen Debatten um Reformverträge und um die Entwicklung der EU zeigen deutlich, wie sehr Europa für die BürgerInnen schon Realität geworden ist. Auch die Kritik und die Ablehnung tragen dazu bei, dass Europa als Realität in den Köpfen der Menschen seinen Platz erhält.

2.1. Konzepte zu Nationalismus, Nation und kollektiver Identität

Einführend sollen hier die wichtigsten Begriffe und Theorien bezüglich Nationalismus und Nation diskutiert und definiert werden. Da in der Politikwissenschaft allgemein gültige Definitionen in diesem Bereich fehlen, werden die wichtigsten Ansätze vorgestellt und brauchbare Arbeitsdefinitionen vorgeschlagen.

In der modernen Nationalismusforschung unterscheidet man grob vier verschiedene Ansätze: Primordialisten, Perennialisten, Ethno-Symbolisten (stehen den

¹¹⁶ Brigid Laffan, 'The European Union and Its Institutions as "Identity Builders"', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 96.

Modernisten nahe) und die Modernisten. Aktuell ist jedoch in der Politikwissenschaft eine scharfkantige Gegenüberstellung von Primordialisten und Modernisten nicht mehr besonders relevant, da man von einer breiten Akzeptanz des Modernisierungsparadigmas sprechen kann. Auch in dieser Diplomarbeit wird vom Paradigma ausgegangen, dass Nationalismus ein Phänomen der Moderne ist.¹¹⁷

Abb.1: Paradigmen in der Nationalismusforschung

Die nun folgenden Unterabschnitte orientieren sich an der Gliederung von Anthony D. Smith und Umut Özkirimli. Sie unterscheiden zwischen verschiedenen Dimensionen von Nation und Nationalismus, welche in den Theorien der Modernisten (Nationalismus als Phänomen der Moderne) die Schwerpunkte bilden.¹¹⁸

2.1.1. Die sozio-kulturelle Dimension von Nation und Nationalismus

Einer der bekanntesten Vertreter der Modernisten, Ernest Gellner, schreibt in seinem Werk „Nationalismus und Moderne“, dass für eine Nation zwei Bestimmungselemente erfüllt werden müssen: „Erstens: Zwei Menschen gehören derselben Nation an, wenn sie – und nur wenn sie – dieselbe Kultur teilen, wobei Kultur ihrerseits ein System von Gedanken und Zeichen und Assoziationen und Verhaltens- und Kommunikationsweisen bedeutet.“¹¹⁹ Zweitens müssen sie sich als Angehörige derselben Nation anerkennen. „Mit anderen Worten: Der Mensch macht die Nation; Nationen sind die Artefakte menschlicher Überzeugungen, Loyalitäten und Solidaritätsbeziehungen.“¹²⁰

Gellner vertritt die Meinung, dass der Nationalismus in der Moderne wurzelt.¹²¹ Er meint, der Nationalismus sei vorteilhaft für die Modernisierung bzw. für die Industrialisierung von Gesellschaften. Er definiert den Begriff des Nationalismus folgendermaßen: „Nationalismus ist eine Form des politischen Denkens, die auf der Annahme beruht, dass soziale Bindung von kultureller Übereinstimmung abhängt.“¹²²

Hiermit wird schon zu Beginn klar, dass für Gellner der Begriff der Nation eng mit dem der Kultur zusammenhängt. Auch wenn es sich bei Nationalismus um eine gewisse Form des Denkens, also um ein gedachtes Konstrukt handelt, so wird auch klar,

¹¹⁷ Vgl. Ebd.

¹¹⁸ Vgl. Umut Özkirimli, *Theories of Nationalism* (New York, 2000).

¹¹⁹ Florian Smutny, *Das Nationale: Aktuelle Impulse für die Nationalismustheorie* (Wien, 2004), S. 39.

¹²⁰ Ebda, S 39

¹²¹ Ernest Gellner, *Nationalismus: Kultur und Macht* (Berlin, 1999), S. 31.

¹²² Ebenda, S. 17.

dass der Faktor Kultur von Bedeutung ist. Dass eine gemeinsame Kultur, als objektiver Begriff, bei der Begründung von Legitimation eine entscheidende Rolle spielt, zeigt die nachfolgende Aussage Gellners. „Welche Herrschaftsprinzipien ein Gemeinwesen auch immer bestimmen mögen, ihre Legitimität liegt in der Tatsache begründet, dass die betroffenen Gruppenmitglieder dieselbe Kultur teilen.“¹²³ Gellner vertritt deutlich die Position der Modernisten. Er schreibt: „Kultur und soziale Organisation sind universell und unvergänglich. Staaten und Nationalismus hingegen sind es nicht.“¹²⁴

Auf der anderen Seite des Spektrums, stehen in klarer Opposition zu den Modernisten die Primordialisten. In der Romantik verbreitete sich die Meinung, dass sich die Menschheit aus Nationen und Kulturen zusammensetzt (ein Vertreter davon war Herder). Die Vernunft der Aufklärung spielte keine große Rolle mehr. Man ging davon aus, dass der Mensch seine Identität seinen Wurzeln verdanke und diese von Natur aus gegeben sei. Im Laufe des 19. Jahrhunderts spielte auch der Darwinismus eine wichtige Rolle. Die Gemeinschaft wurde nun nicht mehr nur als eine kulturelle Einheit betrachtet, sondern auch als biologisch bestimmte. „Eine sozial mobile, anonyme Gesellschaft tut plötzlich so, als sei sie eine nach außen geschlossene traute Gemeinschaft“¹²⁵, so kritisiert Gellner diese Auffassung. Eine seiner Meinung nach entscheidende Frage ist jene, ob Nationen einen Nabel haben. Seine Antwort lautet: „Nur eine Minderheit der Nationen haben einen Nabel. Andere müssen ihn sich erkämpfen und wieder anderen wird er einfach angedichtet.“¹²⁶

Die praktische Konsequenz seiner Theorie ist, dass der Hang zu nationalistischen Gefühlen im Bereich des Politischen, in der Lebensweise des modernen Menschen selbst begründet liegt; sie verlange danach, dass jeder politischer Verband von einer einzigen homogenen Hochkultur geprägt ist, und verurteilt all jene, welche dieser Kultur nicht angehören oder von ihr abweichen, zu einem Status zweiter Klasse.¹²⁷ Er meint weiters, politische Stabilität sei in sich ein wertvolles Gut. Hierin sei dem Konservatismus beizupflichten. Er steht dem Prinzip der nationalen Selbstbestimmung kritisch gegenüber, wenn es sich um eine stabile politische Ordnung handelt, die korrigiert werden soll. Gellner empfiehlt offen eine Präferenz der Stabilität. Es handelt sich bei Gellners Theorie um eine Makro-Theorie, daher bleiben die Akteure auch unterbelichtet. Seine

¹²³ Ebenda.

¹²⁴ Ebenda, S. 19.

¹²⁵ Ebenda, S. 123.

¹²⁶ Ebenda, S. 167.

¹²⁷ Vgl. ebenda, S. 169.

theoretischen Grundaussagen haben aber bis heute im Wesentlichen ihre Gültigkeit behalten.

2.1.2. Die sozio-ökonomische Dimension von Nation und Nationalismus

Die bekanntesten Vertreter des sozio-ökonomischen Ansatzes bei Nationalismustheorien sind Tom Nairn, Michael Hechter, Etienne Balibar und Immanuel Wallerstein. Die frühen marxistischen Ansätze sahen das Thema des Nationalismus starr durch die ökonomische Brille. Neomarxistische Ansätze wollen dem starren Determinismus des frühen Marxismus entgehen und versuchen, die Dynamik zwischen Kapitalismus und Nationalismus differenzierter zu betrachten. Hier sind vor allem die Theorien von Tom Nairn von Bedeutung. Diese Ansätze gehen ähnlich wie Gellner von ungleicher industrieller Entwicklung aus. Sie beziehen sich aber direkt oder indirekt auf theoretische Ansätze aus der Entwicklungspolitik, in denen nach Erklärungen für Entwicklung und Unterentwicklung gesucht wird.

Sie gehen von einem Zentrum-Peripherie-Modell aus. „Das moderne kapitalistische Weltsystem sei geprägt durch ein strukturelles Abhängigkeitsverhältnis zwischen einem imperialistischen Zentrum (westliche Industriestaaten) und der von ihr ausgebeuteten Peripherie (Kolonialstaaten, 'Dritte Welt').“¹²⁸ Laut Tom Nairn kann die Peripherie die externe Abhängigkeit, welche ihren Eintritt „in die Moderne“ verhindert, nur durch einen die Massen bewegenden „separatistischen Nationalismus“ abschütteln.¹²⁹ Nairn zeigt den Doppelcharakter des Nationalismus auf. Einerseits als einen Motor, um Fortschritt zu erlangen, andererseits besteht er aber aus irrationalen und „völkischen“ Elementen.¹³⁰ Diese Ansätze relativieren den Fortschrittsoptimismus von Gellner.

2.1.3. Die politische Dimension von Nation und Nationalismus

Die bekanntesten Vertreter hier sind Charles Tilly, John Breuilly und Michael Mann. Diese Theoretiker konzentrieren sich vor allem auf die Rolle des modernen Staates und seiner Institutionen bei der Nationenbildung und Nationenreproduktion.

„[...] nations and nationalism are forged in and through the modern professionalized state, either directly or in opposition to specific (imperial/colonial) states. [...] not only is the modern state the

¹²⁸ Florian Smutny, *Das Nationale: Aktuelle Impulse für die Nationalismustheorie* (Wien, 2004), S. 50.

¹²⁹ Vgl. ebenda, S. 51.

¹³⁰ Vgl. ebenda.

best predictor of nations and nationalism, its relationship with society forms the crucible for a reintegrative nationalism, which is the inevitable concomitant of state sovereignty [...].”¹³¹

Oft wird demnach der geopolitische Wettkampf zwischen europäischen Staaten hervorgehoben. Wettbewerbsvorteile entstünden zum Beispiel durch moderne infrastrukturelle Entwicklungen des Staates. Weiters werden hier auch die Begriffe des „Konkurrenzkampfes“ zwischen Nationalstaaten, sowie „die Welt der Nationalstaaten“, besonders von Tilly, hervorgehoben¹³².

Breuilly charakterisiert Nationalismus primär als Oppositionspolitik. Es gibt demnach drei klassische Konstellationen des Verhältnisses zwischen Nationalismus und Staat.¹³³ „A nationalist opposition can seek to break away from the present state (separation), to reform it in a nationalist direction (reform), or to unite it with other states (unification).”¹³⁴

Die nationalen Einigungsbewegungen in Deutschland und Italien im 19. Jahrhundert zählt Breuilly zu den „Unification-Nationalismen“. Den Nationalsozialismus und Faschismus hingegen rechnet er zu den „Reform-Nationalismen“.¹³⁵

2.1.4. Die ideologisch-kognitive Dimension von Nation und Nationalismus

Die wohl bekanntesten Vertreter dieser Richtung sind Elie Kedourie, Benedict Anderson und Eric Hobsbawm. Benedict Anderson erklärt, ähnlich wie Gellner, das Besondere von Nation und Nationalismus als moderne Gemeinschaftsform. Anderson versucht aber vor allem die kognitiven Prozesse der einzelnen Mitglieder einer Nation zu verstehen.

Einer seiner zentralen Punkte ist der, dass er Nation als „vorgestellte Gemeinschaft“ (*imagined community*) definiert. Weiters behandelt er die technologischen Voraussetzungen für eine solche Gesellschaft. Seine Theorie gibt Antworten auf Fragen, welche durch Gellners Theorie nicht beantwortet werden können. Seiner Meinung nach liegt eine wichtige Ursache für die entscheidende Entwicklung im „Markt des Buchdrucks, welcher einer (früh-) kapitalistischen Logik der Profitmaximierung folgt“¹³⁶. „Erst die Verschriftlichung der weltlichen ‚Landessprachen‘ und deren

¹³¹ Anthony D. Smith, *Nationalism* (Cambridge: Polity Press, 2001), S. 47f.

¹³² Vgl. Charles Tilly, *The Formation of National States in Western Europe* (München, 1975). S. 76.

¹³³ Vgl. Florian Smutny, *Das Nationale: Aktuelle Impulse für die Nationalismustheorie* (Wien, 2004), S. 61.

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Vgl. ebd.

¹³⁶ Florian Smutny, *Das Nationale: Aktuelle Impulse für die Nationalismustheorie* (Wien, 2004), S. 67.

Standardisierung zu einer national-sprachlichen Norm bieten die Voraussetzungen für das Nationale und den Nationalismus.“¹³⁷ Ein nicht zu unterschätzender Faktor bei der Ablösung der sakralen Sprachen durch die weltlichen Sprachen sei die Reformation gewesen. Nach Anderson solle man den Nationalismus mit den großen kulturellen Systemen, die ihm vorangegangen sind, vergleichen, da auch er, sinnstiftend wirkt und in einigen Bereichen die Religion verdrängt hat.¹³⁸

Eric Hobsbawm begründete mit seinem „konstruktivistischen“ Ansatz den Begriff der „erfundenen Traditionen“, welche ein grundlegendes Element des Nationalismus und der Konstruktion von Nationen sei. Seiner Theorie nach sind Nationen, welche unter anderem durch *invented traditions* (erfundene Traditionen) sozial konstruiert werden, das Ergebnis von so genanntem *social engineering* durch politische Eliten. Dies sollte den Eliten dazu dienen, die Energien der dadurch solidarisch verbundenen und zu „Nationen“ geformten Massen besser nutzen zu können.¹³⁹

Der Begriff „Nationalismus“ wird in dieser Arbeit vor allem auf drei Anwendungsbereiche bezogen verwendet. Als erstes bezeichnet Nationalismus eine sozio-politische Bewegung. In dieser Anwendung funktioniert er organisatorisch und technisch vom Prinzip her wie andere Organisationen auch. Jedoch zeichnen sich solche Bewegungen durch ihren Schwerpunkt auf immer stärker werdende kulturelle Repräsentation aus. Dabei wird der Ideologie des Nationalismus die Repräsentation der Kultur der Nation einverleibt. In der Praxis äußert sich dies durch die Wiederentdeckung der Geschichte, der Literatur, Gedichten und Theater. Wichtig für die aktive Reaktivierung von traditioneller Volkskultur sind Musikfestivals, Volkstanzgruppen, sowie verschiedene Kulturvereine.¹⁴⁰ Miroslav Hroch stellt bei vielen neuen Nationalismen fest: „As a result, ‚humanistic‘ intellectuals – historians and philologists, artists and composers, poets, novelists and film directors – tend to be disproportionately represented in nationalist movements and revivals.“¹⁴¹

Der zweite Anwendungsbereich des Begriffes „Nationalismus“ bezieht sich auf Sprache und Symbolismus. Gerade dieser spielt auch in der dritten Anwendung, den Ideologien, eine tragende Rolle. Die Sprache, durch welche sich Nationalismen

¹³⁷ Ebenda.

¹³⁸ Vgl. ebenda, S. 68.

¹³⁹ Anthony D. Smith, *Nationalism* (Cambridge: Polity Press, 2001), S. 48.

¹⁴⁰ Ebenda, S. 7.

¹⁴¹ Ebenda.

auszeichnen, formt selbst eine wichtige Rolle ihrer programmatischen Kerne und ihrer charakteristischen Ideologien.¹⁴²

Der für Nationalismus typische Symbolismus weist eine auffällige weltweite Ähnlichkeit auf, die es ermöglicht, ihn aus dem ideologischen Rahmen herausgelöst zu betrachten. Die wichtigsten überaus sensiblen Merkmale sind unter anderem ein auserwählter kollektiver Name, welcher sich historisch ableiten lässt und so die nationalen Eigenheiten, den Heroismus und die Qualitäten aller Mitglieder, darlegt: eine Hymne und Nationalflagge, eine Gründungsgeschichte und historische Mythen. Für viele Menschen sind die typischen nationalen Symbole alltäglich: die Hauptstadt, ein nationales Parlament, der Pass, die Grenzen, Zeremonien für die Gefallenen einer Schlacht oder in Kriegen, Militärparaden, Nationalfeiertag, Treueid bei der Armee (in Österreich die Angelobung), eigene Nationaltheater, Museen und besonders Monumente und Kriegsdenkmäler. Was zählt ist die Bedeutung, die solche Symbole für die gesamten Mitglieder einer Nation haben. Wichtig ist die Funktion, die ein solches System aus nationalen Symbolen erfüllt: „The panoply of national symbols only serves to express, represent and reinforce the boundary definition of the nation, and to unite the members inside through a common imagery of shared memories, myths and values. [...] The ideology of nationalism serves to give force and direction to both symbols and Movements”¹⁴³

Die von Anthony W. Smith vorgeschlagene Arbeitsdefinition von Nationalismus lautet: „An ideological movement for attaining and maintaining autonomy, unity and identity for a population which some of its members deem to constitute an actual or potential ‘nation’.“¹⁴⁴ Diese Definition deutet auf die Zielgerichtetheit (*attaining*) und den beständigen Einfluss (*maintaining*) von Nationalismus als Bewegung und Ideologie hin.

Grundlegend kann man zwei verschiedene Ansätze der Definition unterscheiden. Einerseits zielen viele klassische Definitionen von Nationalismus auf die Beschreibung objektiver Faktoren, wie in etwa die gemeinsame Sprache, Kultur, Religion, Territorium, Tradition und Institutionen hin. Subjektive Definitionen allerdings betonen die subjektive Natur von Nationalismus, geprägt durch persönliche Faktoren wie Einstellungen, Perzeptionen und Sentiments.¹⁴⁵

¹⁴² Vgl. ebenda.

¹⁴³ Anthony D. Smith, *Nationalism* (Cambridge: Polity Press, 2001), S. 8.

¹⁴⁴ Ebenda, S. 9.

¹⁴⁵ Vgl. ebenda, S. 11.

Eine der bekanntesten subjektiveren Definitionen stammt von Benedict Anderson. Er meint überhaupt, dass es für das Verständnis der Konzepte von Nationalismus und Nation besser sei, diese nicht als eine Weltanschauung unter vielen zu betrachten, sondern sie im Gegensatz zu klassischen Ideologien wie Liberalismus oder Faschismus, eher so wie die Begriffe „Verwandtschaft“ oder „Religion“, zu betrachten.¹⁴⁶

Er versteht unter Nationen *imagined political communities*¹⁴⁷. In der deutschen Übersetzung wird dies so erklärt: „Sie ist eine vorgestellte politische Gemeinschaft – vorgestellt als begrenzt und souverän. *Vorgestellt* ist sie deswegen, weil die Mitglieder selbst der kleinsten Nation die meisten anderen niemals kennen, ihnen begegnen oder auch nur von ihnen hören werden, aber im Kopf eines jeden die Vorstellung ihrer Gemeinschaft existiert.“¹⁴⁸

Anthony Smith schlägt in seinem Konzept für den Idealtyp einer Nation folgende Definition anhand objektiver Faktoren vor: „a named human community occupying a homeland, and having common myths and a shared history, a common public culture, a single economy and common rights and duties for all members“¹⁴⁹.

Man muss sich hier im Klaren sein, dass diese Konzepte grundlegende theoretische Begriffsdefinitionen sind. Es handelt sich dabei nicht um abgeschlossene theoretische Konstruktionen, als vielmehr um Arbeitsdefinitionen.

Die Ideologie des Nationalismus hat seinen Ursprung in Westeuropa und Amerika des späten 18. Jahrhunderts. Anfangs standen dabei, geprägt durch die zwei Revolutionen in Amerika und Frankreich, die Gleichheit des Individuums vor dem Gesetz, sowie bürgerliche Freiheits- und Partizipationsrechte im Fokus. Doch entstand daraus im Laufe der Zeit ein Weltbild, das besagt, dass die Welt aus exklusiven Nationen bestehe und dass die einzig legitime Ausübung von politischer Macht auf Basis der Nation geschehe.¹⁵⁰

2.2. Nationalismus im Kontext der Globalisierung

Die Verbreitung und Zunahme von Nationalismen kann man nicht einzig und allein im Zusammenhang mit „Europäisierung“ sehen. Faktum ist, dass es seit dem Ende des

¹⁴⁶ Vgl. Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation: zur Karriere eines folgenreichen Konzepts* (Frankfurt am Main, 1996), S. 15.

¹⁴⁷ Vgl. Anthony D. Smith, *Nationalism* (Cambridge: Polity Press, 2001), S. 11.

¹⁴⁸ Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation: zur Karriere eines folgenreichen Konzepts* (Frankfurt am Main, 1996), S. 15.

¹⁴⁹ Anthony D. Smith, *Nationalism* (Cambridge: Polity Press, 2001), S. 13.

¹⁵⁰ Vgl. Anthony D. Smith, ‘National Identity and the Idea of European Unity’, in *International Affairs* (Royal Institute of International Affairs), Ausg. 68, Nr. 1 (Jan. 1992), S. 61.

zweiten Weltkrieges und verstärkt seit der Zeit der Dekolonialisierung bis heute zu einem weltweiten Anstieg von Nationalismen und nationalistischen Bewegungen gekommen ist.

Es ist Tatsache, dass sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges jede erfolgreiche Revolution in nationalen Begriffen definiert hat. Eric Hobsbawm und Benedict Anderson stellen beide fest, dass Staaten im Allgemeinen dazu neigen sich national zu organisieren und nationalistisch zu werden.¹⁵¹ Die kontinuierlich ansteigende Zahl an UNO Mitgliedern deutet darauf hin, dass es so rasch nicht zu einem Ende von Nationalismen und Nationalbewegungen kommen wird. „Das so lange verkündete ‚Ende des Zeitalters des Nationalismus‘ ist nicht im Entferntesten in Sicht. Das Nation-Sein ist vielmehr der am universellsten legitimierte Wert im politischen Leben unserer Zeit.“¹⁵²

Nationalismen sind geografisch sehr unterschiedlich. Es gibt keine allgemein gültige Theorie, die alle Nationalismen weltweit gleichermaßen erklären kann. Aufgrund des Themas beschränkt sich dieser Abschnitt auf das verstärkte Aufkommen von nationalistischen Bewegungen in Europa, insbesondere im Kontext der Globalisierung.

Giddens definiert Globalisierung als die Intensivierung von weltweiten sozialen Beziehungen, welche weit entfernte Orte in einer Art miteinander verbinden, wodurch lokale Geschehnisse durch Ereignisse beeinflusst werden, welche weit weg von einander stattfinden und umgekehrt.¹⁵³

Guibernau stellt in ihrer Analyse bezüglich des Einflusses von Globalisierung auf die Nationalstaaten fest, dass insbesondere die Globalisierung der Wirtschaft und der sozialen Beziehung den Nationalstaat geschwächt hätten und dies in der Folge zur Intensivierung von regionalen Nationalismen geführt hat.¹⁵⁴ Andere WissenschaftlerInnen, wie zum Beispiel Hirst und Thompson argumentieren, dass zwar der Nationalstaat seine zentrale Position behalten hat, seine exklusive Kontrolle des Territoriums jedoch durch die internationale Ökonomie und die neuen Kommunikationsmedien reduziert wurde.¹⁵⁵

In einem seiner Artikel schreibt Anthony Smith von drei „major trends of world history“¹⁵⁶, die in diesem Zusammenhang von großer Bedeutung sind. Als ersten Trend

¹⁵¹ Vgl. Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation: zur Karriere eines folgenreichen Konzepts* (Frankfurt am Main, 1996), S. 12.

¹⁵² Ebenda, S. 13.

¹⁵³ Vgl. Montserrat M. Guibernau, *Nations without States* (Cambridge: Polity Press, 1999), S. 19.

¹⁵⁴ Vgl. ebenda.

¹⁵⁵ Vgl. ebenda, S. 20.

¹⁵⁶ Vgl. Anthony D. Smith, ‘National Identity and European Unity’, in Peter Gowan und Perry Anderson (Hrsg.), *The Question of Europe* (London: Verso, 1997), S. 327f.

beschreibt er das rasche Wachstum von transnationalen Unternehmen, welche mit ihren Budgets, Technologien und Kommunikationsnetzwerken viele Nationalstaaten weit übertreffen. Als zweiten Trend nennt er den Untergang großer Machtblöcke. Als Dritten großen Trend erkennt er jene Veränderungen, die unsere westliche Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten entscheidend verändert haben: „[...] the vast increase in the scale, efficiency, density and power of the means of communication, from transport to mass media, from telecommunications to computerized information and transmission [...]“¹⁵⁷ All diese Veränderungen im Rahmen der so genannten Globalisierung haben Auswirkungen auf die Gesellschaft. Eine der Folgen, welche in dieser Arbeit im Zentrum steht, ist die Verbreitung von Nationalismen.

Im Gegensatz zum vorangegangenen Abschnitt sollen hier nicht unterschiedliche Konzeptionen und Definitionen von Nationen und Nationalismen diskutiert werde. Hier geht es um eine Erklärung dafür, wieso es im Kontext der Globalisierung vermehrt zu Nationalismen kommt. Einen guten Ansatz für die Feststellung der Art von spezifischen Nationalismen und nationalen Bewegungen in der Realität und deren theoretische Einordnung bietet das Konzept von James G. Kellas, in dem zwischen *ethnic nationalism*, *social nationalism* und *official nationalism* unterschieden wird.¹⁵⁸

Unter *ethnic nationalism* versteht er den Nationalismus von ethnischen Gruppen, wie zum Beispiel den Kurden oder den Letten, welche ihre Nation als exklusiv auf Basis ihrer gemeinsamen Abstammung definieren. Niemanden ist es möglich Kurde oder Lette zu werden, indem er oder sie ihre Sprache, Kultur und Traditionen annimmt. Im Gegensatz dazu ist *social nationalism* inklusiv und Außenstehende können Teil der Nation werden. Dabei definiert sich die Nation vor allem durch ihre sozialen Beziehungen, Identität und Kultur.

Die dritte Art des Nationalismus, der *official nationalism*, ist der Nationalismus des Staates, der sich auf alle BürgerInnen bezieht, die auf dem StaatsbürgerInnenrecht beruhend zu den StaatsbürgerInnen des jeweiligen Staates zählen. Die meisten Staaten sind multiethnisch und multinational.

Man muss sich darüber im Klaren darüber sein, dass alle AutorInnen ihre eigene Perspektive in ihre Theorien mit einbringen. So ist es bei Hobsbawm deutlich erkennbar und auch nachvollziehbar, dass er als Marxist und Emmigrant auch aus persönlichen Gründen gegen Nationalismus eintritt und die neuen regionalen Nationalismen als

¹⁵⁷ Anthony D. Smith, 'National Identity and European Unity', in Peter Gowan und Perry Anderson (Hrsg.), *The Question of Europe* (London: Verso, 1997), S. 328.

¹⁵⁸ J. G. Kellas, *The Politics of Nationalism and Ethnicity* (London: Macmillan, 1991), S. 51f.

rückständig und anachronistisch bezeichnet.¹⁵⁹ Ähnlich verhält es sich beim Neo-Marxisten Tom Nairn. Auf der anderen Seite ist bei Montserrat Guibernau, die aus Katalonien stammt, erkennbar, dass sie versucht, positive Argumente für regionale nationalistische Bewegungen zu finden. Folgender Satz verdeutlicht ihre Position: „Small units make sense in a world in which economy and culture are no longer the monopoly of the state.“¹⁶⁰ Sie argumentiert, dass die Globalisierung Folgen hat, welche zu vermehrten nationalistischen Bewegungen führen. „The re-emergence of nationalism in nations without states is directly related to the intensification of globalization processes which have proven capable of altering the political, economic and cultural structures of current societies.“¹⁶¹

Dieser Befund deckt sich mit dem Konzept von Kellas, das die Entstehung von Nationalismen auf Veränderungen in den Bereichen Politik, Ökonomie und Kultur zurückführt.¹⁶² Dabei stellt er klar (was man nicht oft genug betonen kann), dass Nationalismen in unterschiedlichen Regionen der Welt immer mit unterschiedlichen politischen, ökonomischen und kulturellen Kontexten in Beziehung stehen. Das nützliche an diesem Konzept ist, dass man die Entstehung von speziellen Nationalismen auf Veränderungen in drei unterschiedlichen Bereichen hin untersuchen und begründen kann.

Nun zu den Veränderungen, die man in Europa im Bereich „Politik“ feststellen kann. Hier kam es nach Ende des 2. Weltkrieges in vielen Regionen Europas zum politischen Verlangen von Selbständigkeit, *self-government*. Eng im Bezug dazu stand, laut Kellas, der aufkommende „*consumerism*“¹⁶³. Er beschreibt diesen Zusammenhang wie folgt: „People increasingly demand the right to choose for themselves what to consume, and by analogy how to live.“¹⁶⁴

Dabei wird davon ausgegangen, dass es sich bei den Gesellschaften in der EU um so genannte „post-industrielle“ Gesellschaften handelt, deren Bedürfnisse über rein materielle hinausgehen. Die Nachfrage nach „post-materiellen“ Werten, wie zum Beispiel Bürgerrechten und Umweltschutz, führte auch zum Verlangen nach der Verbesserung von sozialen Status von ethnischer Identität. Daraus folgert Kellas die enge Beziehung zwischen *consumerism* und *ethnic nationalism*.¹⁶⁵

¹⁵⁹ Vgl. Montserrat M. Guibernau, *Nations without States* (Cambridge: Polity Press, 1999), S. 6.

¹⁶⁰ Ebenda, S. 22.

¹⁶¹ Ebenda, S. 20.

¹⁶² Vgl. J. G. Kellas, *The Politics of Nationalism and Ethnicity* (London: Macmillan, 1991), S. 53.

¹⁶³ Vgl. J. G. Kellas, *The Politics of Nationalism and Ethnicity* (London: Macmillan, 1991), S. 57.

¹⁶⁴ Ebenda.

¹⁶⁵ Vgl. ebenda.

Im Bereich der Ökonomie verweist Kellas auf Veränderungen, die vor allem ethnische und soziale Nationalismen fördern.¹⁶⁶ Bezüglich des wirtschaftlichen Bereiches schreibt er, „where people think of themselves in ethnic and social-national terms, and inhabit a territory which is differentiated on economic ground from other such groups, then there is a high probability that nationalism will develop, given favourable political and cultural conditions“¹⁶⁷. Als typisches Beispiel lässt sich hier der schottische Nationalismus einordnen.

Das dritte Feld der Veränderungen betrifft die Kultur. Gerade hier gehen die klassischen Nationalismus-Theorien weit auseinander. Gellner vertritt, wie viele Modernisten, die These, dass die kulturellen Veränderungen in der Gesellschaft grundsätzlich keinen Auslöser für Nationalismus im Speziellen darstellen, auch wenn Kultur bei Gemeinschaften zweifelsohne eine wichtige Funktion erfüllt. Vielmehr ist die Richtung der modernen Gesellschaft jener der Internationalisierung und der Abkehr von nationalistischen Bewegungen. So schreibt Gellner unter anderem, „as the economy internationalises, the national characteristics fade into cosmopolitan ones, and with them fade the national cultures“¹⁶⁸. Kellas schreibt hingegen, dass das Gegenteil der Fall ist: “[...] the rise of ethnic and social nationalism in opposition to state nationalism.“¹⁶⁹ Gemeint ist hier, dass die kulturellen Veränderungen nicht zur Homogenität der klassischen Nationalstaaten beitragen. So hat Inglehart bei seiner Analyse festgestellt, dass nationalistische Parteien in Belgien seit den frühen 1970er Jahren starken Rückhalt bei Leuten mit so genannten „post-materialistischen“ Werten hatten.¹⁷⁰

Richmond schreibt, dass es in der Natur des Post-Industrialismus sei, mit seinen technologischen Errungenschaften im Bereich der Kommunikationsnetzwerke, kulturelle und linguistische Unterschiede aufrecht zu erhalten.¹⁷¹ Als Beispiele verweist er auf Minderheiten von Immigranten in Ländern wie Kanada und Australien, wo diese mit Hilfe von mehrsprachigen Radio- und Fernsehkanälen die sprachliche und ethnische Diversität aufrechterhalten können.¹⁷²

¹⁶⁶ Vgl. ebenda, S. 61.

¹⁶⁷ Ebenda, S. 62.

¹⁶⁸ Ebenda, S. 67.

¹⁶⁹ Ebenda, S.68.

¹⁷⁰ E. Zaretsky, ‘The Birth of Identity Politics in the 1960s: Psychoanalysis and the Public/Private Division’, in M. Featherstone et al. (Hrsg.) *Global Modernities* (London: SAGE Publications, 1995), S. 253.

¹⁷¹ Vgl. Richmond, A. H., ‘Ethnic Nationalism and Post-Industrialism’, in J. Hutchinson and A. D. Smith (Hrsg.) *Nationalism* (Oxford: Oxford University Press, 1994), S. 297.

¹⁷² Vgl. ebenda.

In seiner Analyse von *identity politics* seit den 1970er Jahren erklärt Zaretsky das Aufkommen und die Thematisierung von „Differenz“ (*difference*) in Identität, Gender und Nationalität. Er führt das Entstehen von Differenz auf die soziale Entwicklung eines differenzierten Proletariats (race, skill, ethnicity und gender) sowie auf die Globalisierung des Kapitals zurück.¹⁷³

Die Rolle der Kultur - die Medien, Bildung, Werbung, Musik, Sport etc. - änderte sich dramatisch, sodass Kultur nun geholfen hat, soziales Leben zu organisieren anstatt es zu repräsentieren.¹⁷⁴ Ein gutes Beispiel hierfür ist der Niedergang der politischen Parteien, die der klassische Vermittler zwischen dem öffentlichen staatlichen Bereich und dem privaten waren. Allgemeine Kultur, Zivilgesellschaft und die neuen Medien (zum Beispiel das Fernsehen; aktuell das Internet) spielten eine immer wichtigere Rolle bei der Konstruktion und Gestaltung von Identität. Seit den 1970er Jahren fand eine Beschleunigung der Tendenz der vermehrten Konstruktion von politisierten kollektiven Identitäten um vormals private Merkmale herum, statt.¹⁷⁵ „The crucial change occurred with the convergence of movements defined by national or ethnic identity.“¹⁷⁶ Ein Beispiel dafür ist unter anderem die *black power* Bewegung in den USA. Auch andere post-materialistische Bewegungen, wie zum Beispiel „die Grünen“, lassen sich so erklären.

Guibernau kommt zum Abschluss ihrer Studie zu mehreren Gründen, welche Nationalismen im Kontext der Globalisierung fördern und die im Zusammenhang der „Europäisierung“ für uns von Bedeutung sind:¹⁷⁷ die Zunahme von inter- und supranationalen Institutionen, die ursprünglich aus finanziellen und sicherheitspolitischen Gründen eingerichtet wurden; die Tendenz der Nationalstaaten als Reaktion auf ihren Machtverlust Teile ihrer Souveränität an supranationale Institutionen abzugeben und so zu versuchen ihren Einfluss aufrechtzuerhalten; die Erosion von Grenzen, die es den Nationalstaaten nicht mehr erlauben externe kulturelle und ökonomische Strömungen zu kontrollieren; die globale Akzeptanz von Demokratie als leitendes Prinzip des Regierens, wobei es keine generell akzeptierte Definition dafür gibt; abschließend zu einen für die EU sehr problematischen Grund, nämlich den, dass es zu einem Bedürfnis der

¹⁷³ Vgl. E. Zaretsky, ‘The Birth of Identity Politics in the 1960s: Psychoanalysis and the Public/Private Division’, in M. Featherstone et al. (Hrsg.) *Global Modernities* (London: SAGE Publications, 1995), S. 252.

¹⁷⁴ Vgl. ebenda.

¹⁷⁵ Vgl. ebenda, S. 253-258.

¹⁷⁶ Ebenda, S. 253.

¹⁷⁷ Vgl. Montserrat M. Guibernau, *Nations without States* (Cambridge: Polity Press, 1999), S. 176-179.

emotionalen Nähe sowohl durch individuelle als auch kollektive Formen von Identität gekommen ist.¹⁷⁸

2.3. Nationale Identität

Bei der wissenschaftlichen Debatte rund um die theoretische Analyse von Nationalismus wird in dieser Diplomarbeit ein breiter Ansatz gewählt, der sich auf die wichtigsten Erkenntnisse von Ethno-Symbolismus, Sozial-Konstruktivismus und sozial-psychologische Ansätze stützt und in der Tradition des Paradigmas des Modernismus steht. Trotzdem muss festgehalten werden, dass sich der Autor durchaus bewusst ist, dass jedes Paradigma seine eigene Perspektive, Stärken aber auch Schwächen („blinde Flecken“) hat. Folglich werden die hier gewählten Ansätze trotz mancher Fehler und einigen Schwächen als die für diese Arbeit nützlichsten gesehen.

In vielen Diskussionen um Europäisierung und Nationalismus wird auf die nationalen Identitäten verwiesen, welche bei den Bevölkerungen stark verwurzelt seien und einer europäischen Solidargemeinschaft im Wege stünden. Nun zuerst einmal zu grundlegenden Überlegungen, zum Konzept der nationalen Identität. Was macht nationale Identität zu so einem starken Faktor, wenn es um Loyalität und Solidarität geht?

„Es ist der Ernst des Todes, den eventuell für die Gemeinschaftsinteressen zu bestehen, dem Einzelnen hier zugemutet wird. Er trägt der politischen Gemeinschaft ihr spezifisches Pathos bei. Er stiftet auch ihre dauernden Gefühlslagen.“¹⁷⁹ Dies zeigt den ganz besonderen Pathos der Nation. Es ist vergleichbar mit einer Lebensgemeinschaft, welche über den Tod hinausgeht.

Grundsätzlich kann man in diesem Feld der Identitätsforschung zwei Arten der Identität unterscheiden, die kollektive Identität und die kulturelle Identität. Ähnlich wie bei der Unterscheidung zwischen westlichen und östlichen Nationalismus werden hier Frankreich und das traditionelle Deutschland als Prototypen gesehen. Frankreich dient hierbei als Beispiel für eine kollektive Identität, welche auf ein reflexives Zugehörigkeitsgefühl aufbaut (subjektiver Begriff). Deutschland wiederum dient als

¹⁷⁸ Vgl. ebenda.

¹⁷⁹ Weber 1980, *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriß der verstehenden Soziologie*, zit. nach Gerhard Wagner, *Projekt Europa: die Konstruktion europäischer Identität zwischen Nationalismus und Weltgesellschaft* (Berlin, 2005), S. 16.

traditionelles Beispiel einer kulturellen Identität, wo die Anerkennung einer gemeinsamen Kultur die Basis bildet (objektiver Begriff).¹⁸⁰

Diese Unterscheidung hat ihre Auswirkung auf die Art der nationalen Identität. Kollektive Identitäten, die auf dem Willen des Zusammenlebens beruhen, neigen eher zu inklusiver nationaler Identität, wobei kulturelle Identität eher zu exklusiver nationaler Identität führt.

An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass die heutige Bundesrepublik Deutschland ihre nationale Identität nicht auf dem klassischen objektiven Identitätsbegriff begründet. Diese historische Bezeichnung und der Wahl Deutschlands als Beispiel für den objektiven Identitätsbegriff ist heute nur noch begrenzt griffig. Nach dem zweiten Weltkrieg lässt sich die deutsche Identität mit Habermas' bekanntem Konzept des „Verfassungspatriotismus“ beschreiben. Die Basis dafür bildet eine gemeinsame politische Kultur und beinhaltet eine universalistische Dimension.¹⁸¹ Diese Konzeption einer nationalen Identität ist mehr inklusiv, da die Akzeptanz des politischen Systems und der Verfassung - also der Wille des einzelnen - im Zentrum steht. Die moderne nationale Identität Österreichs hingegen, weist einige Elemente eines objektiven Identitätsbegriffes, wo eine gemeinsame Kultur im Mittelpunkt steht, auf.

Eine Nation ist auch eine Erinnerungsgemeinschaft, wo durch kollektive Erinnerungen eine große Solidargemeinschaft entsteht. Dieses Konzept schließt am subjektiven Nations-Verständnis von Benedict Anderson als *imagined political community* an. Entscheidend für die nationale Identität ist demnach das kollektive Gedächtnis, welches aus zwei Dimensionen besteht. „Als kommunikatives Gedächtnis stellt es einen durch Interaktion vermittelten Rahmen dar, der sich auf die jüngste Vergangenheit bezieht und mit seinen Trägern entsteht und vergeht; der typische Fall ist das Generationen-Gedächtnis. Als kulturelles Gedächtnis stellt das kollektive Gedächtnis demgegenüber einen in der Generationenfolge überlieferten und durch Symbole vermittelten Rahmen dar, der sich tief in die Vergangenheit hinein beziehen kann und seine Träger überdauert.“¹⁸²

Entstanden ist das kulturelle Gedächtnis durch die Entkoppelung von Information und der für lange Zeit daran gebundenen Interaktion. Dies wurde durch die Erfindung von Notationssystemen und Speichereinrichtungen möglich. Dadurch wurde ein

¹⁸⁰ Vgl. Jan Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis* (München: Beck, 1997), S. 132-134

¹⁸¹ Vgl. Ifversen, Jan, 'Europe and European culture: a conceptual analysis', in *European Societies*, Ausg. 4, Nr. 1 (London: Routledge, 2002), S. 22.

¹⁸² Gerhard Wagner, *Projekt Europa: die Konstruktion europäischer Identität zwischen Nationalismus und Weltgesellschaft* (Berlin, 2005), S. 17.

gemeinsames Symbolsystem geschaffen, welches das kulturelle Gedächtnis ermöglichte und eine Brücke zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft schlug.¹⁸³ Jedes Kollektiv - so auch Nationen - das auf Dauer in der Geschichte Bestand haben will, muss eine Identität entwickeln, die mit Hilfe von „imaginierten Selbstbildern“ auf Basis historischer Erinnerungsfiguren und Geschichten sozial konstruiert wird.¹⁸⁴

Bei der theoretischen Erfassung des Konzeptes von nationaler Identität ist es nützlich, den Identitätsbegriff weit zu fassen. Grundsätzlich wird kollektive sowie personale Identität narrativ konstruiert. Dabei dienen die im kulturellen Gedächtnis gespeicherten Erinnerungsfiguren als Reservoir, von denen die nationalen Intellektuellen bestimmte tradierte Erinnerungsfiguren auswählen können, um mit diesen eine Geschichte (*story*) zu bilden. Das Außergewöhnliche bei Identitäten ist die Dynamik hinsichtlich ihrer Kontinuität, welche durch ihre Einbettung in *stories* gewährleistet wird. Bevor noch die Schrift erfunden wurde, konnte mit Hilfe von „Geschichten“, also *stories*, gesellschaftliches Wissen über Generationen weitergegeben werden. Das menschliche Gedächtnis ist im Laufe der Zeit perfektioniert worden sich Inhalte in Form von *stories* einzuprägen.¹⁸⁵

Hinsichtlich Nationalismen ist festzustellen, dass viele Narrative von Intellektuellen gezielt konstruiert und auch Traditionen überhaupt erfunden wurden, um Nationen als kollektive Identitäten zu konstruieren.¹⁸⁶ Diese Feststellung entspricht dem von Eric Hobsbawm eingeführten Konzept der „erfundenen Traditionen“.

Ein hervorragendes Beispiel hierfür und auch für die allgemeine „top-down“-Steuerung von Nationalismus ist der staatliche Geschichtsunterricht. So definiert Renan in seinem Werk *Qu'est-ce qu'une nation?* das Wesen einer Nation wie folgt: „Das Wesen einer Nation ist, daß alle einzelnen vieles gemeinsam und daß sie alle vieles vergessen haben. Jeder französische Bürger muß die Bartholomäusnacht und die Massaker des 13. Jahrhunderts im Süden vergessen haben.“¹⁸⁷

Benedict Anderson weist auf einige Paradoxe hin, welche sich bei nationalen Geschichtserzählungen auftun. „Zuerst einmal könnte man bemerken, daß das *französische* Substantiv Singular ‚la Saint-Barthélemy‘ (Bartholomäusnacht) Mörder und Ermordete umschließt – das heißt jene Katholiken und Protestanten, die eine lokale Rolle

¹⁸³ Vgl. ebenda, S. 18.

¹⁸⁴ Vgl. ebenda.

¹⁸⁵ Vgl. ebenda, S.19f.

¹⁸⁶ Vgl. Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation: zur Karriere eines folgenreichen Konzepts* (Frankfurt am Main, 1996).

¹⁸⁷ Ebenda, S. 200f.

in jenem gewaltig unheiligen Heiligen Krieg spielten [...] und die sich selbst mit Sicherheit nicht in gemüthlicher Eintracht als ‚Franzosen‘ betrachteten. Ähnlich verschwimmt in der Formulierung ‚die Massaker des 13. Jahrhunderts im Süden‘ die Linie zwischen Opfer und Täter hinter der Einheitsbezeichnung ‚Süden‘. Offensichtlich lag kein Grund vor, die Leser daran zu erinnern, daß die meisten der ermordeten Albigenser Provençalisch oder Katalanisch sprachen und daß ihre Mörder aus vielen unterschiedlichen Teilen Westeuropas kamen.“¹⁸⁸

Diese gezielt nationale Geschichtsschreibung zielt auf die Verbreitung des Motivs des Krieges zwischen Brüdern (hier zwischen Franzosen und Französinen) hin und soll damit einen Mythos schaffen, der die kollektive nationale Identität der BürgerInnen unterstützt und festigt. Laut Anderson wird einem bei genauerer Betrachtung klar, dass es sich um „eine – durch den Staat eingesetzte und hauptsächlich durch die Schulen vermittelte – systematische historiographische Kampagne handelte, die jeden jungen Franzosen und jede junge Französin an eine Reihe lange zurückliegender Schlachten ‚erinnert‘, die nun als Teil einer ‚Familiengeschichte‘ eingeschrieben sind. Tragödien, die man ‚vergessen haben muß‘ und an die es ununterbrochen zu erinnern gilt – dies erweist sich als charakteristischer Kunstgriff in der späteren Konstruktion nationaler Genealogien.“¹⁸⁹

Diese „Narrative“ sind keineswegs auf Frankreich beschränkt. In den USA zum Beispiel wird der amerikanische Bürgerkrieg in einer Art dargestellt, als ob er nicht ein Krieg zwischen zwei (wenn auch nur für kurze Zeit) souveränen nationalen Staatenverbänden, sondern zwischen Brüdern gewesen wäre. In englischen Geschichtsbüchern wird Schulkindern die berühmte Geschichte eines großen Gründungsvaters namens Wilhelm der Eroberer näher gebracht. Es bleibt jedoch unerwähnt, dass es zu jener Zeit noch gar keine englische Sprache gab und was er denn überhaupt erobert hätte.¹⁹⁰ „Denn die einzig vernünftige moderne Antwort müßte lauten: der ‚Eroberer der Engländer‘, was den alten normannischen Räuber in einen Vorläufer von Napoleon und Hitler verwandeln würde, der erfolgreicher als diese gewesen war.“¹⁹¹

Nun darf an dieser Stelle bezweifelt werden, dass im aktuellen, modernen nationalstaatlichen Geschichtsunterricht der EU-Mitgliedsstaaten auf solche nationalen „Narrative“ verzichtet wird. Diese sind für die Konstruktion von nationaler Identität von

¹⁸⁸ Ebenda, S. 201f.

¹⁸⁹ Ebenda, S. 202.

¹⁹⁰ Vgl. ebenda, S. 202f.

¹⁹¹ Ebenda, S. 203.

größter Bedeutung. Solche Mythen „sollen die Energien mobilisieren, die notwendig sind, um die Identität eines Kollektivs zu stiften“¹⁹². Von dieser Mobilisierung profitieren natürlich auch nationale Eliten, die durch die Stabilität und Effektivität der nationalen Identität eine gewisse Kontrolle über die Masse der BürgerInnen erhalten.

Einen weiteren Faktor dieser Art der Überlieferung von „Erinnerung“ stellen neue Medien, wie die Fotografie und Filme, dar. Es verhält sich ähnlich wie bei Erinnerungen aus der Kindheit, wenn einem andere begreiflich machen, dass man zum Beispiel das Baby auf einem alten Foto selbst sei. „Die Fotografie [...] ist lediglich das zwingendste Element in einer gewaltigen Reihe moderner dokumentarischer Beweisstücke [...], die von einer scheinbaren Kontinuität Zeugnis ablegen, die dem Gedächtnis zugleich abhanden gekommen ist. Aus dieser Entfremdung erwächst eine Vorstellung von Persönlichkeit, *Identität* [...], die gerade deswegen, weil sie nicht ‚erinnert‘ werden kann, erzählt werden muss.“¹⁹³

Die Nation benötigt natürlich auch ihre jeweiligen Narrative, um ihre Identität dauerhaft zu garantieren. Bei ihr gibt es aber, im Gegensatz zu Personen, weder klar definierbare Geburtsdaten noch Tode.¹⁹⁴

Rainer C. Baum widerspricht mit seiner Invarianz-Hypothese einem Großteil von Modernisten (Gellner, Hobsbawm etc.)¹⁹⁵ welche davon ausgehen, dass der Nationalismus eine zeitlich begrenzte Erfindung der Moderne sei und auf dessen mögliches Ende man daraus schließen kann. Er erkennt langfristige Muster, welche bei der Aufrechterhaltung von nationaler Identität eine Schlüsselrolle einnehmen: „Dabei lassen sich diejenigen Teile des kulturellen Kapitals, die im 19. Jahrhundert dem Speichergedächtnis entnommen wurden und auch weiterhin zur Identitätsbildung der Nationen beitragen sollten [...] als invariante Muster verstehen.“¹⁹⁶ Diese invarianten Muster erlauben es der kollektiven Gemeinschaft der Nation ihre nationale Identität trotz permanenter Veränderungen zu behalten. Sie sind so beständig, „weil sie im Sinne von

¹⁹² Gerhard Wagner, *Projekt Europa: die Konstruktion europäischer Identität zwischen Nationalismus und Weltgesellschaft* (Berlin, 2005), S. 21.

¹⁹³ Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation: zur Karriere eines folgenreichen Konzepts* (Frankfurt am Main, 1996), S. 206.

¹⁹⁴ Vgl. ebenda, S. 207.

¹⁹⁵ So zum Beispiel Ernest Gellner, der die Meinung vertritt, dass der Nationalismus in der Moderne wurzelt. Er meint der Nationalismus sei vorteilhaft für die Modernisierung bzw. für die Industrialisierung von Gesellschaften. Sein wohl wichtigstes Werk: Ernest Gellner, *Nationalismus: Kultur und Macht* (Berlin, 1999).

¹⁹⁶ Gerhard Wagner, *Projekt Europa: die Konstruktion europäischer Identität zwischen Nationalismus und Weltgesellschaft* (Berlin, 2005), S. 22.

Fernand Braudels Begriff der *longue durée*, langlebige Strukturen' darstellen, die zu ‚stabilen Elementen einer unendlichen Kette von Generationen‘ geworden sind“¹⁹⁷.

Grundsätzlich unterscheidet man zwei unterschiedliche Konstellationen, bei denen es zur Konstruktion von nationaler Identität kommen kann. Einerseits kann, wenn ein Staat bereits vorhanden ist, eine so genannte „Staatsbürgernation“ konstruiert werden. Diese ist in der Regel eher inklusiv ausgerichtet. Der von Jürgen Habermas beschriebene „Verfassungspatriotismus“ Deutschlands ist hierfür ein Idealbeispiel. „Die Bürger einer solchen politischen Gemeinschaft können stolz auf ihre Verfassung und ihre Institutionen sein, für die sie Opfer gebracht haben und weitere Opfer zu bringen bereit sind. Zur Nation gehört, wer sich zu diesem Staat bekennt. Die im Rahmen der Erfindung von Tradition erzählten Mythen sind hier im eigentlichen Sinne fundierend.“¹⁹⁸ Diese Art des Nationalismus ist in der Regel inklusiv und bedient sich einer für jeden zugänglichen „civic culture“. „The Western model of the nation tended to emphasize the centrality of a national territory or homeland, a common system of laws and institutions, the legal equality of citizens in a political community, and the importance of a mass, civic culture binding the citizens together.“¹⁹⁹

Wenn jedoch kein Staat vorhanden ist, mit dem sich eine Nation identifizieren kann, so muss sie entweder als „Kulturnation“ oder als „ethnische Nation“ konstruiert werden. Bei dieser Art der Identifikation stehen gemeinsame Abstammung und Kultur im Vordergrund. Auch die schon gebrachten Opfer oder die Bereitschaft, welche zu erbringen, spielen eine wichtige Rolle. Die „im Rahmen der Erfindung von Tradition“ weiter erzählten Mythen sind jedoch im Unterschied zur „Staatsbürgernation“ hier „kontrapräsentisch“. Das heißt, sie zielen auf die Überwindung von Defiziten in der Gegenwart am Beispiel der Vergangenheit der Nation ab.²⁰⁰

So wie bei allen Definitionen handelt es sich auch hier um Idealtypen, die in der Realität jedoch niemals in reiner Form anzutreffen sind. Man spricht bei vielen Nationalismen in Osteuropa von „ethnisch-kulturellen Nationsvorstellungen. Als Argument für diese Entwicklung wird die zu Westeuropa sehr unterschiedliche Geschichte genannt. „Die Nation war deshalb eine Zukunftsvision, die sich nur in ihrer gemeinsamen Sprache und Kultur wieder erkennen konnte: Eine aus der Geschichte

¹⁹⁷ Ebenda.

¹⁹⁸ Gerhard Wagner, *Projekt Europa: die Konstruktion europäischer Identität zwischen Nationalismus und Weltgesellschaft* (Berlin, 2005), S. 23.

¹⁹⁹ Anthony D. Smith, 'National Identity and the Idea of European Unity', in *International Affairs (Royal Institute of International Affairs)*, Ausg. 68, Nr. 1 (Jan. 1992), S. 61.

²⁰⁰ Vgl. Gerhard Wagner, *Projekt Europa: die Konstruktion europäischer Identität zwischen Nationalismus und Weltgesellschaft* (Berlin, 2005), S. 23.

antizipierte Utopie, unklar und mehr das Gefühl als den Verstand ansprechend.“²⁰¹
„Apart from genealogy, it emphasized the popular or folk element, the role of vernacular mobilization, and the activation of the people through a revival of their native folk culture [...]“²⁰²

In diesen Ländern sind Nationalismen, die zu nationaler Selbstbestimmung geführt haben und gerade aus der nationalen Perspektive ihrer Geschichte heraus, wo vor allem Fremdherrschaft und Unterdrückung vorherrschende Bilder sind, natürlich durchgehend positiv besetzt. Daraus lassen sich auch die im Rahmen der europäischen Integration auftauchenden Nationalismen gut erklären. Man darf bei aller Euphorie bezüglich der europäischen Integration, vor allem hinsichtlich der ökonomischen Entwicklungen, die für den Osten viel westliches Investitionskapital bewirkt haben, trotzdem die diesen Gesellschaften zugrunde liegenden nationalen Identitäten nicht außer Acht lassen.²⁰³

Gerade viele „jungen“ Nationen wie viele ehemaligen Oststaaten (die meisten von ihnen erlangten ihre Unabhängigkeit erst nach dem Zusammenbruch der UdSSR), oder auch Österreich (dessen Weg zur selbstbewussten Nation kein kurzer ohne Rückschläge war) und Irland, sind ihrer speziellen Geschichte wegen äußerst sensibel bezüglich ihrer nationalen Identität. „Die westeuropäischen Wohlstandsmaterialisten müssen erkennen, daß nationale Gefühle stärker sein können als ökonomische Interessen.“²⁰⁴

2.3.1. Ethno-Symbolismus

Wichtig für die Legitimation moderner Staaten ist, dass sie sich in der Regel auf die Repräsentation des Willens einer Nation berufen. Besonders wichtig ist dabei, dass es bei der Idee der Nation im Gegensatz zu der des Staates um kulturelle und soziale Dimensionen geht. „It refers to a cultural and political bond which unites in a community of prestige all those who share the same myths, memories, symbols and traditions.“²⁰⁵
Faktum ist aber, dass die meisten Staaten heute im engen Sinn gar keine richtigen Nationalstaaten (*nation-states*) sind, da sie heterogen und pluralistisch sind. Hier kommt wiederum die Erfindung von Tradition und *folk-culture* („Volkskultur“) ins Spiel. Viele

²⁰¹ Ebenda, S. 24.

²⁰² Anthony D. Smith, ‘National Identity and the Idea of European Unity’, in *International Affairs (Royal Institute of International Affairs)*, Ausg. 68, Nr. 1 (Jan. 1992), S. 61.

²⁰³ Vgl. Gerhard Wagner, *Projekt Europa: die Konstruktion europäischer Identität zwischen Nationalismus und Weltgesellschaft* (Berlin, 2005), S. 25.

²⁰⁴ Ebenda.

²⁰⁵ Anthony D. Smith, ‘National Identity and the Idea of European Unity’, in *International Affairs (Royal Institute of International Affairs)*, Ausg. 68, Nr. 1 (Jan. 1992), S. 62.

heutige nationalen Traditionen und Gebräuche haben ihren Ursprung in anderen Regionen, Ländern und Kulturkreisen.²⁰⁶

Smith definiert fünf klare Punkte die in seinem Konzept die so genannte „*core doctrine*“ von Nationalismus bilden:²⁰⁷

1. die Welt besteht aus verschiedenen Nationen, wobei sich jede durch ihre eigene Geschichte, ihr Schicksal und ihre Eigenschaften auszeichnet;
2. die Nation ist die alleinige Basis von politischer Macht;
3. um frei zu sein, muss jedes Individuum zu einer Nation gehören und ihr die primäre Loyalität gewährleisten;
4. Nationen müssen maximale Autonomie und Selbstentfaltung besitzen;
5. eine gerechte und friedliche Welt basiert auf der Pluralität von freien Nationen.

Nun zur Frage nach der „Nation“ als Konzept einer Gemeinschaft, welche über lange Zeit dauerhaft existieren kann. Hier muss man zwischen „Nation“ als analytische Kategorie, welche die Nation von anderen kollektiven kulturellen Identitäten unterscheidet, und als eine deskriptive Bezeichnung der Eigenschaften von Nation als einen historischen Typus von menschlicher Gemeinschaft unterscheiden.²⁰⁸

Um den unterschiedlichen Varianten von Nationen gerecht zu werden, basiert Smiths Definition auf den jeweils unterschiedlichen kulturellen Ressourcen. Idealtypisch definiert er eine Nation als „a named and self-defined human community whose members cultivate shared myths, memories, symbols, values, and traditions, reside in and identify with a historic homeland, create and disseminate a distinctive public culture, and observe shared customs and common laws“²⁰⁹.

Bei der Bildung und dem Aufrechterhalten von Nationen spielen demnach soziale Prozesse sowie symbolische Ressource eine zentrale Rolle. Dies verdeutlicht auch Anthony Smiths Definition von „nationaler Identität“. Diese definiert er als „the continuous reproduction and reinterpretation of the pattern of values, symbols, memories, myths, and traditions that compose the distinctive heritage of nations, and the identification of individuals with pattern and heritage“²¹⁰. Diese Definitionen bestimmen allesamt Idealtypen.

²⁰⁶ Vgl. ebenda.

²⁰⁷ Vgl. Anthony D. Smith, *The Cultural Foundations of Nations: hierarchy, covenant, and republic* (Oxford: Blackwell, 2008), S. 15f.

²⁰⁸ Vgl. ebenda, S. 18.

²⁰⁹ Ebenda, S. 19.

²¹⁰ Ebenda.

In der Praxis ist es zumeist so, dass eine heterogene Bevölkerung nach einem für sie legitimen, geeinigten und souveränen Nationalstaat auf der Basis einer offenen und für alle Staatsbürger zugänglichen gemeinsamen öffentlichen Kultur verlangt.

Nach Anthony Smiths Theorie des Ethno-Symbolismus spielen dabei die Mythen, Symbole und Erinnerungen von ethnischen Ursprüngen in der Vor-moderne eine wichtige Rolle und sollen auch erklären, wieso Nationalismus über Generationen hinweg seinen Einfluss bewahrt.

„The link with the distinctive pre-modern past serves to dignify the nation as well as to explain its mores and character [...], it serves to ‘remake the collective personality’ of the nation in each generation. Through rituals and ceremonies, political myths and symbols, the arts and history textbooks – through these the links with a community of origin, continually reshaped as popular ‘ethno-history’, are reforged and disseminated.”²¹¹

Ethno-history wird von Smith wie folgt beschrieben: “Ethno-history [...] differs from ,history’ in that the latter is concerned with a more or less disinterested and professional enquiry into the past, whereas the former stands for the members’ own records and memories of a community and its own rediscovery of an ‘authentic’ communal past or pasts.”²¹²

Neben den so genannten “Ethno-Symbolen” spricht Smith noch ein weiteres Fundament von Nationen an und geht in seinem Konzept in die Richtung von Benedict Anderson, wenn er über Nationen Folgendes schreibt: „ [...] a form of human community characterized by a cultural and/or political identity, nations can be seen as sets of social and cultural resources on which the members can draw, and which, in varying degrees, enable them to express their interests, needs and goals.”²¹³ Diese Definition kommt einer Erklärung, wieso gerade die Form der „Nation“ als Gemeinschaft eine so große Anziehungskraft für Menschen hat, recht nahe.

Gerade die kulturelle und soziale Dimension dieser Art der Gemeinschaft und der daraus resultierenden nationalen Identität machen dieses Konzept so erfolgreich. Es gelingt eben gerade dieser Form der Gemeinschaft, die individuellen sowie die kollektiven Bedürfnisse von Menschen zu befriedigen. Dabei würde es zu kurz greifen,

²¹¹ Anthony D. Smith, ‘National Identity and the Idea of European Unity’, in *International Affairs (Royal Institute of International Affairs)*, Ausg. 68, Nr. 1 (Jan. 1992), S. 62.

²¹² Anthony D. Smith, *Nationalism* (Cambridge: Polity Press, 2001), S. 140.

²¹³ Anthony D. Smith, *The Cultural Foundations of Nations: hierarchy, covenant, and republic* (Oxford: Blackwell, 2008), S. 23.

wenn man das Konzept der Nation, so wie es manche Modernisten machen, als reine Ideologie oder als populistisches politisches Konzept simplifiziert.

Dies ist eine wichtige Feststellung für die Bedeutung und den Stellenwert der „Nation“ als analytische Kategorie für diese Arbeit. Nationale Gemeinschaften sollten nicht durch deskriptive Merkmale zu sehr generalisiert und verallgemeinert werden. Dies macht Smiths Konzept so nützlich. Es ist klar, dass unter anderen historischen, sozialen oder kulturellen Bedingungen die einzelnen Elemente von Nationen jeweils anders ausgeprägt sind. Deshalb ist es auch wenig nützlich, wenn man, wie es zum Beispiel Michael Mann oder John Breuilly machen, Nationalismus als primär politische Bewegung oder Ideologie sieht, und die soziale und kulturelle Dimension als sekundär annimmt und ausblendet.²¹⁴

Wir finden in Europa viele Nationen, wo die Mehrheit der Mitglieder keinen eigenen Staat zum Ziel hat. Beispiele hierfür sind die Flamen, Bretonen, Schotten, Katalanen, Waliser und Basken.²¹⁵ Begründen kann man dies damit, dass innerstaatliche Autonomie in einem multinationalen Staat andere soziale, ökonomische, moralische und kulturelle Ziele verwirklicht, die wichtiger sind als politische Souveränität. John Hutchinson hat dokumentiert, dass es für kulturelle Nationalisten zuerst Priorität hat, nach Jahrhunderten der Lethargie und der Schwächung, ihre nationalen Gemeinschaften zu regenerieren. Anthony Smith deutet sogar auf die ethnozentristische Bias von westlichen Modernisten hin, wenn sie bei ihren Konzepten von „Nation“ die speziellen geo-historischen Kontexte in einzelnen Regionen nicht berücksichtigen und global generalisieren.²¹⁶

Die wichtige Conclusio dieses Ansatzes ist, dass eine Nation, um sich zu bilden, folgende Prozesse durchlaufen muss: „self-definition, cultivation of symbolic resources, territorialization, the dissemination of a distinctive public culture, and the standardization and observance of common laws and customs.“²¹⁷

Den wichtigen Punkt, wieso so viele Nationen über lange Zeit ihre kulturelle Identität behalten und nicht untergehen, führt Smith auf die Kultivierung von bestimmten kulturellen Ressourcen nationaler Identität zurück, die oft von vor-modernen ethnischen Gemeinschaften sowie alten religiösen Traditionen stammen.²¹⁸ Dabei stehen, wie folgt,

²¹⁴ Vgl. ebenda, S. 26.

²¹⁵ Vgl. ebenda.

²¹⁶ Vgl. ebenda, S. 26f.

²¹⁷ Anthony D. Smith, *The Cultural Foundations of Nations: hierarchy, covenant, and republic* (Oxford: Blackwell, 2008), S. 46.

²¹⁸ Vgl. ebenda, S. 47.

vor allem kulturelle Faktoren im Mittelpunkt der Analyse: „[...] ‘ethno-symbolism’ shifts the focus of analysis away from purely external political and economic, or sociobiological, factors to the cultural ones of symbol, memory, myth, value and tradition.“²¹⁹ Dieses kulturalistische Paradigma ist für die Beantwortung der Frage wieso Nationalismus derart beständig ist sehr nützlich.

Anthony D. Smith begründet die Bedeutung von Kultur und ethnischen Symbolen für moderne Gemeinschaften auf Basis einer allgemeinen Theorie von Nationalismus. Dabei wird im Unterschied zu vielen modernistischen Theorien auch festgestellt, dass Nationen für Menschen wichtige Bedürfnisse befriedigen und elementare Funktionen erfüllen: “[...] nations can be seen as sets of social and cultural resources on which the members can draw, and which, in varying degrees, enable them to express their interests, needs and goals.”²²⁰

Auch Robert H. Wiebe argumentiert, dass die Verurteilung des Nationalismus durch die westlichen Eliten und Intellektuellen nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges zwar für sie selbst logischerweise vernünftig erscheint, die weltweite universalistische Anwendung dieser Maßstäbe jedoch äußerst euro-zentristisch ist. Trotz aller negativen Resultate und Folgen des Nationalismus solle man auch beachten, welche die Motive und Gründe sind, weshalb er auf viele Menschen so anziehend wirkt.

„Nationalism, which looks like a major problem to us, arrived during the nineteenth century as the solution to an even more fundamental problem: How could people sort themselves in societies where the traditional ways no longer worked? Rather than a gigantic fraud perpetrated time and again on the mindless masses, nationalism thrived because it addressed basic human needs. Examining the nature of those needs in nationalism’s original home, Europe, is the first step in our inquiry.”²²¹

Sowohl Anthony D. Smith als auch Robert H. Wiebe meinen beide, dass Nationalismen und nationale kollektive Identitäten Antworten auf gewisse Bedürfnisse der Menschen geben, welche eine globale Kultur offensichtlich nicht gibt.²²² Diese Gedanken weisen auch auf die Frage hin, ob eine supranationale europäische Identität oder regionale Identitäten überhaupt die Funktionen von nationalen Identitäten erfüllen können.

²¹⁹ Anthony D. Smith, *Nationalism* (Cambridge: Polity Press, 2001), S. 59.

²²⁰ Anthony D. Smith, *The Cultural Foundations of Nations: hierarchy, covenant, and republic* (Oxford: Blackwell, 2008), S. 23.

²²¹ Robert H. Wiebe, *Who we are: a history of popular nationalism* (Princeton, 2002), S. 11.

²²² Vgl. ebenda, S. 10.

Nationen und Nationalismus sind nicht statisch, sondern nationale Identitäten werden von Generation zu Generation sukzessive re-interpretiert und angepasst. Gerade die Flexibilität, die durch Modifikation um einen ethno-symbolischen Kern herum möglich ist, macht Nationalismen so stabil und haltbar. Man kann durchaus Parallelen mit Durkheims Analyse von Religion aus dem Jahre 1915 ziehen, was auch Nationalismus als säkulare Religion durchaus beschreibbar macht: „Thus there is something eternal in religion which is destined to survive all the particular symbols in which religious thought has successively enveloped itself. There can be no society which does not feel the need of upholding, and reaffirming at regular intervals the collective sentiments and collective ideas which make up its unity and its personality.“²²³

Auch wenn viele Elemente von Nationalismen “erfunden” und konstruiert sind, so ist es doch wichtig zu erkennen, dass die dafür notwendigen Elemente von als gemeinsam empfundener Kultur, Geschichte, Symbolen und Schicksalen für die betroffenen Gemeinschaften (Nationen) und deren Subjekte Realität darstellen. Nationalismus ist nicht alleine als Ideologie zu begreifen, welche die Realität verkehren, sondern sie spielt eine wichtige Rolle in der sozialen Konstruktion der Wirklichkeit für die betroffenen Menschen.

Gerade Nationalismen erweisen sich immer wieder als äußerst effektiv und politisch relevant. Deshalb muss man die menschlichen Bedürfnisse, welche Nationalismen scheinbar befriedigen und wodurch erst die Aktivierung und Politisierung von nationaler kollektiver Identität möglich wird, aus der wissenschaftlichen Perspektive sehr ernst nehmen, auch wenn Nationalismus von manchen WissenschaftlerInnen (wie zum Beispiel von manchen Modernisten) als bloße Erfindung, als bald endender Irrweg oder als Anachronismus gesehen wird.

2.3.2. Sozial-Konstruktivismus

Primordialismus und Essentialismus, wo die Nation an sich und die dazugehörige nationale Kultur als etwas Gegebenes gesehene werden, spielen in den heutigen Diskussionen der Forschung nur eine sehr beschränkte Rolle. Sie vertreten den Ansatz, dass vorhandene kulturelle Faktoren, wie zum Beispiel ethnische Gruppen, im Prozess der Nationsbildung dazu dienen, um vollständige Nationen mit nationaler Identität zu entwickeln. Dies heißt, sie sehen die Verbindung zwischen Kultur und Identität als Einbahnstraße, an der man im Grunde nichts ändern kann. Dies hieße, dass die

²²³ Anthony D. Smith, *Nationalism* (Cambridge: Polity Press, 2001), S. 146.

europäischen Nationen aufgrund ihrer kulturellen Grundlagen fixe kollektive Identitäten wären und eine europäische supranationale oder post-nationale Identität nicht möglich sei, da man die unterschiedlichen Kulturen und die daran gebundenen Identitäten nicht so einfach ändern könne. Franzosen würden demnach immer Franzosen bleiben und Österreicher immer Österreicher.

Diese Ansätze werden durch empirische Daten widerlegt, die nachweisen, dass es multiple Identitäten gibt und der größte Teil der EuropäerInnen mittlerweile über eine duale Identität, nämlich eine nationale, sowie eine europäische verfügen. Ihnen stehen auch modernistische Theorien entgegen, welche vertreten, dass Kultur veränderbar sei und die Nation als politisches Konzept nur im Zeitalter des Nationalismus zu begründen ist, aber keinesfalls eine fixe kulturelle Einheit darstelle. Besonders Gellner betont, dass Kultur nichts Gegebenes, sondern etwas Gedachtes, dies bedeutet auch etwas Veränderbares ist. Benedict Anderson vertritt die Meinung, dass obwohl Nationen gedachte, vorgestellte (*imagined*) Gemeinschaften sind, kulturelle Elemente doch eine wichtige Rolle spielen. Noch weiter geht Anthony Smith der betont, dass nationale Identitäten deshalb so stark und langlebig sind, weil sie auf alten ethno-symbolischen Mustern beruhen.

Ein wichtiger, weil alternativer Ansatz, der die Rolle der Kultur im Rahmen der Identitätsbildung anders als die vorher genannten Theorien begreift, ist der Sozial-Konstruktivismus. Thomas Risse erklärt Sozial-Konstruktivismus folgendermaßen: „[...] as based on social ontology which insists that human agents do not exist independently from their social environment and its collectively shared systems of meanings (‘culture’ in a broad sense). This is in contrast to the methodological individualism of rational choice [...].”²²⁴ Dies heißt, dass im Mittelpunkt des Interesses diejenigen Faktoren stehen, welche die soziale Wirklichkeit der Personen erzeugen. Dabei gehen sie aber nicht so weit wie Kommunitaristen, welche meinen, dass Menschen einzig und alleine von den Gruppen in den sie leben geprägt werden und das Individuum an sich keine Rolle spielt.

Der Sozial-Konstruktivismus vertritt zwar die Ansicht, dass alle Personen soziale Wesen sind, welche in verschiedene relevante soziale Gemeinschaften eingebettet sind, jedoch menschliche Tätigkeiten Kultur durch tägliche Praktiken erzeugt, beeinflusst und auch ändert. Ein gutes Beispiel hierfür bietet die EU. Ähnlich wie der Neo-Funktionalismus geht auch der Sozial-Konstruktivismus davon aus, dass die EU als

²²⁴ Thomas Risse, ‘Social Constructivism and European Integration’, in Antje Wiener et al. (Hrsg.), *Integration Theory* (Oxford: Oxford University Press, 2004), S. 160.

erstarkte *polity* nicht nur die für die Nationalstaaten möglichen Entscheidungen begrenzt und verändert, sondern dass sie auch die Art verändern wird, wie diese Nationalstaaten ihre Interessen und sogar ihre Identitäten definieren.²²⁵

Die meisten Theoretiker, die sich heute mit kollektiven Identitäten beschäftigen, beziehen in ihre Überlegungen sozial-konstruktivistisches Denken mit ein. Risse schreibt, dass der Schwerpunkt dieser Perspektive die Feststellung ist, dass die Verbindung zwischen kulturellen Variablen, wie zum Beispiel ethnischer Zugehörigkeit oder religiöse Bindung und kollektiven Identitäten, eine historisch höchst unterschiedliche ist, welche andauernd konstruiert und rekonstruiert wurde beziehungsweise noch immer wird.²²⁶

Aus diesem Ansatz lassen sich zwei wichtige Schlüsse ziehen. Erstens, dass soziale Identitäten Ideen beinhalten, welche die Mitgliedschaft einer Person in einer sozialen Gruppe beschreiben und kategorisieren, auch mit Hilfe von emotionalen, affektiven und bewertenden Komponenten. Zweitens, dass ein Gemeinschaftsgefühl durch ein Gefühl der Unterschiedlichkeit gegenüber anderen Gemeinschaften entsteht. Individuen nehmen tendenziell ihre eigene Gemeinschaft („*in-group*“) positiver wahr als eine Gemeinschaft, der sie nicht angehören („*out-group*“).

Dieser Ansatz verhilft zwar zu einer breiteren Perspektive und eröffnet eine optimistische Zukunftsperspektive für die EU, da dieser mittlerweile gelungen sei, Identitätshegemonie zu erreichen. Begründet wird diese Ansicht damit, dass heutzutage die EU und Europa als quasi Synonyme verwendet werden. Alberta Sbragia zeigt dies deutlich am Beispiel Italien, wo im öffentlichen Diskurs um den Beitritt des Landes in die Euro-Zone, dieser weitere Integrationsschritt als „Eintritt in Europa“ („*entrare l'Europa*“) dargestellt wurde. Dabei ist Italien eigentlich eines der sechs Gründungsmitglieder der Europäischen Gemeinschaft gewesen.²²⁷

Dieser Ansatz macht auch deutlich, dass eine Abgrenzung zu einer *out-group* benötigt wird. Dabei ist es die Frage nach den Grenzen Europas oder ob es eine europäische Kultur gibt, geben kann oder überhaupt geben soll, welche die Konstruktion einer europäischen Identität demnach bestimmt. Alleine ist dieser Ansatz nicht ausreichend, um die verschiedenen Dimensionen der Ablehnung von Individuen gegenüber der EU zu erklären. Dies bestätigt auch Thomas Risse indem er schreibt: „[...]

²²⁵ Ebenda, S. 163.

²²⁶ Vgl. ebenda, S. 167.

²²⁷ Vgl. Alberta M. Sbragia, 'Italy Pays for Europe: Political Leadership, Political Choice, and Institutional Adaptation', in Maria Green Cowles et al. (Hrsg.), *Transforming Europe: Europeanization and Domestic Change* (Cornell University Press, 2001), S. 79-96.

real actors in the real world of the EU tend to combine various logics of action in their behaviour. They pursue egoistic interests – embedded in a society constituting their collective identities.”²²⁸

2.3.3. Sozial-psychologische Ansätze

Wie in den vorherigen Ansätzen ausgeführt, ist Nationalismus ein Phänomen, das äußerst komplex und schwierig zu analysieren ist. In den vorangegangenen Abschnitten wurde Nationalismus als soziologisches, politisches, rationales oder sozial konstruiertes Phänomen beschrieben. Alle diese Perspektiven haben ihren Wert und Nützlichkeit zur Erfassung dieses komplexen Phänomens. An dieser Stelle wird Nationalismus auch aus sozial-psychologischer Sicht analysiert. Dies ist notwendig, da Individuen Einstellungen und Haltungen gegenüber ihren eigenen sowie anderen Nationen entwickeln und diese Entwicklungen unter anderem sozial-psychologisch erklärbar sind.

Wie schon weiter oben festgestellt, kann bei kollektiven Identitäten und bei Gemeinschaften die Loyalität ihrer Mitglieder nicht rein durch ein ökonomisch-rationales Schema erklärt werden. Auch Makro-Theorien, wie die besprochenen Nationalismustheorien, geben keinen Einblick in die genaue Funktionsweise von nationaler Identität. Eine Ausnahme, wenn auch zum Teil recht oberflächlich, ist hier Benedict Andersons Theorie der *imagined communities*.

Im Zusammenhang mit den aktuellen Diskussionen zur Verbindung zwischen nationaler und europäischer Identität muss man einige der von pro-europäischen PolitikerInnen und EU-Experten hervorgebrachten Aussagen und Weisheiten, welche verallgemeinernd aussagen, dass eine starke nationale Identität und eine europäische Identität positiv korrelieren und es daher diesbezüglich keinerlei Probleme gebe, kritisch hinterfragen.

Die offiziell verfolgte EU-Politik setzt sich einerseits dafür ein, den *European citizen* zu schaffen, will aber andererseits die Menschen dadurch beruhigen, indem sie sagt, dass sie die nationalen Identitäten nicht nur schützt sondern auch gezielt fördert. Zusammenfassen kann man diese Politik durch den Leitspruch der Union: „Unity in Diversity“. Ermöglichen soll dies das Subsidiaritätsprinzip der Union und eine Stärkung der Regionen. Ganz logisch ergibt sich dann in der Folge, durch eine Abschwächung der nationalen Ebene, ein „Europa der Regionen“, welches durch starke regionale Identitäten

²²⁸ Thomas Risse, ‘Social Constructivism and European Integration’, in Antje Wiener et al. (Hrsg.), *Integration Theory* (Oxford: Oxford University Press, 2004), S. 167.

sowie durch eine gemeinsame supranationale europäische Identität der Vielfalt zusammengehalten werden soll.

Auch wenn sich dieses Konzept auf den ersten Blick sehr einfach und schön anhört, so ist die Umsetzung in der Praxis manchmal widersprüchlich. Eine kollektive Identität auf der Basis von Unterschieden aufzubauen, dafür findet man in der Sozialpsychologie keine schlüssigen Konzepte, eher das Gegenteil ist der Fall.

Eine große Anzahl von publizierten Studien zum Thema EU und europäische Identität geht jedoch in die Richtung der offiziellen EU-Politik und vertritt den Standpunkt, dass unterschiedliche starke nationale Identitäten und eine gemeinsame starke europäische Identifikation positiv korrelieren und einer europäischen politischen Solidargemeinschaft sogar zuträglich sind. Eine Studie von Mlicki und Ellemers, welche die Einstellungen polnischer und belgischer Bürger zur Nation und Europa untersuchte kam zum Schluss, dass die nationale Identität nicht in Konkurrenz zur europäischen steht.²²⁹

Nachdem weitere Studien über die Einstellungen von Schotten, Andalusiern und Engländern gemacht wurden, wo zum Teil eine leichte positive Korrelation nachgewiesen wurde, nahm man die These, dass sich nationale und europäische Identität nicht nur nicht widersprechen sondern sich sogar positiv unterstützen, als wissenschaftlich akzeptiert an.²³⁰ Der offizielle EU-Leitsatz wurde bestätigt. Auch wurde vermeintlich nachgewiesen, dass sich die Loyalitäten auf verschiedenen Ebenen gegenseitig auch positiv fördern. Das heißt, besitzt jemand auf regionaler und nationaler Ebene eine starke Identifikation, so identifiziert er sich auch stärker mit Europa. Dies wurde unter anderem anhand Ingleharts Theorie der *cognitive mobilization* erklärt.²³¹

Dies ist die eine Perspektive. Wenn man sich nun aber im Detail die Studien ansieht so fällt auf, dass manche Länder wie zum Beispiel Großbritannien genau die gegenteilige Tendenz aufweisen. „Cinnirella (1997) observes a negative correlation between the national and the European identity of British participants [...]“²³² Der springende Punkt dabei ist, dass nicht alle Nationen dieselbe Konstruktion der nationalen Identität oder eine rationale Kosten/Nutzen Evaluierung gegenüber der EU aufweisen. Man muss hier die nationalen Identitäten im Detail analysieren. Noch dazu spielen die ökonomischen Vorteile, die sich die Bevölkerung von einer EU-Mitgliedschaft erwarten,

²²⁹ Vgl. Emanuele Castano, ‘A Social-Psychological Perspective’, in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 50.

²³⁰ Vgl. ebenda, S. 51.

²³¹ Vgl. ebenda, S. 51f.

²³² Ebenda, S. 51.

auch eine große Rolle. Die in einigen Studien vorgenommenen Verallgemeinerungen führen hier deutlich zu kurz.

Entscheidend helfen kann hier der Ansatz, dass man zwischen verschiedenen *ingroup orientations* unterscheidet. „Certain types of ingroup orientations are associated with a tendency to denigrate outgroups, while others are not (Berry, 1984). This distinction is also made in the well-known work of Adorno, et al. (1950) on the authoritarian personality.“²³³

Theorien zur *ingroup bias* zeigen deutlich, dass Stereotypenbildung und die negative Wahrnehmung anderer Gruppen sozial-psychologisch durchwegs erklärbar sind.

Die Haupthypothese dieser Diplomarbeit, dass Nationalismus mit der Ablehnung gegenüber der EU in Verbindung steht, basiert auf den Beobachtungen einer klassischen Studie von DeLamater et. al. aus dem Jahre 1969. Sie berichteten von stärkerer affektiver Bindung von Personen zu ihrer Nation, wenn diese ihre Nation als ein Symbol für etwas Wichtiges in ihrem Leben sahen. Diese Personen, welche eine starke Bindung zu ihrer Nation empfanden, waren traditioneller in ihrem Nationalismus und hatten eine negativere Einstellung gegenüber allen supranationalen Organisationen.²³⁴

Verschiedene psychologische Studien haben ergeben, dass Menschen mit „patriotischer“ Einstellung die Welt aus einer eher konsensorientierten und friedlichen Perspektive sehen, wohingegen „nationalistische“ Menschen die Welt mehr durch wettkämpferische und militaristische Muster sehen. Unter patriotisch wird hier die nationale Identität verstanden, wenn sie nicht auf einem emotional geprägten Konkurrenzverständnis basiert, welches nach der Überlegenheit der eigenen Nation streben lässt und somit Konsens und rationale Evaluierungen verhindert. Die emotionale Prägung von Kindern bezüglich ihrer Nation findet schon in früher Kindheit statt. Im Alter von nur sechs Jahren wissen oder besser gesagt fühlen Kinder schon genau, zu welcher Nation sie gehören und haben dazu eine positive emotionale Bindung. Dies geschieht nämlich emotional und nicht kognitiv.²³⁵

Diese Erkenntnis begründet auch, wieso Nationalismus von Symbolen und Emotionen getragen wird. „Children experience positive feelings about their country before they can put a label on such feelings. [...] The nature of the rationalization leads

²³³ Daniel Druckman, 'Nationalism, Patriotism, and Group Loyalty: A Social Psychological Perspective', in *Mershon International Studies Review*, Ausg. 38, Nr. 1 (Apr. 1994), S. 47.

²³⁴ Vgl. John DeLamater et al., 'On the Nature of National Involvement: A Preliminary Study', in *Journal of Conflict Resolution*, Ausg. 13 (1969), S. 320-357.

²³⁵ Vgl. Daniel Druckman, 'Nationalism, Patriotism, and Group Loyalty: A Social Psychological Perspective', in *Mershon International Studies Review*, Ausg. 38, Nr. 1 (Apr. 1994), S. 47.

to the differentiation between nationalism and patriotism.”²³⁶ Da sich die Gefühle bezüglich der Nation viel früher als die Inhalte dazu entwickeln, ist eine spätere Rationalisierung sehr schwer.²³⁷ Man müsste sich fragen ob seine positiven Gefühle gegenüber seiner Nation gerechtfertigt sind weil die eigene Nation so toll ist, oder ob man anderen wirklich überlegen ist. Das Erfordernis von Reflexion und gewisser kognitiven Kompetenzen erklärt unter anderem, warum bei Studien zu Nationalismus der Bildungsgrad ein wichtiger Faktor ist.

Grundsätzlich verhält es sich so, dass diese Orientierungen (patriotisch oder nationalistisch) situationsabhängig auftreten. Nationalistische Einstellungen treten häufiger auf, wenn es sich um *competitive intergroup* Situationen handelt. Logischerweise spielen *out-groups* bei *non-competitive* Situationen eine geringere Rolle. Die entscheidende Frage ist aber, ob die Situation erst konfliktreich werden muss, um nationalistische Muster zu aktivieren. Es ist demnach einleuchtend, dass, wenn nationale Interessen auf EU-Ebene diskutiert werden und von den nationalen Medien aufbereitet der Öffentlichkeit präsentiert werden, dann nationalistische Orientierungen bei Menschen angesprochen werden. Dann werden andere Nationen sowie die EU als *out-group* wahrgenommen.

Interessant für die Ablehnung gegenüber der EU aus nationalistischen Gründen ist inwieweit Nationalismen und nationale Identitäten auf die Einstellungen von Menschen gegenüber *out-groups* wirken können, wenn es noch keine konfliktgeladene Situation gibt.

Eine Antwort auf diese Frage findet man im Konzept der *in-group bias*. Viele Theorien und empirische Untersuchungen lassen darauf schließen, dass die eigene Gruppe oder Gemeinschaft, also auch die eigene Nation, als besser, freundlicher, kompetenter und stärker wahrgenommen wird als andere. In der Folge konnte man feststellen, dass dies nicht nur zu einer Aufwertung der eigenen Gruppe, sondern auch zu einer gleichzeitigen Abwertung der anderen Gruppen führt.²³⁸

Tajfel kommt in seiner *social identity theory* aus dem Jahre 1982 zum Schluss, dass die positive Evaluierung der eigenen Gruppe im Vergleich zu anderen Gruppen das eigene Selbstwertgefühl steigert. Die soziale Identität einer Person ist mit der Wichtigkeit und Wertigkeit der Gruppe, zu der diese gehört, verknüpft. Im Fall des Nationalismus

²³⁶ Ebenda.

²³⁷ Vgl. ebenda.

²³⁸ Vgl. Daniel Druckman, 'Nationalism, Patriotism, and Group Loyalty: A Social Psychological Perspective', in *Mershon International Studies Review*, Ausg. 38, Nr. 1 (Apr. 1994), S. 48.

bedeutet dies, dass das eigene Selbstwertgefühl mit der Werteinschätzung der eigenen Nation zusammenhängt.²³⁹ „Being able to discriminate one’s own group from others appeared most important to enhancing self-esteem and loyalty.“²⁴⁰

Beispiele hierfür sind die Identifikation von BürgerInnen mit ihren Nationalteams beim Sport. Es ist auffällig, dass auch BürgerInnen, die normalerweise kein oder nur sehr mäßiges Interesse an Sport zeigen, sich bei Großveranstaltungen, wo Nationen gegeneinander antreten, zu enthusiastischen und emotional involvierten Fans werden. Gerade im Sport ist es oft deutlich sichtbar, wie sehr nationale Identifikation und die Situation des Wettstreites mit anderen Nationen Nationalismus als sozialpsychologisches Phänomen auslösen. Dabei steht zumeist im Vordergrund, dass man durch die positive Evaluierung der eigenen Nation und der Abwertung der anderen seinen eigenen Selbstwert steigert.

Turner hat in seiner *self-categorization theory* aus dem Jahre 1987 festgestellt, dass man neben der positiven Wahrnehmung der eigenen Gruppe auch Gruppen mit ähnlichen Merkmalen bevorzugt. Durch Kategorisierungen von Ähnlichkeiten und Unterschieden organisieren Personen ihre Welt und finden so Personen und Gruppen, denen sie scheinbar näher stehen, andere denen sie eher ablehnend gegenüber stehen und wieder andere mit denen sie nichts zu tun haben wollen.²⁴¹

Eine weitere Theorie, welche die Einstellungen zu Personen anderer Gruppen gut erklärt, ist die Theorie zu „Referenz Gruppen“ sowie die *scaling hypothesis*. Die *scaling hypothesis* sagt, dass Personen verschiedene Gruppen entlang eines Kontinuums von „positiv“ bis „negativ“ einordnen. Auch die Intensität der entsprechenden Gefühle wird von „schwach“ bis „stark“ zugeordnet. Einige Studien bestätigen, dass die *scaling hypothesis* eine wichtige Rolle bei der Wahrnehmung und Bewertung anderer Nationen spielt. „Strong support was found for ‚ethnocentrism theory‘ in the ratings.“²⁴² Dies deutet darauf hin, dass Kultur eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Beurteilung von anderen Gruppen spielt. „In effect, perceived similarity appears to be the most important dimension for scaling other groups. ‘We only want to interact with groups like us’.“²⁴³

Bei all diesen Theorien geht es um grundlegende soziale Mechanismen und nicht um präzise Detailbeschreibungen jedes individuellen Handelns. Natürlich gibt es bei

²³⁹ Vgl. ebenda, S. 48f.

²⁴⁰ Vgl. ebenda, S. 49.

²⁴¹ Vgl. ebenda, S. 50.

²⁴² Ebenda, S. 59.

²⁴³ Ebenda, S. 60.

jeder Gemeinschaft eine gewisse Diversität unter den Mitgliedern. Trotzdem ist es wissenschaftlich nötig und auch sinnvoll, aufgrund von Theorien und empirischen Studien diese Modelle zur Erklärung von Fragestellungen zu verwenden.

Gerade im Bereich des Nationalismus sind diese Ansätze sehr hilfreich, um die innere Logik dieses Phänomens zu begreifen. Dadurch lässt sich auch die Problematik des von manchen nationalen Politikern vertretenen „Europas der Vaterländer“ erklären. Bruter²⁴⁴, Castano²⁴⁵, Meinhof²⁴⁶, Mummendey und Waldzus²⁴⁷, Hooghes und Marks²⁴⁸ sowie Druckman²⁴⁹ bestätigen mit ihren Arbeiten, dass nationale Identität nicht nur positiv mit europäischer Identität korreliert, sondern dass sie auch mit ihr kollidieren kann. Die Hypothese dieser Diplomarbeit erhält mit diesen Befunden ein griffiges Argument, weshalb nationale Identität und Nationalismus bei der Ablehnung gegenüber der EU wichtige Faktoren sein können.

Eines der schlüssigsten neueren Konzepte, welches die negativen Auswirkungen von dualen Identitäten erklären kann, ist das von Mummendey und Wenzel im Jahre 1999 publizierte *Ingroup Projection Model*. Anhand dieses Modells erklären sie wie es zu negativen Einstellungen und Bewertungen von EU-Mitgliedern gegenüber anderen Mitgliedern kommen kann. Dabei geht das *Ingroup Projection Model* davon aus, dass Unterschiede zwischen *out-group* Mitgliedern dann negativ bewertet werden, wenn zwei Konditionen erfüllt sind: *inclusion* und *in-group* Projektion.²⁵⁰

Als *inclusion* wird der Status bezeichnet, wenn beide Gruppen miteinander vergleichbar werden, weil sie zu einer gemeinsamen höheren, inklusiven Kategorie gehören, welche für den Vergleich zwischen den beiden Sub-Gruppen relevante Dimensionen zur Verfügung stellt.²⁵¹ In unserem Fall stellt Europa, oder genauer die

²⁴⁴ Vgl. Michael Bruter, 'Civic and Cultural Components of a European Identity: A Pilot Model of Measurement of Citizens' Levels of European Identity', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 188-209.

²⁴⁵ Vgl. Emanuele Castano, 'A Social-Psychological Perspective', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 52-54.

²⁴⁶ Vgl. Ulrike H. Meinhof, 'Europe Viewed from Below: Agents, Victims, and the Threat of the Other', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 214-245.

²⁴⁷ Vgl. Amélie Mummendey und Sven Waldzus, 'National Differences and European Plurality: Discrimination or Tolerance between European Countries', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 63-72.

²⁴⁸ Vgl. Liesbet Hooghe und Gary Marks, 'Calculation, Community and Cues: Public Opinion on European Integration', in *European Union Politics*, Ausg. 6, Nr. 4 (London, 2005), S. 433.

²⁴⁹ Vgl. Daniel Druckman, 'Nationalism, Patriotism, and Group Loyalty: A Social Psychological Perspective', in *Mershon International Studies Review*, Ausg. 38, Nr. 1 (Apr. 1994), S. 47-63.

²⁵⁰ Vgl. Amélie Mummendey und Sven Waldzus, 'National Differences and European Plurality: Discrimination or Tolerance between European Countries', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 63.

²⁵¹ Vgl. ebenda.

Europäische Union, diese höhere Kategorie dar. Die Sub-Gruppen sind dabei die einzelnen Mitgliedstaaten.

Die zweite Kondition ist die so genannte *in-group projection*. Diese *in-group* Projektion bedeutet, dass Gruppenmitglieder dazu tendieren, die Eigenschaften ihrer *in-group* zu generalisieren und auf die höhere, inklusive Kategorie zu projizieren. Die *in-group* sieht sich als „*pars pro toto*“, als ein Teil, der für das Ganze steht. Dies hat zur Folge, dass sie sich selbst als Standard für Wertungen und Beurteilungen über andere Sub-Gruppen der inklusiven Kategorie wahrnimmt.²⁵²

Dieses Modell sieht das Verhältnis zwischen nationaler und europäischer Identität als eine Kombination von „russischer Puppen Metapher“ und „Marmorkuchen Metapher“. Einerseits stehen nationale Identitäten in Relation zu anderen nationalen Identitäten (Sub-Gruppen) von der europäischen Identität, der höheren, inklusiven Kategorie (Inklusion). Andererseits ist jedoch die europäische Identität selbst zum Teil gemischt (wie ein Marmorkuchen) mit nationalen Identitäten.²⁵³

Wenn nun beide Konditionen, Inklusion und *in-group projection*, erfüllt sind, wird der Prototyp von der höheren, inklusiven Kategorie als der *in-group* ähnlicher zugeordnet als der *out-group*. Dies hat nun zur Folge, dass die andere Sub-Gruppe nicht nur als unterschiedlich im Vergleich zur *in-group*, also im Bereich der Sub-Gruppen, sondern auch als unterschiedlich im Vergleich zum Prototyp der höherrangigen gemeinsamen *in-group* gesehen wird. „As assumed by self-categorization theory (Turner et al. 1987), the lack of prototypicality of the out-group, the more negatively it will be evaluated.“²⁵⁴

Nach empirischer Überprüfung dieses Modells konnten die unterschiedlichen Ergebnisse der Beziehung von nationaler und europäischer Identität erklärt werden. Die meisten Analysen der Eurobarometerdaten betreffen die gemeinsame „In-Group-Identifikation“, zumeist die Identifikation mit Europa. Hier hat duale Identifikation zum Großteil einen sehr positiven Effekt genauso wie auf die Bewertungen von *out-groups*. Jedoch zeigen die Studien, dass bei einer zusätzlich sehr starken Bindung zu einer Nation auf dem *sub-group-level*, also einer ausgeprägt starken nationalen Identität, die *in-group projection* ins Spiel kommt und andere Nationen negativer bewertet werden.²⁵⁵

²⁵² Vgl. ebenda, S. 64.

²⁵³ Vgl. ebenda.

²⁵⁴ Vgl. ebenda, S. 65.

²⁵⁵ Vgl. ebenda, S. 67

Wichtig ist, dass man die Schlüsse dieser sozial-psychologischen Ansätze ernst nimmt. Auch wenn sich eine duale Identität der EU-Bürger entwickelt, so muss man trotzdem Rücksicht auf nationale Identitäten nehmen. Tut man dies nicht, kann es zu Konflikten kommen. Denn mit zunehmender Identifikation mit „Europa“ steigen auch die Vergleiche zwischen den Untergruppen, den Nationen. Dabei werden europäische Standards, Normen und Werte bindender für die Nationen der EU. „A subgroup’s prototypicality in terms of European standards becomes the basis for the acceptance of the treatment of that subgroup in the European context.“²⁵⁶

Diese Problematik tritt auf, wenn Österreicher zum Beispiel die Türkei aufgrund ihrer Abweichungen gegenüber europäischen Normen und Werten abwerten und kritisieren. Dies geschieht, weil diese Personen ihre Vorstellungen von Österreich als prototypisch für Europa und dessen Werte sehen. „Differences in prototypicality justify differences in status and treatment.“²⁵⁷

Zusammenfassend kann man sagen, dass es multiple Identitäten zwar gibt, man aber trotzdem beachten muss, dass es dabei sehr wohl eine Hierarchie gibt und die einzelnen Loyalitäten und Bindungen auch situationsabhängig angesprochen werden. Bei dualer Identität sind nationale und europäische Identität miteinander verwoben (russische Puppe, Marmorkuchen). Dies erklärt auch, wieso bei Statistiken häufig eine positive Korrelation zwischen nationaler und europäischer Identifikation besteht.

In der Regel wirkt sich eine starke Identifikation mit Europa positiv auf die Wertung anderer Nationen der EU aus. Trotz vorhandener europäischer Identität kann es bei sehr starker nationaler Identität trotzdem zur negativen Beurteilung und Stereotypenbildung gegenüber anderen Nationen kommen. Dies zeigen auch qualitative Untersuchungen von Ulrike Hanna Meinhof, die bei Deutschen, die sich als Europäer fühlen, trotzdem Sentiments und Stereotypen gegenüber polnischen BürgerInnen festgestellt hat.²⁵⁸

Da nationale Identität schon von früher Kindheit an emotional und nicht kognitiv geprägt wird, ist diese sehr schwierig zu ändern. Zudem ist sie ein Teil des Selbstbildes. Eine stark ausgeprägte nationale Identität führt bei bestimmten Umständen zur Abwertung anderer Nationen und zu weniger Toleranz. Entscheidend hierbei ist vor allem wie die eigene nationale Identität definiert ist. Bei exklusiver nationaler Identität

²⁵⁶ Ebenda, S. 68.

²⁵⁷ Ebenda, S. 68.

²⁵⁸ Vgl. Ulrike H. Meinhof, 'Europe Viewed from Below: Agents, Victims, and the Threat of the Other', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 214-246.

neigen Menschen eher zu Intoleranz und Abwertung anderer. Bei inklusiver nationaler Identität scheint dies umgekehrt zu sein. In der Praxis erscheint diese Erklärung schlüssig.

Wie in einer Diskursstudie über den Begriff „Europa“ gezeigt wurde, konstruiert Großbritanniens politische Elite seine nationale Identität in Gegensatz zu Europa. Hier kann bei den empirischen Daten eine negative Korrelation zwischen nationaler Identität und entgegen gestellter europäischer Identität festgestellt werden. Im klaren Gegensatz dazu stehen die nationalen Identitäten Frankreichs und Deutschlands, die mit „Europa“ und der europäischen Identität verbunden wurden.²⁵⁹

Faktum ist, dass die Bindung zu europäischen Werten und Normen für die meisten Europäer ein erwünschenswertes Ziel für die europäische Integration darstellt.²⁶⁰ Die empirischen Daten der letzten Jahre deuten auch darauf hin, dass es seit den 1990er Jahren zu großen Veränderungen der nationalen Identitäten gekommen ist und diese immer weniger exklusiv gesehen werden.²⁶¹

Trotzdem ist es auch ein Faktum, dass europäische Bürgerinnen und Bürger eine „ethno-zentristische Bias“ gegenüber Europa aufweisen. Dies ist ein psychologisches Grundprinzip und basiert auf der Tatsache, dass man die eigene Nation als Prototyp wahrnimmt. „A complex Europe means that differences between nationalities are part of the kernel definition of Europe. With such a representation of Europe it is not easy to maintain an ethnocentric European prototype.“²⁶²

Dies bedeutet auf den Punkt gebracht, dass eine Nicht-Berücksichtigung der nationalen Identitäten bei entsprechenden Umständen zu einer Zunahme von Nationalismus führen kann. Man kann nämlich davon ausgehen, dass es bei vielen Mitgliedern im Rahmen von Verhandlungen die Tendenz gibt, ihre eigenen nationalen Prinzipien, Normen und Werte auch als wünschenswerte Modelle auf europäischer Ebene einzubringen.

Eine mögliche theoretische Lösung gegen solche Nationalismen wäre einerseits die Auflösung von nationaler Identifikation. Andererseits wäre auch die Konstruktion

²⁵⁹ Vgl. Thomas Risse, 'European Institutions and Identity Change', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 253.

²⁶⁰ Vgl. Amélie Mummendey und Sven Waldzus, 'National Differences and European Plurality: Discrimination or Tolerance between European Countries', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 68.

²⁶¹ Vgl. Thomas Risse, 'European Institutions and Identity Change', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 260f.

²⁶² Amélie Mummendey und Sven Waldzus, 'National Differences and European Plurality: Discrimination or Tolerance between European Countries', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 69.

eines komplexeren, inklusiveren Europas denkbar. Ein solches komplexes soziales Konstrukt, welches die Diversität der unterschiedlichen nationalen Kulturen, Sprachen und Identitäten in der EU berücksichtigt, würde vielleicht Nationalismen beschränken können.

Die offizielle EU-Linie, die die Einheit in der Vielfalt sucht, kommt diesem Lösungsmodell sehr nahe. Doch ist der Ansatz eines „Europas der Regionen“, also der schrittweisen Übertragung von Kompetenzen von der nationalstaatlichen auf die europäische, supranationale Ebene und regionalen Ebenen aus der Perspektive der bisherigen Erkenntnisse kurz- sowie mittelfristig äußerst kontraproduktiv, weil es zu einer Verstärkung von Nationalismen kommt. Die Frage die offen bleibt, ist jene nach der Zeitspanne, welche nötig wäre, um die Dominanz der nationalen Identifikation dauerhaft und nachhaltig, wenn überhaupt, zu überwinden.

3. Ablehnung gegenüber der EU

Gerade, weil es ein Elitenprojekt ist, wird der EU mangelnde „Bürgernähe“ vorgeworfen. Neben dem Demokratiedefizit wird die so genannte Legitimitätsproblematik als ein Hauptproblem angesehen. Wenn man sich jedoch die Diskussionen der EU-KritikerInnen inhaltlich genauer ansieht, so stimmt einiges nachdenklich. So wird beispielsweise der Vertrag von Lissabon abgelehnt, weil die EU undemokratisch sei. Gerade jener sollte aber im Auge der EU-Elite die entsprechenden Reformen bezüglich verbesserter Demokratie, erhöhter Legitimation etc. bringen. Nun stellt sich die Frage: Ist der Vertrag von Lissabon gescheitert, weil er die EU undemokratischer und bürgerferner machen würde oder weil die Menschen den alten Vertrag für besser halten. Oder geht es den Menschen einfach darum ein Signal zu setzen, dass sie den aktuellen Weg der EU ablehnen? Oder jedoch geht es ihnen in Wirklichkeit um innenpolitischen Protest?

Nach Ergebnissen von BürgerInnenbefragungen nach den Gründen des Negativvotums in den Referenden in Frankreich, den Niederlanden und Irland kann davon ausgegangen werden, dass es bei den Abstimmungen nicht so sehr um die EU selbst als um innenpolitische Abrechnungen, Proteste, Gefühle und Emotionen gegangen ist. Das Fehlen einer europäischen politischen Öffentlichkeit ist von seinem Volumen her ein Thema für sich. Doch es ist wichtig sich bewusst zu werden, dass für die Bevölkerungen in Irland und Frankreich vor allem innenpolitische Motive entscheidend waren.

Wenn es also nicht primär um europäische Motive gegangen ist, so muss man sich fragen, weshalb die EU von der breiten Masse in vielen Ländern (Österreich, Großbritannien etc.) so wenig Unterstützung genießt. Mit dem hier angebotenen theoretischen und analytischen Rahmen sollen fundierte Erklärungen zur fehlenden Unterstützung gegenüber der EU und zu noch immer vorhandenen und stabilen Nationalismen und nationalen Sentiments möglich werden.

3.1. Renationalisierungsthese

Durch die Trends der Globalisierung und Europäisierung kam es, wie wir schon gelesen haben, zu einem Transfer nationaler Souveränität an supranationale zwischenstaatliche Institutionen. Einerseits führen diese Trends zu einem Gefühl der Entfremdung, der Unsicherheit und der Gefahr für die eigene nationale Identität. Das Faktum, dass die EU ihren Einfluss auf immer mehr Politikfelder ausdehnt und auch immer mehr heterogene Mitglieder aufgenommen hat, trägt logischerweise das Seinige dazu bei.

Trotz der zunehmenden Identifikation mit Europa ist die Unterstützung der EU durch die Bevölkerung europaweit mäßig. Besonders stark betroffen von diesem Phänomen sind Länder wie Österreich, das in einigen Kategorien sogar EU-Schlusslicht ist, wie aktuelle empirische Daten des Eurobarometers, auf welche im vierten Teil der Diplomarbeit genauer eingegangen wird, belegen.²⁶³

Weidenfeld und Wessels bieten für die mangelnde Unterstützung seitens der Bevölkerung folgende Hypothese der drei unterschiedlichen Konstrukte von Europa an: „[...] eine dramatische Erosion der Unterstützung der Bevölkerung und nationale Egoismen bestimmen gegenwärtig das Bild der großen, erweiterten Europäischen Union. [...] Die Ziele der Gründerzeit sind erreicht: Die Bedrohung aus dem Osten ist überwunden, der Binnenmarkt ist vollendet. Die Erfolge sind konsumiert. [...] Frustration und Orientierungslosigkeit haben ihre Wurzel in einem Nebeneinander dreier Konstrukte von Europa, von denen derzeit keines dominiert.“²⁶⁴

1. Das erste Konstrukt ist „das Europa des täglichen Pragmatismus“, das logischerweise entstand, weil sich das Europa der Gründungsverträge in Rom seit den 1950er Jahren ohne Masterplan nach pragmatischen Gesichtspunkten angepasst und weiterentwickelt hat.²⁶⁵ Schlussendlich befinden wir uns heute in einer politischen EU, welche die wichtigste und höchste Ordnungsform in Europa darstellt, ohne dass wir institutionelles Vertrauen innerhalb der breiten Bevölkerung feststellen können. Die politischen Eliten, die dieses grundlegende institutionelle Problem schon vor Jahren oder Jahrzehnten erkannt haben, scheinen bis heute machtlos zu sein, um mit Hilfe eines Verfassungsvertrages eine institutionelle Reform der EU zu bewirken.
2. Die Vereinigung Europas durch die kontinuierlichen Erweiterungen schuf das zweite Konstrukt, „das Europa der Entgrenzung“. Durch die Erweiterung der EU von ursprünglich sechs auf bis zum heutigen Zeitpunkt 27 Mitglieder wurde die Vision eines vereinigten, großen Europas Realität. Damit zusammenhängend tauchten alte Kulturräume wieder auf. Plötzlich werden schon im Vergessen begriffene Spuren an das alte Habsburgerreich oder an das Osmanische Reich wieder aktuell. Diese Europa der 27 bedeutet auf jeden Fall einen großen

²⁶³ Spezial Eurobarometer 307, Welle 70.1 – *TNS Opinion & Social* (2009). Der Untersuchungszeitraum war von Oktober bis November 2008. [http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm (04.03.2009)]

²⁶⁴ Weidenfeld und Wessels (Hrsg.), *Europa von A bis Z* (Bonn, 2006), S. 46f.

²⁶⁵ Vgl. ebenda, S. 47.

kulturhistorischen Wandlungsprozess, der Veränderungen für Menschen, Kulturgemeinschaften, kollektive Identitäten und Nationen mit sich bringt. Gerade die Frage des EU-Beitrittes der Türkei verdeutlicht die Probleme die damit einhergehen und zeigt, dass die Bürger nicht alle Veränderungen und Entgrenzungen mittragen werden.²⁶⁶

3. Vor das am schwierigsten rational zu lösende Problem stellt uns das dritte Konstrukt, „das Europa der mentalen Orientierungskrise“. Wie in den vorherigen Abschnitten über die Konstruktion von Identität festgestellt, ist die europäische Identität national und regional höchst unterschiedlich in ihrer Beschaffenheit. So sehen Franzosen ihre nationale Identität im Verhältnis zu „Europa“ ganz anders als zum Beispiel Briten. Durch die Überlagerung der europäischen Identität durch nationale Identität ist sie geprägt durch nationale Selbstverständnisse. Historische sowie ökonomische rationale Argumente reichen alleine kaum aus, um ein entgrenztes Europa ohne definierte kulturelle Identität politisch sowie gesellschaftlich auf Dauer stabil zu halten. Der weite räumliche Rahmen der 27 ist zu groß, um einen Identitätsprozess zu erlauben.²⁶⁷

Dieser Befund liest sich sehr ernüchternd. Es ist bezeichnend, dass sich die BürgerInnen gerade deshalb nach den traditionellen Formen von kollektiven Identitäten sehnen, weil sie sich in der Realität in Prozessen der Globalisierung und Europäisierung befinden. „Konsequent suchen Europäer neuen Halt in alten Traditionen. Das nationale Bewusstsein, die regionale Heimat, die ethnische Behausung – sie alle bieten mentale Sicherheit, nur keinen europäischen Horizont. Das Entschwinden des europäischen Horizonts wird kompensiert durch den scheinbar sicheren Zugriff auf die kleine politische Scholle.“²⁶⁸

Diese „Flucht“ vor der Realität von Globalisierung, Europäisierung und Entgrenzung sollte bedenklich stimmen. Wenn man einen Blick in die Geschichte wirft, so gibt es genügend Beispiele, wo große politische Räume aufgrund von Überdehnung und Überforderung untergegangen sind. Gerade Österreich kann diesbezüglich auf eine bewegte Geschichte zurückblicken. Der Untergang des multinationalen Vielvölkerreiches

²⁶⁶ Vgl. Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Europa von A bis Z* (Bonn, 2006), S. 47.

²⁶⁷ Vgl. ebenda, S. 47f.

²⁶⁸ Ebenda, S. 48.

der Habsburger-Monarchie, wirft trotz großer Unterschiede, doch auch so manche Parallelen mit der aktuellen Situation auf.²⁶⁹

Eine scheinbare Antwort auf die immer spürbarer werdenden Unsicherheiten in der Bevölkerung als Resultat der Globalisierung und Europäisierung bieten Nationalismen. „Die Nation ist nach wie vor die wichtigste identitätsstiftende Gemeinschaft. Ob über subjektive oder über objektive Merkmale geleitet, ob als ‚gedachte‘ oder ‚erlebte‘ Gemeinschaft vorgestellt, ob als ‚Produkt eines Prozesses der sozialen Konstruktion‘ oder als Ausdruck des ‚Bedürfnisses nach Wärme, Stärke und Stabilität‘ aufgefasst, bildet sie das Band der Zugehörigkeit.“²⁷⁰

Diese Nationalismen sind besonders bei den unabhängig gewordenen Staaten Mittel- und Ost-Europas zu beobachten. Ähnliches gilt auch für Österreich nach 1955. Die Zusammensetzung von nationalen Identitäten ist sehr komplex, sodass man nicht von „der Nation“ ausgehen kann. Hilfreich ist, wenn man die verschiedenen Bezugsmuster im Kopf behält, auf die in den Nationalismustheorien schon eingegangen wurde: „Identitäten haben verschiedene Bezugsmuster, die in der Region, der Ethnie, der Religion etc. verhaftet sein können. [...] Nationalismus als integrierende Kraft ist nur da möglich, wo Identitäten nationalstaatliche Bezüge aufweisen.“²⁷¹

Und genau das macht das Konzept des Nationalismus so entscheidend für die Ablehnung gegenüber der EU: Wenn man diese Logik auf den Nationalstaat umlegt, so bedeutet dieses Zitat, dass Nationalismus nur deshalb integrierend für den Staat wirkt, weil die damit verbundene Identität nationalstaatliche Bezüge aufweist. Das heißt, es gibt einen emotionalen, kulturellen, ethnischen, historischen oder irgendeinen anderen sozial verbindend wirkenden „Link“, der sich auf die Staatsbürger dieses Staates, der territorial definiert ist, bezieht.

²⁶⁹ Für genauere Ausführungen siehe Oscar, Jászi, *The Dissolution of the Habsburg Monarchy* (Chicago: University of Chicago Press, 1929). In seinem Werk analysiert Jászi den Zerfall des multinationalen Vielvölkerreiches der Habsburger-Monarchie. Er sieht diese Auflösung als massen-psychologischen Prozess, ausgelöst unter anderem durch den Nationalismus. Er versucht anhand verschiedener zentrifugal wirkender Faktoren, die Auflösung der Loyalitäten zum Reich und das Auseinanderfallen der politischen Gemeinschaft des Reiches zu erklären. Andererseits geht er in seiner Analyse auch von verschiedenen Zentripetalkräften aus, welche den Zusammenhalt des Reiches über die Jahrhunderte hinweg garantierten. Dabei ist interessant, dass er bei der multinationalen Armee, ähnlich wie heute bei den EU-Politikern und Beamten, einen supranationalen Geist identifiziert hat. Dies wurde ermöglicht durch die Ausbildung, welche in verschiedenen Ländern zu erfolgen hatte. Es wurde dann – seltsam für die nationalen BürgerInnen – zumindest in den höheren militärischen Ebenen eine übernationale Identität und Loyalität entwickelt. Ähnliche Auswirkungen kann man heute beim Studierendenaustauschprogramm der Europäischen Union („ERASMUS“) feststellen. Besonders interessant sind die Diskussionen der zum Teil auch heute wieder sehr aktuellen Probleme. So werden der Kapitalismus, der Freihandel und die Währungsunion mit ihren Vorteilen aber auch Nachteilen für die multinationale politische Gemeinschaft analysiert.

²⁷⁰ Frank R. Pfetsch, *Das neue Europa* (Wiesbaden, 2007), S. 46.

²⁷¹ Ebenda, S. 47.

Eine Antwort darauf könnte das schon oben diskutierte Konzept des „Ethno-Symbolismus“ von Anthony D. Smith liefern. Trotz der Tatsache, dass nationale Identitäten sowie „Nationen“ an sich soziale Konstrukte sind, und sich in der Regel auf viele erfundene Elemente wie „erfundene Traditionen“, umgedichtete und national interpretierte Geschichtsschreibung, national instrumentalisierte Mythen und Symbole beziehen, so sind doch manche Elemente extrem wirksam und für die Dauerhaftigkeit dieser kollektiven Identitäten entscheidend. Dies macht Nationalismen trotz aller Modernisierung und Individualisierung der Gesellschaften in Europa so unverwundbar. „Die Gründe für die viel stärkere emotionale Bindung des einzelnen an die Nation liegen nach Anthony D. Smith in Gegebenheiten nationaler Identität: historisches Territorium als Heimatland, gemeinsame Mythen und geschichtliche Erinnerungen, eine gemeinsame Massenkultur, gemeinsame Rechten und Pflichten für alle Bürger und ein gemeinsamer Wirtschaftsraum mit territorialer Mobilität [...]. Diese Merkmale seien lebendig, zugänglich, lange etabliert und popularisiert.“²⁷²

Eine wichtige Funktion für die Etablierung und Popularisierung dieser Elemente ist die das staatliche Bildungssystem. Dadurch wurde eine „Nationalisierung“ der breiten Massen überhaupt erst möglich. Auch die modernen Massenmedien ermöglichten eine durchdringende Nationalisierung der breiten Bevölkerung. Gerade neuere Staaten suchten nach ihrer Gründung ihren Zusammenhalt durch nationale Identität zu erreichen. Beispiele hierfür sind die Staaten, die ihre Unabhängigkeit durch den Zusammenbruch der UdSSR erreichten, sowie viele afrikanische Staaten im Rahmen der Dekolonialisierung sowie auch neu gegründete Staaten nach den beiden Weltkriegen. Ein Beispiel hierfür sind auch die politischen Bemühungen in Österreich nach 1918 sowie nach 1945, um eine nationale Identität in der breiten Bevölkerung zu implementieren. Von Erfolg gekrönt waren die Bemühungen einer Nationalisierung der österreichischen Bevölkerung erst ab den 1950er Jahren, wie im vierten Kapitel noch genauer ausgeführt wird.

3.2. Mangelnde Legitimation?

Zu den im Diskurs über die Probleme und Schwächen der EU am häufigsten vorgebrachten Einwände gegen eine politische Union gehören das „Demokratiedefizit“ der EU, deren mangelnde Bürgernähe, der ungezügelte Zentralismus Brüssels sowie das grundlegende Problem der mangelnden Legitimation.

²⁷² Frank R. Pfetsch, *Die Europäische Union* (3. Auflage, München, 2005), S. 114.

In der politikwissenschaftlichen Theorie unterscheidet man im Grundprinzip drei Arten von Legitimation: „Input-Legitimation“ (durch Zustimmung und Unterstützung der Bürger zur Politik der Regierung mit Hilfe von zum Beispiel Wahlen), „Output-Legitimation“ (Unterstützung der Bürger für die Regierung aus Leistungserfolgen ihrer Politik) und „soziale Kohärenz“ (Zusammengehörigkeit, Gemeinsinn).²⁷³ Frank Pfetsch nennt diese drei Formen der Legitimation „konstitutive Elemente für die Legitimationsbeschaffung in einem Politiksystem“²⁷⁴. Nun, vielleicht finden wir durch dieses Modell einen Hinweis auf die Kritik der fehlenden Legitimation der EU.

Wie sieht es mit der „Input-Legitimation“ aus? Zum bekannten Schlagwort „Demokratiedefizit“ gibt es in der wissenschaftlichen Fachliteratur -zig Lösungsansätze und Theorien, wie man diese realen Schwachpunkte, die aus der Historie der institutionellen Entwicklung der EU entstanden sind, verbessern könne. Es gibt immer wieder strategische Initiativen der europäischen Eliten, um die EU institutionellen Reformen zu unterwerfen. Hier lautet einer der häufigsten Einwände, die EU sei ein Elitenprojekt und auch die Reformen wären „von oben“ gesteuert. Nun ja, das ist richtig. So gut wie alle Einigungs- und Integrationsprojekte in der Geschichte waren von Eliten initiiert und gesteuert. Die Kritik liegt eher an der westlichen Norm der „Demokratie“. Dieses Konzept der „Demokratie“ ist weder in der Wissenschaft noch in der politischen Praxis eindeutig definiert. Wo die einen direkte Demokratie als Idealtyp sehen, so betrachten andere, gerade bei sehr großen politischen Einheiten, repräsentative Formen von Demokratie als ideal.

„[...] a crucial question is how far democracy in its most widespread sense as an electoral and parliamentary check on government can go in a Union of states based on multilevel governance. The problem is whether the interests and ideals of the peoples of Europe are better served by continuous checks of that kind [...] or by the continuation and acceleration of an integration that, beneficial to all as it has proved to be, cannot but be elite driven; all the more given the ultra-complex and for the common citizens difficult-to-comprehend nature of the odd EU beast.“²⁷⁵

Gerade in diesem Bereich der Input-Legitimität von EU-Politik zeigt sich auch die Problematik, wenn man die EU nach nationalstaatlichen Kriterien evaluiert. Die EU ist nun einmal kein Nationalstaat und muss ihre Legitimation anders finden als die

²⁷³ Vgl. Frank R. Pfetsch, *Das neue Europa* (Wiesbaden, 2007), S. 116ff.

²⁷⁴ Ebenda, S. 117.

²⁷⁵ Furio Cerutti, ‘Why political identity and legitimacy matter in the European Union’, in Furio Cerutti und Sonia Lucarelli (Hrsg.), *The search for a European identity: values, policies and legitimacy of the European Union* (Oxon: Routledge, 2008), S. 16.

Regierung eines klassischen Nationalstaats, der seine Legitimation aus dem (abstrakten Konstrukt eines) Volkswillen und der übertragenen Souveränität des Volkes bezieht. Auf europäischer Ebene sollte klar sein, dass es in der nächsten Zeit zu keinem einheitlichen „europäischen Demos“ als Ersatz zum „nationalen Demos“ kommen wird. Gerade weil es aber in der aktuellen institutionellen Form der EU das „Subsidiaritätsprinzip“ sowie das Prinzip der indirekten, weil auf nationalstaatlicher Ebene vorhandenen, Partizipation und Verantwortlichkeit der Regierungen gibt, sind durchaus Elemente für „Input-Legitimität“ vorhanden.

Bezüglich der Rolle von „Output-Legitimation“ muss man sagen, dass die Leistungen der EU, vor allem im wirtschaftlichen Bereich für lange Zeit genug Legitimität geschaffen haben, um, die Unterstützung der Bevölkerung zu gewähren. Gerade in der Zeit der Wirtschaftskrise ab Herbst 2008 wurde wieder einmal klar, dass ökonomische Kriterien eine wichtige Rolle bei der Bewertung der EU durch die BürgerInnen spielen.

Hier jedoch kommt die dritte Form der Legitimation ins Spiel. Das Beispiel der EU-Referenden in Irland, Frankreich und den Niederlanden macht deutlich, dass zwischen Fakten, rationalen Entscheidungen und subjektiven Motiven, Perspektiven und Einstellungen oft gewichtige Unterschiede sind. Der Integrationsprozess befindet sich an einem Punkt, wo die Legitimität der politischen Kompetenzen der EU von einem gewichtigen Teil der europäischen BürgerInnen bezweifelt wird. An dieser Stelle ist es sinnvoll, die Legitimität von den zunehmenden Kompetenzen (immer mehr Policy-Felder werden europäisiert) zu diskutieren und nicht die Legitimation der EU per se. Umfragen zeigen, dass nur ein kleiner Teil der EuropäerInnen die EU als Ganzes ablehnen. Die Mehrheit - 54% waren es im Dezember 2008 – spricht sich sogar deutlich für eine weitere Vertiefung der europäischen Integration aus. Jedoch darf man auch die 19% der Bevölkerung nicht außer Acht lassen, denen die bisherige Integration schon zu weit geht.²⁷⁶

Wie kann man dieses Problem der in Augen der Bevölkerung (im Gegensatz zum Großteil der europäischen Elite) mangelnden Legitimität der zunehmenden Kompetenzen der EU erklären? Eine wichtige Antwort scheint in der dritten Form der Legitimation zu liegen, der „sozialen Kohärenz“. Einen Hinweis darauf gab uns schon Jacques Delors als er sagte, dass sich Menschen nicht in Märkte verlieben. Er war es auch der für die

²⁷⁶ Vgl. Eurobarometer, *The 2009 European Elections: Summary of the results of a recent Eurobarometer survey* (Dezember 2008). [http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_303_presentation_en.pdf (06.03.2009)]

Dynamik der Integration entscheidende politische Programme initiierte und auch umsetzte: „Jacques Delors and his commissioners are considered as the ‚Founding Fathers of the Euro‘. They also completed the foundation of the Economic and Monetary Union (EMU) established by the Treaty of Maastricht (1992). The end of its mandate was marked by the EU's third enlargement: in 1995, the EU-12 welcomed three new Member States (Austria, Finland and Sweden).“²⁷⁷ Dies macht auch deutlich, wie sehr die europäische Integration so wie alle historischen Integrationsprojekte von Überzeugungen, Strategien und Fähigkeiten ihrer Eliten und einzelnen Politikern abhängig ist.

Was ist es genau, was Delors und viele andere mit diesen Programmen erreichen wollten? Es ist auf jeden Fall eine Verbreitung und Vertiefung der Identifikation mit der EU, was in der Folge zu einer persönlichen Bindung sowie Loyalität zur EU bewirken sollte. „Improving the legitimacy of the EU would require fostering a sense of belonging among the citizens of the national member states. But this is not guaranteed by economic policies alone, however successful they might be.“²⁷⁸ Was als Grundlage eben geschaffen werden muss, ist soziale Kohärenz. Dabei handelt es sich nicht um Homogenisierungsforderungen zur Bildung eines europäischen Demos, sondern es geht um die Notwendigkeit eines Zusammengehörigkeitsgefühls auf europäischer Ebene.

Nun schließt sich schön langsam der Kreis. Eine wichtige Voraussetzung für den Zusammenhalt einer Gemeinschaft ist eine gemeinsame Identität, die wiederum von einer als gemeinsam empfundenen Kultur abhängig ist. „Identität schöpft aus dem kulturellen Reservoir, eine gemeinsam empfundene Kultur bildet die Basis für Identität. Kulturelle Vielfalt kann allerdings zu unterschiedlichen Identitäten führen, die entweder inklusiv oder exklusiv sind. Die abweichenden oder widersprüchlichen Elemente der verschiedenen Identitäten dürfen jedoch nicht das Wir-Gefühl des politischen Körpers in Frage stellen.“²⁷⁹ Dieses „Wir-Gefühl“ des politischen Körpers ist für die soziale Kohärenz der EU entscheidend. Es spielt also auch die Kultur beziehungsweise die Kulturen eine entscheidende Rolle, wenn es um die Bildung einer politischen Gemeinschaft mit Zusammengehörigkeitsgefühl geht. Aber nicht nur die Identität basiert auf kulturellen Faktoren, sondern auch die Politik im Allgemeinen. „Kultur ist die ‚Seele‘ der Politik und Grundlage sowie Ausdruck des Wertesystems der politischen Gemeinschaft. Kultur gibt der Politik Inhalt, Verständigung und wahrgenommene

²⁷⁷ [http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/history/delors/index_en.htm (06.03.2009)]

²⁷⁸ Emanuele Castano, ‚A Social-Psychological Perspective‘, in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 41.

²⁷⁹ Frank R. Pfetsch, *Das neue Europa* (Wiesbaden, 2007), S. 122.

Einheit. [...] Politik erhält durch identitätsbildende Kultur Legitimation [...].“²⁸⁰ Eine als gemeinsam empfundene Kultur sowie eine gemeinsame Identität ist also Grundvoraussetzung für eine politische Gemeinschaft, demnach auch für eine politische Europäische Union.

Nun wie gelingt es Politikern oder unterschiedlichsten Führern Identitäten zu politisieren? Oft genug gelingt es Politikern und anderen Personen mit Hilfe von nationalen Identitäten Nationalismen zu schüren, diese exklusiv und gegen andere Gruppen zu definieren und für bestimmte Zwecke (diese können zum Teil beträchtliche Unterschiede aufweisen) zu instrumentalisieren. Wichtig ist festzuhalten, dass, obwohl Identität eine doppelte Realität hat, nämlich die der Tatsachen und jene der Perzeption der Tatsachen, sie auch ihre Grenzen hat. „Identität kennt auch eine objektive Komponente, nämlich die der Ethnien, der Kulturen, des Sozialen und Ökonomischen, Faktoren also die in Raum und Zeit eine gewissen Konstanz aufweisen.“²⁸¹

Nationale Identität hat durch ihre Elemente, die bei manchen Personen bis tief ins „Selbst-Konzept“ des Individuums hineinreichen und deren emotionale Behaftung schon im Alter von 6 Jahren ausgebildet wurde, bei vielen Menschen eine enorme Wirkung. Gerade die sozial-psychologischen Elemente wie Emotionen und positive Gefühle sowie die Verbindung zur Kultur, Traditionen und Werten machen Identitäten nur schwer zugänglich zu Rationalisierungen. Einerseits macht genau dies die stabilisierende Wirkung von Identität auf Politik und soziale Gemeinschaft aus. Andererseits kann diese Loyalität auch für machtpolitische Zwecke missbraucht werden. Gerade die in den letzten Jahren aufkommenden Formen von nationalen Populismen (vor allem Rechtspopulismus), bedeuten in vielen Ländern der EU, unter anderem auch in Österreich durch die FPÖ, eine Reaktivierung von Nationalismus und die Verstärkung von exklusiver nationaler Identität.

Abbildung 2: Beziehung zwischen Identität, Kultur und Politik²⁸²

Nun haben wir schon festgestellt, dass die nationale Identität bei vielen BürgerInnen tief verwurzelt in der sozialen Konstruktion des individuellen „Selbst“ ist. Es ist daher ein Teil vom Selbstverständnis und eine wichtige Basis, um Selbstwertgefühl und Selbstrespekt zu bekommen und durch Vergleiche und Abgrenzungen auch zu

²⁸⁰ Ebenda, S. 120.

²⁸¹ Ebenda, S. 113.

²⁸² Vgl. ebenda, S. 121.

verbessern. Wie wir auch schon festgestellt haben ist es situationsabhängig, welche Elemente und Muster aktiviert werden. Jedoch zeigen die aktuellen Trends von Nationalismen in Europa, dass bei einem signifikanten Teil der Bevölkerungen nationale Identitätsmuster eine viel wichtigere Rolle einnehmen als die europäischen.

Eine europäische Identität, welche die Basis für eine emotional bindende Solidargemeinschaft und stabile Loyalitäten gegenüber der EU bereitstellen kann, müsste mit all ihren Werten und identifikatorischen Merkmalen integraler Bestandteil der persönlichen „Selbst-Konzepte“ der BürgerInnen sein. Europäische Identität als soziale Identität definiert Henri Tajfel als: “that part of the individual’s self-concept which derives from his knowledge of his membership of a social group (or groups) together with the value and emotional significance attached to that membership.”²⁸³

Bei diesem Ansatz der Analyse kann man deutlich erkennen, wieso rationale ökonomische Vorteile alleine nicht genügen, um die Bürger emotional von der EU zu überzeugen. Dabei geht es um die subjektiven Aspekte der sozialen Identifikation. Wie Benedict Anderson in seinem subjektiven Nationalitätskonzept gut erkennt, handelt es sich bei sozialen kollektiven Identitäten um *imagined*, vorgestellte Gemeinschaften. Bei den Nationen ist es so, dass die Mitgliedschaft in dieser Gruppe, in der Nation, zentral für die Selbst-Definition ist. Dass niemand elementare Teile seiner Selbst-Definition einfach so von heute auf morgen über Board schmeißt, ist klar.

Wichtig für die grundlegende Identifikation, die zumindest zur Akzeptanz der EU als Ordnungsform führen kann, ist ihre psychologische Existenz als Gemeinschaft in den Köpfen der Menschen. Eines ist klar: für eine persönliche, emotionale Bindung der Individuen an Europa, ähnlich wie an die Nationen, fehlen bis weilen einige Voraussetzungen. Auf diese hier einzugehen würde zu weit führen und den Rahmen der Arbeit sprengen. Entscheidend ist, dass auf europäischer Ebene die kulturellen Voraussetzungen für eine solch starke Identifikation im Moment nicht gegeben sind.

Eher werden durch die moderne Staatlichkeit der Nationalstaaten Voraussetzungen für bleibende primäre nationale Identitäten und Nationalismen in Europa geliefert. Die staatlichen Bildungssysteme stellen nationale „Erziehung“ und Identitätsbildung sicher. Gerade die klassische Staatsbürgerkunde und Heimatkunde zeichnen sich hier aus. Auch der Geschichtsunterricht, wo gezielt nationale Mythen,

²⁸³ Henri Tajfel 1981, S. 255. Zit. in Emanuele Castano, ‘A Social-Psychological Perspective’, in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 41. Für genauere Erklärungen siehe Henri Tajfel, *Human Groups and Social Categories: Studies in Social Psychology* (Cambridge: Cambridge University Press, 1981).

Gründungslegenden, nationale Helden und Schlachten (auch die wichtigen ethno-symbolischen Elemente) „gelehrt“ und geprüft werden, sichert den Weiterbestand der „Nation“. Natürlich ist der Bildungsauftrag universell zu verstehen. Egal, ob die Bundeshymne im Musikunterricht, die Nationalflagge im Zeichenunterricht, die nationalen „Klassiker“ im Unterricht der Muttersprache oder die nationalen Erfinder im Physikunterricht, überall lassen sich junge Menschen gerne ihr Selbstwertgefühl durch diese Elemente nationaler Identität heben.

Zu guter letzt ist auch die Mediengesellschaft ideal, um nationale Perspektiven zu vermitteln und das nationale Publikum dabei auch noch zu befriedigen, was sich auch mit der Angebot-Nachfrage-Logik des Kapitalismus deckt. Logischerweise werden in den Medien vor allem nationale und keine europäischen Informationen verbreitet. Das Publikum fragt diesen national ausgerichteten Schwerpunkt ja auch nach und kann sich nur spärlich für sachliche Berichte aus dem weit entfernten Brüssel oder Strassburg begeistern.

Egal ob Politik, Kultur oder Sport, die nationale Sphäre steht deutlich im Mittelpunkt des medialen Interesses. Und wenn dann doch einmal über die EU berichtet wird, dann nur aufgrund der Medienlogik, wo *bad news* oder Konflikte im Mittelpunkt stehen und nationale Vorbehalte gegenüber der EU zumeist bestätigt werden. In den Boulevardblättern der einzelnen Mitgliedstaaten entwickeln sich von Zeit zu Zeit sogar wahre inter-nationale Medien-Schlachten.²⁸⁴ „To be sure, the EU does not receive the same attention as individual nations in the media. [...] When it does receive attention, it is because of internal disputes between the representatives of its member states, or their inability to reach a common position in the international arena.“²⁸⁵

3.3. Public Opinion und europäische Integration

Duale Identifikation mit dem Mitgliedsland sowie mit der EU ist heute die Regel. Auffällig sind die Veränderungen hin zu „hybrider“ oder „dualer“ Identität. „From 1991 to 2000, the number of those who felt attachment to their nation-state only declined by almost 20 percent across the EU fifteen, while the percentage of those who perceived

²⁸⁴ Beispiel hierfür sind die Kampagnen in der österreichischen Tageszeitung „Die Krone“ gegen Tschechien (Temelin, Beneš-Dekrete) oder die Hetzkampagne eines polnischen Boulevardblattes, das mit nationalistischen Karikaturen und Schlagzeilen im Vorfeld des Fußballspiels Polen gegen Deutschland bei der Fußball Europameisterschaft 2008 für Aufsehen sorgte.

²⁸⁵ Emanuele Castano, ‘A Social-Psychological Perspective’, in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 43.

some sense of belonging to their nation state *and* to Europe increased by about the same number.”²⁸⁶

Grundsätzlich teilt sich die breite Masse bezüglich ihrer Identitäten in zwei Lager: diejenigen, welche sich exklusiv, also alleinig mit ihrer Nation identifizieren und andererseits die Personen, welche sich selbst an beide, an die Nation und an Europa gebunden fühlen.

Diese zunehmende Identifikation mit Europa bedeutet jedoch nicht eine automatische Auflösung und das finale Verschwinden von Konflikten zwischen nationalen Identitäten sowie zwischen nationaler und europäischer Identitäts-Ebene. Nur weil sich immer mehr Menschen mit Europa identifizieren heißt dies nicht, dass es zwangsweise zu einer größeren Unterstützung und Loyalität der BürgerInnen gegenüber der EU gibt. „It [europäische Identität] can and should be conceived as multi-level or multi-layered [...], comprising global and national (and possibly regional and local) attachments as well. These diverse attachments may to some extent remain in conflict, with different levels and dimensions becoming salient in different situations.”²⁸⁷

Wie die nachfolgende Theoretisierung zeigen wird, spielt bei vielen gegenüber der EU äußerst negativ eingestellten Personen die Dominanz der nationalen Ebene beim Aufbau und der Aktivierung der individuellen Identität eine wichtige Rolle. Dass unter anderem die Sozialisation ein wichtiger Faktor für die Einstellung gegenüber der EU ist, wurde im Verlauf der Arbeit schon deutlich. Die empirischen Zahlen belegen, dass die europäischen Institutionen sowie Bildung einen signifikant positiven Einfluss auf die Haltung der Personen gegenüber der EU haben. Daraus folgt eine immer größer werdende Kluft zwischen der europäischen Elite – 94 Prozent unterstützten die EU nach Daten aus dem Jahre 1998 – und der breiten Masse der Bevölkerung – hier wurde knapp mehr als 50 Prozent angegeben – wenn es um die Unterstützung gegenüber der EU geht.²⁸⁸ Die daraus für diese Personengruppen entstehenden gegensätzlichen sozialen Realitäten stehen ganz klar einer „sozialen Kohärenz“ entgegen, welche nur auf die europäische Elite zutrifft. Insofern kann man die Kritik der mangelnden Bürgernähe von EU-Eliten durchaus nachempfinden.

²⁸⁶ Vgl. Thomas Risse, 'European Institutions and Identity Change', in: Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 260f.

²⁸⁷ Martin Kohli, 'The Battlegrounds of European Identity', in *European Societies*, Ausg. 2, Nr. 2 (London: Routledge, 2000), S. 126.

²⁸⁸ Vgl. Thomas Risse, 'European Institutions and Identity Change', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 260.

Welche Faktoren spielen bei der EU-Ablehnung gegenüber der EU noch eine besonders signifikante Rolle? Hier unterscheidet man in der Literatur zwischen rationalen Faktoren, die auf individueller Kosten/Nutzen Rechnung basieren und nicht-rationalen Faktoren, welche die Einstellung der Personen bezüglich der EU beeinflussen, wie zum Beispiel Identitäten, Werte, Loyalitäten und soziale Bindungen. Auch wenn lange Zeit davon ausgegangen wurde, dass der Prozess der Europäischen Integration mit der daraus folgenden zunehmenden europäischen Identität automatisch zu einer größeren Unterstützung der EU führt, so kann man heute doch feststellen, dass es aktuelle Tendenzen gibt die dem Widersprechen und insbesondere nationale Identitäten als ein wichtiges Element des Widerstandes gegenüber der EU erkennen.²⁸⁹

3.3.1. Rationale Faktoren

Im folgenden Teil wird das Argument, dass eine exklusive nationale Identität und die Verankerung dieser im Selbstverständnis vieler EU-Gegner, neben ökonomischen Erwartungen ein Hauptfaktor für deren EU-Ablehnung sind genauer ausgeführt. Es ist ein Faktum, dass rationale ökonomische Überlegungen bei Individuen eine wichtige Rolle bezüglich deren Einstellungen gegenüber der EU einnehmen. Neuere Studien von Matthew Gabel und Kollegen, welche auf der theoretischen Grundlage von David Eastons „Rational-Choice-Modells“ basieren, belegen deutlich, dass EU-Zustimmung vor allem auf ökonomischen Nutzen zurückzuführen ist.²⁹⁰

Wie Gabels Daten bestätigen, lassen sich gewisse Gruppen von EU-Befürwortern und Gegnern anhand ökonomischer Faktoren erklären. Persönliche Attribute, die sich als besonders förderlich für die Unterstützung gegenüber der EU erwiesen haben, sind ein hoher Grad an Bildung und Einkommen, eine höhere berufliche Stellung und die Unterstützung der regierenden Partei. Hier stechen zum Beispiel besonders Manager, Studierende und Akademiker hervor. Als negativ beeinflussend wurden geringe Bildung, niedrige Stellung im Beruf, Arbeitslosigkeit und niedriges Einkommen festgestellt. Auch Frauen werden in der Studie als eher EU-kritisch gesehen.²⁹¹ Auch andere Longitudinal-Studien bestätigen diese rationalen Faktoren auf der Individual-Ebene.

²⁸⁹ Vgl. Anthony D. Smith, 'National Identity and the Idea of European Unity', in *International Affairs (Royal Institute of International Affairs)*, Ausg. 68, Nr. 1 (Jan. 1992), S. 55-76.

²⁹⁰ Vgl. Sean Carey, 'Undivided Loyalties: Is National Identity an Obstacle to European Integration?', in *European Union Politics*, Ausg. 3, Nr. 4 (London, 2002), S.389.

²⁹¹ Matthew Gabel, 'Public Support for European Integration: An Empirical Test of Five Theories', in *The Journal of Politics*, Ausg. 60, Nr. 2 (1998), S. 333-354.

Wenn man die Europäisierung als Teil der Globalisierung versteht, so kann man nach Ulrich Beck gut erklären, weshalb gerade Sozialstaaten, wie zum Beispiel Frankreich oder Österreich, besonders zu den ökonomischen „Verlierern“ zählen. Da sich die wirtschaftliche Entwicklung durch europäische sowie globale Trends immer mehr der nationalen Kontrolle entzogen hat, aber die von der Bevölkerung oft als negativ empfundenen Folgen wie Massenmigration, verschärfter Wettbewerb, „Lohn- und Steuerdumping“, Steuerharmonisierung nach „unten“, Arbeitslosigkeit und Armut sich als für den Sozialstaat als äußerst belastend erwiesen haben, kommt es zunehmend zur Ablehnung gegen weitere „Denationalisierung“ und in der Folge zu Nationalismus.²⁹²

Die meisten auf rationalen ökonomischen Faktoren aufbauenden Theorien und Erklärungen hinsichtlich von Einstellungen gegenüber der EU nehmen als Grundvoraussetzung an, dass die Öffentlichkeit genug weiß, um die Folgen der europäischen Integration realisieren und prognostizieren zu können. Dem widerspricht aber Christopher Anderson indem er zeigt, dass bei so gut wie allen Studien über das Wissen der BürgerInnen über den Integrationsprozess der EU ans Licht kommt, dass diese nicht ausreichend informiert sind und die einzelnen Aspekte der Integration nicht evaluieren können.²⁹³ Anderson schlägt hingegen in seiner Theorie vor, dass Individuen ihre Einstellungen nicht durch individuelles rationales Abwägen der eigenen Vor- und Nachteile, sondern durch stellvertretende Faktoren, wie zum Beispiel System-Unterstützung oder Unterstützung der Regierung, ausformen. Dies hieße, wenn ein Bürger oder eine Bürgerin die nationale Regierung unterstützt, so wirkt sich dies positiv auf dessen oder deren Unterstützung der EU aus.²⁹⁴

Im Gegensatz dazu stehen die Forschungsergebnisse von Sánchez-Cuenca aus dem Jahr 2000, dessen Studie besagt, dass wenn Individuen eine schlechte Meinung vom eigenen politischen System oder der eigenen nationalen Regierung haben, diese Personen tiefer gehende Europäische Integration als positiv, der nationalen Korruption entgegen wirkend, sowie den unter entwickelten Wohlfahrtsstaat bereichernd, ansehen.²⁹⁵ Diese empirischen Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass die unterschiedlichen nationalen Ausgangssituationen für die individuellen rationalen Entscheidungen von größter Bedeutung sind.

²⁹² Vgl. Ulrich Beck (Hrsg.), *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus: Antworten auf Globalisierung* (5. Auflage, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1998).

²⁹³ Christopher J. Anderson, ‘When in Doubt, Use Proxies: Attitudes toward Domestic Politics and Support for European Integration’, in *Comparative Political Studies*, Ausg. 31, Nr. 5 (1998), S. 569-601.

²⁹⁴ Vgl. Sean Carey, ‘Undivided Loyalties: Is National Identity an Obstacle to European Integration?’, in *European Union Politics*, Ausg. 3, Nr. 4 (London, 2002), S. 390.

²⁹⁵ Vgl. ebenda.

Umgelegt auf Österreich ist es wahrscheinlich, dass die Menschen wegen des stark ausgeprägten Wohlfahrtsstaates die EU bezüglich deren Auswirkungen eher negativ sehen und in Staaten, deren Wohlfahrtssysteme unterentwickelt sind, diese Harmonisierungen eher positiv von der Mehrheit der Menschen beurteilt werden. Dasselbe gilt für die System-Kritiker und Befürworter.

Ein zweiter für diese Arbeit entscheidender Schluss ist der, dass man obwohl die Wirkung von rationalen Überlegungen eine Rolle spielt, die Ablehnung besonders in Österreich nicht damit begründen kann. Vielmehr deutet die Mehrheit der aktuellen Studien darauf hin, dass nationale Unterschiede in Traditionen und Identität entscheidenden Einfluss auf die Einstellung der BürgerInnen haben.

3.3.2. EU-Ablehnung aufgrund von Identität und Einstellungen

Deflem und Pampel fanden in ihrer Studie aus dem Jahr 1996 heraus, dass Unterschiede bezüglich der Unterstützung der EU zwischen Ländern weit wichtiger sind als individuelle Faktoren.²⁹⁶ „Even in an era that celebrates consumerist and individualist values, few would maintain that self-identification at the collective level is the consequence solely of perceived material benefit (cf. Risse, 2001).“²⁹⁷

Die weiter oben diskutierte Theorie von Tajfel, welche die nationale Identität, also die eigene Mitgliedschaft im Kollektiv der Nation als Teil des Selbstbildes einer Person erklärt, gibt Aufschluss über die Wichtigkeit der nationalen Identität für manche Personen. Wichtig bei der Erstellung dieses Gesamtkonzeptes ist, dass man nicht vergisst, dass jedes Individuum anders ist. Jedoch geht es hier darum auf abstrakter, theoretischer Ebene eine Erklärung für die Ablehnung gegenüber der EU zu finden. Darum steht bei der Konzeptionalisierung vor allem die Gruppe der EU-Kritiker im Fokus.

Die vorangegangenen Fakten deuten darauf hin, dass der Souveränitätsverlust, auf realer sowie symbolischer Ebene, für manche Individuen von großer Bedeutung ist. „As Taggart (1998) claims, one important reason for Euroscepticism stems from identity politics, in which people see the nation-state as the appropriate point of reference for identity and the EU as undermining the integrity of the nation-state.“²⁹⁸ Dies lässt den

²⁹⁶ Vgl. Sean Carey, ‘Undivided Loyalties: Is National Identity an Obstacle to European Integration?’, in *European Union Politics*, Ausg. 3, Nr. 4 (London, 2002), S. 391.

²⁹⁷ Emanuele Castano, ‘A Social-Psychological Perspective’, in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 40.

²⁹⁸ Lauren M. McLaren, ‘Public Support for the European Union: Cost/Benefit Analysis or Perceived Cultural Threat?’, in *The Journal of Politics*, Ausg. 64, Nr. 2 (Mai 2002), S. 554.

Schluss zu, dass diejenigen Individuen, für deren Selbst-Konzept die nationale Identität eine große Rolle spielt, bei als Bedrohungen der nationalen Integrität empfundenen Souveränitätsabgaben ihres Nationalstaates, also bei der Vertiefung der Europäischen Integration, nationalistische Reaktionen zeigen und zur Ablehnung gegenüber der EU neigen.

„This is because the EU is not just a free trade zone, but rather is making policies that were formerly within the prerogative of the nation-state. And it is likely to be seen as having a homogenizing effect on the member states. The uniqueness of national cultures and the exclusive control over the resources of the nation-state are, in turn, seen as being under threat by the EU. Thus, the same people who fear such changes from minority groups living in the country, for instance, are very likely to fear similar changes resulting from the process of European integration [...]“²⁹⁹

Diese Feststellungen lassen darauf schließen, dass die EU von gewissen Personen als Bedrohung ihrer nationalen Identität wahrgenommen wird. Im Rahmen der kollektiven Identität ist die Kultur, bei der man sich als Mitglied angehörig fühlt, extrem wichtig. Wie in den vorangegangenen Abschnitten ausgeführt die nationale kollektive Identität besonders wichtig für das Selbst-Konzept von Personen sein kann, so ist es nicht verwunderlich, dass die Verteidigung elementarer Teile des eigenen Selbst-Konzeptes von immenser Bedeutung für das Individuum ist. „In this case, it is protection of the in-group (the nation) and the group identity that is at stake.“³⁰⁰ Wenn man nun das Konzept der „Nation“ und der nationalen Identität in seiner Komplexität und Widerstandsfähigkeit genauer betrachtet, so verwundert es nicht, dass Nationalisierung der Öffentlichkeit unter bestimmten Bedingungen zu EU-Ablehnung führen kann.

3.3.3. Unterschiedliche kollektive Identitäten und Verteidigung der In-Group

Wie auch schon an anderer Stelle erwähnt, kann man auch auf diesem Gebiet Österreichs Erfahrungen mit der multinationalen Monarchie durchaus einbringen. So ist interessant, dass schon lange bevor von Renationalisierungstendenzen durch „Europäisierung“ die Rede war, Karl Kautsky festgestellt hat, dass, seiner Meinung nach, die Eisenbahnen in

²⁹⁹ Ebenda.

³⁰⁰ Vgl. ebenda, S. 555.

der Habsburgermonarchie die größten Erzeuger von nationalem Hass waren.³⁰¹ Dies würde bedeuten, dass Migration Nationalismen fördert. Wie wir sehen werden, ist diese Beobachtung nicht ganz unrichtig.

Generelle Charakteristika von Reaktionen auf das Aufeinandertreffen unterschiedlicher kollektiver Identitäten können uns einen wertvollen Hinweis auf die Funktionsweise von exklusiven Identitäten und deren Abgrenzung zu „anderen“ gesellschaftlichen Gruppen liefern. Ein auf diesem Gebiet häufig untersuchtes Feld ist das der Migration. Dazu heißt es bei Martin Kohlis Arbeit aus dem Jahr 2000: „It may reinforce national identifications, not only among the host population but also among the migrants themselves, who by their experiences of exclusion are led to reappropriate their roots through forms of ‚absentee nationalism‘ [...]. On the other hand, identification may remain contentious and situationally contingent.“³⁰²

Es gibt also verschiedene Möglichkeiten, wie Individuen auf diese Veränderungen durch die Europäische Integration reagieren können. Europa dient als Objekt, das die so genannte „*hybrid identity*“ hervorbringt, welches diese Identitätskonflikte in sich aufnimmt. Gerade Menschen, die eine starke emotionale Bindung zur Nation und eine exklusive nationale Identität haben, zeichnen sich durch Ablehnung der EU aus.

McLaren deutet mit den Ergebnissen ihrer Studie (2002) darauf hin, dass eine gefühlte kulturelle Bedrohung ein wichtiger Faktor für EU-Kritik ist. „The analysis here indicates that attitudes toward the European Union tend to be based in great part on hostility toward other cultures.“³⁰³

Einen weiteren Hinweis auf die wichtige Rolle der unterschiedlichen nationalen Identitäten und kulturellen Gegebenheiten in den unterschiedlichen Gesellschaften und deren Reaktionen auf andere „kollektive Identitäten“ erhalten wir von den Ergebnissen zweier empirischer Studien. Nicht überall führt das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Identitäten zur Verschärfung und Verhärtung dieser. Am Beispiel einer Studie über das Grenzgebiet zwischen Frankreich und Deutschlands – Elsass-Lothringen – kam es zur Herausbildung einer starken europäischen Identität. Die Bevölkerung zeichnete sich durch ein zum gesamt-nationalen Vergleich überdurchschnittlich hohes Maß an

³⁰¹ Vgl. Anthony D. Smith, ‚National Identity and the Idea of European Unity‘, in *International Affairs (Royal Institute of International Affairs)*, Ausg. 68, Nr. 1 (Jan. 1992), S. 71.

³⁰² Martin Kohli, ‚The Battlegrounds of European Identity‘, in *European Societies*, Ausg. 2, Nr. 2 (London: Routledge, 2000), S. 126.

³⁰³ Lauren M. McLaren, ‚Public Support for the European Union: Cost/Benefit Analysis or Perceived Cultural Threat?‘, in *The Journal of Politics*, Ausg. 64, Nr. 2 (Mai 2002), S. 564.

gegenseitigem Vertrauen aus. Auch wenig gebildete Personen wiesen hier eine verhältnismäßig große Unterstützung zu Europa auf. „The difference between population at large and border population is greatest for those strata which have less sympathy for Europe and for their neighboring country, namely those with lower levels of education.”³⁰⁴

In diesem Fall verhalf die europäische Identität dazu, dass die Differenz der unterschiedlichen nationalen Identitäten trotz der historisch belasteten Vergangenheit durch eine inklusive, tolerante so genannte „hybride Identität“ abgebaut werden konnte. „[...] Europe offers an object for identification which transcends these conflicts. It thus provides a resource for articulating identity dilemmas in a new pattern of hybrid identity. This is especially likely to function to migration within the European Community where Europeanization is supported by the allocation of citizenship privileges, and for elite migration where the requisite conditions for complex supranational identification are most prevalent.”³⁰⁵

Andererseits zeigte die schon weiter oben diskutierte qualitative Studie von Meinhof (2002), dass im deutsch-polnischen Grenzgebiet trotz europäischer Identität die Konflikte und Vorurteile in den nationalen Identitätsmustern weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Die kulturelle Differenz bildet hier noch immer die Grundlage für die Abgrenzung zur „*out-group*“, sowie zur Aufwertung der eigenen kollektiven Identität.

McLarens (2002) Argument der kulturellen Bedrohung folgend und aus den Ergebnissen der allgemeinen Theorien zur Identität schließend kann man feststellen, dass kulturelle Unterschiede scheinbar große Bedeutung für kollektive Identitäten haben. Gerade Migrantinnen und Migranten aus nicht-europäischen Ländern werden oft in Konflikte involviert, wo die Unterschiede der Kulturen eine tragende Rolle einnehmen. „For the less fortunate cases, especially with regard to migrants from outside the ‚Fortress Europe‘ who are engaged in a losing battle for their status in European societies in legal, economic, or moral terms, conflicts are indeed likely to harden – whether they are coded as national, ethnic, racial, or religious.”³⁰⁶

Wichtig ist dabei zu sehen, dass diese Konflikte sehr wohl physisch ausgetragen werden. Es ist klar, dass in den modernen Staaten Europas, wo das Gewaltmonopol des Staates herrscht, diese Konflikte nicht in Form von Bürgerkriegen etc. ausgetragen

³⁰⁴ Martin Kohli, ‘The Battlegrounds of European Identity’, in *European Societies*, Ausg. 2, Nr. 2 (London: Routledge, 2000), S. 133.

³⁰⁵ Ebenda.

³⁰⁶ Ebenda..

werden. Die aktuellen Formen der Austragung ist die der Gewalt zwischen ethnischen Jugendbanden und Gangs in Großstädten beziehungsweise die Gewalt von Jugendlichen mit Migrationshintergrund gegen die Polizei.³⁰⁷ Radikalisiert werden diese Konflikte unter den Bedingungen von Exklusion, wirtschaftlicher Not und moralischer Abwertung. Um solche Radikalisierungen aufgrund von Migration zu verhindern muss „Europäisierung“ aus Inklusion und der Garantie von Wohlfahrtssystemen bestehen.³⁰⁸

Exklusive nationale Identitäten stellen für diese notwendige Form der Europäisierung ein nicht zu unterschätzendes Problem dar. Wenn Europäisierung als kultureller Prozess wahrgenommen wird, so führt dies auch innerhalb der EU zu Abwehrreaktion exklusiver nationaler Identitäten in Form von Nationalismen. Reden von europäischen Politikern wie jene von Lionel Jospin vom 28. Mai 2001, in denen neben der Vielfalt auch von *einer* europäischen Kultur gesprochen wird, verstärken bei vielen Personen das Gefühl, dass die Integrität ihrer traditionellen nationalen Kultur durch die EU gefährdet ist.

„Let us remember that Europe is a civilization, that is at one and the same time a territory, a shared history, a unified economy, a human society and a variety of cultures which together form one culture.“³⁰⁹ (Lionel Jospin, 2001)

Hier wird auch deutlich, wie wichtig klare Positionen der politischen Elite für die öffentliche Meinung bezüglich der EU sind. Auch wenn eine multinationale oder supranationale Identität der Wunsch der europäischen Elite ist, so deutet vieles daraufhin, dass dieses Vorhaben zu Konflikten und Nationalismus führen wird. „Reactionary movements, endeavouring to reassert national sovereignty and seeking to impose ethnic and cultural uniformity will likely occur. The transition from nationalism to multinationalism [...] will not take place without conflict.“³¹⁰

Auch wenn Modernisten und Sozial-Konstruktivisten die Kultur als wichtigen Faktor des Nationalismus verneinen, so deuten doch einige Erkenntnisse darauf hin, die Kultur als für Identitäten entscheidenden Faktor zu akzeptieren. Egal ob Anthony Smith oder Benedict Anderson, es gibt schlüssige Gründe, weshalb man Kultur als einen

³⁰⁷ Typische Beispiel für diese Austragung von Gewalt sind die Jugendkrawalle in den „banlieues“, den Vororten französischer Großstädte, sowie die Gewalt durch asiatische Jugendbanden in Birmingham.

³⁰⁸ Vgl. Martin Kohli, ‘The Battlegrounds of European Identity’, in *European Societies*, Ausg. 2, Nr. 2 (London: Routledge, 2000), S. 134.

³⁰⁹ Jan Ifversen, ‘Europe and European culture: a conceptual analysis’, in *European Societies*, Ausg. 4, Nr. 1 (London: Routledge, 2002), S. 1.

³¹⁰ A. H. Richmond, ‘Ethnic Nationalism and Post-Industrialism’, in John Hutchinson and Anthony D. Smith (Hrsg.), *Nationalism* (Oxford: Oxford University Press, 1994), S. 300.

äußerst wichtigen Faktor bezüglich nationaler Identität und Nationalismus beachten sollte.

Erstens liefert Smiths Ethno-Symbolismus eine schlüssige Erklärung für einen Teil der Langlebigkeit nationaler Mythen und Traditionen und deren Popularität für die breite Masse.

Benedict Andersons Theorie legt schlüssig dar, welche Faktoren der Modernisierung die rasche Popularität und vor allem Effektivität von Nationalismen garantiert haben. Auch wenn er richtigerweise die subjektive Dimension von Nationalismus analysiert hat, so hat auch er in seinen früheren Werken deutlich gemacht, welche wichtige Rolle die Kultur dabei spielt.

Homi Bhabha (1990) bezieht sich auf das von Benedict Anderson entworfene Konzept der „vorgestellten“ Gemeinschaften, wenn er von der Nation als „Representation des sozialen Lebens“ schreibt. Die Entwicklung der Nation beschreibt er als ein System der kulturellen Bedeutung. Das heißt, dass hier sehr wohl nationale Identität eine soziale und kulturelle Repräsentation darstellt.³¹¹

Dass eine erfolgreiche politische Union auch eine kulturelle Basis haben muss, scheint nach all den diskutierten Theorien unbestritten. Es ist auch klar, dass inklusive nationale Identitäten weniger Probleme bereiten als exklusive. Um die nationalen Identitäten zu ändern wird es zu wenig sein, die Geschichtsbücher in den Schulen umzuschreiben. Es bedürfte einer immensen europäischen Koordination der nationalen Geschichts-, Bildungs- und Kulturpolitik, um die tiefe Verwurzelung von exklusiven nationalen Volksmythen und Symbolen, historischen Erinnerungen und Traditionen auf einen gemeinsamen europäischen Nenner zu bringen.

Auch ist es fraglich, ob es überhaupt genügend symbolisches Kulturgut für eine europäische kulturelle Identität gibt. Smith (1995) widerspricht dem und nennt gewichtige Gründe dagegen. Jeder Blick auf die Vergangenheit Europas wird demnach Diversität aufdecken: „common experiences and traditions, shared symbols and values, have simply high-lighted Europe’s overlapping diversity“³¹². Ein weiterer Kritikpunkt Smiths ist überhaupt die kulturelle Schwäche im Vergleich zum Nationalstaat, auch wenn dieser genauso eine „erfundene“ kulturelle Tradition hat. „Smith himself certainly recognizes the ‚fictional‘ character of ‚the national family‘, but it is he fact that ‚cultural

³¹¹ Homi Bhabha, ‚Narrating the Nation‘, in John Hutchinson und Anthony D. Smith (Hrsg.), *Nationalism* (Oxford: Oxford University Press, 1994), S. 306f.

³¹² Anthony D. Smith, *Nations and Nationalism in a Global Era* (Cambridge: Polity Press, 1995), S. 131.

authenticity' is secured only by the nation which makes it less 'fictional' than Europe."³¹³

Das Argument, dass Nationalstaaten kulturelle Authentizität am besten gewährleisten, wird sogar von Multikulturalisten wie Will Kymlicka gestützt. Denn in seinem Konzept des *Liberal Culturalism* vertritt er die Ansicht, dass "individual freedom for living a good life" nur dann möglich sei, wenn eine Person Mitglied in einer so genannten „*societal culture*“ – was er in etwa gleich bedeutend wie eine „National-Kultur“ definiert – ist.³¹⁴ Er vertritt die These, dass individuelle Freiheit nur im Rahmen einer National-Kultur, das heißt mit einer eigenen Sprache, einem Bildungssystem, eigenen kulturellen Ressourcen und Institutionen die im Rahmen der Modernisierung zu Merkmalen von Nationen geworden sind, möglich ist. Es gibt jedoch auch nationale Minderheiten, die auch diese Merkmale aufweisen und deren Mitglieder somit im Stande sind, ein individuell freies und glückliches Leben zu führen.

Kymlicka schreibt davon, dass die Kultur eine extrem tief verwurzelte Bedeutung für Menschen hat, weil diese es für die Menschen erst ermöglichen, dass sie ihr Leben in „bedeutungsvoller“ Art und Weise leben können. "People make choices about social practices around them."³¹⁵ Menschen bewerten soziale Handlungen auf der Basis ihrer Einstellungen, was vom Verständnis jener Bedeutungen abhängt, welche durch ihre Kultur diesen Handlungen anhaften. Es geht uns hier nicht um den Ansatz als solchen, sondern es geht vielmehr darum zu erwähnen, dass es auch moderne, liberale Theoretiker gibt, welche das Konzept der Nation per se nicht negativ sehen.

Die Gefahren bei *identity politics* der EU zu einer Stärkung der europäischen Identität liegen in der Reizung und Aktivierung von Nationalismen. Die Zeit, welche für eine „*top-down*“ gesteuerte „Europäisierung“ der Kultur und damit verbunden der Identität notwendig ist, könnte zu lange sein, um die nationalen Reaktionen darauf zu überstehen. Wie aktuelle nationale Politiker, wie zum Beispiel Vaclav Klaus oder der französische Präsidenten Nicolas Sarkozy, der mit seinem geplanten National-Museum zur Stärkung der französischen nationalen Identität beitragen will, zeigen, so haben Nationalstaaten und nationale Politiker oft wenig Interesse an einer „Denationalisierung“ ihrer BürgerInnen.

³¹³ Jan Ifversen, 'Europe and European culture: a conceptual analysis', in *European Societies*, Ausg. 4, Nr. 1 (London: Routledge, 2002), S. 18.

³¹⁴ Vgl. Will Kymlicka, *Multicultural Citizenship* (Oxford: Oxford University Press, 1995), S. 75-106.

³¹⁵ Ebenda, S. 83.

3.3.4. Der Einfluss von ökonomischer Rationalität und Identität im Vergleich

In diesem letzten Abschnitt des Theorieteils geht es um die Frage, was mehr Einfluss auf die Einstellung von Personen gegenüber der EU hat: rationale ökonomische Kalkulation oder ihre emotionale Bindung an die Nation durch nationale Identität.

Wie schon vorhin ausgeführt, sind ökonomische Faktoren bei der Beurteilung der europäischen Integration und der EU im Allgemeinen von großer Bedeutung. Individuelle Faktoren wie zum Beispiel Bildung, Mobilität, Beschäftigung, und Einkommen, spielen bei der Unterstützung von internationalen Organisationen allgemein eine wichtige Rolle. Auch geht es oft nicht alleine um die rationalen Fakten und eine objektive Kosten/Nutzen Rechnung, da die europäische Integration mit all ihren Aspekten sehr komplex und für die breite Masse der BürgerInnen schwierig zu verstehen ist. Die individuelle, subjektive Perzeption der eigenen und der nationalen ökonomischen Situation sowie die empfundenen ökonomischen Bedrohungen und Unsicherheiten und auch die nationale wirtschaftliche Gesamtsituation haben einen signifikanten Einfluss auf die Einstellung gegenüber der EU.

Wirtschaftliche Integration und Liberalisierung ermöglicht es, dass Firmen ihre Produktion über nationale Grenzen hinweg verlegen. Dies hat zur Folge, dass es besonders bei weniger qualifizierten Arbeitern zu erhöhter wirtschaftlicher Unsicherheit kommt. Auch die Nationalstaaten, besonders jene mit einem hoch entwickelten Sozialsystem, kommen unter enormen Druck und verschieben die Steuerlast den Rahmenbedingungen folgend von mobilen Faktoren der Produktion weg (zum Beispiel durch Senkung der Unternehmenssteuern) hin zu immobilen Faktoren (wie zum Beispiel Arbeit).³¹⁶

Eine gute Erklärung für die daraus resultierenden Einstellungen gegenüber der EU liefert das Stolper-Samuelson Theorem. Dies besagt, dass Handel jenen Individuen zu gute kommt welche Faktoren besitzen mit welchen die nationale Ökonomie gut ausgestattet ist und jenen Individuen schadet welche Faktoren besitzen, die relative rar sind.³¹⁷ Daraus kann man folgern, dass in den reicheren Mitgliedsländern Manager und Fachkräfte eher EU unterstützend und unqualifizierte Arbeitskräfte eher EU ablehnend eingestellt sind. Dies sollte sich in Kapital ärmeren Ländern, die reich an billigen

³¹⁶ Vgl. Matthew Gabel, *Interests and Integration: Market Liberalization, Public Opinion, and European Union* (University of Michigan Press, 1998).

³¹⁷ Vgl. Liesbet Hooghe und Gary Marks, 'Does Identity or Economic Rationality Drive Public Opinion on European Integration?', in *Political Science and Politics*, Ausg. 37, Nr. 3 (Jul. 2004), S. 415.

Arbeitskräften sind, umgekehrt verhalten. Prinzipiell neigen Netto-Empfänger Länder eher dazu EU unterstützend eingestellt zu sein, und Netto-Zahler eher ablehnend. Diese objektiven Kriterien werden aber ergänzt durch die subjektiven Faktoren, welche vor allem von nationalen Rahmenbedingungen und den empfundenen Zukunftschancen abhängen.³¹⁸

Hooghe und Marks (2004) haben neben der Wirkung von ökonomischen Faktoren auch den großen Einfluss von nationaler Identität auf die Einstellung, also auch auf die Ablehnung, gegenüber der EU theoretisch begründet und empirisch nachgewiesen. Das Vorhandensein von multiplen Identitäten und die zunehmende Verbreitung von dualer Identität, nämlich Identifikation mit der Nation und mit Europa, sind heute weitgehend akzeptiert, weil auch empirisch nachgewiesen. Dabei hat sich herausgestellt, dass eine starke nationale Identität mit einer starken europäischen Identität durchaus vereinbar ist.³¹⁹

Andererseits spielen exklusive nationale Identitäten bei der Opposition gegenüber der EU eine wichtige Rolle. Radikale Rechts-Parteien in Dänemark, Österreich, Frankreich und Italien treten mit nationalistischen Programmen nicht nur gegen eine Vertiefung der europäischen Integration ein, sie wollen auch die aktuellen Kompetenzen der EU beschneiden und die Nationalstaaten stärken. „Christian and Trechsel (2002) find that the stronger the national attachment and national pride of Swiss citizens, the less likely they are to support membership in the European Union.“³²⁰

Auch Sean Carey weist in seiner Arbeit aus dem Jahr 2003 nach, dass die Kombination einer starken nationalen Identität mit einem ausgeprägten Nationalstolz einen signifikanten negativen Effekt auf die Unterstützung gegenüber der europäischen Integration hat. Dabei stellt er jedoch abschließend klar, dass es auch Unterschiede in verschiedenen Ländern gibt.³²¹ Diez Medrano (2003) begründet diese national unterschiedlichen Ergebnisse mit der unterschiedlichen Konstruktion der nationalen Perspektive hinsichtlich Europa. Die englische EU-kritische Haltung begründet sie mit Großbritanniens spezieller Geschichte als Empire. Deutschlands positive Haltung gegenüber der EU reflektiere die Kriegsschuld am zweiten Weltkrieg. Die unterstützende

³¹⁸ Vgl. ebenda, S. 416.

³¹⁹ Vgl. Thomas Risse, 'European Institutions and Identity Change', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 260f.

³²⁰ Liesbet Hooghe und Gary Marks, 'Does Identity or Economic Rationality Drive Public Opinion on European Integration?', in *Political Science and Politics*, Ausg. 37, Nr. 3 (Jul. 2004), S. 416.

³²¹ Vgl. Sean Carey, 'Undivided Loyalties: Is National Identity an Obstacle to European Integration?', in *European Union Politics*, Ausg. 3, Nr. 4 (London, 2002), S. 387-413.

Haltung Spaniens gegenüber der europäischen Integration kann man durch deren Sicht der EU als Projekt von Modernisierung und Demokratisierung erklären.³²²

Es deutet also vieles darauf hin, dass nationale Identität durch einzigartige nationale Kontexte zustande kommt, wo die Geschichte, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umstände und Erfahrungen der Bevölkerung von Bedeutung ist. Wir wissen mittlerweile auch, dass Personen, die ihre nationale Identität als exklusiv verstehen, zu EU-Ablehnung neigen. Eine Begründung dafür finden wir im sozial-psychologischen Ansatz von Druckmann (1994), wo festgestellt wird, dass nationale Bindungen in der frühen Kindheit entwickelt werden, europäische Identität aber erst viel später. Dies stellt einen Faktor für das Potential zu EU-Ablehnung dar. Die Haltung von nationaler Identität zu politischen Objekten, wie zum Beispiel die europäische Integration, entwickelt sich als Resultat von sozialer Konstruktion durch Sozialisation und politischen Konflikt.³²³

Entscheidend ist an dieser Stelle die Frage nach dem so genannten *framing*, wer ist für diese Konstruktion der politischen Haltungen zuständig und wer hat hier Einfluss? Eine entscheidende Hilfe zur Beantwortung dieser Frage lieferte Zaller 1992 in seiner Arbeit zur Natur und Entstehung von öffentlicher Meinung. Zaller vertritt darin die These der „*political cue theory*“, dass politische Eliten die öffentliche Meinung formen.³²⁴ Diese Annahme ist für die weitere Argumentation in dieser Arbeit sehr wichtig: Man kann also annehmen, dass politische Eliten die öffentliche Meinung beeinflussen und formen können. „The premise of cue theory is that underlying values and interests need to be primed to become politically salient.“³²⁵

Dieser Ansatz wurde kritisch beleuchtet und hat sehr wohl seine Grenzen. Wie Druckman (2001) in seiner Arbeit zu den Grenzen des „*framings*“ von öffentlicher Meinung durch politische Eliten feststellt, so ist dieses Konzept manchmal von einer zweifelhaften Eigendynamik getragen: „[...] nearly every time scholars look for a framing effect, they tend to find it. There has been an almost exclusive focus on successful framing attempts.“³²⁶ Er legt klare Grenzen des „*framings*“, der Formung und

³²² Vgl. Medrano Juan Diez, *Framing Europe: Attitudes to European Integration in Germany, Spain, and the United Kingdom* (Princeton: Princeton University Press, 2003),

³²³ Vgl. Liesbet Hooghe und Gary Marks, 'Does Identity or Economic Rationality Drive Public Opinion on European Integration?', in *Political Science and Politics*, Ausg. 37, Nr. 3 (Jul. 2004), S. 417.

³²⁴ Vgl. John R. Zaller, *The Nature and Origins of Mass Opinion* (Cambridge: Cambridge University Press, 1992), S. 98ff.

³²⁵ Liesbet Hooghe und Gary Marks, 'Calculation, Community and Cues: Public Opinion on European Integration', in *European Union Politics*, Ausg. 6, Nr. 4 (London, 2005), S. 424.

³²⁶ James N. Druckman, 'On the Limits of Framing Effects: Who Can Frame?', in *The Journal of Politics*, Ausg. 63, Nr. 4 (Oxford: Blackwell, Nov. 2001), S.1061.

Manipulation der öffentlichen Meinung durch politische Eliten dar. Der springende Punkt, weshalb politische Eliten „framen“ können, ist deren Glaubwürdigkeit. Die BürgerInnen folgen auch nicht wahllos allen möglichen „frames“, sondern sie wählen diese nach bestimmten systematischen und für sie vernünftigen Gesichtspunkten aus.

„Framing effects may occur, not because elites seek for manipulate citizens, but rather because citizens delegate to credible elites for guidance. [...] Far from being a sign of freewheeling manipulation, framing effects may be evidence of citizens seeking guidance from credible elites.“³²⁷

Einer der Gründe für die zunehmende EU-Kritik ist demnach die Haltung der politischen Eliten. Der durch die Situation des Kalten Krieges am Beginn der Integration vorhandene Elitenkonsens wurde mit den Veränderungen des internationalen Systems aufgeweicht.³²⁸ Dies macht auch deutlich, dass scheinbar innenpolitische Gründe und Motive für EU kritische Einstellungen von Bevölkerungen und nationalen Regierungen auch des öfteren mit internationalen Entwicklungen zusammenhängen. „The international system is not only a consequence of domestic politics and structures but a cause of them. Economic relations and military pressures constrain an entire range of domestic behaviours, from policy decisions to political forms.“³²⁹

Dies bringt unser Konzept vom Zusammenspiel von Identität, Kultur und Politik (*Abbildung 2*) ins Spiel. Die politische Elite benötigt Glaubwürdigkeit und Legitimation. Diese erhält sie unter anderem durch die legitimierende Funktion von nationaler Identität, aber auch durch Wahlen, wo nationale Politiker wiederum auf nationale Gemeinschaftsinteressen Rücksicht nehmen müssen, um erfolgreich zu sein. Faktum ist jedoch, dass glaubwürdige politische Eliten die BürgerInnen führen und ihre Einstellung gegenüber der EU formen und beeinflussen.

Je schärfer die Spaltung der nationalen politischen Eliten zur europäischen Integration ist, desto größer ist die Möglichkeit der Mobilisierung von nationaler Identität und der Aktivierung von exklusiver nationaler Identität. Ein Zeichen einer solchen Spaltung ist unter anderem die Existenz einer radikalen Rechts-Partei. „Parties like the Vlaams Blok in Belgium and the French Front National make a fetish of exclusive national identity with slogans such as ‚Boss in Our Own Country‘ and ‚We give them our

³²⁷ Ebenda.

³²⁸ Frank R. Pfetsch, *Das neue Europa* (Wiesbaden, 2007), S. 115.

³²⁹ C. Gourevitch, ‚The second image reversed: The international sources of domestic politics‘, in: *International Organization*, Ausg. 32. Nr. 4 (1978), S. 911.

factories; they give us their immigrants. One solution: The Nation.”³³⁰ In Österreich gibt es diesbezüglich die FPÖ und das BZÖ.

Wie sehen empirische Studien zur Größenordnung von ökonomischen Faktoren und nationaler Identität aus? Hooghe und Marks (2004) haben empirisch nachgewiesen, dass der größte ökonomische Faktor, der die öffentliche Meinung bezüglich der EU beeinflusst, der Transfer der Beiträge (fiscal transfer) ist. So wird demnach eine Bürgerin oder ein Bürger von Griechenland, dem Land mit dem höchsten pro Kopf Zahlungen von der EU, um 15 Prozent mehr Unterstützung gegenüber der EU aufweisen als ein Bürger oder eine Bürgerin von Deutschland, dem größten Netto-Zahler der EU. Die Korrelation ist jedoch nicht linear. Auch die Art des Kapitalismus spielt eine wichtige Rolle. Die Unterstützung gegenüber der EU ist größer in Ländern, wo deren ökonomische Institutionen weniger Gefahr laufen, von der europäischen Gesetzgebung gefährdet zu werden. Demnach sind stärker ausgeprägte Sozialstaaten eher EU ablehnend als Staaten mit einem wenig entwickelten Sozialsystem. Zusammenfassend zu den ökonomischen Faktoren kann man sagen, dass die in der Studie abgefragten individuellen und kollektiven wirtschaftlichen Interessen für etwa 15 Prozent der Gesamtvariation in der öffentlichen Meinung verantwortlich sind.³³¹

Noch wichtiger ist der Studie nach der Einfluss von nationaler Identität. Dabei wird auch, wie wir in dieser Arbeit schon früher festgestellt haben, das Faktum erkannt, dass nationale Identität für die Unterstützung gegenüber der EU sowohl förderlich als auch abträglich sein kann. Entscheidend für die EU-Ablehnung eines Individuums ist dessen exklusive nationale Identität. „On average, an individual in our sample who claims an exclusive national identity scores 53.3 on our thermometer scale for support for European integration, compared to 72.8 for a person who does not.”³³² Dies ergibt im Durchschnitt eine Differenz von 19,5 Prozent, was eindeutig signifikant ist und die Hypothese dieser Arbeit auch bestätigt.

Das Faktum, dass in dieser Studie nachgewiesen wurde, dass die Art der nationalen Identität einen größeren Einfluss auf die Ablehnung gegenüber der EU hat als rein rationale, ökonomische Faktoren bestätigen den Ansatz dieser Diplomarbeit EU-Ablehnung anhand von nationaler Identität und Nationalismus zu analysieren.

³³⁰ Liesbet Hooghe und Gary Marks, ‘Does Identity or Economic Rationality Drive Public Opinion on European Integration?’, in *Political Science and Politics*, Ausg. 37, Nr. 3 (Jul. 2004), S. 417.

³³¹ Vgl. ebenda.

³³² Ebenda.

Ein wichtiger Punkt ist jedoch der nationale, länderspezifische Kontext. Bei Ländern, wie zum Beispiel Portugal, Irland oder Griechenland, ist empirisch nur ein kleiner Unterschied (er liegt ungefähr zwischen 8 und 12 Prozent) in der Unterstützung für die EU zwischen Menschen mit exklusiver nationaler Identität und solchen mit multipler Identität. Bei anderen Ländern jedoch sind die Unterschiede in der Einstellung gegenüber der EU jedoch deutlich größer. Bei Großbritannien zum Beispiel beträgt die Differenz 29,5 Prozent. Dies bedeutet, dass Personen, welche sich selbst „alleinig“ als Briten fühlen – sich also über eine exklusive nationale Identität definieren – im Durchschnitt fast 30 Prozent weniger Unterstützung für die EU aufweisen als solche mit multipler Identität. In Österreich liegt die Differenz in etwa bei 22 Prozentpunkten, spielt also auch eine signifikante Rolle.³³³

Wie kann man sich diese Ländervariationen erklären? „The more divided a country’s elite, and the more elements within it mobilize against European integration, the stronger the causal power of exclusive national identity.“³³⁴ Diese Erklärung bringt den Schluss mit sich, dass die politische Eliten und die politischen Parteien in Europa der Schlüssel zur Einstellung der BürgerInnen gegenüber der EU sind. Dort, wo die politischen Eliten zum Thema der europäischen Integration sehr gespalten sind und wo es rechts- oder links-populistische Parteien gibt, welche die nationalen Identitäten gegen die EU instrumentalisieren und somit auch exklusive nationale Identitätsmuster aktivieren und mobilisieren, dort spielt die kollektive Identität bei der Ablehnung gegenüber der EU eine wichtige Rolle.

Wenn man die Perspektive von James Druckman (2001) berücksichtigt, so muss man aber dabei auf jeden Fall im Auge behalten, dass Politiker und politische Parteien, welche die öffentliche Meinung formen, nicht einfach nach Belieben manipulieren können. Es geht darum, dass sie erstens Glaubwürdigkeit bei den BürgerInnen benötigen, um diese Funktion der „Führung“ von der Öffentlichkeit zugesprochen zu bekommen. Diese Glaubwürdigkeit lässt sich unter anderem durch Wahlergebnisse reflektieren. Dies lässt jedoch auch wieder die Frage zu, welchen Einfluss hier die Politiker wirklich auf die Menschen ausüben.

In den politischen Systemen Europas bilden die Parteien vor allem auf nationaler Ebene die Verbindung zwischen Politikern und Öffentlichkeit (natürlich spielen auch die Medien hier eine wichtige Rolle). Einen weiteren Hinweis liefert uns die „*party cue*

³³³ Vgl. ebenda.

³³⁴ Ebenda.

theory“, die annimmt, dass Individuen, welche eine bestimmte Partei unterstützen, dazu tendieren, der Position dieser Partei bezüglich europäischer Integration zu folgen.³³⁵

Die Theorie von Druckman (2001) lässt jedenfalls darauf schließen, dass Menschen sich nach glaubwürdigen Eliten sehnen, welche die Funktion des „Führens“ („*guidance*“) für sie erfüllen.³³⁶ Diese Theorie erklärt zwar, wieso politische Eliten nationale Identitätsmuster ansprechen und mobilisieren können, aber nicht, weshalb diese nationalen Identitätskonstrukte teilweise in Gegensatz zur europäischen Integration und der EU stehen und Ablehnung gegenüber der EU erzeugen.

Hier geben uns die schon diskutierten Theorien zu der Entstehung von nationaler Identität und die „*in-group/out-group*“ Konzepte Antworten. Identität ist einerseits, wie wir gesehen haben, sehr komplex. Sie kann zu Abwertung von „*out-groups*“ sowie zu Konflikten mit anderen Identitäten führen, wenn sie exklusiv definiert ist. Diese nationalen Identitäten sind aber in unserer Gesellschaft etwas Grundlegendes, das, wie Druckman (1994) gezeigt hat, die Individuen schon im Kleinkindalter prägt und mit Emotionen und Gefühlen bezüglich ihrer „*in-group*“, der Nation, ausstattet. Dieser Vorgang erfolgt durch Sozialisation und bildet Kapazitäten für Loyalitäten gegenüber Gruppen lange bevor man in der Lage ist, rationale Überlegungen darüber anstellen zu können. Diese Loyalitäten können bei der Entwicklung von Ansichten gegenüber politischen Objekten extrem einflussreich sein.

Dass nationale Identität lange vor der politischen, rational erworbenen europäischen Identität entsteht und daher in der Regel Vorrang hat, zeigen Hooghe und Marks in einer Studie (2004): „National Identities are more deeply rooted in respondents' minds than are attitudes towards European integration, and, to the extent that one finds an association between them, it seems sensible to argue that identities are causally prior.“³³⁷

Abschließend kann man zusammenfassen, dass bei der Einstellung der BürgerInnen gegenüber der europäischen Integration sowohl die rationalen ökonomischen Konsequenzen für sich und ihre Länder als auch die subjektiven Empfindungen bezüglich ihrer kollektiven Identitäten eine Rolle spielen. Die Folgen und Wirkungen im Zusammenhang mit ihren kollektiven Identitäten, insbesondere von exklusiven nationalen Identitäten, auf die Ablehnung gegenüber der EU spielen eine

³³⁵ Vgl. Marco Steenbergen, und Bradford S Jones, 'Modeling Multilevel Data Structures', in *American Journal of Political Science*, Ausg. 46 (2002), S. 218-237.

³³⁶ Vgl. James N. Druckman, 'On the Limits of Framing Effects: Who Can Frame?', in *The Journal of Politics*, Ausg. 63, Nr. 4 (Oxford: Blackwell, Nov. 2001), S. 1061.

³³⁷ Liesbet Hooghe und Gary Marks, 'Calculation, Community and Cues: Public Opinion on European Integration', in *European Union Politics*, Ausg. 6, Nr. 4 (London, 2005), S. 433.

größere Rolle als rein ökonomisches Kosten/Nutzen Denken. Die BürgerInnen bewerten europäische Integration in Bezug auf den Vorstellungen ihrer kollektiven Identitäten hinsichtlich Fremden und fremden Kulturen. Im Falle der nationalen Identität heißt dies, die Bewertung der EU erfolgt in Bezug auf die Vorstellungen ihrer nationalen Gemeinschaft gegenüber von Ausländern und fremden Kulturen. Weiters werden ihre Einstellungen durch ihre ideologische Positionierung und durch Eliten und politische Parteien geformt.³³⁸

Dass dieser Ansatz die ökonomischen Theorien unterschätzt beziehungsweise die Wirkungen von kollektiven Identitäten hinsichtlich Ablehnung gegenüber europäischer Integration überschätzt, dem widerspricht das Ergebnis aus zwei unabhängigen Tests von ökonomischen Theorien: „Research on trade liberalization has produced the unexplained finding that citizens with strong national attachment tend to oppose trade liberalization both in the United States and across OECD countries.“³³⁹ Wenn nationale ökonomische Institutionen durch Liberalisierung oder auch Europäisierung gefährdet sind, so wird dies für Individuen mit einer starken nationalen Bindung zum Problem ihrer nationalen Identität. Es gibt also die Möglichkeit, dass am ersten Blick ökonomische rationale Beurteilungen eigentlich als Themen nationaler Identität bewertet werden.

Dies gilt nicht nur im Bereich der wirtschaftlichen Liberalisierung. Auch im Bereich von europäischen Distributionen kann dies zur Aktivierung von Nationalismen führen. „A policy with clear distributional consequences may still be evaluated as an identity issue.“³⁴⁰ Dieser Schluss kann sogar dazu führen, dass man hinterfragt, ob der einfache ökonomisch rationale Schluss, wonach die Nettozahlerländer prinzipiell weniger EU-Unterstützung zeigen, vielleicht gar nicht so sehr ökonomisch erklärt werden kann.

Gerade Österreich ist einer der großen wirtschaftlichen Profiteure der europäischen Integration. Diese Information wird den ÖsterreicherInnen auch zur genüge mitgeteilt. Vielleicht kann man diesen distributiven Prozess der Budgetierung und Nettozahlungen an die einzelnen Mitgliedstaaten mit der „*in-group/out-group*“ Theorie bezüglich nationaler Identitäten besser erklären. Aus dieser Sicht würde es bei solchen distributiven Maßnahmen sofort zu einer „*competitive*“ Situation kommen, wo sich die „*in-group*“, die Nation, im Wettstreit gegen andere gemeinsame Subgruppen der EU durchsetzen muss. Diese Muster basieren eben auf den in der frühen Kindheit

³³⁸ Vgl. Liesbet Hooghe und Gary Marks, 'Calculation, Community and Cues: Public Opinion on European Integration', in *European Union Politics*, Ausg. 6, Nr. 4 (London, 2005), S. 436f.

³³⁹ Ebenda, S. 437f.

³⁴⁰ Ebenda, S. 437.

eingepägten affektiven Bindungen bezüglich der Nation. Diesem Konzept widerspricht auch nicht einmal das Vorhandensein einer allgemeinen europäischen Identität. In Konsenssituationen wird die EU als gemeinsame Identität akzeptiert. Doch in Konkurrenzsituationen können sich bei gewissen Menschen mit einer starken nationalen Bindung die Muster exklusiver nationaler Identität durchsetzen und zu Nationalismus führen.

4. Die österreichische Nation

Die Rede Václav Klaus' vor dem europäischen Parlament im Rahmen des EU-Vorsitzes der Republik Tschechien am 19. Februar 2009 mag so manchen in deren kritischen Grundhaltung gegenüber der EU und insbesondere gegenüber dem Europäischen Parlament verwundert haben. Wieso, so fragten sich manche Beobachter, sollte ein Profiteur der europäischen Integration wie es Tschechien zweifellos ist, einem von vielen Experten für absolut notwendig gehaltenen Reformschritt wie dem Vertrag von Lissabon entgegen treten? Wieso sollten diese Reformen zu mehr Demokratie auf europäischer Ebene das Demokratiedefizit der EU vergrößern, wie Klaus meint?³⁴¹ Profiteur der Integration. Diese Argumentation kennt man auch aus anderen Ländern wie Österreich oder Irland. Doch ökonomische, rationale Vorteile bedeuten eben noch lange keine automatische, breite Unterstützung der Bevölkerung - oder der politischen Eliten im Fall Václav Klaus - für die EU als politische Union.

Was hierbei oft vergessen wird, ist die oft ungleiche Verteilung des materiellen Profites unter der Bevölkerung, wo tendenziell die wohlhabenden und gebildeten Bevölkerungsschichten mehr von der EU und deren Erweiterung profitieren als die unteren Schichten. Weiters wird die Bedeutung des „Nationalen“ oft ausgeklammert, wenn es darum geht die öffentliche Meinung zur EU objektiv erklären zu wollen. Keine Rolle sollte dabei „Nationales“ spielen: die Kultur, der national-staatliche Einfluss, die nationale Souveränität, die nationale Identität, die nationalen Sprachen etc. Viele dieser Faktoren sind durchaus „subjektiv“ und sind zumeist historisch im Laufe der Entwicklung der verschiedenen Nationalstaaten in Europa unterschiedlich ausgeprägt. Viel Lieber sprechen politische Eliten von Regionen und regionaler Diversität.

In Zeiten eines integrierten Europas in Form der EU ist es für den Großteil der jüngeren Generationen in Europa unverständlich, wie manche Menschen Europa noch immer als Austragungsort eines Wettkampfes zwischen fixen, von Natur aus gegebenen Nationen wahrnehmen und ihr persönliches, individuelles „nationales Wesen“ als unveränderlich und durch die EU gefährdet ansehen.

Zentraleuropa scheint durch die historischen Bedingungen besonders stark „national“ geprägt zu sein. So stellte beispielsweise Václav Havel 1990 fest, dass er es sich nicht aussuchen könne, ob er „tschechisch“ sei oder nicht.

³⁴¹ [http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-49772-047-02-08-901-20090218IPR49770-16-02-2009-2009-true/default_de.htm (28. April 2009)]

“My Czechness is a given. If I had lived during the national revival of the nineteenth century, my Czechness might still have been a matter of personal choice, and I might have tormented myself with the question of whether it was ‘worth the effort’. The problem of whether we should develop the nation or simply give up on it is not something that I have to solve. These matters have already been decided by others.”³⁴² (Václav Havel, 1990)

Wenn Havel vom „*national revival*“ spricht, von der Wiederbelebung des Nationalen - das bis heute irreversible Tatsachen hinterlassen hat - so muss man erkennen, dass der Emanzipationsanspruch von Tschechien mit der historischen Rolle der Slawen in der Habsburgermonarchie zusammenhängt. Dabei sieht die politische Elite die tschechische Nation als etwas Naturgegebenes, das jedoch wiederbelebt werden musste.

Ein Zeitungsartikel von Friedrich Engels aus dem Jahre 1849 beschreibt die aus „nationaler“ Sicht fehlenden geschichtlichen Elemente der Slawen folgendermaßen: „the Austrian Slavs have never had a history of their own [...] they are entirely dependent on the Germans and Magyars for their history, literature, politics, commerce and industry“³⁴³. Dieses Beispiel macht die Stabilität von nationalen Identitäten sowie deren Zusammenhang mit historischen Entwicklungen und Kontexten deutlich. Deren Wirkung ist immer noch entscheidend für die Ausbildung von politischen Gemeinschaftsgefühlen. Es kommt nicht von ungefähr, dass es in Zentral- beziehungsweise Südost-Europa noch vor wenigen Jahren zu neuen Nationalstaatsbildungen gekommen ist beziehungsweise bis heute kommt, wie die aktuellen Beispiele Montenegros und des Kosovos zeigen.

Der Zusammenhang zwischen historischen Entwicklungen und aktuellen nationalen Identitäten zeigt, dass es daher falsch wäre, bei der Analyse Österreichs als Nation von einer Stunde Null auszugehen, wie es manche tun. Sei es das Ende des ersten Weltkrieges und die Gründung der 1. Republik 1918, das Ende des zweiten Weltkrieges 1945, oder die Unterzeichnung des Staatsvertrages im Jahre 1955 mit der wiedererlangten Souveränität der 2. Republik; dies alles für sich alleine genommen erklärt reichlich wenig, wieso es in Österreich zu so einer schwierigen und späten „nationalen Geburt“ kam. Eine Erklärung dafür liefert die genauere Betrachtung der historischen Umstände ab 1789, der Französischen Revolution sowie im Anschluss daran

³⁴² Václav Havel, 1990, zit. in Cathie Carmichael, ‘Conclusions: Language and National Identity in Europe’, in Stephen Barbour (Hrsg.), *Language and Nationalism in Europe* (2000), S. 280.

³⁴³ Friedrich Engels, ‘Democratic Pan-Slavism’, in *Neue Rheinische Zeitung*, 16. Februar 1849 (Feb. 1849), zit. in Cathie Carmichael, ‘Conclusions: Language and National Identity in Europe’, in Stephen Barbour (Hrsg.), *Language and Nationalism in Europe* (2000), S. 281.

die bürgerlichen Revolutionen von 1848, deren gesellschaftlichen und politischen Folgen nicht mehr aufzuhalten waren.

Der Nationalismus im deutschsprachigen Teil des damaligen Österreichs sowie im Gebiet des späteren Deutschlands erfolgte in seiner Orientierung als Reaktion auf die Napoleonischen Kriege und der damit verbreiteten Ideologie des Nationalismus, dem Zerfall des Heiligen Römischen Reiches und der im Anschluss daran erfolgreichen Modernisierung der deutschen absolutistischen Staaten.³⁴⁴ All diese geschichtlichen Ereignisse trugen ihren Teil dazu bei, dass die Veränderungen und Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft sich schlussendlich auch auf politischer Ebene auswirkten.

In der Geschichtswissenschaft ist man sich trotz der aus praktischen Gründen notwendigen zeitlichen Abgrenzung von zu bearbeitenden historischen Abschnitten im Klaren, dass es eine Stunde Null praktisch nicht gibt. Dies gilt auch für die Entwicklung der österreichischen „Nation“, auch wenn es sich nach dem 2. Weltkrieg viele gewünscht hätten. „Ein ‚Jahr Null‘, eine ‚Stunde Null‘ gibt es in der Geschichte nicht [...]. Ich denke hier etwa an den Versuch einer Negation jeglicher Kontinuität mit der Habsburgermonarchie durch die Regierung des republikanischen Österreichs 1918/1919, abgestimmt auf die Bedürfnisse österreichischer Politik gegenüber der Pariser Friedenskonferenz oder für die Zeit nach 1945 etwa an die Tendenzen weitgehender Verdrängung österreichischer nationalsozialistischer Vergangenheit.“³⁴⁵

Die gesellschaftlichen Entwicklungen, die aufgrund der Industrialisierung - wenn auch später als Großbritannien - auch Österreich-Ungarn betrafen, waren die Basis, auf der sich der Nationalismus als die dominierende und letztlich politisch triumphierende Ideologie durchsetzen konnte und zur allgemein akzeptierten gesellschaftlichen Realität wurde.³⁴⁶ Der Universalismus der Nation, den wir heute vorfinden (die Vereinten Nationen ist ein Spiegelbild dessen), startete seinen Siegeszug in den durch die Industrialisierung „modernisierten“ Gesellschaften. So konnten zum ersten Mal tatsächliche Massen durch Ideologien mobilisiert werden. Im Gegensatz zum Kommunismus und Kapitalismus schaffte es einzig der Nationalismus von einer von

³⁴⁴ Vgl. Willfried Spohn, 'Austria: From Habsburg Empire to a Small Nation in Europe', in Atsuko Ichijo und Willfried Spohn (Hrsg.), *Entangled Identities: Nations and Europe* (Aldershot: Ashgate, 2005), S. 57.

³⁴⁵ Anton Staudinger, 'Die nationale Frage im Österreich der Ersten und Zweiten Republik', in Erich Zöllner (Hrsg.), *Volk, Land und Staat: Landesbewußtsein, Staatsidee und nationale Fragen in der Geschichte Österreichs* (Wien: ÖBV, 1984), S. 168.

³⁴⁶ Siehe die Theorien der modernistischen Theoretiker wie Hobsbawm oder Gellner.

Intellektuellen und Historikern entworfenen Ideologie - wie Modernisten vertreten - zur scheinbar unumstößlichen, universal akzeptierten gesellschaftlichen Realität.³⁴⁷

4.1. Österreichische deutsch-nationale Identität

Aus historischer Perspektive verstand man unter Nationalismus in Österreich traditionell Deutsch-Nationalismus. Da Österreich-Ungarn eine multinationale Monarchie war und besonders das Gebiet des österreichischen Teiles der Monarchie - das „damalige“ Österreich - aus unterschiedlichen Nationen, Sprachgemeinschaften und Kulturen bestand, war der nationale Gedanke grundsätzlich mit der österreichischen Monarchie unvereinbar, im Grunde sogar widersprüchlich. So war es nur logisch, dass die nationalen Bewegungen ab 1848 vor allem auf der deutsch-nationalen Idee basierten, wonach auch die deutsche Kulturgemeinschaft eine Nation sei die es nach dem Ideal eines Nationalstaates (wie Frankreich) zu verwirklichen galt.

„Before 1918 there had been no tradition among German-speaking Austrians of striving for national independence as a small German-speaking state separated from Austria-Hungary or separated from Germany. Within the context of the multiethnic and multilingual empire, the great majority of the inhabitants of what was to become Austria considered themselves ‘Germans’ insofar as they spoke German and identified with German culture. Strong provincial identities that stemmed from the provinces’ histories as distinct political and administrative entities with their own traditions existed for this reason.“³⁴⁸

Wenn wir also wissen wollen, worauf die österreichische nationale Identität beruht, so müssen wir zuerst feststellen, wie sich die österreichische Nation historisch entwickelt hat. Eine bedeutende Rolle für das Selbstbewusstsein Österreichs spielt dessen Beziehung zu Deutschland. Die nationale Identität Österreichs begann sich erst sehr spät, nämlich ab 1945, nach der „Befreiung“ und der Abgrenzung gegenüber Deutschland nach dem Ende des 2. Weltkrieges zu entwickeln.

³⁴⁷ Der Autor ist sich bewusst, dass es den Versuch des “Realsozialismus” gegeben hat, wie die Beispiele der UdSSR, China etc. zeigen. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt, im Jahr 2009, jedoch absehbar, dass dieses System aufgrund mehrerer Faktoren auf die hier nicht eingegangen werden kann für die nahe Zukunft gescheitert ist.

Kapitalismus andererseits ist zwar wirtschaftlich ein durchaus erfolgreiches Konzept und hat seine Wurzeln in der Individualisierung der Gesellschaft beginnend mit der Reformation, stellt aber im globalen Kontext keine universal gültige gesellschaftliche Realität dar, sondern ist primär ein wirtschaftliches Konzept.

³⁴⁸ Lonnie Johnson, ‘The Society and Its Environment’, in Eric Solsten und David E. McClave (Hrsg.), *Austria: a country study*, 2. Auflage (Federal Research Division: Library of Congress, 1994), S. 78.

Dabei war es ursprünglich Deutschland, das sich durch „Emanzipation“ von Österreich entwickelte. Dieser Prozess dauerte vom Dreißigjährigen Krieg bis zum Ende des „Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation“ und fand seinen endgültigen Abschluss im Jahre 1866, als Österreich von Preußen unter der Führung Bismarcks besiegt und von der deutschen Konföderation ausgeschlossen wurde.³⁴⁹

Wie kann man den damals vorherrschenden Deutsch-Nationalismus beschreiben? Hilfreich ist eine Abgrenzung zwischen der angelsächsisch-französischen Tradition der Nation als Staatsbürgernation und des deutschen Nationsbegriffes der „Kulturnation“, wo die Nation auch als „Volkstum“ begriffen wird. Die sogenannte „Staatsnation“ konstituiert sich nicht durch gemeinsame Sprache, Kultur oder Abstammung, sondern durch die Selbstzurechnung der StaatsbürgerInnen zu ihrem Staat. „„Plébiscite de tous les jour“ lautet die berühmte Formulierung Ernest Renans [kursiv im Original] im Zusammenhang mit dem Anspruch auf das Franzosentum der 1871 and das Deutsche Reich verlorenen deutschsprachigen Elsässer.“³⁵⁰

Dem entgegen orientierte sich die Auffassung von Nation im deutschsprachigen Traditionsbereich an der „organizistischen Konzeption eines durch Sprache, Abstammung und Kultur interpretierten, quasi naturwüchsigen Volkskörpers“³⁵¹. Die Entwicklung des Deutsch-Nationalismus hin auf die Kultur – im Gegensatz zu den westlichen Nationen wie zum Beispiel Frankreich die ihren Nationalismus auf den Staat hin orientierten – liegt unter anderem daran, dass es „vergleichsweise keinen deutschen gesamtstaatlichen Absolutismus auf einem einheitlich geschlossenen Territorium gab, da zudem die Instrumentalisierung der ersten politischen Formen des deutschen Nationalismus gegen die bürgerlich-demokratischen Errungenschaften der Französischen Revolution eine Identifizierung dieses Nationalismus mit den Ideen der Volkssouveränität wenigstens vorerst verhinderte“³⁵².

Die Errichtung des deutschen Nationalstaates fand dann schlussendlich statt, wobei der österreichische Teil davon ausgeschlossen blieb, da die in der Habsburgermonarchie verankerte österreichische Identität grundsätzlich multinational

³⁴⁹ Vgl. Paul Luif, 'The Austrian View of Nationality', in Kjell Goldmann und Karin Gilland (Hrsg.), *Nationality versus Europeanisation: the national view of the nation in four EU countries* (Stockholm, 2001), S. 86.

³⁵⁰ Anton Staudinger, 'Die nationale Frage im Österreich der Ersten und Zweiten Republik', in Erich Zöllner (Hrsg.), *Volk, Land und Staat: Landesbewußtsein, Staatsidee und nationale Fragen in der Geschichte Österreichs* (Wien: ÖBV, 1984), S. 169.

³⁵¹ Anton Staudinger, 'Die nationale Frage im Österreich der Ersten und Zweiten Republik', in Erich Zöllner (Hrsg.), *Volk, Land und Staat: Landesbewußtsein, Staatsidee und nationale Fragen in der Geschichte Österreichs* (Wien: ÖBV, 1984), S. 169.

³⁵² Ebenda, S. 170.

und nicht deutsch-national war. Dies erklärt in der Folge auch, weshalb der deutsche Nationalismus im Gegensatz zum französischen oder angelsächsischen Nationalismus exklusiv war. Da es eben kein einheitlich geschlossenes Territorium gab, konnte es auch zu keiner inklusiven „StaatsbürgerNation“ wie in Frankreich kommen. Daraus resultierend basierte die deutsch-nationale Identität vor allem auf kulturellen und ethnischen Indikatoren, war also exklusiv konstruiert. Ähnliches gilt für andere nationale Identitäten in Zentral und Süd-Ost-Europa.

Die traditionelle österreichische nationale Identität war von Anfang an komplizierter konstruiert als die des deutschen Nationalismus, der sich mit dem stärksten und modernsten neo-absolutistischen deutschen Staat identifizierte, nämlich mit Preußen. „[...] Austrian nationalism emerged as a mixture between Austrian and Great German components [...].“³⁵³ Einerseits bestand die österreichische Komponente sowohl aus imperialen als auch aus regionalen Elementen. Die imperialen Elemente, welche vor allem aus der theresianischen und josephinischen Reformära stammten, wurden durch die Restauration unter Metternich gestärkt. Diese österreichische Identität fand ihren Niederschlag vor allem in der Aristokratie, im Beamtentum, in der Armee und in der intellektuellen Mittelklasse. Es handelte sich bei diesem Konstrukt jedoch um keine homogene Nation im Sinne der französischen Revolution. „German Austrian aristocrats and middle class intellectuals such as Count Johann von Hormayr or Foreign Minister Count Philipp Stadion propagated an Austrian political nation, an Austrian cultural nation, as well as an Austrian European nation.“³⁵⁴

Zusätzlich gab es eine starke regionale Ausprägung von österreichischer Identität. In den Bundesländern gab es eine traditionell starke regionale Identität, die sich im Laufe der Zeit mit der Zugehörigkeit zu Österreich verknüpfte und in der Bevölkerung tief verankert war. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Widerstand Tirols gegen Napoleon unter der Führung Andreas Hofers. Dieser Mythos erfüllt bis heute eine wesentliche Rolle bei der Konstruktion der Identität des Landes Tirol. Das Landesbewusstsein in einigen Bundesländern hat seinen Ursprung im Mittelalter und ist eine wesentliche Komponente in der historischen Entwicklung der österreichischen Identität: „für die meisten der heutigen österreichischen Bundesländer, nämlich Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Tirol, Kärnten, Salzburg lässt sich die Ausbildung eines Landesbewußtseins

³⁵³ Willfried Spohn, 'Austria: From Habsburg Empire to a Small Nation in Europe', in Atsuko Ichijo und Willfried Spohn (Hrsg.), *Entangled Identities: Nations and Europe* (Aldershot: Ashgate, 2005), S. 57.

³⁵⁴ Willfried Spohn, 'Austria: From Habsburg Empire to a Small Nation in Europe', in Atsuko Ichijo und Willfried Spohn (Hrsg.), *Entangled Identities: Nations and Europe* (Aldershot: Ashgate, 2005), S. 58.

bis ins Mittelalter zurück verfolgen. Es bedeutet das durch Sitte (Kleidung, Tracht etc.), weniger durch gemeinsame Sprache, sondern im wesentlichen [sic!] durch Rechtsgemeinschaft (Landrecht) geprägte Gemeinsamkeitsbewußtsein des Herrschaftsverbandes von Fürst, Herren und Rittern (der adeligen Oberschicht). [...] Dieses von den Ständen getragene und bis ins 19. Jahrhundert sorgsam gepflegte Landesbewußtsein hatte übrigens neben dem sich entwickelnden modernen Sprachnationalismus zur Verhinderung eines überregionalen Österreichbewußtseins in der Monarchie beigetragen.“³⁵⁵ Ein wichtiger Punkt ist jedoch, dass diese zwei Komponenten - der aristokratisch-intellektuelle und der regionale, volkstümliche - nicht miteinander zu einem geteilten österreichischen Nationalismus verschmolzen.³⁵⁶

Andererseits entwickelte sich in der Folge der französischen Revolution und der napoleonischen Kriege auch in Österreich ein groß-deutscher Nationalismus. „This Austrian-German nationalism shared with German-German Nationalism the democratic-antidynastical national orientation emulating the French model of a modern democratic nation-state. At the same time, it had in common a German cultural nationalism based on a German high culture that had developed since the second half of the eighteenth century in opposition to the Habsburg aristocratic court culture [...].“³⁵⁷ Der Deutsch-Nationalismus, basierend auf einer gemeinsamen deutschen Kultur, erfuhr seinen Aufstieg in Österreich auch mit Hilfe der Popularität deutscher Intellektueller wie zum Beispiel Schiller, Goethe, Herder und Kant. Ironischerweise waren diese persönlich eigentlich vermehrt kosmopolitisch-europäisch eingestellt. Sie sahen jedoch auch einen gewissen Emanzipationsanspruch der deutschen Nation.³⁵⁸

Die aristokratische Elite, die Armee sowie auch die Beamtschaft orientierten sich grundsätzlich an der multinationalen Identität der Monarchie, wohingegen der aufstrebenden gebildeten Mittelklasse die antidemokratischen Züge der Monarchie ein Dorn im Auge waren. Somit wendete sie sich zunehmend von ihrer Identifikation mit dem multinationalen Reich ab und orientierten sich vermehrt in Richtung des deutschen liberal-demokratischen und kulturellen Nationalismus. Nach dem Scheitern der 1848er Revolutionen in der Monarchie unterstützte die Mehrheit der Deutsch sprechenden

³⁵⁵ Anton Staudinger, 'Die nationale Frage im Österreich der Ersten und Zweiten Republik', in Erich Zöllner (Hrsg.), *Volk, Land und Staat: Landesbewußtsein, Staatsidee und nationale Fragen in der Geschichte Österreichs* (Wien: ÖBV, 1984), S. 172.

³⁵⁶ Vgl. Willfried Spohn, 'Austria: From Habsburg Empire to a Small Nation in Europe', in Atsuko Ichijo und Willfried Spohn (Hrsg.), *Entangled Identities: Nations and Europe* (Aldershot: Ashgate, 2005), S. 58.

³⁵⁷ Ebenda

³⁵⁸ Vgl. Willfried Spohn, 'Austria: From Habsburg Empire to a Small Nation in Europe', in Atsuko Ichijo und Willfried Spohn (Hrsg.), *Entangled Identities: Nations and Europe* (Aldershot: Ashgate, 2005), S. 58.

Mittelklasse die Fortsetzung der Monarchie, da sie nicht nur eine führende Rolle in der kaiserlichen Armee und in der Administration inne hatte, sondern auch aus ökonomischer Sicht vom Zugang zu den großen Märkten in der Monarchie profitierten.³⁵⁹ Gerade in Zeiten der Industrialisierung und des aufstrebenden Kapitalismus machten aus ökonomischer Sicht ein gemeinsamer Markt sowie die Währungsunion für einen Großteil der Mittelschicht durchaus Sinn.

Die Gesamtsituation veränderte sich durch die Auflösung des multinationalen Reiches und dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns schlagartig. Den Ausgangspunkt nahm diese Entwicklung mit dem Siegeszug des Nationalismus in Form der Einigung Italiens und Deutschlands. Wie die historische Entwicklung zeigte, wurde die Ideologie des Nationalismus zum Schlüssel für militärische und politische Erfolge. Trotz militärischer Niederlagen blieb so zum Beispiel Frankreich als Nationalstaat geeint und hatte im Vergleich zu Österreich-Ungarn keine Existenzängste.

Die Vereinigung Italiens 1859/60 bedeutete für Österreich-Ungarn nicht nur den Verlust der norditalienischen Provinzen, sondern stellt den ersten Schritt des Siegeszuges der Nationen in Europa über das multinationale Österreich dar. Der zweite bedeutende Schritt war die Niederlage der kaiserlich-königlichen Armee Österreich-Ungarns gegen Preußen 1866. Dies hatte nicht nur zur Folge, dass der österreichische Einfluss in Deutschland beendet war, sondern auch, dass die Habsburger zum Ausgleich mit Ungarn gezwungen wurden und somit das nationale Prinzip, wenn auch indirekt, akzeptierten.

„But this dual imperial structure [Österreich-Ungarn, Anmerkung des Autors] only accelerated the nationalistic claims of the many other small nations within the Habsburg Empire. The nationalist movements in the Czech, Slovak, Polish and Romanian lands were growing against Habsburgs’s imperial structure [...]“³⁶⁰

Dies hatte eine Kettenreaktion zur Folge, deren Dynamik auch durch demokratische Reformen – die unter Kaiser Franz Josef nur schwerlich und wenn dann nur zögerlich zur Durchsetzung gelangten – nicht mehr aufzuhalten war und schlussendlich zur „Nationalisierung“ Zentraleuropas und zum Untergang der multinationalen Habsburgermonarchie führte.

³⁵⁹ Vgl. Willfried Spohn, 'Austria: From Habsburg Empire to a Small Nation in Europe', in Atsuko Ichijo und Willfried Spohn (Hrsg.), *Entangled Identities: Nations and Europe* (Aldershot: Ashgate, 2005), S. 58f.

³⁶⁰ Willfried Spohn, 'Austria: From Habsburg Empire to a Small Nation in Europe', in Atsuko Ichijo und Willfried Spohn (Hrsg.), *Entangled Identities: Nations and Europe* (Aldershot: Ashgate, 2005), S. 59.

Wenn man nun diesen historischen Kontext der aufstrebenden Nationen mit den Vorbildern von modernen Nationalstaaten wie Preußen, Italien und Frankreich als quasi Modelle der vollendeten homogenen Nationalstaaten mit Souveränität und Macht beachtet, so kann es nicht verwundern, dass die multinationale monarchistische Idee der Habsburger-Monarchie demgegenüber als veraltet und rückständig wirkte. Gerade die Industrialisierung und der Kapitalismus hatten zu ungleicher Verteilung des Wohlstandes zwischen Zentrum und Peripherie geführt, was auch eine weitere Legitimationsgrundlage der nationalistischen Bewegungen in der Peripherie darstellte.³⁶¹

Im Gegensatz zu den Nationalbewegungen der Polen, Slowaken, Rumänen, Tschechen und der Balkanvölker gab es in Österreich selbst kaum eine Grundlage, um sich als eigenständige Nation zu fühlen oder sich als eine solche etablieren zu wollen. „As compared to the growth of other peripheral nationalisms in the Habsburg Empire, a specific Austrian patriotism or nationalism had been the weakest of all. If it existed, then it was primarily in the form of a Great German-Austrian identity that was identical with the multinational Empire and carried by the imperial state administration, the army and the empire-oriented bourgeoisie, which benefited from the state institutions and economic opportunities the Empire offered.“³⁶²

Neben dieser dem Kaiserreich verbundenen Identität gab es auch zwei andere Komponenten österreichischer Identität, welche sich in der Folge immer stärker auf Volksebene durchsetzten. Einerseits war da die schon angesprochene regionale österreichische Identität, welche im Parteiensystem der Monarchie vor allem von der Christlich-Sozialen Partei vertreten und angesprochen wurde und ihren breiten Rückhalt im ländlichen Gebiet der heutigen Bundesländer fand. Andererseits gab es den großdeutschen Nationalismus, der besonders nach der Niederlage Österreichs gegen Preußen 1866 Auftrieb erhielt. Der deutsche Nationalstaat in der Form Preußens erschien in der damaligen Zeit als ein geradezu verlockendes Modell im Gegensatz zur immer schwächer werdenden Habsburgermonarchie. Preußen war ein moderner Nationalstaat, militärisch erfolgreich, ökonomisch hoch entwickelt, mit einem demokratischeren säkularen politischen System.³⁶³

Bei der Analyse nach den Gründen, weshalb der Deutsch-Nationalismus gegen Ende der Monarchie so stark wurde, kommt man zu drei Hauptargumenten. Zuerst ist da

³⁶¹ Vgl. die Nationalismustheorie von Tom Nairn mit seinem Zentrum-Peripherie Modell.

³⁶² Willfried Spohn, 'Austria: From Habsburg Empire to a Small Nation in Europe', in Atsuko Ichijo und Willfried Spohn (Hrsg.), *Entangled Identities: Nations and Europe* (Aldershot: Ashgate, 2005), S. 59.

³⁶³ Vgl. Willfried Spohn, 'Austria: From Habsburg Empire to a Small Nation in Europe', in Atsuko Ichijo und Willfried Spohn (Hrsg.), *Entangled Identities: Nations and Europe* (Aldershot: Ashgate, 2005), S. 60.

der Kontext einer zunehmenden Nationalisierung der politischen Landschaft in der Habsburgermonarchie durch die Emanzipationsansprüche der verschiedenen Völker. Der Nationalismus fiel in den vom starren autoritären monarchischen System der Habsburger politisch nur wenig berücksichtigten Intellektuellen Eliten der Slawen, Polen und Rumänen auf fruchtbaren Boden. Auch das ökonomische Argument der ungerechten Verteilung kam in einem so unterschiedlich entwickelten Reich gut zur Geltung.

Am Beispiel des Eisenbahnbaues in „rückständigen“ Gebieten der Monarchie kann man diese Ideologisierung gut nachvollziehen. Was für die österreichischen Beamten Infrastrukturprojekte zur Förderung der Modernisierung von unterentwickelten Gebieten im Süd-Osten der Monarchie waren, stellten zeitgleich für die einzelnen Nationalbewegungen „Imperialismus“ dar. Natürlich hat alles mehrere Seiten, je nachdem, aus welcher Perspektive man es betrachtet. Wenn die Eisenbahn von führenden österreichischen Beamten als ein Förderer des Nationalismus eingestuft wurde, so taten sie dies aus ihren Erfahrungen. Unbestritten ist jedoch, dass der aufstrebende Nationalismus der nicht-deutschen Volksgruppen im Kontext der starren, anti-demokratischen und anti-nationalen Grundeinstellung der Habsburgermonarchie dem Deutsch-Nationalismus seine Popularität ermöglichte.

Der zweite Grund lag an den Deutsch-Österreichern selbst. Die gebildete Mittelklasse entwickelte eine zunehmende Identifikation mit dem deutschen Kultur-Nationalismus, im Glauben daran, dass die deutsche Sprache und Kultur die Basis für eine vereinte deutsche Nation sei. Vor allem die akademische Elite der deutsch-österreichischen Universitäten orientierte sich zumeist an deutscher Wissenschaft und Kultur. Die Studentenverbindungen etablierten sich nun zumeist als deutsch-national. Auch andere Kulturvereine und Sportklubs, welche ideologisch zuerst dem Liberalismus und danach dem Sozialismus nahestanden, entwickelten sich als Parallelstrukturen zu den Bewegungen in Deutschland.³⁶⁴

Drittens führte dies im politischen System zu Parteien, die sich in ihrer Mehrheit am deutschen Modell orientierten.³⁶⁵ Dies traf vor allem auf die Massenparteien zu, die sich im Laufe der Zeit an der Popularität des Nationalismus orientierten. Dies wiederum wirft die Frage auf, ob eine Demokratisierung der Monarchie das Nationalitätenproblem beseitigt hätte oder ob die Forderungen der Nationalbewegungen nach Souveränität nicht von Grund auf unvereinbar mit der multinationalen Monarchie waren.

³⁶⁴ Vgl. Willfried Spohn, 'Austria: From Habsburg Empire to a Small Nation in Europe', in Atsuko Ichijo und Willfried Spohn (Hrsg.), *Entangled Identities: Nations and Europe* (Aldershot: Ashgate, 2005), S. 60.

³⁶⁵ Vgl. ebenda.

Die Popularität der deutsch-nationalen Idee wurde mit dem Zusammenbruch der Monarchie im Auge der damaligen österreichischen politischen Elite nur bestätigt. Am 12. November 1918 gründete man die damals als bis zum Anschluss an Deutschland provisorisch angesehene Republik Deutsch-Österreich.³⁶⁶ Zudem führten die Verhandlungen zum Friedensvertrag von *Saint-Germain-en-Laye*, der am 10. September 1919 unterzeichnet wurde, den ÖsterreicherInnen vor Augen, wie das Reich von den Siegermächten zu einem „Rumpfstaat“ reduziert wurde. Dass die deutschsprachigen Teile von Böhmen und Mähren sowie Süd-Tirol nicht zu Österreich kamen und auch der Anschluss Österreichs an Deutschland verboten wurde, machte deutlich, wie sehr den Alliierten (vor allem Frankreich) die Stärke von geschlossenen Nationalstaaten (in diesem Falle eines deutschen) bewusst war.

Damit hatte Frankreich sein oberstes Kriegsziel erreicht: der Erbfeind Österreich wurde bis auf einen Rumpfstaat reduziert und die deutschsprachigen Gebiete auf mehrere Staaten aufgeteilt. Der französische Premierminister Clemenceau soll angeblich gesagt haben, „und der Rest, das ist Österreich“. Formulierung hin oder her, die Aussagen von Clemenceau aus dem Jahre 1929 sollen an dieser Stelle nicht zeigen, dass dieser ein Nationalist gewesen sei, sondern nur welche Art des nationalen Denkens damals in der Politik vorherrschte. Dies sollte auch die Logik veranschaulichen, aufgrund deren vor allem Frankreich eine Vereinigung der deutschen Nation fürchtete. Clemenceau sagte im Jahre 1929 in einem Gespräch mit Jean M. Martet über die Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland folgendes:

„France is beset by many dangers, some from within, some from without. [...] She is threatened by the English, by the Americans [...] she is in peril, like everything that lives. [...] I can assure you that before 1870 I hardly thought of Prussia. [...] And then the war came, and we were beaten, and the Prussians took from us Alsace and Lorraine. [...] You see, the law of things let Prussia give us a nasty knock, exact guarantees, every possible guarantee for the future; but it did not let her steal town and villages from France, whose frontiers were fixed, and which was a living entity. At heart the Germans – and this is their strength and their weakness – have not a very clear idea what a nation is; [...] So there was that peace, lasting for forty years, during the whole of which time the Germans have in various ways clearly shown their regret at not having completely crushed us in 1870.“³⁶⁷

³⁶⁶ Vgl. Paul Luif, 'The Austrian View of Nationality', in Kjell Goldmann und Karin Gilland (Hrsg.), *Nationality versus Europeanisation: the national view of the nation in four EU countries* (Stockholm, 2001), S. 88.

³⁶⁷ Jean M. Martet, 'M. Clemenceau and the Versailles Peace Treaty', in *Journal of the Royal Institute of International Affairs*, Vol. 9, Nr. 6 (Blackwell, Nov. 1930), S. 790.

Bezüglich der Eigenschaften der Deutschen meint er ganz klar, dass diese anders seien als die anderen Nationen und dass mit den Deutschen auf Dauer kein Frieden herrschen könne, weil diese nicht wirklich menschlich sind:

“Because the Germans are a race [...] how shall I put it [...]? You have for example France, England, Italy [...]. In following their instincts and impulses they are capable of many follies, of upsetting the world, of putting the match to the gunpowder. But this much can be said for them – and it is rather reassuring – that whether their motives be good or bad, whether they are actuated by the pride or passion, they are *human* people, they have in them the common strain of humanity, they are, in spite of all, of the same race, and see and feel in the same way.”³⁶⁸

Besonders abfällig spricht er über die Deutschen, wenn es um deren Einstellung zum Leben im Allgemeinen geht. Nicht nur, dass die deutsche Kultur abgewertet wird, es wird sogleich den Deutschen überhaupt die Zugehörigkeit zur menschlichen Rasse abgesprochen und diese mit mörderischen Tieren gleichgesetzt, die einzig und alleine töten wollen:

„In the German spirit – in German art, philosophy, literature – one finds a lack of appreciation of what life really is, of its charm and grandeur, and an unhealthy, satanic liking for death. Those animals love death. [...] Why are they like that? I have no idea. [...] Look again at their poets: you find death, on foot, in the saddle [...] everywhere! In every attitude, in every guise. They are governed, haunted by it. [...] It follows that the Boche and the Frenchman fight as well the one as the other; but they fight for different reasons: the Frenchman to defend his native land, to dazzle the populace, the Boche to kill.”³⁶⁹

Der an Clemenceau's nationaler Sichtweise anschließende Verweis des Autors auf die politischen Gegner der Ideen Clemenceau's zeigen auch, dass es damals sehr wohl Befürworter eines toleranteren Europas gab. Die damalige politische Situation Deutschlands Anfang der 1930er Jahre war jedoch schon zu sehr dem Nationalismus verfallen, als dass die Entwicklungen, die 1918 ihren Anfang nahmen, noch aufzuhalten gewesen wären.

„Immediately after the death of M. Clemenceau I read an article – an excellent article, be it said – by Mr. Lloyd George. In it, while he spoke in the highest terms of the energy and courage of M. Clemenceau, he reproached him, though not explicitly, with a

³⁶⁸ Jean M. Martet, 'M. Clemenceau and the Versailles Peace Treaty', in *Journal of the Royal Institute of International Affairs*, Vol. 9, Nr. 6 (Blackwell, Nov. 1930), S. 792.

³⁶⁹ Jean M. Martet, 'M. Clemenceau and the Versailles Peace Treaty', in *Journal of the Royal Institute of International Affairs*, Vol. 9, Nr. 6 (Blackwell, Nov. 1930), S. 792f.

kind bitterness for having too passionately defended the interests of his country. Mr. Lloyd George seemed to regret that M. Clemenceau had not behaved as a great 'European.' Alas! to the very great benefit of France M. Clemenceau was – as M. Léon Daudet has excellently put it – of *limited* intelligence, and he did not bother about understanding everything, for he wished neither to excuse nor to admit everything.”³⁷⁰

Es gab damals jedoch auch in Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Österreich eine Reihe von Intellektuellen, die sich für ein tolerantes, vereintes Europa der Kooperation und Zusammenarbeit und sich gegen eine Politik des Nationalismus einsetzten, wie sie von Clemenceau, besonders aber auch von den deutschen Nationalisten vertreten wurde. Jean M. Martet verweist beispielsweise auf politische Gegner Clemenceau's wie Lloyd George, Marshal Foch, M. Poincaré, M. Briand, M. Louis Marin und M. Franklin-Boullion.³⁷¹

Doch die Zeit der großen EuropäerInnen war noch nicht gekommen. Der Nationalismus war auch auf Ebene der politischen Eliten die vorherrschende Ideologie, da man damit versuchte, die Massen für seine politischen Ziele zu gewinnen. Damit ist es auch verständlich, weshalb der Deutsch-Nationalismus in Österreich auch auf politischer Ebene, vor allem in der österreichischen Sozial Demokratie, so populär wurde. Dies war kurz umrissen die Ausgangsposition bei der Gründung der 1. Republik am 12. November 1918.

4.2. Die 1. Republik - Anfänge einer eigenständigen österreichischen nationalen Identität

Im Friedensvertrag von St. Germain 1919 wurde der 1. Republik der Name Deutsch-Österreich sowie auch der Anschluss an Deutschland verboten. Jegliche Referenden über einen Anschluss an Deutschland wurden untersagt und die Eigenstaatlichkeit Österreichs als sogenannter „Rumpfstaat“ wurde von den Alliierten durchgesetzt. Dies wurde schlussendlich nur von der Christlich-Sozialen Partei akzeptiert, welche - nach einer anfänglichen Großen Koalition mit den Sozial Demokraten - ab 1922 an die Macht kam und damit begann, einen österreichisch-katholischen Nationalismus zu fördern.

Die damalig breite Unterstützung zugunsten einer Vereinigung mit Deutschland zeigen die eindeutigen Ergebnisse von Referenden in Tirol und in Salzburg, in welchen

³⁷⁰ Jean M. Martet, 'M. Clemenceau and the Versailles Peace Treaty', in *Journal of the Royal Institute of International Affairs*, Vol. 9, Nr. 6 (Blackwell, Nov. 1930), S. 793.

³⁷¹ Vgl. ebenda, S. 793.

sich die Bevölkerungen zu 99 Prozent für die Vereinigung mit Deutschland aussprachen.³⁷²

Folgende zwei Zeitungsberichte zum zehnten Gründungstag der Republik Österreich geben einen guten Einblick in die damalige politische Stimmungslage. Beide Lager, sowohl die Christlich Sozialen als auch die Sozial Demokraten waren der Auffassung, dass der Beginn der neuen Republik Österreich ein äußerst schwieriger war.

Aus sozial-demokratischer Perspektive zeigt der Artikel der *Arbeiter-Zeitung*, „Es lebe die Republik!“, deutlich, dass man mit der Vergangenheit, so furchtbar sie auch war, abgeschlossen hatte und die Zukunft in der Republik sah.

“In chaotischer Unordnung strömten die Soldaten in die Heimat: hungrig, zerlumpt, verwildert, von leidenschaftlicher Rachgier durchwühlt [...]. Die Kriegsbetriebe sperrten ihre Tore. Arbeitslos strömten Massen, Not und Qual und Verzweiflung in den Seelen, auf die Straße. Kein Mehl, kein Fett, kein Fleisch, keine Kohle im Lande. Der Hunger mordet die Alten und die Kinder. Die Verzweiflung marschiert durch die Straßen [...].

Slawen und Magyaren abgefallen. Das alte Reich zerschlagen. Alle staatliche Gewalt aufgelöst. Das Chaos, der blutige Krieg aller gegen alle um das letzte Stückchen Brot droht [...]. Aristokraten, reiche Bürger, Generale betteln bei den Generalen der Siegermächte, sie mögen Deutschösterreich mit ihren Truppen besetzen. [...]

In der Zeit der Hungerrationen, in der Zeit, das Selbst der Straßenbahnverkehr eingestellt und die Straßenbeleuchtung gedrosselt werden musste, weil keine Kohle da war, die Elektrizitätswerke zu speisen [...] hat die Sozialdemokratie die Massen mit rein geistigen Mitteln, ohne Appell an die Gewalt geführt [...].

[...] So, gestützt auf das Vertrauen, auf die Einsicht, auf die Opferwilligkeit der Massen, hat die Sozialdemokratie die Republik aufgebaut.“³⁷³

Auch die konservative *Reichspost* wies auf die Schrecken des Weltkrieges, dem Zerfall des Reiches und den dramatischen Umständen der Gründungszeit hin. In dem Artikel „Gedenken“ wird jedoch verstärkt auf die glorreiche Vergangenheit und den schädlichen Nationalismus im ehemaligen multi-nationalen Reich hingewiesen. Das von den siegreichen Alliierten übermittelte Fremdbild des „übriggebliebenen Restes“ (*„L’Autriche c’est ce qui reste“*³⁷⁴, wie Clemenceau angeblich so schön sagte) des

³⁷² Vgl. Willfried Spohn, 'Austria: From Habsburg Empire to a Small Nation in Europe', in Atsuko Ichijo und Willfried Spohn (Hrsg.), *Entangled Identities: Nations and Europe* (Aldershot: Ashgate, 2005), S. 60.

³⁷³ 'Es lebe die Republik!' in *Arbeiter-Zeitung*, 11. November 1928, Nr. 314 (Nov. 1928), S. 2, zit. in Forum Politische Bildung (Hrsg.), *Wendepunkte und Kontinuitäten: Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte* (Wien: StudienVerlag, 1998), S. 58.

³⁷⁴ Zit. in Paul Luif, 'The Austrian View of Nationality', in Kjell Goldmann und Karin Gilland (Hrsg.), *Nationality versus Europeanisation: the national view of the nation in four EU countries* (Stockholm, 2001), S. 88.

einstigen Reiches, prägte sich auch im österreichischen Bewusstsein ein und wurde unweigerlich zum Selbstbild. Insofern kann man es nicht als rein subjektive Wahrnehmung von deutsch-nationalen Extremisten abtun, wenn sich der Großteil der Bevölkerung damals nicht als stolze Österreicher, sondern als Deutsche gefühlt hat.

„Es ist nicht die Erinnerung an einen Sieg oder an den Triumph einer Idee zu feiern. [...]

Es hieße den Tag der Republik mit Unaufrichtigkeit und mit einer Geschichtlichen Unwahrheit begehen, wenn man den 12. Dezember [sic! November, Anmerkung des Autors] 1918 in den Glanz eines heroischen Erlebnisses tauchte. Die Zerstückelung der Monarchie ist ein geschichtlicher Akt, der fast ausschließlich auf den Schlachtfeldern erledigt wurde. Gewiß waren die nationalen Kräfte, die an dem Gefüge des Habsburgerreiches rüttelten, sehr stark; aber sie wären alle zusammen nicht stark genug gewesen, den weitläufigen Bau in Trümmer zu legen, wenn nicht das Waffenglück und die wirtschaftliche Überlegenheit der alliierten Mächte gegen die Mittelmächte entschieden hätten. Diese Wahrheit bildet das erste Kapitel der Geschichte aller Nachfolgestaaten und besonders des neuen Österreich.

Man kann von einer österreichischen Revolution kaum sprechen. Unser Land ist übriggeblieben, als die anderen Nationen zu den Siegern abschwanken, um ihre nationalen Ziele zu verwirklichen oder gegen allzu harte Friedensbedingungen Schutz zu suchen. [...]

Vergessen wir nicht, dass mit der Erringung der Selbstständigkeit Deutschösterreichs der schmerzliche Verlust blühender deutschösterreichischer Länder verbunden war, vergessen wir nicht, dass ein großes, organisch gewachsenes Wirtschaftsgebiet zerrissen wurde, dass die deutschösterreichische Arbeit ihre sichersten Märkte, die deutschösterreichische Intelligenz viele Tausende von Arbeitsstätten verlor; vergessen wir nicht, dass Wien aufhörte, die Hauptstadt Mitteleuropas zu sein und durch lange Zeit eine Stadt der Armut wurde. Vergessen wir nicht auf diese Tatsachen – nicht um unsere Herzen mit Bitterkeit zu erfüllen, sondern um den 12. Dezember mit dem geziemenden Ernst zu begehen. [...]

Auch unsere Ehrenpflicht ist es, jener Mitbürger im Soldatenkleid zu gedenken, die den Geburtstag des neuen Österreich nicht mitfeiern können, weil sie für das alte Österreich gefallen sind.

Die große Mehrheit des österreichischen Volkes hat bis in den Sommer 1918 an die Möglichkeit einer Neukonstruktion der Donaumonarchie geglaubt. Auch manche sozialdemokratische Führer, nicht die schlechtesten Köpfe unter ihnen, hingen mit dem Herzen an dem alten Reich; [...] nur eine kleine Gruppe schlug einen revolutionären Kurs ein, und zwar erst dann, als der Sieg der Mittelmächte zweifelhaft geworden war.

In den Wochen des Zusammenbruchs änderte sich das Bild. Nun wollten sie plötzlich alle geborene Revolutionäre und Väter der Republik sein.³⁷⁵

³⁷⁵ ‚Gedenken.‘ in *Reichspost*, 11. November 1928, Nr. 315 (Nov. 1928), S. 1-2, zit. in Forum Politische Bildung (Hrsg.), *Wendepunkte und Kontinuitäten: Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte* (Wien: StudienVerlag, 1998), S. 59.

Im Laufe der Zeit etablierte sich eine gewisse Akzeptanz der 1. Republik als eigenständiger Staat. Problematisch war jedoch die schwierige wirtschaftliche Lage und dass man sich kulturell noch immer als zur deutschen Nation zugehörig fühlte. Dies sollte sich auf politischer Ebene vor allem mit der Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland schlagartig ändern.

4.2.1. Die Österreichideologie in der 1.Republik

Mit der Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft im deutschen Reich, der massiven nationalsozialistischen Anschlusspropaganda und der zunehmenden Radikalisierung der österreichischen Innenpolitik, welche in der Errichtung der Diktatur in Österreich gipfelte, kam es zu grundlegenden Veränderungen.

Das austro-faschistische Regime³⁷⁶, das ab 1934 unter Engelbert Dollfuß die Macht übernahm, wollte mit Hilfe einer „Österreichideologie“ die nationale Identität Österreichs gegenüber den Deutsch-Nationalen fördern. So wurden die Geschichte der Habsburger-Monarchie und die des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation so interpretiert, dass sich daraus eine historische „österreichische Mission“ zur Errichtung des „Wahren Reiches“ ableiten ließ.³⁷⁷ Diese Ideologie wies jedoch gegenüber dem Nationalsozialismus eine sehr schwache Anziehungskraft auf, da im Grunde die selben Ziele verfolgt wurden und beide Ideologien auf der deutschen Volkstumsideologie aufbauten, welche die deutsche Kultur als überlegen ansah und daraus für die Zukunft eine kulturell begründete, politische Vorherrschaft in Europa beanspruchte.³⁷⁸

Ein Element dieser „Österreichideologie“ wirkt bis in die 2. Republik und wurde zu einem wichtigen Pfeiler in der Konstruktion der nationalen Identität der ÖsterreicherInnen als „die besseren Deutschen“. Dabei beruhte die Konstruktion der „besseren Deutschen“ in der Österreichideologie auf der Annahme, dass den Deutsch-ÖsterreicherInnen zwei Aufgaben zukämen: „die innerdeutsche Missionierung vor allem der in diesem Verständnis schlechteren nationalsozialistischen Deutschen durch die sozusagen ‚besseren‘, weil katholischen, ‚geschmeidigeren‘, kulturell angeblich höher

³⁷⁶ Anstatt des Begriffes des hier verwendeten „Austro-Faschismus“ wird in der Literatur auch des Öfteren vom „Ständestaat“ gesprochen. Da die in der Verfassung festgeschriebenen Stände in der Realität nie umgesetzt wurden und eine aktive Partizipation der Bevölkerung an der Politik nicht zugelassen wurde kann man nur schwerlich von einem Ständestaat sprechen.

³⁷⁷ Vgl. Anton Staudinger, 'Die nationale Frage im Österreich der Ersten und Zweiten Republik', in Erich Zöllner (Hrsg.), *Volk, Land und Staat: Landesbewußtsein, Staatsidee und nationale Fragen in der Geschichte Österreichs* (Wien: ÖBV, 1984), S. 173.

³⁷⁸ Vgl. Anton Staudinger, 'Die nationale Frage im Österreich der Ersten und Zweiten Republik', in Erich Zöllner (Hrsg.), *Volk, Land und Staat: Landesbewußtsein, Staatsidee und nationale Fragen in der Geschichte Österreichs* (Wien: ÖBV, 1984), S. 173f.

stehenden Deutschen in Österreich und auf Grund dieser Vorzüge die Führung des Gesamtdeutschtums durch die österreichischen Deutschen im Rahmen der in europäischer, ja weltweiter Perspektive gesehenen ‚deutschen Mission‘.³⁷⁹

Ähnlich wie bei der modernen nationalen Identität Österreichs der Jahre nach dem 2. Weltkrieg, so nutzte auch die Österreichideologie der 1. Republik Symbole und Mythen der Habsburgermonarchie. Trotz der Neugründung der beiden „neuen“ (republikanischen) Österreichs war der politischen Elite scheinbar klar, dass die historischen Symbole und Mythen des „alten“ (monarchistischen) Österreichs in ihrer Identität stiftenden Wirkung bei der Entwicklung einer österreichischen nationalen Identität unersetzbar sind. Anton Pelinka verweist auf die alten Elemente des Österreich-Patriotismus ab 1934.

„Unter Rückgriff auf Symbole des alten Österreich – ausgedrückt in den wieder eingeführten Uniformen der k.u.k.-Armee und in den nun wieder offiziell genehmigten Adelstiteln – wurde eine Kontinuität zwischen der transnationalen Großmacht der Monarchie und dem kleinen Österreich betont.“³⁸⁰

Die Ansprüche und die Realität dieser Österreichideologie klafften so weit auseinander, dass ihre Defensivkraft gegenüber dem Nationalsozialismus des Deutschen Reiches sehr gering war. Zudem unterstützte sie auch das Gefühl der kulturellen Zugehörigkeit der österreichischen StaatsbürgerInnen zur deutschen Nation. Dies trug in der Folge dazu bei, dass 1938 der Anschluss ideologisch leichter zu akzeptieren war.³⁸¹

4.3. Die moderne österreichische nationale Identität in der 2. Republik

Mit der Errichtung eines ökonomisch erfolgreichen, demokratischen Staates gelang es den Politikern der 2. Republik nach Ende des 2. Weltkrieges eine vom Deutsch-Nationalismus getrennte österreichische nationale Identität aufzubauen. Die Rahmenbedingungen für diesen Prozess der Identitätsbildung waren zur Gänze unterschiedlich zu jenen des Jahres 1918. Während nach Auflösung der Monarchie die Eigenstaatlichkeit Österreichs abgelehnt wurde und eine Vereinigung mit Deutschland das klare Ziel der meisten österreichischen Politiker war, so gab es 1945 nach den

³⁷⁹ Anton Staudinger, ‚Die nationale Frage im Österreich der Ersten und Zweiten Republik‘, in Erich Zöllner (Hrsg.), *Volk, Land und Staat: Landesbewußtsein, Staatsidee und nationale Fragen in der Geschichte Österreichs* (Wien: ÖBV, 1984), S. 173.

³⁸⁰ Anton Pelinka, ‚Österreichische und jüdische Identität‘, in Anton Pelinka et al., *Kreisky Haider: Bruchlinien österreichischer Identitäten* (Wien: Braumüller, 2008), S. 14.

³⁸¹ Vgl. ebenda, S. 175.

Schrecken des 3. Reiches keinen Zweifel daran, dass die österreichische Politik ihre demokratische Eigenstaatlichkeit zurückgewinnen möchte.³⁸²

Hinzu kam, dass man sich durch die Erfahrungen der Jahre von 1938 bis 1945 bewusster denn je war, dass man sich von Deutschland unterschied, beziehungsweise auch unterscheiden wollte. Dies wird heute als opportunistisch eingestuft, da man den ÖsterreicherInnen vorwerfen kann, dass sie sich ihrer Verantwortung an den Verbrechen des Nazi-Regimes entledigen wollten und den Mythos, das erste Opfer Hitler Deutschlands gewesen zu sein, tatkräftig unterstützten.³⁸³ Die Auseinandersetzung mit der Mitschuld Österreichs an den Verbrechen des 3. Reiches begann erst sehr spät und wurde vor allem mit der sogenannten „Waldheim-Affäre“ zum Thema der öffentlichen Diskussion.

Der so genannte „Opfer Mythos“ war ein Grundstein für die Entwicklung der 2. Republik, da durch ihn das Selbstbild der ÖsterreicherInnen und das Fremdbild Österreichs durch die Alliierten bestimmt wurde. Es handelt sich dabei um das Narrativ, dass die souveräne Republik Österreich durch den Einmarsch Hitler-Deutschlands zum ersten Opfer Nazi-Deutschlands wurde. Diese sehr einseitige Darstellung wurde benutzt, um einerseits für Österreich gute Bedingungen für die Friedensverhandlungen zu gewähren. Andererseits wurde für die Alliierten dadurch auch garantiert, dass Deutschland und Österreich nicht wieder vereinigt wurden. Die Teilung Deutschlands war von jeher eines der obersten Ziele alliierter Politik, sodass die Vergangenheitsbewältigung der österreichischen Bevölkerung natürlich nachrangig war. Zusätzlich war die Verbreitung dieses Narrativ auch Teil der Identitätspolitik der Alliierten, zusammen mit der österreichischen Politik eine eigene nationale österreichische Identität zu formen und diese im Bewusstsein der Bevölkerung zu vertiefen. „There were continuous efforts to institutionalize national symbols, to nationalize the universities, to re-write school books and to develop a public discourse on Austrian history and heritage.“³⁸⁴ Auch wenn dieser Prozess natürlich auch zu einigen Konflikten und Debatten über die österreichische Geschichte führte, so war insbesondere

³⁸² Vgl. Anton Staudinger, 'Die nationale Frage im Österreich der Ersten und Zweiten Republik', in Erich Zöllner (Hrsg.), *Volk, Land und Staat: Landesbewußtsein, Staatsidee und nationale Fragen in der Geschichte Österreichs* (Wien: ÖBV, 1984), S. 176.

³⁸³ Vgl. Paul Luif, 'The Austrian View of Nationality', in Kjell Goldmann und Karin Gilland (Hrsg.), *Nationality versus Europeanisation: the national view of the nation in four EU countries* (Stockholm, 2001), S. 93.

³⁸⁴ Willfried Spohn, 'Austria: From Habsburg Empire to a Small Nation in Europe', in Atsuko Ichijo und Willfried Spohn (Hrsg.), *Entangled Identities: Nations and Europe* (Aldershot: Ashgate, 2005), S. 62.

die „De-nazifizierungspolitik“³⁸⁵ der Alliierten ein Schlüssel zur Konstruktion der österreichischen nationalen Identität.

Die Verdrängung der Mitschuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus war auch dafür verantwortlich, dass es in Österreich nicht zu einer vollkommenen Neukonstruktion der nationalen Identität kam. Im Gegensatz dazu war die moralische Schuld von West-Deutschland unüberwindbar und man rekonstruierte die deutsche nationale Identität in einer Form, die sich am besten durch „Verfassungspatriotismus“ beschreiben lässt. Dieser sollte Deutschland als eine Staatsnation, welche sich durch einen inklusiven, „civic“ Patriotismus auszeichnete, rekonstruieren. Diese neue inklusive Identität sollte die traditionelle deutsche Kulturnation mit ihrem ethnischen, exklusiven, auf der völkischen Ideologie aufbauenden Kern ersetzen.

In Österreich bewirkte die Identitätspolitik, dass sich nach 1955 – also relativ spät – eine eigene österreichische nationale Identität entwickelte. Durch den Opfermythos gelang es den ÖsterreicherInnen nach 1945 sich als „die signifikant Anderen“ gegenüber den „schlechten Deutschen“ zu identifizieren. Diese Differenz zu Deutschland war es auch, welche die Entwicklung der eigenen nationalen Differenz in Österreich im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit ermöglichte. Dass man die österreichischen Deutsch-Nationalen von dieser Differenzierung ausnahm, ermöglichte deren einfache Eingliederung in die österreichische Gesellschaft. Dadurch lassen sich auch die vielen Kontinuitäten nach 1945 erklären.

„Wenn die Vorstellung, dass die österreichische Identität auf der Eigenständigkeit einer österreichischen Nation aufbaute, zur herrschenden Einstellung wird, dann musste der so hegemonial gewordene Österreich-Patriotismus seine innerösterreichische Trennschärfe verlieren. Die Trennschärfe einer weitgehend akzeptierten österreichischen nationalen Identität richtete sich damit zunehmend nach außen – in Abgrenzung vor allem zu Deutschland; und kaum mehr nach innen – in Abgrenzung zum österreichischen Deutschnationalismus und den als negativ eingestuften Erfahrungen mit dessen Protagonisten. Mit dem Generationenwechsel wurde der Österreich-Patriotismus zum ‚mainstream‘ [...] normalisiert.“³⁸⁶

Dies lieferte exakt jene Voraussetzungen, die für die Herausbildung einer eigenen nationalen Identität notwendig waren, nämlich erstens die Differenz zu den Deutschen und zweitens die Charakteristika der österreichischen Nation. In der Fachliteratur zur

³⁸⁵ Vgl. Willfried Spohn, 'Austria: From Habsburg Empire to a Small Nation in Europe', in Atsuko Ichijo und Willfried Spohn (Hrsg.), *Entangled Identities: Nations and Europe* (Aldershot: Ashgate, 2005), S. 63.

³⁸⁶ Anton Pelinka, 'Österreichische und jüdische Identität', in Anton Pelinka et al., *Kreisky Haider: Bruchlinien österreichischer Identitäten* (Wien: Braumüller, 2008), S. 17.

Herausbildung kollektiver Identitäten, so auch von nationaler Identität, werden folgende Bedingungen als essentiell gesehen: „the distinctiveness of a collective in relation to other collectives, on the one hand, and the particular characteristics of a collective regardless of distinctiveness, on the other. [...] Sameness and difference, ‘us’ and ‘them’ are central to the concept of identity in the former sense; this is about the formation, strength, and implications of conceptions of sameness and difference [...] [zum Beispiel das Ausmaß in welchem sich ÖsterreicherInnen als „anders“ gegenüber den Deutschen sehen; die Art in welcher solche Perzeptionen rekonstruiert werden und die österreichische Gesellschaft sowie die Individuen beeinflussen; Anmerkung des Autors]. Identity research in the latter sense is simply concerned with what is special, or thought to be special, about people who share an identity in the former sense [...] [zum Beispiel was bedeutet es österreichisch zu sein, Anm. des Autors].³⁸⁷

Die historischen Probleme bei der Ausbildung der österreichischen Identität als Nation betrafen vor allem dessen mangelnde kulturelle Differenz zu Deutschland. Da nach 1945 Deutschlands nationale Identität mit Hilfe des so genannten Verfassungspatriotismus als Staatsnation – als Antithese zur traditionellen deutschen Kulturnation – rekonstruiert wurde und sich Österreich politisch entschlossen von Deutschland distanzierte, gelang es ab 1950, mit dem symbolischen Akt der Unterzeichnung des Staatsvertrages, ein österreichisches Nationalbewusstsein zu etablieren. Das berühmte Narrativ der viel umjubelten Rede des damaligen Außenministers Leopold Figl im Mai 1955 in Wien, bei der er den symbolischen Akt der Wiedererlangung der Souveränität der Republik Österreich mit dem Ausruf „Österreich ist frei!“ vor jubelnden Massen kundtat, zeigt den Enthusiasmus, der im Gegensatz zur 1. Republik scheinbar vorhanden und für die Ausbildung der nationalen Identität von großer Bedeutung war.

Wenn man die klassische Unterscheidung von nationalen Identitäten nach *ethnic* und *civic* durchführt, so kann man Elemente der modernen österreichischen nationale Identität als *ethnic*, also ethnisch definiert, einordnen. „Ethnic identity [...] encompasses the perception of community based on common history, a common culture, a common language, and/or a common religion. Civic identity, on the other hand, is about one’s way

³⁸⁷ Karin Gilland und Kjell Goldmann, 'Nationality and Europeanisation: Conclusions', in Kjell Goldmann und Karin Gilland (Hrsg.), *Nationality versus Europeanisation: the national view of the nation in four EU countries* (Stockholm, 2001), S. 167.

of organising society.”³⁸⁸ Wie bei so vielen Klassifikationen, so ist auch bei dieser Unterscheidung in der Realität selten eine der beiden in Reinform zu finden. Im Falle Österreichs handelt es sich, wie bei den meisten, um eine Mischform. Doch im Ländervergleich wird deutlich, dass man von einer überwiegend ethnisch definierten nationalen Identität sprechen kann, auch wenn sie natürlich nicht von allen ÖsterreicherInnen oder politischen Gruppierungen gleich gesehen wird.

„Still it is reasonable to characterise the Austrian conception of national identity as comparatively ethnic [...]. Dieser Befund lässt sich auch durch Analyse der Parteien bestätigen: „[...] two of Austria’s three main political parties, the People’s Party and the Freedom Party [ÖVP und FPÖ, Anm. des Autors], conceive of Austrian identity as largely a matter of culture, history, tradition, and way of life. The Social Democratic view [SPÖ, Anm. des Autors] is mixed and tends towards the civic end of the scale, but it too includes the notion of Austrian identity as a matter of history, language and culture.”³⁸⁹

Den Grund für die ethnische Prägung der österreichischen nationalen Identität im Gegensatz zum deutschen Verfassungspatriotismus ist in der unterschiedlichen Neukonstruktion der beiden Identitäten zu suchen. Durch die moralische Befangenheit der deutsch-nationalen völkischen Ideologie versuchte man sich im „neuen“ Deutschland nach 1945 von der traditionellen Idee der exklusiv definierten deutschen Kulturnation zu distanzieren. Im Gegensatz dazu herrschte in Österreich durch den „Opfermythos“ und der Euphorie der wieder erlangten Souveränität ab 1955 ein gewisser Nationalstolz, der sich durch das Narrativ des Wirtschaftswunders und den raschen Wohlstand im Bewusstsein der Bevölkerung vertiefte. Diese nationale Identität baute jedoch auf der vorhandenen Identität als Kulturnation auf und wurde nicht, wie in Deutschland, durch eine Rekonstruktion als Staatsnation ersetzt.

„The Austrians defined themselves, due to the ambiguities of the national meaning of the German cultural legacy, primarily as a Staatsnation and, at the same time, substituted gradually the German Kulturnation with an Austrian Kulturnation. This substitution included a purification of the German and Habsburg imperial components, the re-definition in a small-Austrian sense, and the transformation of regional and local traditions to national cultural salience. But the former

³⁸⁸ Karin Gilland und Kjell Goldmann, 'Nationality and Europeanisation: Conclusions', in Kjell Goldmann und Karin Gilland (Hrsg.), *Nationality versus Europeanisation: the national view of the nation in four EU countries* (Stockholm, 2001), S. 168.

³⁸⁹ Karin Gilland und Kjell Goldmann, 'Nationality and Europeanisation: Conclusions', in Kjell Goldmann und Karin Gilland (Hrsg.), *Nationality versus Europeanisation: the national view of the nation in four EU countries* (Stockholm, 2001), S. 168.

German Kulturation remained a layer of Austrian national identity either in its ethnic-völkish or in its cultural enlightenment components.³⁹⁰

Bei dieser neuen Identitätskonstruktion handelt es sich um eine Kombination aus neuen Elementen der Staatsnation mit alten Elementen der Kulturation und Elementen der „Österreichideologie“. Neue Elemente sind zum Beispiel der „Opfermythos“, die immer währende Neutralität (Österreich als Insel zwischen den zwei Blöcken, Ost und West), der Wohlfahrtsstaat als nationales Symbol des ökonomischen Erfolges sowie auf Ebene der Politik die Konsensorientiertheit – als Anti-These zum Lagerkampf der 1. Republik – ein Korporatismus in Form der Sozialpartnerschaft und die Regierungsform der Großen Koalition. Auf gesellschaftlicher Ebene zeichnet sich diese Konsensorientiertheit durch sozialen Frieden aus.³⁹¹

Ein anderes wichtiges Element, welches besonders die Differenz gegenüber den Deutschen hervorhebt, stammt aus der „Österreichideologie“. Hierbei handelt es sich unter anderem um den Stereotyp der gemütlichen, „geschmeidigen“ ÖsterreicherInnen, die an Kultur, Musik und gutem Essen interessiert sind. Diese Eigenschaften haben ihren Ursprung im Selbstbild der Deutsch-Österreicher der Habsburger-Monarchie, welches dann von der „Österreichideologie“ übernommen wurde. Der Kontrast zu den gemütlichen, genießenden ÖsterreicherInnen wären dann die effizienten, auf Fortschritt achtenden PreussInnen.

Ein anderes traditionelles Element ist die föderale Struktur und die Wertschätzung der Bundesländer. Diese haben bis heute eine historisch ungebrochene Vormachtstellung, wenn es um Identität in Österreich geht. Der schon erwähnte Staatsvertrag steht symbolisch für die politische und soziale Definition als „Willensnation“ und stellt eine *civic* Komponente in der Konstruktion der nationalen Identität dar.³⁹²

Dass es sich dabei um eine solch wichtiges Symbol handelt liegt wohl daran, dass es lange Zeit für unmöglich gehalten wurde, die sowjetische Zustimmung für einen militärischen und politischen Rückzug der Sowjetunion aus Österreich zu erhalten. Dass dies gelang, lag zuletzt auch an Stalins Tod im März 1953. Wenn man die objektive historische Beschreibung liest, dann hört sich die Beschreibung des Staatsvertrages weit

³⁹⁰ Willfried Spohn, 'Austria: From Habsburg Empire to a Small Nation in Europe', in Atsuko Ichijo und Willfried Spohn (Hrsg.), *Entangled Identities: Nations and Europe* (Aldershot: Ashgate, 2005), S. 63.

³⁹¹ Vgl. Paul Luif, 'The Austrian View of Nationality', in Kjell Goldmann und Karin Gilland (Hrsg.), *Nationality versus Europeanisation: the national view of the nation in four EU countries* (Stockholm, 2001), S. 95.

³⁹² Vgl. Paul Luif, 'The Austrian View of Nationality', in Kjell Goldmann und Karin Gilland (Hrsg.), *Nationality versus Europeanisation: the national view of the nation in four EU countries* (Stockholm, 2001), S. 95.

weniger geeignet an, um daraus ein großartiges nationales Symbol für Österreich zu machen. „On May 15, 1955, the State Treaty was signed. The treaty forbade unification with Germany or restoration of the Habsburgs and provided safeguards for Austria's Croat and Slovene minorities. Austrian neutrality and a ban on foreign military bases in Austria were later incorporated into the Austrian constitution by the Law of October 26, 1955.“³⁹³ In Schulbüchern werden die Hauptpunkte und deren Hintergründe natürlich nicht erwähnt. Vielmehr wurde aus der „erzwungenen“ Neutralität eines der Hauptelemente österreichischer Identität.

Die Kombination aus *ethnic* und *civic* Elementen der österreichischen nationalen Identität macht es für politische Parteien möglich, einen exklusiven Nationalismus zu aktivieren. Das Faktum, dass die Ausformung einer eigenen nationalen Identität nach 1945 höchste Priorität hatte, kann auf die Erfahrungen der 1. Republik zurückgeführt werden. Da es aber in Österreich keine Tradition einer republikanisch definierten nationalen Identität *à la française* gab und auch die deutsche romantische Tradition der Kulturgemeinschaft nach den Erfahrungen ab 1938 diskreditiert waren, entschied man sich für eine Kombination aus verschiedenen Elementen, welche jedoch eine starke österreichisch-nationale Prägung und eine nachhaltige Identifikation der Bevölkerung mit Österreich gewährleisten sollte.³⁹⁴

Da die Stabilität und Dauerhaftigkeit von nationalen Identitäten insbesondere durch „Ethno-Symbole“³⁹⁵ gesichert wird, verwundert es nicht, dass manche Elemente der modernen österreichischen nationalen Identität in der Tradition der deutschen Kulturnation stehen und sie daher auch exklusiv – über „ethno-symbolische“, kulturelle Elemente und historisch begründete Mythen und Narrative sowie auch über die deutsche Sprache – konstruiert wird. Insbesondere „junge Nationen“, so eben auch Österreich, neigen tendenziell zur Ausprägung einer exklusiven nationalen Identität, welche politisch wirksamer ist als die Identitätskonstrukte „alter Nationen“, die oft auf inklusiven Elementen aufbauen.³⁹⁶ Diese nationalen Identitätskonstrukte sind für die Errichtung und Stabilität eines neuen, modernen Nationalstaates aus innenpolitischer Sicht förderlich.

³⁹³ Lonnie Johnson, 'The Society and Its Environment', in Eric Solsten und David E. McClave (Hrsg.), *Austria: a country study*, 2. Auflage (Federal Research Division: Library of Congress, 1994), S. 56.

³⁹⁴ Vgl. Paul Luif, 'The Austrian View of Nationality', in Kjell Goldmann und Karin Gilland (Hrsg.), *Nationality versus Europeanisation: the national view of the nation in four EU countries* (Stockholm, 2001), S. 96.

³⁹⁵ Siehe dazu im Detail die Theorie des „Ethno-Symbolismus“ von Anthony D. Smith.

³⁹⁶ Unter „alten Nationen“ versteht man Nationen wie zum Beispiel Frankreich oder England. „Junge Nationen“ wären dementsprechend Österreich, Irland, Slowakei oder Kroatien.

Gerade bei demokratischen politischen Systemen spielt die Identifikation der Bevölkerung mit dem Staat eine große Rolle. Ohne eine gewisse kollektive Identität kann ein moderner demokratischer Wohlfahrtsstaat seine Funktionen wie zum Beispiel die Sicherstellung von breiter politischer Partizipation am politischen System, Steuereinhebungen und materielle re-distributive Maßnahmen aufgrund mangelnder Legitimation, nicht erfüllen. Bei historischer Betrachtung Österreichs wird deutlich, wie sehr der Erfolg der „Nationsbildung“ auch von den Rahmenbedingungen abhängig ist. Einer der grundlegenden Erfolgsfaktoren der 2. Republik war nicht nur der politische Wille, sondern vor allem auch die - im Gegensatz zur Zeit der 1. Republik - äußerst positiven ökonomischen Rahmenbedingungen. Mit Hilfe der finanziellen Unterstützung der USA für den Wiederaufbau aus dem Marshallplan und der darauf folgenden Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders waren die Rahmenbedingungen ideal, um eine kollektive Identität aufzubauen.

Der Erfolg der österreichischen Identitätspolitik nach dem 2. Weltkrieg lässt sich anhand *Abbildung 3* empirisch nachweisen. Hier wird deutlich, dass die gezielte Identitätspolitik in der 2. Republik einen deutlichen Erfolg bei der Ausformung und Einprägung einer spezifischen österreichischen nationalen Identität aufzuweisen hat.

Abbildung 3: Österreichisches Nationalbewusstsein, 1964-2000

Im Jahr 1964 stellten demnach noch 47 Prozent der ÖsterreicherInnen fest, dass sie keine Nation seien. 23 Prozent der ÖsterreicherInnen waren der Meinung, dass sie langsam beginnen sich als Nation zu fühlen. Ganze 15 Prozent jedoch stellten 1964 fest, dass Österreich keine Nation sei. Restliche 15 Prozent antworteten, dass sie nicht wissen, ob Österreich eine Nation sei.

1977 waren es dann schon 62 Prozent die meinten, Österreich sei eine Nation. Doch es waren immer noch 11 Prozent welche der Überzeugung waren, dass Österreich keine Nation sei. Weitere 11 Prozent wussten keine Antwort auf die Frage, ob Österreich eine Nation sei. Zehn Jahre später, 1987 waren es dann schon 75 Prozent, welche die Meinung vertraten, Österreich sei eine Nation. Nur mehr 5 Prozent der Befragten meinten, Österreich sei keine Nation. In den 90er Jahren bis zum Jahr 2000 blieben die Werte der Befragten, welche meinten Österreich sei eine Nation, konstant bei ungefähr 80 Prozent. Die ÖsterreicherInnen welche immer noch fanden, Österreich sei keine

Nation, überschritten niemals den Wert von 7 Prozent. Diese Abbildung verdeutlicht, wie erfolgreich die *identity politics* der Politik in Österreich nach dem 2. Weltkrieg war.

Die weiter oben ausgeführten Elemente der österreichischen Identität bildeten den Grundstein zur effektiven Einprägsamkeit und der Nachhaltigkeit des Nationalbewusstseins. Da die ethnischen Komponenten äußerst stabil sind, ist es von großer Wichtigkeit, sich die Entwicklung der *civic* und *ethnic* Elemente genauer anzusehen.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und dem darauffolgenden Ende des Ost-West-Konfliktes wurde Österreichs Selbstbild als wichtiger neutraler Staat zwischen den Blöcken plötzlich bedeutungslos. In *Abbildung 3* wird deutlich, dass es im Jahre 1989/90 zu einer Krise der österreichischen nationalen Identität kam. Waren es 1989 vor der Wiedervereinigung Deutschlands noch 79 Prozent, die Österreich als Nation sahen, so reduzierte sich dieser Wert 1990 auf 74 Prozent. Schließlich entschied man sich 1995 zur Eingliederung in die Europäische Union. Diese neue Rolle Österreichs hatte auch auf die Identität folgenreiche Auswirkungen. Willfried Spohn fasst die wichtigsten drei Folgen zusammen:

„First, there has been a further consolidation of an Austrian political national identity with diminishing tensions between the Austrian and German cultural components. Second, a contributing factor to the consolidation of Austrian national identity has been the growing political and cultural pluralisation of the Austrian nation. Thirdly, of importance here has been the rising impact of immigration and (im)migrant ethnic minorities and, as reaction, the transformation of the traditionally Great-German oriented right-wing nationalism into an Austrian neo-nationalism.“³⁹⁷

Als Folge dieses österreichischen Nationalismus und der fehlenden kritischen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit kann man eine Anfälligkeit für nationalistischen Rechtspopulismus innerhalb eines nicht zu unterschätzenden Teiles der österreichischen Bevölkerung konstatieren. Rechtspopulistische Parteien, wie die FPÖ und das BZÖ, greifen dabei mehr oder weniger erfolgreich auf vorhandene Muster, ausgrenzender, exklusiver nationaler Identität zurück.

Der Schriftsteller Robert Menasse analysierte die flexiblen, aber durchaus beständigen Eigenschaften der österreichischen Identität in seinem Essay „Es war

³⁹⁷ Willfried Spohn, 'Austria: From Habsburg Empire to a Small Nation in Europe', in Atsuko Ichijo und Willfried Spohn (Hrsg.), *Entangled Identities: Nations and Europe* (Aldershot: Ashgate, 2005), S. 64.

zweimal: Der Wiederholungszwang in der Zweiten Republik“, aus dem Jahre 1992. Dabei stellte er pointiert fest, dass es gerade für Österreich keine Stunde Null geben kann. Es gibt kein „neues“ Österreich und die vergangenen oft traurig bis schrecklichen Epochen sind nicht nur ein Teil der österreichischen Geschichte, sondern der Umgang damit sei typisch für die österreichische Identität.

„Völlig zu Recht, auch wenn er es nicht so meinte, sagte daher der Präsident des österreichischen Verwaltungsgerichtshofes a.D. Edwin Loebenstein bei einer Tagung anlässlich von '40 Jahren Republik Österreich – 30 Jahre Staatsvertrag': Österreichs Stellenwert verständlich zu machen, 'das dürfte, so glaube ich, in den vergangenen Jahrzehnten, sieht man von gewissen Pannen ab, die man besser vergessen und dem Ausland gegenüber als bedauerliche Fehlleistungen darstellen sollte, einigermaßen gelungen sein.'

Fehlleistungen sind nach Freud Kompromißbildungen zwischen der bewussten Intention und dem Verdrängten. Da das Verdrängte in Österreich aber so besonders lebendig ist und sich immer wieder so peinlich in Fehlleistungen zeigt, wird nie darauf vergessen zu mahnen: 'Besser vergessen!'

Wiederholungen haben in Österreich keinen therapeutischen Effekt, etwa im Sinn von 'Erinnern – Wiederholen – Durcharbeiten', sie passieren vielmehr auf Grund des Prinzips 'Vergessen – Wiederholen – dem Ausland erklären'. Die Gelassenheit, die Österreich diesbezüglich zeigt, obwohl dies allen historischen Erfahrungen zu widersprechen scheint, ist eigentümlicherweise selbst das Produkt einer historischen Erfahrung: nämlich der, daß die Österreicher die bisherigen Katastrophen so relativ unbeschadet überleben und in privaten Kontinuitäten erlösen konnten.³⁹⁸

Das aktive Vergessen von Fehlleistungen und deren Wiederholung zeigt sich bis heute. Wenn bei aktuellen Wahlkämpfen in Österreich Israel und der Islam, Juden und Muslime, von rechtspopulistischen PolitikerInnen also die signifikant „anderen“, instrumentalisiert werden, so ist es fraglich, wie jene PolitikerInnen die Geschichte Österreichs verarbeitet haben. Wenn in diesem angeblich so neuen Österreich, im Jahr 2009, noch immer Fremdenhass geschürt wird, kulturelle und religiöse Minderheiten als Sündenböcke für die negativen Folgen der Globalisierung und Europäisierung verantwortlich gemacht, diffamiert und ausgegrenzt werden, dann zeigt dies doch die ausgeprägten Kontinuitäten österreichischer Geschichte auf. Eine Karriere, welche die historischen Kontinuitäten Österreichs und den Umgang damit trefflich darstellt, ist jene des Künstlers Michael Powolny.

³⁹⁸ Robert Menasse, 'Es war zweimal: Der Wiederholungszwang in der Zweiten Republik', in *Ein-Sichten und Vor-Bilder: Überlegungen, Materialien und Texte zur Identität Österreichs* (Schulheft 66, 1992), S. 30.

„Powolny schuf unter anderem in der Monarchie Kaffeetassen mit Kaiserkrone, aber auch das Fries der Kaisertribüne des Wiener Trabrennplatzes, im Ständestaat den Dollfuß-Sakrophag, in der Nazizeit die Fassade des Hauses der Wehrmacht und den Adler mit Hakenkreuz, in der Zweiten Republik die Schilling-Münze (die mit dem Teufel) und vor allem die Gedenkmedaille 'Niemand vergessen!'“³⁹⁹

So wie diese Karriere waren in Österreich viele und es wäre fadenscheinig, sie als Einzelfall den man „besser vergessen“ solle, abzutun. Natürlich hat es bei der Gründung der 2. Republik Bestrebungen gegeben, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen und neu anzufangen. Die nationale Identität jedoch ist in ihrer Konstruktion nicht neu. Wie wir im zweiten und dritten Kapitel gesehen haben, zeichnet sich nationale Identität ja gerade dadurch aus, dass sie ihre Effektivität aus vorhandenen „ethno-symbolischen“ Elementen, historischen Mythen, Traditionen und überlieferten Narrativen bezieht. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass die exklusiven Elemente der österreichischen nationalen Identität bei Aktivierung, durch beispielsweise Rechtspopulismus, immer noch wirksam sind.

4.4. Nationalistischer Populismus als Triebfeder für EU-Ablehnung

Die Instrumentalisierung der in der Konstruktion der österreichischen Identität vorhandenen Muster von exklusiv definierter nationaler Identität bietet für national-populistische Parteien oder Gruppierungen die Möglichkeit, ihre Klientel politisch zu mobilisieren. Eine Voraussetzung dafür bietet auch die durch Migration veränderte Bevölkerungsstruktur Österreichs. Wie man auf *Abbildung 4* deutlich erkennen kann, zeichnet sich die heutige österreichische Gesellschaft durch einen hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund⁴⁰⁰ aus.

Abbildung 4: Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Österreich, 2008

³⁹⁹ Ebenda, S. 31f.

⁴⁰⁰ „Als Personen mit Migrationshintergrund werden hier Menschen bezeichnet, deren beide Elternteile im Ausland geboren wurden. Diese Gruppe lässt sich in weiterer Folge in Migrantinnen und Migranten der ersten Generation (Personen, die selbst im Ausland geboren wurden) und in Zuwanderer der zweiten Generation (Kinder von zugewanderten Personen, die aber selbst im Inland zur Welt gekommen sind) untergliedern.

Diese Definition von Migrationshintergrund folgt den ‘Recommendations for the 2010 censuses of population and housing’, Seite 90, der United Nations Economic Commission for Europe (UNECE).” [http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_migrationshintergrund/index.html] (28. April 2009)]

Im Durchschnitt Gesamtösterreichs wiesen im Jahre 2008 17,5 Prozent der österreichischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund auf. Noch viel deutlicher wird die Tatsache, dass es sich bei Österreich um ein Einwanderungsland handelt, wenn man sich die Zahlen für die Bundesländer Vorarlberg und Wien ansieht. Vorarlberg weist dabei einen Anteil von 21 Prozent und Wien einen Anteil von 35,4 Prozent auf.

In der Folge der Zuwanderung, welche insbesondere von der FPÖ politisch instrumentalisiert wurde, kam es zu einem Anstieg der Politisierung von kollektiven Identitäten und deren Differenz. Dabei ist interessant, dass nicht nur Rechtspopulisten, wie in der Vergangenheit Jörg Haider und aktuell der Obmann der FPÖ Heinz-Christian Strache, die Ängste und den exklusiven, weil ethnisch definierten Nationalismus schüren. Auch soziale Organisationen, wie zum Beispiel Arbeiter Organisationen, versuchen damit die so genannten „Modernisierungsverlierer“ in ihrer Klientel zu mobilisieren.⁴⁰¹

Eine besondere Rolle bei der Verbreitung, Aktivierung und Bestätigung von nationalistischen Gefühlen spielt in Österreich die Kronenzeitung. Sie fiel in der Vergangenheit immer wieder durch nationalistische, politische Kampagnen auf, in denen sie einen exklusiven Österreich-Nationalismus und Vorurteile gegen die EU und signifikant „andere“ wie MigrantInnen, AsylwerberInnen und Nachbarstaaten, schürte.

Die Voraussetzungen für den Erfolg von Rechtspopulismus, Fremden- und Islamfeindlichkeit liegen aber nicht nur im Kontext der Bevölkerungsstruktur, sondern auch in den ethnischen Komponenten der österreichischen nationalen Identität begründet, welche nach 1945, aufgrund mangelnder kritischer Verarbeitung der Geschichte, zum Teil weitergeführt wurden. „As compared to Germany, one of the crucial reasons for this is the lack of, or less impact of, a critical reassessment of the Nazi past and thus a stronger cultural and political continuity of traditional (anti-)foreign stereotypes.“⁴⁰²

4.4.1. Grundlagen des Populismus

Wie schon oben ausgeführt, spielen die Konstruktion der nationalen Identität und die Verbreitung von Nationalismus durch Massenmedien eine wichtige Rolle bei der Zunahme von Rechtspopulismus in Österreich. Da jedoch Populismus kein auf Österreich beschränktes Phänomen ist, so ist es wichtig, auf dessen Grundlagen näher einzugehen, um dann im weiteren Verlauf die Österreich spezifischen Auswirkungen analysieren zu können.

⁴⁰¹ Vgl. Willfried Spohn, 'Austria: From Habsburg Empire to a Small Nation in Europe', in Atsuko Ichijo und Willfried Spohn (Hrsg.), *Entangled Identities: Nations and Europe* (Aldershot: Ashgate, 2005), S. 65.

⁴⁰² Ebenda, S. 65f.

Die Ursachen und Entstehungsgründe der zunehmenden Attraktivität von Rechtspopulismus in den letzten Jahren führt Frank Decker auf die negativen Folgen der globalisierten Moderne zurück, nämlich Desintegration und Fragmentierung. Dabei unterscheidet er Veränderungen im Bereich der Ökonomie, der Kultur und des Sozialen.⁴⁰³ Ökonomisch kommt es zu einem Abbau wohlfahrtsstaatlicher Sicherungen und in der Folge zu einem Auseinanderdriften der Unterschiede zwischen Arm und Reich.⁴⁰⁴ Langfristig kommt es zu einer Verschärfung der Abstiegsängste eines wachsenden Teiles der bisherigen Mittelschicht. Entscheidend für die mögliche Instrumentalisierung der aufkommenden Ängste ist nicht die objektive ökonomische Situation der Betroffenen, sondern vielmehr deren subjektive Gefühle der eigenen Benachteiligung in einem immer intensiver werdenden „Verteilungskampf“.⁴⁰⁵

Verbunden damit kommt es auch zu einer sozialen Unsicherheit und Entfremdung, wodurch sich immer größere Teile der Bevölkerung politisch nicht mehr vertreten fühlen. Dies führt nicht nur auf nationaler Ebene zur oft diskutierten „Politikverdrossenheit“, sondern spielt auch bei der EU-Kritik eine wichtige Rolle. Wie Emmerich Tálos und auch Jörg Flecker feststellen, kommt es zu einem Zerfallprozess der bisher stabilen Lohnarbeitsgesellschaft, wodurch nicht nur berufliche Biographien von dauernden Brüchen gekennzeichnet werden, sondern es auch zu einer zunehmenden gesellschaftlichen Desintegration kommt: „Destabilisierung und Prekarität bedeuten, dass die gesellschaftliche Integration, also Teilhabe und Anerkennung, bedroht oder akut gefährdet ist. [...] Im Hinblick auf ihre Betroffenheit von den Folgen des Umbruchs sind weniger etwaige absolute Verschlechterungen als vielmehr die relativen Benachteiligungen von Bedeutung.“⁴⁰⁶

Durch den zunehmenden Rationalisierungs- und Flexibilisierungsdruck der Unternehmen, einer zunehmenden ökonomischen Unsicherheit von ArbeiterInnen und Unterschicht kommt es auch zu vermehrtem Abbau von Sozialsystemen und nationalstaatlicher Leistungen in einer globalisierten Welt. Die subjektiven Gefühle der Bedrohung und der Abstiegsängste betreffen vor allem die BürgerInnen in den

⁴⁰³ Vgl. Frank Decker, 'Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven', in Frank Decker (Hrsg.), *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* (Wiesbaden, 2006), S. 14.

⁴⁰⁴ Zur genaueren Analyse des Abbaues des österreichischen Sozialsystems siehe Emmerich Tálos, *Vom Siegeszug zum Rückzug: Sozialstaat Österreich 1945-2005* (StudienVerlag: Innsbruck, 2005).

⁴⁰⁵ Vgl. Frank Decker, 'Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven', in Frank Decker (Hrsg.), *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* (Wiesbaden, 2006), S. 14.

⁴⁰⁶ Jörg Flecker et al., *Die populistische Lücke: Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs* (Berlin, 2007), S. 13.

wohlhabenden Staaten und Regionen wie Österreich, Dänemark, Schweiz, Norditalien, Flandern, die Niederlande oder Norwegen.⁴⁰⁷ Dieser „Verteilungskampf“ unter den so genannten „Modernisierungsverlierern“ (also den Gruppen die besonders von den negativen Seiten der Globalisierung betroffen sind) findet also besonderen emotionalen Nährboden in den reicheren Regionen und Ländern Europas.

Folgende Aussage erklärt auch, wieso die EU für Populisten als idealer Sündenbock für die negativen Folgen der Globalisierung dienen und gleichzeitig Nationalismus geschürt werden kann: „Verlorene Handlungsspielräume lassen sich zwar auf der supra- und transnationalen Ebene partiell zurückgewinnen; gerade dadurch werden sie aber der demokratischen Kontrolle und Beeinflussbarkeit entzogen, die bislang ausschließlich im nationalstaatlichen Rahmen ihren Platz hatten.“⁴⁰⁸ Gerade die Übertragung von Souveränität an die EU stellt zwar partielle Erweiterung der Einfluss- und Steuermöglichkeiten dar, verhält sich aber bei der Wahrnehmung durch die Bürger höchst unterschiedlich. Bei großen Staaten, wie Deutschland oder Frankreich, fällt die Kommunikation der erweiterten Einflussmöglichkeiten um ein Vielfaches leichter als in kleinen, bisweilen außergewöhnlich wohlhabenden Ländern, wie Österreich.

Nun zum dritten Bereich der Veränderungen, welcher für den Populismus von größter Bedeutung ist, der Kultur. Unschwer ist zu erkennen, dass die Hauptargumentation der Rechtspopulisten aktuell nicht auf den Verteilungskampf abzielt. Vielmehr geht es nicht nur in Österreich, sondern in weiten Teilen Europas um die angebliche kulturelle Bedrohung der westlichen Werte, des christlichen Abendlandes durch Islam, „Überfremdung“ und multikulturelle Gesellschaft. Gerade die Slogans der FPÖ in den letzten Wahlkämpfen suggerieren eine Art Kulturkampf zwischen türkisch-islamischer und christlich-abendländischer Kultur. Wahlkampfparolen wie „Daham statt Islam“, „Bumering statt Muezin“, „Wien darf nicht Istanbul werden“, „Deutsch statt nix verstehn“ oder „Abendland in Christenhand“ sprechen eine deutliche Sprache.

Die zunehmende Möglichkeit der Instrumentalisierung von kultureller Differenz ist auf Veränderungen durch die Globalisierung im Bereich der Kultur zurückzuführen. Durch die Massenmigration über Kulturkreise hinweg sind die Differenzen des Lebensstils und der moralischen Orientierung deutlich sichtbarer geworden. Einstmalige, scheinbar homogene Nationen, die ihre Identität auf eine dominante Mehrheitskultur

⁴⁰⁷ Vgl. ebenda, S. 14.

⁴⁰⁸ Frank Decker, 'Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven', in Frank Decker (Hrsg.), *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* (Wiesbaden, 2006), S. 14.

begründen konnten, finden sich nun in mitten von multiethnischen und multikulturellen Gesellschaften wieder.⁴⁰⁹

Ein Problem für die großen Parteien der Mitte, SPÖ und ÖVP, ist, dass man sich lange Zeit nicht um die realen Ängste der Betroffenen angenommen hat. Diese fühlen keinerlei Unterstützung, weshalb Populismen, wie „Wir sind für den kleinen Mann“, auf fruchtbaren Boden treffen. „Weder das Schicksal der unteren Schichten, noch die Nachteile, die deren Mitglieder durch Einwanderung zu ertragen haben, finden in der Gesellschaft Anerkennung. [...] Gerade Mitglieder der sozialen Unterschichten erleben die Schattenseiten der multikulturellen Gesellschaft und werden mit einer politischen Ideologie des ethnisch homogenen Nationalstaats konfrontiert, der in krassem Widerspruch zu ihrer Lebenswirklichkeit steht.“⁴¹⁰

Auch das politische System Österreichs, die Institutionalisierung von Sozialpartnerschaft und großer Koalition als Idealtypus einer Konkordanzdemokratie, neigt dazu, populistische Protestparteien zu fördern. Denn wenn die großen Parteien durch jahrzehntelangen Proporz ein Herrschaftskartell bilden und die politischen Eliten zur Abgehobenheit neigen, bietet dies Angriffsfläche für Protestparteien.⁴¹¹ Die populistischen Parteien behaupten dabei, dass nur sie das „kleine Volk“ gegenüber den abgehobenen Eliten vertreten und bauen dabei auf die klassischen überhöhten positive Attribute des „Volkes“: „Es ist einfach, ehrlich und vernünftig, arbeitet hart und ist grundanständig. Dies ist Balsam für die geschundenen Seelen der Modernisierungsverlierer. Den orientierungslosen und sozial isolierten Menschen wird dadurch ein Gefühl der Zugehörigkeit vermittelt und ihnen eine soziale Identität gegeben.“⁴¹²

Als weiteres wichtiges Merkmal von Populismus dient die Abgrenzung von Minderheiten. Insofern wird deutlich, wieso der österreichische ethnisch definierte Nationalismus für die FPÖ so fruchtbar ist. Es gelingt mit Elementen der tief verankerten nationalen Identität nationalistische und fremdenfeindliche Ressentiments, insbesondere gegen Zuwanderer und muslimische Bevölkerungsgruppen, aufzubauen. „Bei

⁴⁰⁹ Vgl. Frank Decker, 'Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven', in Frank Decker (Hrsg.), *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* (Wiesbaden, 2006), S. 14.

⁴¹⁰ Jörg Flecker et al., *Die populistische Lücke: Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs* (Berlin, 2007), S. 21f.

⁴¹¹ Vgl. Frank Decker, 'Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven', in Frank Decker (Hrsg.), *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* (Wiesbaden, 2006), S. 15.

⁴¹² Vgl. Tim Spier, 'Populismus und Modernisierung', in Frank Decker (Hrsg.), *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* (Wiesbaden, 2006), S. 37.

Rechtspopulisten sind dies üblicherweise Ausländer, es können aber durchaus auch andere kulturelle, religiöse oder sprachliche Minderheiten sein. Häufig findet man auch Intellektuellenfeindlichkeit oder – insbesondere bei Linkspopulisten – eine personalisierte Kritik an den wirtschaftlichen Eliten.⁴¹³ In der Zeit der Wirtschaftskrise wurde deutlich, wie sehr die Mehrheit der einzelnen Spitzenmanager, als „Heuschrecken“ personifiziert, für die Auswirkungen der Finanzkrise von der breiten Öffentlichkeit verantwortlich gemacht wurden. Nicht das System habe versagt, sondern die einzelnen gierigen Manager haben durch ihren Egoismus das System gefährdet.

4.4.2. Österreichischer Nationalstolz als Basis für EU-Gegner

Gerade in einem Wohlfahrtsstaat wie Österreich sind die persönlichen materiellen subjektiven Erwartungen für die politische Einstellung der BürgerInnen sehr bedeutend. Der Mythos vom wirtschaftlichen Erfolgsmodell Österreich, das trotz der Kleinstaatlichkeit und gerade wegen seiner nationalen Eigenschaften durch fleißige BürgerInnen zu einem wohlhabenden Wohlfahrtsstaat aufgestiegen ist, ist bis heute ein Fundament des österreichischen Nationalbewusstseins.

Eine gute Analyse des österreichischen Nationalbewusstseins liefert eine Länder vergleichende Studie über „*National Pride*“ (Nationalstolz), welche im Rahmen des „*International Social Survey Program*“⁴¹⁴ (ISSP) durchgeführt wurde. Darin wurden die nationalen Identitäten von verschiedenen Ländern empirisch verglichen. Die erste Runde fand 1995/96 in 24 Ländern statt, die zweite im Jahr 2003/04 in 33 Ländern.

Der in der Studie abgefragte *national pride* (Nationalstolz) wird als positives Gefühl, das die Öffentlichkeit gegenüber ihrem Land als Resultat ihrer nationalen Identität empfindet, definiert. Auch wenn Nationalstolz mit Patriotismus und Nationalismus zusammen hängt, so ist es wichtig festzuhalten, dass Nationalstolz, ein positives Nationalbewusstsein, co-existent mit Patriotismus und eine Voraussetzung für Nationalismus ist. Nationalismus ist im Gegensatz zum Patriotismus nicht nur die Liebe zur eigenen Nation, sondern noch viel mehr als Nationalstolz, nämlich wenn man sein eigenes Land über alle anderen stellt.⁴¹⁵

Bei der Auswertung der Studie fallen mehrer Dinge auf, welche auf die außergewöhnlich starke Ausprägung der österreichischen nationalen Identität hinweisen.

⁴¹³ Ebenda, S. 38.

⁴¹⁴ Vgl. Tom W. Smith und Seokho Kim, 'National Pride in Cross-national and Temporal Perspective', in *International Journal of Public Opinion Research*, Nr. 18 (Spring, 2006), S. 127-136.

⁴¹⁵ Vgl. ebenda, S. 127.

Sie stehen im Zusammenhang mit den Ausführungen im 3. Kapitel, dass exklusive nationale Identität und extremer Nationalstolz der Ausformung einer europäischen Identität im Wege stehen können. Dies kann ein Faktor für die außergewöhnlich hohe EU Ablehnung in Österreich sein.

Abbildung 5: Ländervergleich allgemeiner und spezifischer Nationalstolz 2003-04

In der *Abbildung 5* fällt auf, dass Österreich einen im Verhältnis höheren allgemeinen Nationalstolz (*General National Pride*) hat als in spezifischen Bereichen (*Domain-Specific*). Dies ist bei der Analyse von großer Bedeutung, da der bereichsspezifische Nationalstolz nur die positiven Gefühle bezüglich erreichter Leistungen auf spezifischen Gebieten wieder spiegelt. Dies hat nichts mit Nationalismus oder Chauvinismus zu tun. Der allgemeine Nationalstolz hingegen wertet das eigene Land sehr wohl über andere Nationen und ist ein wichtiger Indikator dafür, wie „national“ die Bevölkerung eingestellt ist. Wegen dieses substantiellen Unterschiedes verwundert es auch nicht, dass die Werte in *Abbildung 5* nur eine Korrelation von .77 aufweisen.⁴¹⁶

Bei der genauen Betrachtung des Durchschnittes beider Wertungen lässt sich ein deutlicher Trend ablesen. An der Spitze befinden sich Venezuela und die USA, gefolgt von ehemaligen Kolonien und ausnahmslos „neuen“ Nationen. Alle ehemaligen englischen Kolonien befinden sich im ersten Drittel, weit über England, welches an 19. Stelle zu finden ist. Auch die ehemaligen spanischen Kolonien befinden sich fast alle im ersten Drittel, Spanien hingegen auf dem 17. Platz. Hier fällt jedoch auf, dass sich Österreich als *einziges* (sic!) europäisches Land im oberen Drittel befindet und das sogar auf dem vierten Rang.

Was die untere Hälfte der Rangliste betrifft, so gibt es auch hier einen deutlichen Trend zu beobachten. Hier finden sich die Länder der UdSSR und Länder aus Ost-Asien (Japan, Taiwan, Süd-Korea). Den 33. und letzten Platz nimmt das Gebiet der ehemaligen DDR ein. Diese Trends lassen den Schluss zu, dass neuere Nationen, insbesondere ehemalige englische und spanische Kolonien, zu einem stärkeren Nationalstolz neigen als die ehemaligen sozialistischen Staaten, wo die Ausformung eines Nationalstolzes deutlich gehemmt ist.

⁴¹⁶ Vgl. ebenda, S. 128.

Bezüglich Österreich kann man zwar die Tendenz eines leicht sinkenden Nationalstolzes feststellen, nichts desto trotz stellt Österreich mit einem sehr stark ausgeprägtem Nationalstolz die große Ausnahme in Europa dar. Bei Eintritt in die EU befand sich Österreich auf Platz eins bezüglich allgemeinen Nationalstolz, wie man in der *Abbildung 6* erkennen kann.

Abbildung 6: Ranking allgemeiner Nationalstolz zwischen 1995/96 und 2003/04

Der allgemeine Nationalstolz der österreichischen Bevölkerung verlor zwar im Laufe der europäischen Integration etwas an Stärke, ist jedoch noch immer im absoluten Spitzenfeld auf Rang drei hinter den USA und Australien zu finden. Beim bereichsspezifischen Analyseteil fällt auf, dass der österreichische Nationalstolz im Vergleich nicht so stark ausgeprägt und daher auf Platz 8 zu finden ist. Dabei ist jedoch auffällig, dass sich der nationale Stolz vor allem auf das Sozialsystem und den ökonomischen Erfolg bezieht. Dies mag auch als Erklärung dafür dienen, weshalb der Rechtspopulismus der FPÖ in Österreich seine Klientel findet.

Abbildung 7: Allgemeiner Nationalstolz nach Land und Alter für 2003/04

In der *Abbildung 7* kann man ablesen, dass die Altersgruppen signifikant mit Nationalstolz korrelieren. Je jünger die Bevölkerungsgruppe, desto geringer ist die Ausprägung des Nationalstolzes. Einerseits deutet dies darauf hin, dass durch die europäische Integration die jüngeren Generationen weniger nationalistisch sein könnten. Andererseits könnte es auch bedeuten, dass die Menschen mit zunehmendem Alter nationalistischer werden. Auf diese Frage geben die Autoren der Studie keine wissenschaftlich fundierten Antworten, sondern stellen selbst nur Vermutungen an.

Abbildung 8: Allgemeiner Nationalstolz nach Land und Bildungsniveau für 2003/04

Dass zwischen allgemeinem Nationalstolz und Bildungsniveau ein Zusammenhang besteht, wird in *Abbildung 8* klar nachgewiesen. Weniger Bildung korreliert dabei

deutlich mit höherem Nationalstolz. Höher gebildete Menschen sind in der Regel internationaler und von der Einstellung kosmopolitischer eingestellt, dies zeigten auch die Studien über EU-Ablehnung und Bildung in Kapitel 3. Hier kann man doch deutliche Trends aus den Studien ablesen. Mehr Bildung führt zu weniger Nationalstolz, weniger Nationalismus und weniger Exklusion und Ausgrenzung von Minderheiten. Viel mehr führt sie zu reflektiertem Denken und vermehrter EU Unterstützung.

Abbildung 9: Korrelationen zwischen Nationalstolz und Einstellungen gegenüber anderen Themen (alle Länder) für 2003/04

Die weiteren allgemeinen Korrelationen mit Nationalstolz in *Abbildung 9* deuten darauf hin, dass er sehr wohl mit EU-Ablehnung und der Empfänglichkeit für Populismus in Verbindung steht. Generell führt demnach ein starker Nationalstolz zu bestimmten exklusiven Erwartungen an die „wahren“ Mitglieder der Nation. Weiters neigen Menschen mit großem Nationalstolz zur Ablehnung von internationalen Organisationen, Multilateralismus und Globalisierung. Sie unterstützen hingegen viel lieber nationalistische *policies*, wie zum Beispiel wirtschaftlichen Protektionismus. Zudem korreliert Nationalstolz negativ mit einer positiven Sicht auf ImmigrantInnen.

Aufgrund dieser Korrelationen kann man auch für Österreich festhalten, dass die starke Ausprägung der nationalen Identität und der darauf basierende Nationalstolz seinen Teil zur EU-Ablehnung eines Teiles der Bevölkerung beitragen. Wie schon in Kapitel 3 theoretisch begründet wurde, spielen nicht nur kognitive rationale Überlegungen, sondern auch nationale Gefühle und Emotionen bei der Beurteilung der EU eine entscheidende Rolle.

Die neuesten Eurobarometerdaten⁴¹⁷ bescheinigen eine leichte Abnahme der Ablehnung und Skepsis der Österreicher gegenüber der EU, was auf die seit Herbst 2008 anhaltende Wirtschaftskrise und die damit zusammenhängende positive Berichterstattung über die EU zusammenhängt. Weniger hat dies mit der Akzeptanz und dem Vertrauen gegenüber der EU an sich zu tun, wie die Umfragedaten verdeutlichen.

Die aktuellen Ergebnisse des Eurobarometers 70.0 verdeutlichen die riesigen Unterschiede der Zustimmung gegenüber der EU im Ländervergleich. So halten zum Beispiel 80 Prozent der Niederländer, 71 Prozent der Luxemburger, 67 Prozent der Iren, 65 Prozent der Rumänen sowie 65 Prozent der Belgier und Polen die EU-Mitgliedschaft

⁴¹⁷ Vgl. Standard-Eurobarometer 70, 'Erste Ergebnisse', in *TNS opinion & social* (Herbst 2008).

für eine gute Sache. Dem gegenüber liegt Österreich mit 39 Prozent auf viertletzter Stelle.⁴¹⁸

Ähnlich verhält es sich bei der Bewertung der Vorteile durch die Mitgliedschaft in der EU. Hier meinen im Durchschnitt aller Mitgliedstaaten 56 Prozent der Bürger „ja, die EU bringt insgesamt Vorteile“. An der Spitze stehen hier Irland mit 79 Prozent, Estland mit 78 Prozent gefolgt von der Slowakei mit 77 Prozent. Österreich liegt an der sechszehnten Stelle mit 47 Prozent. Schlusslicht ist Ungarn zusammen mit dem Vereinigten Königreich mit 39 Prozentpunkten. Der alles entscheidende Punkt ist, dass diese Werte nur eine Momentaufnahme bedeuten. Faktum ist nämlich, dass Österreich seit dem Frühjahr bis zum Herbst 2008, also dem Beginn der Wirtschaftskrise 11 Prozentpunkte zu gelegt hat, den mit Abstand größten Wert in der EU.⁴¹⁹

Wenn man sich nun die Zeitreihen der Eurobarometerdaten ansieht, so stellt man fest, dass Österreich eine kontinuierliche Ablehnung gegenüber der EU von zumeist über 20 Prozent aufzuweisen hat. So hielten im Frühjahr 2004 etwa 30 Prozent der ÖsterreicherInnen die Mitgliedschaft für „eine gute Sache“, aber 29 Prozent hielten dieselbe für eine „schlechte Sache“. 36 Prozent meinten, sie sei „weder gut noch schlecht“.⁴²⁰

Abbildung 10: Vertrauen in Institutionen, 2008

Aussagekräftiger ist das Ergebnis der Umfrage des „Spezial Eurobarometers 307“, wo bei der Frage zwölf das Vertrauen der BürgerInnen in verschiedene Institutionsebenen abgefragt wurde. In der *Abbildung 10* sehen sie das für Österreich signifikante Ergebnis und die deutlichen Unterschiede des Vertrauens in die Ebene der lokalen und regionalen Behörden, der nationalen Regierung und in die Europäische Union. Die österreichische Bevölkerung liegt beim Vertrauen in die lokalen und regionalen Behörden im Spitzenfeld in Europa. Dies bedeutet, dass man in Österreich mit der regionalen Verwaltung nicht nur zufrieden ist, sondern den Behörden auch vertraut. Auf nationaler Ebene liegt das Vertrauen zwar noch über dem EU Durchschnitt, aber es ist deutlich niedriger als jenes gegenüber den regionalen Behörden. Das Vertrauen in die EU beträgt im EU-Durchschnitt fast soviel wie in die regionalen Behörden und sogar deutlich mehr als in die nationalen Regierungen. Hier fällt Österreich mit dem

⁴¹⁸ Vgl. ebenda, S. 32f.

⁴¹⁹ Vgl. ebenda, S. 37f.

⁴²⁰ Vgl. Standard-Eurobarometer 61 (Frühjahr 2004).

niedrigsten Wert nach den ohnehin überall äußerst misstrauischen Italienern und Briten auf. Nur 42 Prozent der ÖsterreicherInnen vertrauen in die Institutionen der EU.⁴²¹

Bei der Frage „für wie geeignet halten sie Ihre MdEPs⁴²², um Ihre persönlichen Interessen auf europäischer Ebene zu verteidigen“, hielten nur 11 Prozent der Österreicher sie für geeignet. Dies bedeutet absolutes EU-Schlusslicht. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die ÖsterreicherInnen mit den Behörden auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene überdurchschnittlich zufrieden sind und diesen, großes Vertrauen entgegen bringen.

Wenn man die vorangegangenen Ergebnisse Revue passieren lässt, so wird deutlich, dass die Österreicher einen für europäische Verhältnisse enorm stark ausgeprägten Nationalstolz haben, der sich jedoch weniger auf einzelne erbrachte Leistungen bezieht als auf die Überhöhung gegenüber anderen Nationen. Wenn man bedenkt, dass die anderen Nationen mit ähnlich starkem Nationalstolz alle aus Kolonien entsprangen und genauso wie Österreich sehr jung sind, so spielt dieser Faktor mit Sicherheit eine große Rolle. Wie am Anfang dieses Kapitels festgestellt wurde, war die Gründung des „neuen“ Österreichs nach 1945, mit Hilfe einer starken einenden nationalen Identität, von Erfolg geprägt. Der Bezug der österreichischen Bevölkerung zur Nation ist eindeutig überdurchschnittlich stark und im europäischen Vergleich eine Ausnahmerecheinung.

Was einerseits zur Einheit, nationalen Geschlossenheit und durch Modernisierung auf allen Ebenen zu unglaublichen ökonomischen Erfolg geführt hat, steht heute zum Teil einer inklusiven europäischen Identität im Weg. Diese soll durch ihr kosmopolitisches Wesen nicht nur die Nationalismen überwinden, sondern auch den Weg zu einer toleranten, inklusiven neuen Gemeinschaftsform ebnen.

„Wir müssen wachsam sein und den Anfängen eines Trends widerstehen, der an die Entwicklungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts erinnert – und der rasch in die globale Katastrophe führte.“⁴²³ (Ralf Dahrendorf)

Auch wenn Ralf Dahrendorfs Kommentar manchen Leser oder Leserin an dieser Stelle vielleicht ein bisschen zu dramatisch erscheinen will, so ist es besser, Nationalismus

⁴²¹ Vgl. Spezial Eurobarometer 307 / Welle 70.1 'Rolle und Einfluss lokaler und Regionaler Gebietskörperschaften innerhalb der Europäischen Union', in *TNS Opinion & Social* (Herbst 2008), S. 10.

⁴²² Die Mitglieder des Europäischen Parlaments.

⁴²³ Ralf Dahrendorf, 'Der Nationalstaat lebt! Es lebe der Nationalismus?', in *Der Standard*, 19. April 2006, Nr. 34 (Wien, Apr. 2006).

einmal zu ernst zu nehmen als ihn zu unterschätzen. Denn dies geschah in der Vergangenheit schon zu oft.

5. Resümee

Zum Abschluss dieser Arbeit sollen hier die Erkenntnisse und Schlüsse betrachtet werden. Dass die EU ein politisches Projekt ist und speziell von Eliten getragen wurde und auch weiter getragen wird, ist nicht nur kein Übel, sondern eine Notwendigkeit. Wie gezeigt, ist es äußerst schwer multinationale Identitäten mit großer Zugkraft und Solidarität zu erzeugen. Noch schwerer ist es, die hegemonialen nationalen Identitäten in Konkurrenz mit einer übergeordneten Europäischen Identität zu setzen und dadurch zu entschärfen. Gerade durch Konkurrenzsituationen kann es zu „Renationalisierungen“ kommen. Noch dazu konstruiert jede nationale, politische Öffentlichkeit den Begriff „Europa“ anders.

Wie wichtig die Nation für die Menschen ist, hängt nicht einzig und alleine von deren realer Leistungsfähigkeit ab („Output-Legitimation“). Von großer Bedeutung ist auch die Legitimation durch die vorherrschende Hegemonie von Werten wie Demokratie, Freiheit und Souveränität („Input-Legitimation“). Die Nationen stellen bis weilen die oberste Ebene der politischen Loyalitäten in Europa dar. Was früher die Sippe war, ist heute die Nation. Der Vergleich von Nation mit der Religion verdeutlicht dies: niemand würde für die EU sterben, aber für Nationen opfern Menschen immer noch freiwillig ihr Leben, auch im Westen. Jeder Nationalstaat hat seine Armee, wo die Soldaten auf ihr Vaterland vereidigt werden.

Trotz der Hegemonie der nationalen Ideologie seit der Amerikanischen und Französischen Revolution, zeigt sich in den letzten Jahrzehnten, wie sehr und wie rasant sich die Welt verändert. Einerseits ist klar geworden, wie komplex und kontextuell unterschiedlich Nationen und deren kollektive Identitäten konstruiert sind. Trotz Globalisierung und Europäisierung bestehen das Staatensystem und die internationalen Organisationen aus souveränen Nationalstaaten. Andererseits zeigt die EU, dass es möglich ist eine multinationale, europäische politische Union zu entwickeln.

Am Beispiel Österreichs wird deutlich, wie sehr Europäisierung die Menschen betrifft. Wirtschaftliche Liberalisierung, Abgabe von nationalen Steuermöglichkeiten, Abbau des Sozialsystems und Auflösung der Konkordanzdemokratie. Doch die Negativschlagzeilen in den Medien werden von emotionalen Themen beherrscht. Gentechnik, Glühbirnen, Gurkenkrümmung und Bedrohung der Neutralität heißen die Themen und nicht Europäisierung. Es geht viel mehr um die österreichischen Eigenheiten, um die Kultur und die nationale Identität.

Bei der Theoretisierung von Nationalismus und EU-Ablehnung in Kapitel drei wird deutlich, dass die Art der Konstruktion von Nation eine wichtige Rolle bei der Sicht auf Minderheiten und andere kollektive Identitäten einnimmt. Wenn eine Nation exklusiv, also über Abgrenzung zu signifikant anderen, konstruiert wird, so ist dies der Ausbildung eines inklusiven „Europa-Bewusstseins“ abträglich. Eine zweite Dimension nimmt dabei die Identitätskonstruktion auf der individuellen Ebene ein, welche beeinflusst, ob eine Person in Konkurrenzsituationen eher nationalistisch eingestellt ist und andere Nationen abwertet, oder dazu in der Lage ist, rational reflektieren zu können.

Die nationalstaatlichen Bildungssysteme tragen dazu bei, dass nationale Identitätsmuster von Kindesalter an eingeprägt werden. Die nationale Geschichtsschreibung ist bei genauer Betrachtung Teil der Identitätspolitik von nationalen Eliten. Gerade die Geschichte Österreichs dient fast als Idealbeispiel um das Funktionieren von *identity politics* nachzuweisen. Die nationale Identität der Bevölkerung des heutigen Österreichs ist scheinbar ziemlich neu. Nach dem zweiten Weltkrieg gründete man die Zweite Republik, in klarer Abgrenzung zu den Jahren 1938 bis 1945, als man Teil des Deutschen Reiches war.

Doch die genaue Befassung mit der Konstruktion der österreichischen nationalen Identität verrät, dass manche Kernelemente über die Jahrzehnte dieselben geblieben sind. Dies mag nach den theoretischen Ausführungen über die Konstruktion von Nationen nicht verwundern. So erklärt zum Beispiel der „Ethno-Symbolismus“ die Stärke des Nationalismus gerade durch die Generationen überdauernden Mythen, Symbole und Narrative. In Kapitel vier wurde deutlich, wie sehr die Geschichte Österreichs, trotz aller politischen Umbrüche, durch Kontinuitäten gezeichnet ist. Auch wenn die bewegende Geschichte Österreichs, zwischen Monarchie, Erster Republik, Faschismus, Nationalsozialismus, Zweiter Republik und Europäischer Union, von extremen politischen Umbrüchen gezeichnet wurde, so wurde in dieser Arbeit festgestellt, dass es doch gewisse gesellschaftliche Kontinuitäten gibt.

Eine Analyse der Konstruktion der österreichischen nationalen Identität zeigte, dass es alte exklusive Elemente gibt, welche einen quasi-ethnischen exklusiven Nationalismus fördern können. Wenn PolitikerInnen diese, mit Hilfe von Populismus und Politisierung von Identität instrumentalisieren, so ist es leicht möglich, dadurch EU-Ablehnung, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung von kulturellen oder religiösen Minderheiten zu fördern. Die empirischen Daten zeigen, dass der österreichische Nationalstolz, der am stärksten ausgeprägte Europas ist. Dies bedeutet nicht automatisch

vermehrte Intoleranz gegenüber Minderheiten, Fremdenhass oder EU-Skepsis per se. Es ist jedoch dadurch für populistische Politiker einfacher als in anderen Ländern, durch Politisierung der exklusiven Elemente der nationalen Identität, einen gewissen Teil der Bevölkerung anzusprechen.

Bei der Bedeutung der Resultate kann man von zwei Dimensionen ausgehen. Einerseits zeigt dieser Ansatz die Effektivität von Nationalismus im Allgemeinen auf. Nationalistische Ideologie kann und wird von PolitikerInnen, im Zusammenspiel mit Populismus, für alle möglichen politischen Ziele verwendet werden. Politisierung von Identitäten, welche in der Konstruktion der eigenen individuellen Identität verankert sind, löst unmittelbar Emotionen aus und erzeugt so soziale Bindungen. Insbesondere die Politisierung von Kultur, einem Hauptelement von kollektiven Identitäten, ist ein sicheres Mittel zur Emotionalisierung von Politik.

Nun zur zweiten Dimension der Resultate. Die Erkenntnisse bezüglich der österreichischen Identität können für die Politik eine wichtige Hilfe bei der Beantwortung der Frage sein, weshalb nationalistische Populismen einen signifikanten Teil der österreichischen Bevölkerung ansprechen. Dabei geht es um die Akzeptanz der Erkenntnis, dass die kollektive Identität der österreichischen Bevölkerung keine Tabula rasa ist, sondern von der Geschichte Österreichs über Generationen beeinflusst wird. So sehr der Wunsch der politischen Eliten nach einem „neuen“ Österreich, nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges nachzuvollziehen ist, so muss man doch, die geschichtlichen Erfahrungen verarbeiten und kritisch reflektieren.

Keinesfalls kann eine Politik des Vergessens oder der *political correctness* die tief verwurzelten, exklusiven Komponenten, der nationalen Identität Österreichs grundlegend verändern. Wie Anton Pelinka in seiner Auseinandersetzung mit der österreichischen Identität festgestellt hat, bieten die historischen Elemente der multinationalen Identität Österreichs aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg durchaus Akzeptanz und Inklusivität. Er zitiert folgende Passage aus einem Artikel von Steven Beller:

„Once [...] a truly open, inclusive and pluralist Austrian identity, a genuinely European polity, has become generally accepted and has been translated into action – only then – should it be possible for Austrians to claim without fear and contradiction the enormous part of their modern cultural

heritage, and even identity, which was created by Jews, as their own, not despite the fact that it is 'Jewish', but because of it."⁴²⁴

Wie aus den Ergebnissen des Eurobarometers hervorgeht, haben die ÖsterreicherInnen großes Vertrauen in die lokalen, regionalen und nationalen Behörden. Dies muss nicht per se einer europäischen Identität abträglich sein. Vielmehr eröffnet es der Politik Möglichkeiten Nationalismen, Ausgrenzungen, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz entgegenzutreten. Da Schulbildung und Geschichtsschreibung nationale Mythen und Narrative über Generationen weitervermittelt, so ist es an der Zeit, die „Nationalisierungspolitik“ zu beenden und mit einer Bildungspolitik der Aufklärung sowie kritischem Geschichts- und Ethikunterricht, wo auch unterschiedliche Perspektiven thematisiert werden, zu beginnen. Dies heißt nicht, die eigenen Wurzeln zu verleugnen. Es heißt nicht, zu vergessen, sondern zu erinnern. Nicht zu schweigen, sondern darüber zu reden. Es geht um das bewusst machen, wer man ist, und nicht zu propagieren, dass man besser als signifikant andere ist. Es bedeutet ein Europabewusstsein zu schaffen, das ein bewusstes Österreich in Europa vermittelt, aber nicht Österreich in Konkurrenz mit anderen Nationen setzt.

Oft sprechen PolitikerInnen von „europäischen Werten“, welche für die Menschen in Europa eine gemeinsame kulturelle Basis bilden sollen. Wenn man von Europa als Gemeinschaft spricht, so benötigt man in der Tat gemeinsame Werte. Man benötigt ethische Überzeugungen, welche über kollektive Ziele und die normative Struktur der politischen und gesellschaftlichen Institutionen orientieren.⁴²⁵ Institutionen des Rechts und des Bildungswesens spielen bei der Erhaltung und Gestaltung von Werten eine tragende Rolle.

„Wir sehen sie [Werte, Anmerkung des Autors] in der Nähe von Überzeugungen, weil sie mit ihnen die ‚gewachsene Struktur‘ teilen, die ‚historische Tiefe‘ durch Fundierung in individuellen und historisch-kollektiven Erfahrungen, die sie mit der Identität des Kollektivs, mit seinem Selbstverständnis, eng verbunden sein lassen. [...] Sie gehören zur Lebensform im Sinne einer [...] grundlegenden kulturellen Strukturierung aller Lebensäußerungen. Als Werthaltungen werden sie dabei nicht nur von den Individuen und Gruppenüberzeugungen getragen, sondern auch von sie bewahrenden Institutionen wie dem Recht oder dem Bildungswesen.“⁴²⁶

⁴²⁴ Steven Beller, 'Is there a Jewish Aspect of Modern Austrian Identity?' (2001), zit. in Anton Pelinka, 'Österreichische und jüdische Identität', in Anton Pelinka et al., *Kreisky Haider: Bruchlinien österreichischer Identitäten* (Wien: Braumüller, 2008), S. 23.

⁴²⁵ Vgl. Christof Mandry et al., 'Europa als Werte- und Kulturgemeinschaft', in Gunnar Folke, Schuppert (Hrsg.), *Europawissenschaft* (Baden-Baden, 2005), S. 549.

⁴²⁶ Ebenda.

Dies bedeutet, dass Werthaltungen nicht nur von den einzelnen BürgerInnen getragen und vermittelt werden, sondern, dass gerade die von der Politik gesteuerten Institutionen des Bildungswesens und des Rechts zentrale Faktoren dafür sind. Dies heißt, dass die Erklärungen und Schlüsse aus dieser Arbeit für die Politik von Bedeutung sein und mit ihnen Impulse für eine veränderte Politikgestaltung ausgehen können.

Bibliographie

- Altwater, Elmar und Mahnkopf, Birgit, *Konkurrenz für das Empire* (Münster, 2007).
- Anderson, Benedict, *Die Erfindung der Nation: zur Karriere eines folgenreichen Konzepts* (Frankfurt am Main, 1996).
- Anderson, Christopher J., 'When in Doubt, Use Proxies: Attitudes toward Domestic Politics and Support for European Integration', in *Comparative Political Studies*, Ausg. 31, Nr. 5 (1998), S. 569-601.
- Assmann, Jan, *Das kulturelle Gedächtnis* (München: Beck, 1997).
- Barbour, Stephen, 'Nationalism, Languages, Europe', in Stephen Barbour (Hrsg.), *Language and Nationalism in Europe* (2000), Kapitel 1.
- Beck, Ulrich und Grande, Edgar, *Das kosmopolitische Europa: Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne* (Frankfurt am Main, 2007).
- Beck, Ulrich (Hrsg.), *Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus: Antworten auf Globalisierung*, 5. Aufl. (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1998).
- Beller, Steven, 'Is there a Jewish Aspect of Modern Austrian Identity?' (2001), zit. in Anton Pelinka, 'Österreichische und jüdische Identität', in Anton Pelinka et al., *Kreisky Haider: Bruchlinien österreichischer Identitäten* (Wien: Braumüller, 2008), S. 23.
- Bhabha, Homi K., 'Narrating the Nation', in John Hutchinson und Anthony D. Smith (Hrsg.) *Nationalism* (Oxford: Oxford University Press, 1994), S. 306-312.
- Bruter, Michael, 'Civic and Cultural Components of a European Identity: A Pilot Model of Measurement of Citizens' Levels of European Identity', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 186-213.

Busek, Erhard, *Eine Seele für Europa: Aufgaben für einen Kontinent* (Wien, 2008).

Berezin, Mabel und Martin, Schain, (Hrsg.) *Europe without borders: remapping territory, citizenship, and identity in a transnational age* (Baltimore, 2003).

Carey, Sean, 'Undivided Loyalties: Is National Identity an Obstacle to European Integration?', in *European Union Politics*, Ausg. 3, Nr. 4 (London, 2002), S. 387-413.

Castano, Emanuele, 'A Social-Psychological Perspective', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 40-58.

Cerutti, Furio, 'Why political identity and legitimacy matter in the European Union', in Furio Cerutti und Sonia Lucarelli (Hrsg.), *The search for a European identity: values, policies and legitimacy of the European Union* (Oxon: Routledge, 2008), Kapitel 1.

D'Appolonia, A. C., 'National and European Identities between Myths and Realities' in U. Hedetoft (Hrsg.), *Political Symbols, Symbolic Politics: European identities in transformation*, (Aldershot: Ashgate, 1998), S. 65-79.

Dahrendorf, Ralf, 'Der Nationalstaat lebt! Es lebe der Nationalismus?', in *Der Standard*, 19. April 2006, Nr. 34 (Wien, Apr. 2006).

Davies, Norman, *Europe: a history* (London, 1997).

Decker, Frank, 'Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven', in Frank Decker (Hrsg.), *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* (Wiesbaden, 2006), S. 9-32.

DeLamater, John et al., 'On the Nature of National Involvement: A Preliminary Study', in *Journal of Conflict Resolution*, Ausg. 13 (1969), S. 320-357.

Delanty, Gerard, *Inventing Europe: Idea, Identity, Reality* (London, 1995).

Diez, Medrano Juan, *Framing Europe: Attitudes to European Integration in Germany, Spain, and the United Kingdom* (Princeton: Princeton University Press, 2003).

Druckman, Daniel, 'Nationalism, Patriotism, and Group Loyalty: A Social Psychological Perspective', in *Mershon International Studies Review*, Ausg. 38, Nr. 1 (Apr. 1994), S. 43-68.

Druckman, James N., 'On the Limits of Framing Effects: Who Can Frame?', in *The Journal of Politics*, Ausg. 63, Nr. 4 (Oxford: Blackwell, Nov. 2001), S. 1041-1066.

Engels, Friedrich, 'Democratic Pan-Slavism', in *Neue Rheinische Zeitung*, 16. Februar 1849 (Feb. 1849), zit. in Cathie Carmichael, 'Conclusions: Language and National Identity in Europe', in Stephen Barbour (Hrsg.), *Language and Nationalism in Europe* (2000), S. 281.

Europäische Union, *Vertrag über eine Verfassung für Europa*. (Luxemburg, 2005).

'Es lebe die Republik!', in *Arbeiter-Zeitung*, 11. November 1928, Nr. 314 (Nov. 1928), S. 2, zit. in Forum Politische Bildung (Hrsg.), *Wendepunkte und Kontinuitäten: Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte* (Wien: StudienVerlag, 1998), S. 58.

Flecker, Jörg et al., *Die populistische Lücke: Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs* (Berlin, 2007).

Gabel, Matthew, *Interests and Integration: Market Liberalization, Public Opinion, and European Union* (University of Michigan Press, 1998).

- Gabel, Matthew, 'Public Support for European Integration: An Empirical Test of Five Theories', in *The Journal of Politics*, Aug. 60, Nr. 2 (1998), S. 333-354.
- 'Gedenken.', in *Reichspost*, 11. November 1928, Nr. 315 (Nov. 1928), S. 1-2, zit. in Forum Politische Bildung (Hrsg.), *Wendepunkte und Kontinuitäten: Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte* (Wien: StudienVerlag, 1998), S. 59.
- Gellner, Ernest, *Nationalismus: Kultur und Macht* (Berlin, 1999).
- Gellner, Ernest, *Nations and Nationalism* (Oxford: Basil Blackwell, 1983).
- Gilland, Karin und Goldmann, Kjell, 'Nationality and Europeanisation: Conclusions', in Kjell Goldmann und Karin Gilland (Hrsg.), *Nationality versus Europeanisation: the national view of the nation in four EU countries* (Stockholm, 2001), Kapitel 6.
- Griller, Stefan, 'Ein Staat ohne Volk? Zur Zukunft der Europäischen Union', in *IEF Working Paper*, Nr. 21 (Wien, Okt. 1996).
- Guibernau, Maria Montserrat, *Nations without States* (Cambridge: Polity Press, 1999).
- Gourevitch, C., 'The second image reversed: The international sources of domestic politics', in *International Organization*, Aug. 32. Nr. 4 (1978).
- Havel, Václav, 1990, zit. in Cathie Carmichael, 'Conclusions: Language and National Identity in Europe', in Stephen Barbour (Hrsg.), *Language and Nationalism in Europe* (2000), S. 280.
- Hazard, Paul, *The European Mind, 1680-1715* (Middlesex: Penguin Books, 1964).
- Heater, Derek, *The idea of European unity* (Leicester, 1992).
- Hinsley, F. H., *Power and the Pursuit of Peace* (Cambridge: University of Cambridge Press, 1963).

Hooghe, Liesbet und Marks, Gary, 'Calculation, Community and Cues: Public Opinion on European Integration', in *European Union Politics*, Ausg. 6, Nr. 4 (London, 2005), S. 419-443.

Hooghe, Liesbet und Marks, Gary, 'Does Identity or Economic Rationality Drive Public Opinion on European Integration?', in *Political Science and Politics*, Ausg. 37, Nr. 3 (Jul. 2004), S. 415-420.

Huntington, Samuel, *Kampf der Kulturen: Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert* (Hamburg, 2006).

Ifversen, Jan, 'Europe and European culture: a conceptual analysis', in *European Societies*, Ausg. 4, Nr. 1 (London: Routledge, 2002), S. 1-26.

Jászi, Oscar, *The Dissolution of the Habsburg Monarchy* (Chicago: University of Chicago Press, 1929).

Johnson, Lonnie, 'The Society and Its Environment', in Eric Solsten und David E. McClave (Hrsg.), *Austria: a country study*, 2. Auflage (Library of Congress: Federal Research Division, 1994), S. 65-116.

Johnston, W. M., *The Austrian mind: an intellectual and social history* (Berkeley: University of California Press, 1972).

Kant, Immanuel, *Zum ewigen Frieden* (1795).

Kellas, J. G., *The Politics of Nationalism and Ethnicity* (London: Macmillan, 1991).

Knelangen, Wilhelm, 'Ist die Europäische Union ein Fall für die Vergleichende Regierungslehre?', in Johannes Varwick und Wilhelm Knelangen (Hrsg.), *Neues Europa - alte EU? Fragen an den europäischen Integrationsprozess* (Opladen, 2004), S. 113-132.

- Kohli, Martin, 'The Battlegrounds of European Identity', in *European Societies*, Ausg. 2, Nr. 2 (London: Routledge, 2000), S. 113-137.
- Kymlicka, Will, *Multicultural Citizenship* (Oxford: Oxford University Press, 1995), Kapitel 5.
- Laffan, Brigid, 'The European Union and Its Institutions as "Identity Builders"', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 75-96.
- Luif, Paul, 'The Austrian View of Nationality', in Kjell Goldmann und Karin Gilland (Hrsg.), *Nationality versus Europeanisation: the national view of the nation in four EU countries* (Stockholm, 2001), Kapitel 4.
- Mandry, Christof et al., 'Europa als Werte- und Kulturgemeinschaft', in Gunnar Folke, Schuppert (Hrsg.), *Europawissenschaft* (Baden-Baden, 2005), S. 541-574.
- Martet, M. Jean, 'M. Clemenceau and the Versailles Peace Treaty', in *Journal of the Royal Institute of International Affairs*, Vol. 9, Nr. 6 (Blackwell, Nov. 1930), S. 783-800.
- McLaren, Lauren M., 'Public Support for the European Union: Cost/Benefit Analysis or Perceived Cultural Threat?', in *The Journal of Politics*, Ausg. 64, Nr. 2 (Mai 2002), S. 551-566.
- Meinhof, Ulrike H., 'Europe Viewed from Below: Agents, Victims, and the Threat of the Other', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 214-246.
- Menasse, Robert, 'Es war zweimal: Der Wiederholungszwang in der Zweiten Republik', in *Ein-Sichten und Vor-Bilder: Überlegungen, Materialien und Texte zur Identität Österreichs* (Schulheft 66, 1992), S. 23-32.

- Michalski, Krzysztof, *Die geistige und kulturelle Dimension Europas: Reflexionsgruppe der Europäischen Kommission* (Europäische Kommission, 2004).
- Mummendey, Amélie und Waldzus, Sven, 'National Differences and European Plurality: Discrimination or Tolerance between European Countries', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 59-74.
- Özkirimli, Umut, *Theories of Nationalism* (New York, 2000).
- Pelinka, Anton, 'Österreichische und jüdische Identität', in Anton Pelinka et al., *Kreisky Haider: Bruchlinien österreichischer Identitäten* (Wien: Braumüller, 2008), S. 1-23.
- Pfetsch, Frank R., *Die Europäische Union*, 3. Aufl. (München, 2005).
- Pfetsch, Frank R., *Das neue Europa* (Wiesbaden, 2007).
- Pollak, Johannes und Slominsky, Peter, *Das politische System der EU* (Wien, 2006).
- Pollak, Johannes, *Repräsentation ohne Demokratie* (Wien, 2007).
- Posener, Alan, *Imperium der Zukunft: Warum Europa Weltmacht werden muss* (München, 2007).
- Quaisser, W. und Wood, S., 'The "New European Union" – Characteristics, Contradictions and Challenges', in *Kurzanalysen und Informationen des Osteuropa-Instituts Regensburg*, Nr. 30 (Regensburg, Febr. 2008).
- Richmond, A. H., 'Ethnic Nationalism and Post-Industrialism', in J. Hutchinson and A. D. Smith (Hrsg.) *Nationalism* (Oxford: Oxford University Press, 1994), S. 289-300.

- Riley, Patrick, *Leibniz: political writings* (Cambridge; New York: Cambridge University Press, 1992).
- Risse, Thomas, 'European Institutions and Identity Change', in Richard K. Herrmann et al. (Hrsg.), *Transnational Identities: becoming European in the EU* (Oxford, 2004), S. 247-272.
- Risse, Thomas, 'Social Constructivism and European Integration', in Antje Wiener et al. (Hrsg.), *Integration Theory* (Oxford: Oxford University Press, 2004), S. 159-176.
- Sbragia, Alberta M., 'Italy Pays for Europe: Political Leadership, Political Choice, and Institutional Adaptation', in: Maria Green Cowles et al. (Hrsg.), *Transforming Europe: Europeanization and Domestic Change* (Cornell University Press, 2001) S. 79-96.
- Sbragia, Alberta M. (Hrsg.), *Euro-politics: institutions and policymaking in the "new" European Community* (Washington DC, 1992).
- Scharpf, Fritz W., *Regieren in Europa: effektiv und demokratisch?* (Frankfurt am Main, 1999).
- Schmitter, Philippe C., *How to democratize the European Union: and why bother?* (Lanham, 2000).
- Steenbergen, Marco und Jones, Bradford S., 'Modeling Multilevel Data Structures', in *American Journal of Political Science*, Ausg. 46 (2002), S. 218-237.
- Smith, Anthony D., *The Cultural Foundations of Nations: hierarchy, covenant, and republic* (Oxford: Blackwell, 2008).
- Smith, Anthony D., *Nationalism* (Cambridge: Polity Press, 2001).
- Smith, Anthony D., 'National Identity and European Unity', in Peter Gowan und Perry Anderson (Hrsg.), *The Question of Europe* (London: Verso, 1997), S. 318-345.

- Smith, Anthony D., *Nations and Nationalism in a Global Era* (Cambridge: Polity Press, 1995).
- Smith, Anthony D., 'National Identity and the Idea of European Unity', in *International Affairs* (Royal Institute of International Affairs), Ausg. 68, Nr. 1 (Jan. 1992).
- Smith, Tom W. und Kim, Seokho, 'National Pride in Cross-national and Temporal Perspective', in *International Journal of Public Opinion Research*, Nr. 18 (Spring, 2006), S. 127-136.
- Spier, Tim, 'Populismus und Modernisierung', in Frank Decker (Hrsg.), *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* (Wiesbaden, 2006), S. 33-58.
- Spohn, Willfried, 'Austria: From Habsburg Empire to a Small Nation in Europe', in Atsuko Ichijo und Willfried Spohn (Hrsg.), *Entangled Identities: Nations and Europe* (Aldershot: Ashgate, 2005), Kapitel 3.
- Smutny, Florian, *Das Nationale: Aktuelle Impulse für die Nationalismustheorie* (Wien, 2004).
- Staudinger, Anton, 'Die nationale Frage im Österreich der Ersten und Zweiten Republik', in Erich Zöllner (Hrsg.), *Volk, Land und Staat: Landesbewußtsein, Staatsidee und nationale Fragen in der Geschichte Österreichs* (Wien: ÖBV, 1984), S. 168-179.
- Tajfel, Henri, *Human Groups and Social Categories: Studies in Social Psychology* (Cambridge: Cambridge University Press, 1981).
- Tálos, Emmerich, *Vom Siegeszug zum Rückzug: Sozialstaat Österreich 1945-2005* (StudienVerlag: Innsbruck, 2005).
- Tilly, Charles, *The Formation of National States in Western Europe* (München, 1975).

- Wagner, Gerhard, *Projekt Europa: die Konstruktion europäischer Identität zwischen Nationalismus und Weltgesellschaft* (Berlin, 2005).
- Weidenfeld, Werner, 'Europäische Einigung im historischen Überblick', in Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Europa von A bis Z* (Bonn, 2006), S. 13-48.
- Wiebe, Robert H., *Who we are: a history of popular nationalism* (Princeton, 2002).
- Wimmer, Hannes, *Die Modernisierung politischer Systeme* (Wien, 2000).
- Wimmer, Hannes, *Evolution der Politik: Von der Stammesgesellschaft zur modernen Demokratie* (Wien, 1996).
- Zaller, John R., *The Nature and Origins of Mass Opinion* (Cambridge: Cambridge University Press, 1992).
- Zaretsky, E., 'The Birth of Identity Politics in the 1960s: Psychoanalysis and the Public/Private Division', in M. Featherstone et al. (Hrsg.) *Global Modernities* (London: SAGE Publications, 1995), S. 244-260.

Quellen

Eurobarometer

Standard-Eurobarometer 70, 'Erste Ergebnisse', in *TNS opinion & social* (Herbst 2008).

Spezial Eurobarometer 307 / Welle 70.1 'Rolle und Einfluss lokaler und Regionaler Gebietskörperschaften innerhalb der Europäischen Union', in *TNS Opinion & Social* (Herbst 2008). [http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm (04.03.2009)]

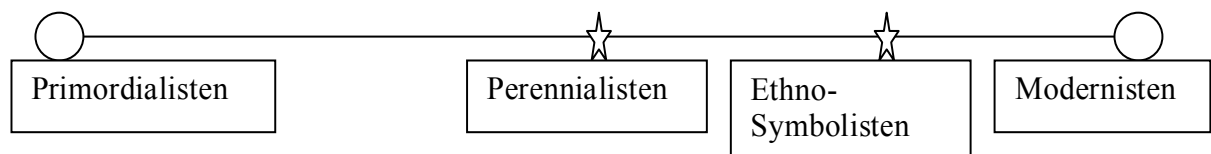
Statistik Austria

[http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_migrationshintergrund/index.html (28. 04. 2009)]

[http://www.statistik.at/web_de/static/bevoelkerung_mit_migrationshintergrund_nach_bundeslaendern_033241.pdf (28. 04. 2009)]

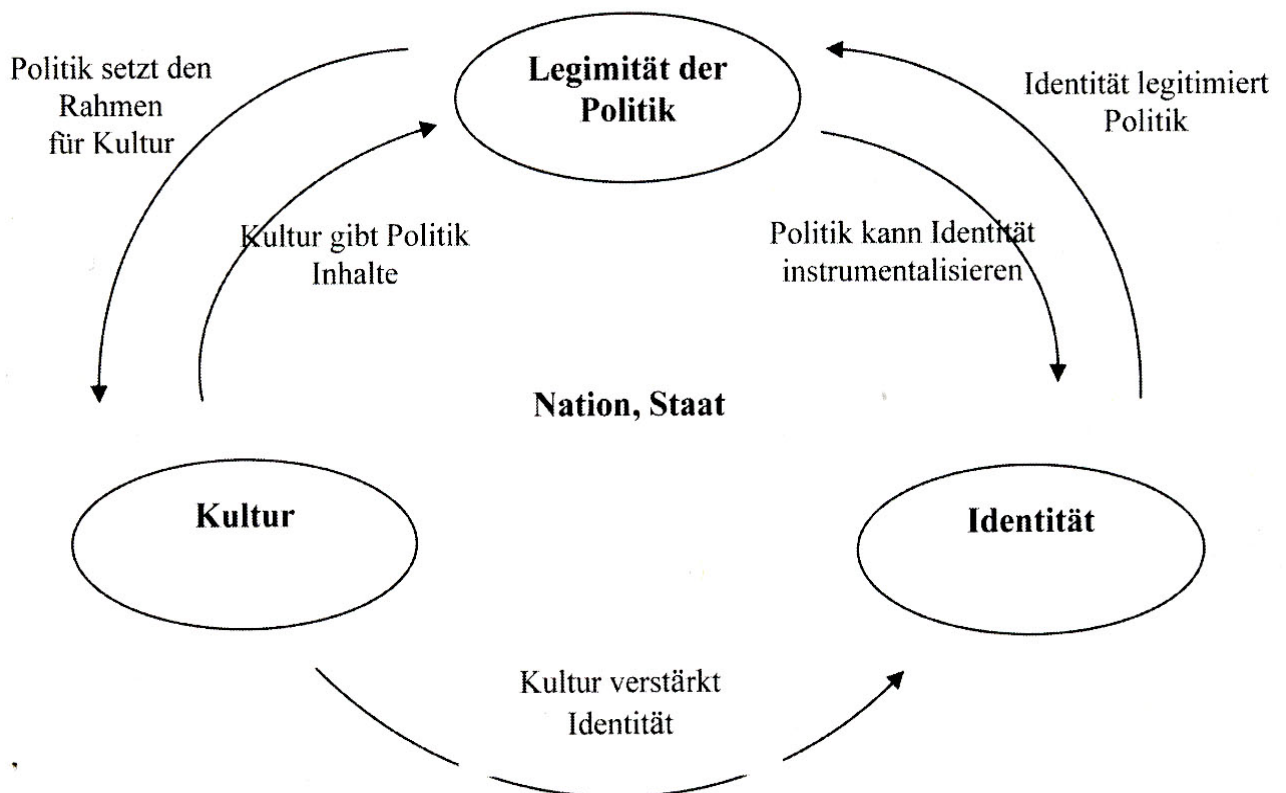
Anhang

Abbildung 1: Paradigmen in der Nationalismusforschung



[Quelle: Florian Smutny, *Das Nationale: Aktuelle Impulse für die Nationalismustheorie* (Wien, 2004). (eigene grafische Darstellung des Autors)]

Abbildung 2: Beziehung zwischen Identität, Kultur und Politik



[Quelle: Pfetsch, Frank R., *Das neue Europa* (Wiesbaden, 2007), S. 121.]

Abbildung 3: Österreichisches Nationalbewusstsein, 1964-2000

Österreichisches Nationalbewusstsein (Prozent Zustimmung zur Aussage)				
	ÖsterreicherInnen sind eine Nation	ÖsterreicherInnen beginnen sich langsam als Nation zu fühlen	ÖsterreicherInnen sind keine Nation	keine Ahnung
1964	47	23	15	15
1970	66	16	8	10
1977	62	16	11	11
1980	67	19	11	3
1987	75	16	5	4
1989	79	15	4	3
1990	74	20	5	1
1992	78	15	5	2
1993	80	12	5	3
1994	79	16	4	1
1996	78	15	5	2
1998	77	15	6	2
1999	83	7	7	3
2000	78	10	5	7

[Quelle: Paul Luif, 'The Austrian View of Nationality', in Kjell Goldmann und Karin Gilland (Hrsg.), *Nationality versus Europeanisation: the national view of the nation in four EU countries* (Stockholm, 2001), S. 94.]

Abbildung 4: Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Österreich, 2008

Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Bundesländern

Bundesland	Bevölkerung in Privathaushalten	Migrationshintergrund			zusammen in %
		zusammen	Zuwanderer der 1. Generation	Zuwanderer der 2. Generation	
in 1.000					
Österreich	8.241,5	1.441,5	1.078,1	363,4	17,5
Burgenland	279,7	22,5	17,5	5,0	8,0
Kärnten	556,4	51,7	41,5	10,2	9,3
Niederösterreich	1.583,6	186,4	138,7	47,7	11,8
Oberösterreich	1.389,7	203,8	147,5	56,4	14,7
Salzburg	523,4	93,6	72,2	21,4	17,9
Steiermark	1.194,4	107,9	82,5	25,4	9,0
Tirol	696,9	114,7	87,3	27,4	16,5
Vorarlberg	363,7	76,2	52,6	23,6	21,0
Wien	1.653,6	584,6	438,4	146,2	35,4

[Quelle: Statistik Austria, *Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung* (2008) {http://www.statistik.at/web_de/static/bevoelkerung_mit_migrationshintergrund_nach_bundeslaendern_033241.pdf (28. April 2009)}].

Abbildung 5: Ländervergleich allgemeiner und spezifischer Nationalstolz, 2003/04

	General National Pride	Domain-Specific National Pride	Average Ranking
United States	17.7	4.0	T1
Venezuela	18.4	3.6	T1
Australia	17.5	2.9	3
Austria	17.4	2.4	4
South Africa	17.0	2.7	5
Canada	17.0	2.4	6
Chile	17.1	2.3	7
New Zealand	16.6	2.6	8
The Philippines	16.7	2.3	9
Israel	16.2	2.3	10
Denmark	16.6	1.7	T11
Hungary	17.0	1.6	T11
Ireland	15.3	2.9	T11
Uruguay	16.1	2.0	14
Portugal	16.2	1.6	15
Finland	16.1	1.8	16
Spain	16.5	1.6	17
Japan	15.9	1.8	18
Great Britain	15.1	2.2	19
Slovenia	16.1	1.1	20
Russia	16.7	1.3	21
Norway	14.9	1.3	T22
South Korea	16.0	1.0	T22
Czech Republic	15.1	1.3	T24
Switzerland	14.3	1.6	T24
France	14.4	1.5	26
Taiwan	15.6	0.9	27
Germany-West	14.5	1.0	T28
Poland	15.3	0.9	T28
Slovakia	14.5	1.1	T28
Sweden	14.0	1.2	31
Latvia	13.4	1.0	32
Germany-East	14.2	0.7	33
Bulgaria	NA	1.6	NA
Total	15.9	1.8	

[Quelle: Tom W. Smith und Seokho Kim, 'National Pride in Cross-national and Temporal Perspective', in International Journal of Public Opinion Research, Nr. 18 (Spring, 2006), S. 127-136.]

Abbildung 6: Ranking allgemeiner Nationalstolz, 1995/96 - 2003/04

	Rank		Change in score
	1995-06	2003-04	
Austria	1	3	-0.14
United States	2	1	0.50
Australia	3	2	0.47
Hungary	4	5	0.34
Canada	5	4	0.47
The Philippines	6	8	0.20
New Zealand	7	7	0.16
Japan	8	10	-0.49
Ireland	9	12	-0.97
Spain	10	8	0.52
Slovenia	11	9	0.12
Norway	12	16	-0.88
Poland	13	13	-0.49
Great Britain	14	14	-0.23
Russia	15	11	0.39
Sweden	16	20	-0.42
Czech Republic	17	15	0.75
Latvia	18	21	-0.47
Germany-West	19	17	0.88
Germany-East	20	19	0.59
Slovakia	21	18	0.93

[Quelle: Tom W. Smith und Seokho Kim, 'National Pride in Cross-national and Temporal Perspective', in International Journal of Public Opinion Research, Nr. 18 (Spring, 2006), S. 127-136.]

Abbildung 7: Allgemeiner Nationalstolz nach Land und Alter, 2003/04

	Aus***	WG***	EG***	GB***	USA***	Aust***	Hun***	Ire***	Nor***	Swe***	Cz***	Slv***	Pol***
18-29	17.0	14.1	13.7	14.3	16.7	15.8	16.2	14.9	14.2	13.0	14.4	14.8	14.2
30-39	17.1	14.1	14.3	14.4	17.6	16.3	16.6	14.5	14.5	13.7	14.4	15.4	14.2
40-49	17.0	13.8	13.4	14.7	17.6	17.2	16.8	15.2	15.0	13.5	15.3	16.1	15.8
50-59	17.7	14.9	13.0	14.9	18.0	17.5	17.3	15.7	14.8	14.1	15.4	16.4	15.7
60-69	18.0	15.3	15.0	16.2	18.2	19.2	17.8	15.8	16.1	15.0	15.4	17.4	17.0
70+	18.4	15.9	16.1	17.8	18.9	19.4	18.2	16.9	16.7	16.3	17.0	18.0	16.7
	Rus***	NZ**	Can***	Ph**	Israel***	Jp***	Sp***	Lv***	Slk***	Fr***	Port***	Chile***	Den***
18-29	15.5	16.0	16.6	16.3	15.9	14.2	15.8	12.6	13.5	13.1	15.3	16.4	15.6
30-39	14.9	16.5	17.5	16.5	15.5	14.7	16.1	12.9	14.6	13.9	16.2	16.8	15.5
40-49	14.9	16.4	16.7	17.0	16.1	15.4	16.2	13.2	14.2	13.7	16.4	17.1	16.4
50-59	16.3	16.6	17.2	17.0	16.4	15.9	16.6	13.5	14.6	15.1	16.2	17.8	17.0
60-69	16.8	16.5	17.2	17.5	17.1	16.9	17.3	15.3	14.9	15.5	16.8	18.2	18.0
70+	17.1	17.4	18.0	17.2	17.0	18.2	17.9	15.5	15.9	16.7	17.4	18.7	18.8
	Swiss***	Ve***	Fin***	SA*	Tw***	Korea***	Urg***						
18-29	14.1	17.7	15.7	16.7	14.4	14.7	15.0						
30-39	14.2	18.7	15.9	17.0	15.2	15.5	15.9						
40-49	13.8	18.5	15.6	17.0	15.8	16.1	15.9						
50-59	13.5	19.4	16.0	17.6	16.3	16.7	16.2						
60-69	14.8	19.7	17.2	17.3	17.0	17.8	17.5						
70+	16.0	19.2	17.7	17.2	17.2	18.2	17.9						

*p<.05; **p<.01; ***p<.001

[Quelle: Tom W. Smith und Seokho Kim, 'National Pride in Cross-national and Temporal Perspective', in International Journal of Public Opinion Research, Nr. 18 (Spring, 2006), S. 127-136.]

Abbildung 8: Allgemeiner Nationalstolz nach Land und Bildungsniveau, 2003/04

	Aus***	WG**	EG**	GB***	USA***	Aust***	Hun***	Ire***	Nor***	Swe***	Cz**	Slv***	Pol***
Less than secondary	18.4	14.8	14.5	16.1	18.5	18.2	17.5	16.0	16.0	14.8	15.3	17.0	16.1
Secondary completed	17.6	13.3	13.0	14.2	18.4	16.3	16.2	15.1	15.2	14.0	14.7	15.3	14.8
Some college or more	16.9	13.7	13.0	13.9	17.2	14.8	16.6	14.4	14.1	12.9	14.6	14.7	13.4
	Rus***	NZ***	Can	Ph***	Israel***	Jp***	Sp***	Lv	Slk***	Fr***	Port***	Chile***	Den***
Less than secondary	16.5	16.8	17.5	17.2	16.8	17.3	16.8	13.8	15.1	15.2	16.5	18.1	18.2
Secondary completed	15.8	16.0	17.0	16.8	16.6	15.9	15.6	13.1	13.9	14.1	15.0	16.9	17.1
Some college or more	15.0	15.8	17.1	16.1	15.7	14.7	15.5	13.4	13.5	13.4	15.7	15.8	15.9
	Swiss***	Ve***	Fin***	SA***	Tw***	Korea***	Urg***						
Less than secondary	14.7	18.7	16.4	17.3	16.7	17.8	16.9						
Secondary completed	13.4	18.1	15.8	16.4	15.3	16.3	15.3						
Some college or more	13.8	17.6	15.8	16.0	14.6	14.6	14.1						

*p<.05; **p<.01; ***p<.001

[Quelle: Tom W. Smith und Seokho Kim, 'National Pride in Cross-national and Temporal Perspective', in International Journal of Public Opinion Research, Nr. 18 (Spring, 2006), S. 127-136.]

Abbildung 9: Korrelationen zwischen Nationalstolz und Einstellungen gegenüber anderen Themen (alle Länder), 2003/04










































	General National Pride	Domain-Specific National Pride
Domain National Pride	.336***	--
True National Member	.464***	.288***
Anti-Internationalism/Internationalism	.365***	.116***
Pro-Globalization	-.164***	.003
Favorable Views on Immigrants	-.195***	.045***

*p<.05; **p<.01; ***p<.001

[Quelle: Tom W. Smith und Seokho Kim, 'National Pride in Cross-national and Temporal Perspective', in International Journal of Public Opinion Research, Nr. 18 (Spring, 2006), S. 127-136.]

Abbildung 10: Vertrauen in Institutionen, Herbst 2008

QA12 Ich möchte nun gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Institutionen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

Regionale oder lokale öffentliche Behörden			Nationale Regierung			Europäische Union		
 EU27		50%	 EU27		34%	 EU27		47%
 FI		72%	 FI		68%	 SK		70%
 DK		70%	 NL		66%	 EE		67%
 SE		68%	 CY		65%	 NL		64%
 AT		67%	 DK		60%	 RO		63%
 DE		65%	 LU		60%	 BE		61%
 NL		64%	 SE		56%	 DK		60%
 BE		63%	 MT		50%	 SI		60%
 FR		62%	 AT		50%			
⋮		⋮	⋮		⋮	⋮		⋮
 SI		39%	 CZ		20%			
 RO		39%	 PL		20%			
 EL		34%	 LT		16%			
 BG		31%	 HU		16%	 AT		42%
 LT		31%	 LV		16%	 IT		41%
 IT		25%	 BG		15%	 UK		25%

[Quelle: Spezial Eurobarometer 307 / Welle 70.1 'Rolle und Einfluss lokaler und Regionaler Gebietskörperschaften innerhalb der Europäischen Union', in *TNS Opinion & Social* (Herbst 2008), S. 10.]

Zusammenfassung

Die Europäische Integration stellt für die Nationalstaaten und deren BürgerInnen einschneidende Veränderungen dar. Durch die Europäisierung von immer mehr Politikfeldern kommt es zu einem Machtverlust der Nationalstaaten und zu Veränderungen in den Einflussbereichen vormals national kontrollierter Felder. Dies beschränkt sich nicht nur auf die Wirtschaft, die nationale Gesetzgebung und staatliche Sozialsysteme, sondern beinhaltet auch Veränderungen in der sozialen Lebenswelt der BürgerInnen.

Diese Diplomarbeit bearbeitet die Frage, weshalb gerade die Bevölkerung in Österreich einen so hohen Anteil an EU-KritikerInnen aufweist. Mit Hilfe von modernen Nationalismustheorien und sozialpsychologischen Erkenntnissen wird eine Theorie entwickelt, anhand derer man, am Beispiel Österreichs, die Bedeutung der spezifischen Konstruktion von nationaler Identität für die Akzeptanz der EU erklären kann.

Die Gründung eines „neuen“ Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg wurde von den politischen Eliten als Stunde null interpretiert und die Bevölkerung Österreichs wurde mit Hilfe des „Opfermythos“ von kollektiver Mitschuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus frei gesprochen. Doch die kollektive Identität ist keine Tabula rasa, bei der die historischen Erfahrungen einer Gesellschaft von heute auf morgen durch eine Politik des Vergessens ausgelöscht werden können. Die nationale Identität Österreichs ist geprägt vom Umgang mit der Vergangenheit und deren Mythen sowie gesellschaftlichen Mustern.

Die empirischen Daten in dieser Arbeit deuten darauf, dass die österreichische Bevölkerung von einem außergewöhnlich starken Nationalstolz geprägt ist. Ähnlich wie bei neuen Nationen ehemaliger Kolonien, weist Österreich eine von der politischen Elite konstruierte, nationale Identität auf. Die Konstruktion dieser Identität beinhaltet sowohl inklusive als auch exklusive Elemente. Im Rahmen von Populismus können exklusive Elemente nationaler Identität politisiert werden. Durch Nationalismus und Rechtspopulismus werden die emotionalen Bindungen dieser kollektiven Identität für politische Ziele missbraucht und EU-Ablehnung gefördert.

Abstract

The process of European integration gives rise to a number of deep going changes which influence not only the nation-states but also their citizens. As a cause of Europeanization, further policy-fields are now ruled by the European Union instead of the nation-states. The nation-states' loss of power includes not only the spheres of economy, national legislation and welfare, but also has a huge impact on the social world of their citizenries.

This thesis deals with the question of how it comes, that especially Austrians are exceedingly critical regarding the European Union. By using modern theories on nationalism, national identity and social-psychology, this thesis tries to analyse the linkage between the specific construction of national Identity and opposition to the European Union.

The foundation of a “new” Austria after the end of the 2nd World War has been interpreted by many Austrians as the zero hour. By using the myth of having been the first victim of Hitler Germany, the so called “*Opfermythos*”, many Austrians felt relieved of their collective guilt. However, it is examined that Austria's national Identity is drawn by its history. In fact, there has never been a zero hour, but the national Identity is based on elements of its past as of Austria's new epoch after WWII. Hence the way of dealing with its history has a great influence on society and the construction of national Identity.

The empirical findings of the thesis show that Austrians have an extremely strong national pride. Similar to identity politics in ex-colonial countries, Austria's political Elite has constructed a new national identity based on older ethno-symbols. This national identity includes some elements of exclusiveness. Nowadays rightwing populist leaders and others can use these patterns of collective identity to stir up Nationalism and opposition to the EU among the population.

Curriculum Vitae

Name: Philipp Decker

Geboren am 24. April 1983

Ausbildung

September 2007 – Mai 2008

University of Limerick, ERASMUS
Programm der Europäischen Union

August – September 2005

Peking University und Fudan University Shanghai,
Summer-school: “Modern China Studies
for Scientists and Economists”

Seit Oktober 2004

Universität Wien,
Diplomstudium Politikwissenschaft

2003

Matura am Bundesrealgymnasium Waidhofen/Ybbs,
Fachbereichsarbeit in Religion:
„Politischer Katholizismus in der Ersten Republik“

Auszeichnungen und Förderungen

Juni 2009

Förderpreis der Dr. Alois Mock-Europa-Stiftung

2009

Central European University - CEU Fellowship,
Nationalism Studies Program